

EP-01 Reihenfolge der Kapitel ändern

Gremium: Kreisparteirat KV Euskirchen
Beschlussdatum: 14.09.2018
Tagesordnungspunkt: EP Europawahlprogramm

- 1 **Kapitel 2** wir-wollen-europas-versprechen-erneuern wird zu **Kapitel 3 und**
- 2 **Kapitel 3** Sichern, was uns ausmacht, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen
- 3 **wird zu Kapitel 2**

Begründung

Wir werden zu Recht vorwiegend als Umwelt- und Menschenrechtspartei wahr genommen. Das sollte sich auch im Wahlprogramm so finden, insbesondere weil Grund- und Menschenrechte in Europa gefährdet werden.

EP-02 Europa und Europäische Union

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (Görlitz KV)
Tagesordnungspunkt: EP Europawahlprogramm

- 1 Die Begriffe "Europa" und "europäisch" sind zu ersetzen durch den Begriff "Europäische
- 2 Union", soweit diese und nicht der gesamte Kontinent gemeint ist.

Begründung

Die Begriffe "Europa" und "Europäische Union" werden im Programmentwurf durcheinandergeworfen. Mal ist als Europa nur die EU gemeint, mal ist wirklich das ganze Europa bis zu Arktis, Ural und Kaukasus gemeint. Das ist nun keine Frage der Semantik sondern eine handfest politische: Sind Norwegen, Island und demnächst GB einerseits und die östlichen Nachbarn der EU andererseits noch Teil unseres politischen Horizonts oder nicht?

weitere Antragsteller*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Bianca Denfeld (Berlin-Kreisfrei KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Miriam Matz (Saalekreis KV); Sigrid Pomaska-Brand (Mark KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Stefan Ziller (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Jutta Jankowsky-Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Marcel Kühle (Mainz KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Ursula Hertel-Lenz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Harald Klussmeier (Bremen-Mitte KV); Johannes Mihram (Berlin-Mitte KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV)

EP-05 Diskriminierungsfreie und genderneutrale Sprache

Gremium: KV Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum: 02.10.2018
Tagesordnungspunkt: EP Europawahlprogramm

- 1 Verwendung des Genderstars im gesamten Text des Wahlprogramms

Begründung

Momentanen stehen verschiedene Formen des Genders im Text nebeneinander. Dies lässt nicht nur ein uneinheitliches Bild entstehen, sondern es entspricht auch nicht unserer Beschlusslage.

2015 in Halle haben wir beschlossen dass wir „in unseren Beschlüssen ab jetzt de[n] Gender-Star“ benutzen. Der Genderstar wird dort als Regelfall genannt.

Es macht einen Unterschied, ob wir z.B. von „Bürgerinnen und Bürgern“ oder von „Bürger*innen“ sprechen. Die letzte Variante schließt auch all diejenigen mit ein, die sich in der binären Geschlechterkategorisierung nicht wiederfinden. Im Sinne einer diskriminierungsfreien und genderneutralen Sprache, die alle mitnimmt und mitdenkt und nicht ausgrenzend ist sollte deswegen im gesamten Text ausschließlich der Genderstar verwendet werden.

Gerade in der heutigen Zeit, in der Ausgrenzung und Diskriminierung oftmals wieder Raum finden ist es wichtig, dass wir GRÜNE auch durch sprachliche Mittel zeigen, dass wir eine Partei für alle sind, bei der alle mitgedacht und mitbenannt und nicht nur mitgemeint werden.

EP-06 Das Kapitel "Europa stärken" an erste Stelle setzen

Antragsteller*in: Claudio Wasmer (Freiburg KV)
Tagesordnungspunkt: EP Europawahlprogramm

- 1 Änderung der Reihenfolge im **Inhaltsverzeichnis** des Programms: Kapitel 2 "Stärken, was uns
- 2 zusammenhält" an erste Stelle. Kapitel 1 (zum Klimaschutz) an spätere Stelle (dort aber
- 3 entsprechend aufwerten).

Begründung

Unser ganzes politisches Handeln und Denken fußt auf Nachhaltigkeit. Klimaschutz ist unsere größte und wichtigste Herausforderung. In der Wahrnehmung der demokratischen Öffentlichkeit steht die Rettung des politischen Europaprojekts aber an erster Stelle. Auch wenn der Klimaschutz unser Markenkern ist und sein muss, könnte es etwas weltfremd wirken, wenn wir dieses Thema zuerst angehen wollen. Denn momentan besteht die Gefahr, dass Europa noch vor dem Klima kollabiert. Mit einem Europa der Populisten werden wir nämlich keinen Klimaschutz betreiben können.

Außerdem besteht in der aktuellen Fassung zwischen der Einleitung des Wahlprogramms und dem aktuell 1. Kapitel ein Bruch. Bei einer Änderung würde das aktuell 2. Kapitel als neues 1. Kapitel direkt an die Einleitung organisch anschließen.

weitere Antragsteller*innen

Konstantin Schwarzmüller (Freiburg KV); Daniel Invernó Pérez (Freiburg KV); Florian Lessing (Freiburg KV); Nils Janson (Freiburg KV); Thomas Binder (Freiburg KV); Nicolas de Haen (Freiburg KV); Jakob Crone (Freiburg KV); Jannick Frank Roller (Freiburg KV); Veronica Barth (Freiburg KV); Angela Schoeller (Freiburg KV); Werner Wenning (Freiburg KV); Hubert Germann (Freiburg KV); Martin Nagel (Freiburg KV); Annabelle Kalckreuth (Freiburg KV); Yannick Wehr (Hamburg-Eimsbüttel KV); Ella Müller (Freiburg KV); Benedikt Kaukler (Freiburg KV); Rike Sinder (Freiburg KV); Walther Moser (Freiburg KV); Melanie Nagel (Köln KV)

EP-07 Europas Versprechen Erneuern.

Antragsteller*in: Doris Wagner (München KV)
Tagesordnungspunkt: EP Europawahlprogramm

- 1 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, das gesamte Programm konsequent zu gendern.

weitere Antragsteller*innen

Barbara Poneleit (Forchheim KV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Dorothée Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Anna Weyand (München KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Irene Meyer-Herbst (Bremen-Mitte KV); Johanna Braun (Berlin-Kreisfrei KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Cristina Schwarzwald (Hamburg-Eimsbüttel KV); Julia Woller (Köln KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Dominique Thiel (Nürnberg-Stadt KV); Alske Freter (Hamburg-Nord KV); Franziska Fellenberg (Bamberg-Stadt KV); Gesche Lina Thee (Bremen-Nordost KV)

EP-P-01 Präambel: Europas Versprechen erneuern - Gemeinsam voran oder getrennt zurück? Das ist die Frage unserer Zeit

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-P Europawahlprogramm (Präambel)

1 **Liebe Wählerinnen und Wähler,**

2 **die Europawahl 2019 ist eine Richtungswahl: Fällt unser Kontinent in den Nationalismus**
3 **zurück? Kapituliert die Politik vor den Herausforderungen der Globalisierung und verschärft**
4 **so die vielen Krisen? Oder begründet sich die Europäische Union kraftvoll neu? Wir sind uns**
5 **sicher, dass nur ein handlungsfähiges Europa die großen Aufgaben lösen kann. Dafür müssen**
6 **wir Europas Versprechen erneuern.**

7 Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, sozialer Ausgleich und Bewahrung unserer
8 Lebensgrundlagen – das ist das Versprechen Europas. Es ist ein Versprechen, für das es sich
9 zu kämpfen lohnt. Wir haben mit dem gemeinsamen Europa einen Raum geschaffen, in dem
10 Bürger*innen mitbestimmen können, Parlamente und nicht Heere entscheiden und alle Menschen
11 vor dem Recht gleich sind.

12 Doch Europa und seine Menschen sind so herausgefordert wie lange nicht mehr. Grundfesten
13 geraten ins Wanken, die internationale Ordnung bröckelt, die europäische Einigung steht in
14 Frage.

15 Zum ersten Mal will mit Großbritannien ein Land die EU verlassen. Im Gründungsland Italien
16 regieren Faschisten mit Antieuropäern. In Österreich ist der rechtsnationale Innenminister
17 dabei, die Pressefreiheit einzuschränken. In Rumänien, Polen und Ungarn höhnen die autoritär
18 agierenden Regierungen den demokratischen Rechtsstaat aus. Die transatlantische
19 Partnerschaft, die als Garant unserer Sicherheit galt, hängt am seidenen Faden, weil in den
20 USA ein Populist regiert, dem internationales Recht nichts mehr gilt und der Europa zum
21 wirtschaftlichen Feind erklärt. Und währenddessen fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung und
22 Hunger, erhitzt sich unser Planet rasant, werden Vielfalt und Gleichberechtigung
23 angegriffen, wächst die Ungleichheit innerhalb und zwischen den europäischen
24 Mitgliedsländern, verändern Globalisierung und Digitalisierung radikal unsere Art zu leben,
25 zu denken, zu arbeiten.

26 In dieser unübersichtlichen Lage suchen viele Menschen Halt. Ihre Unsicherheit ist den
27 Nationalisten und Europafeinden willkommen, denn Angst ist der Rohstoff ihrer Politik. Der
28 Populismus wird aber auch durch die Unfähigkeit, den Egoismus und die Ängstlichkeit der
29 europäischen Regierungen – auch der deutschen – genährt. Sie beschränken die Demokratie aufs
30 Lösen kleinteiliger Probleme und überlassen das Primat der globalisierten Wirtschaft. Diese
31 im Kern neoliberale Antwort verstärkt die Probleme.

32 Es ist die Spirale der Angst, aus der wir ausbrechen müssen. Denn nur wenn wir uns etwas
33 zutrauen, können wir gemeinsam der Politik ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben und Europa
34 als Idee des Gemeinsamen behaupten. Wir laden Sie ein, mit Ihrer Stimme daran mitzuwirken.
35 In diesem Programm finden Sie unsere Ideen für eine ökologische, soziale und demokratische
36 europäische Antwort. Wir bitten Sie: Gehen Sie jetzt mit uns in Europa gemeinsam voran.

37 *Neue europäische Antworten*

38 Ein Land allein will ein faires Steuersystem, in dem die große Kaffeekeite genauso Steuern
39 zahlt wie der Bäcker an der Ecke? Bislang lachen die Konzerne nur darüber und verschieben
40 ihre Gewinne von Land zu Land, so lange, bis sie gar keine Steuern mehr zahlen. Ein Land
41 allein will den digitalen Kapitalismus regulieren? Bislang scheren sich die Internet-
42 Giganten nicht darum. 5, 15 oder auch 50 Millionen Nutzer*innen weniger sind ihnen egal.
43 Aber ganz Europa ist ein zu großer Faktor, auf den sie nicht verzichten können. Wir haben es
44 bei der Datenschutzgrundverordnung gesehen – sie ist quasi der weltweite Maßstab geworden,
45 weil Europa sie geschlossen beschlossen hat.

46 Wenn wir nicht wollen, dass uns das große Geld auf der Nase herumtanzt, dann müssen wir die
47 Macht der multinationalen Konzerne regulieren und den unfairen Dumpingwettbewerb eindämmen.
48 Dazu kann eine europäische Unternehmenssteuer beitragen, selbst wenn sie zunächst nur von
49 Deutschland und Frankreich vorangetrieben wird. Auch kann eine europäische Bankenunion die
50 globalen Spieler in die Schranken weisen und so Europa krisenfest machen.

51 Die drohende Heizeit durch die Klimakrise bekommen wir nur im europäischen Zusammenspiel in
52 den Griff. Ein Kontinent hat für die Energiewende eigentlich die richtige Größe. In Europa
53 können wir eine sichere Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen statt aus Kohle, Gas und
54 Atom gewährleisten, wenn wir die spanischen Solarparks, die griechische Geothermie, die
55 dänischen Offshore-Windparks, die deutschen Onshore-Parks, und die sterreichischen
56 Wasserkraftwerke miteinander verbinden. Alleine werden auch für jedes Land die Kosten sehr
57 viel höher werden.

58 Wenn wir Klimaschutz vorantreiben wollen, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen, wenn
59 wir wollen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft noch fruchtbare Böden haben,
60 dann brauchen wir einen radikalen Wandel in der europäischen Politik. CO₂ muss einen
61 vernünftigen Preis bekommen. Wir brauchen eine neue Landwirtschaftspolitik in Europa, eine
62 Alternative zum Prinzip „Wachse oder Weiche“. Klimaschutz, Tierwohl und Gewässerschutz
63 funktionieren nur, wenn nicht ein Land die Standards des anderen unterbietet. Die
64 Plastikflut können wir nur bekämpfen, wenn Wegwerfplastik europaweit ein Ende hat.

65 Europa muss sich in einer sich verändernden Weltordnung immer stärker selbst beweisen – als
66 außenpolitische Akteurin, für die der Mensch mit seiner Würde und Freiheit und seinen
67 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht. Um diese Würde auch für die Menschen zu
68 wahren, die in Europa Schutz suchen, muss ein solidarisches europäisches Asylsystem
69 eingeführt werden, das für mehr Menschlichkeit und Handlungsfähigkeit sorgt.

70 Auch in der Europäischen Union selbst gibt es Mitgliedstaaten, in denen sich autoritäre
71 Strukturen immer weiter verfestigen. Die Zivilgesellschaften dort benötigen europäische
72 Unterstützung, wenn sie für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Dafür wollen wir die
73 Einklagbarkeit von Grundrechten auch in den europäischen Mitgliedstaaten ermöglichen. Wenn
74 korrupte und undemokratische Regierungen gegen EU-Recht verstoßen, sollten europäische
75 Gelder nicht mehr an sie, sondern direkt an die Kommunen und damit die Menschen dort gehen.

76 *Europa kann, wenn wir Bürgerinnen und Bürger das wollen*

77 Die Antwort auf die Herausforderungen Europas ist Europa. Die Europäische Union kann das
78 Vertrauen in ihre demokratischen Institutionen stärken. Sie kann die Klimakrise bekämpfen.
79 Sie kann dazu beitragen, dass die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren.
80 Dass Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit ihr strahlendes Versprechen einlösen. Die
81 Europäische Union kann den Frieden bewahren. Sie kann. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger das
82 wollen.

83 Darum geht es bei der Europawahl: zu entscheiden, was wir wollen. Wie wir zusammen leben
84 wollen. Und dann etwas dafür zu tun. Europa ist nicht aus Versehen und von allein

85 entstanden. Es hat die fürchterlichen Wunden des Krieges überwunden, weil es Frauen und
86 Männer gab, die Vision, Mut und Willen aufgebracht haben.

87 Es ist aber offensichtlich, wie schwer es geworden ist, dass Europa mit einer Stimme
88 spricht. Deshalb sollten die europäischen Staaten mutig sein und dort zu
89 Mehrheitsentscheidungen finden, wo diese die EU gemeinschaftlich handlungsfähiger machen.
90 Oder sie sollten in einer verstärkten Zusammenarbeit mit einigen Staaten vorangehen. Auf
91 jeden Fall müssen Deutschland und Frankreich den Schulterschluss suchen. Sie müssen mit
92 Ideen loslaufen, ohne in die historische Falle zu treten und alte Mauern wieder
93 hochzuziehen. Ein Europa, in dem dauerhaft nur ein Kern vorangeht und andere zurückbleiben,
94 wird entkernt enden. Wenn aber eine verstärkte Zusammenarbeit neue Lösungen bringt, wenn sie
95 damit beweist, dass es geht und dass es gut geht, dann können sich die Zögerlichen
96 vielleicht leichter anschließen. Und dann kann von Europa ein neues Versprechen ausgehen.

97 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten an, die notwendigen Veränderungen in der europäischen Politik
98 für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Humanität anzustoßen und dafür zu sorgen, dass
99 Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben. Dabei stehen wir an der Seite
100 der vielen, die in Initiativen, Bewegungen oder eigenständig vor Ort für diese Ziele
101 eintreten – und zwar überall in Europa. Als europäische Parteienfamilie, verbunden über die
102 Europäische Grüne Partei (EGP), streiten wir europaweit für unsere Idee.

103 Erwartbar werden wir nach der Europawahl einen starken nationalistischen Block im
104 Europäischen Parlament sehen, der destruktiv und antieuropäisch agieren wird. Wir wollen
105 alles tun, was in uns liegt, um für eine progressive und proeuropäische Mehrheit im EU-
106 Parlament zu sorgen. Eine Mehrheit gegen den konservativen Status quo und gegen die
107 Nationalisten, eine Mehrheit, die Europas Versprechen erneuert, eine Mehrheit für eine
108 Kommissionspräsident*in, die dafür einsteht.

109 Nie war die Zukunft Europas so unsicher wie heute. Es hängt jetzt entscheidend vom
110 gemeinsamen Einsatz der Proeuropäer*innen ab, welche Richtung Europa einschlagen wird, ob es
111 am Ende scheitern wird oder zu neuer Stärke und Handlungsfähigkeit findet als europäische
112 Demokratie.

113 Es ist keineswegs sicher, dass wir diesen Kampf gewinnen. Aber sicher ist, dass wir
114 verlieren werden, wenn wir jetzt nicht kämpfen. Gerade die europäische Geschichte ist eine
115 Geschichte von Verlusten und Niederlagen und falschen Führern. Aber nie wurde etwas besser,
116 wenn man nicht gekämpft hat.

117 Deshalb bitten wir Sie: Lassen Sie uns gemeinsam Europas Versprechen erneuern. Wählen Sie
118 Europa, denn Europa ist die Antwort. Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie finden im Jahr
119 2019 keine entschlossenerere politische Kraft, die für ein geeintes, ökologisches und
120 gerechtes Europa arbeitet.

121 Europa kann es. Wenn wir es wollen.

Beschluss (vorläufig)

Präambel: Europas Versprechen erneuern - Gemeinsam voran oder getrennt zurück? Das ist die Frage unserer Zeit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-P Europawahlprogramm (Präambel)

1 **Liebe Wählerinnen und Wähler,**

2 **die Europawahl 2019 ist eine Richtungswahl: Fällt unser Kontinent in den Nationalismus**
3 **zurück? Kapituliert die Politik vor den Herausforderungen der Globalisierung und verschärft**
4 **so die vielen Krisen? Oder begründet sich die Europäische Union kraftvoll neu? Wir sind uns**
5 **sicher, dass nur ein handlungsfähiges Europa die großen Aufgaben lösen kann. Dafür müssen**
6 **wir Europas Versprechen erneuern.**

7 Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, sozialer Ausgleich, Gleichberechtigung und
8 Bewahrung unserer Lebensgrundlagen – das ist das Versprechen der Europäischen Union. Es ist
9 ein Versprechen, für das es sich zu kämpfen lohnt. Wir haben mit dem gemeinsamen Europa
10 einen Raum geschaffen, in dem Bürger*innen mitbestimmen können, Parlamente und nicht Heere
11 entscheiden und alle Menschen vor dem Recht gleich sind.

12 Doch Europa und seine Menschen sind so herausgefordert wie lange nicht mehr. Grundfesten
13 geraten ins Wanken, die internationale Ordnung bröckelt, die europäische Einigung steht in
14 Frage.

15 Zum ersten Mal will mit Großbritannien ein Land die EU verlassen. Im Gründungsland Italien
16 regieren Faschisten mit Antieuropäern. In Österreich ist der rechtsnationale Innenminister
17 dabei, die Pressefreiheit einzuschränken. In Rumänien, Polen und Ungarn höhnen die autoritär
18 agierenden Regierungen den demokratischen Rechtsstaat aus und greifen die sexuelle
19 Selbstbestimmung an. Die transatlantische Partnerschaft, die als Garant unserer Sicherheit
20 galt, hängt am seidenen Faden, weil in den USA ein Rechtspopulist regiert, dem
21 internationales Recht nichts mehr gilt und der Europa zum wirtschaftlichen Feind erklärt.
22 Und währenddessen fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung und Hunger, erhitzt sich unser
23 Planet rasant, werden Vielfalt und Gleichberechtigung angegriffen, haben viele trotz Arbeit
24 kaum Chancen, der Armut zu entkommen, wächst die Ungleichheit innerhalb und zwischen den
25 europäischen Mitgliedsländern, verändern Globalisierung und Digitalisierung radikal unsere
26 Art zu leben, zu denken, zu arbeiten.

27 In dieser unübersichtlichen Lage suchen viele Menschen Halt. Ihre Unsicherheit ist den
28 Nationalisten und Europafeinden willkommen, denn Angst ist der Treibstoff ihrer Politik.
29 Komplexen Herausforderungen in einer globalen Welt begegnen sie mit Scheinalternativen, die
30 einfache Lösungen versprechen, aber Probleme in Wahrheit verschlimmern.

31 Der Populismus wird aber auch durch die Unfähigkeit, den Egoismus und die Ängstlichkeit der
32 europäischen Regierungen – auch der deutschen – genährt. Sie beschränken die Demokratie auf
33 das Lösen kleinteiliger Probleme und überlassen die Vormacht der globalisierten Wirtschaft.
34 Dieser im Kern neoliberale Ansatz bietet keine Antwort auf die Situation der Menschen und
35 verstärkt ihre Ängste.

36 Es ist die Spirale der Angst, aus der wir ausbrechen müssen. Denn nur wenn wir uns etwas
37 zutrauen, können wir gemeinsam der Politik ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben und Europa
38 als Idee des Gemeinsamen behaupten. Für uns bedeutet Europa mehr Souveränität. Abgrenzung
39 und Einigeln ins Nationale sind in einer globalisierten Welt dagegen keine Lösung. Vielmehr
40 bietet ein demokratisches und vereintes Europa den notwendigen Rahmen, in dem die
41 Bürgerinnen und Bürger die Fragen der Zukunft selbstbestimmt beantworten können. Wir laden
42 Sie ein, mit Ihrer Stimme daran mitzuwirken. In diesem Programm finden Sie unsere Ideen für
43 eine ökologische, soziale, geschlechtergerechte und demokratische europäische Antwort. Wir
44 bitten Sie: Gehen Sie jetzt mit uns in Europa gemeinsam voran.

45 *Neue europäische Antworten*

46 Ein Land allein will ein faires Steuersystem, in dem die große Kaffeekeite genauso Steuern
47 zahlt wie der Bäcker an der Ecke? Bislang lachen die Konzerne nur darüber und verschieben
48 ihre Gewinne von Land zu Land, so lange, bis sie gar keine Steuern mehr zahlen. Ein Land
49 allein will den digitalen Kapitalismus regulieren? Bislang scheren sich die Internet-
50 Giganten nicht darum. 5, 15 oder auch 50 Millionen Nutzer*innen weniger sind ihnen egal.
51 Aber ganz Europa ist ein zu großer Faktor, auf den sie nicht verzichten können. Wir haben es
52 bei der Datenschutzgrundverordnung gesehen – sie ist quasi der weltweite Maßstab geworden,
53 weil die die Europäische Union sie geschlossen beschlossen hat.

54 Die Macht der multinationalen Konzerne und unfaire Dumpingwettbewerbe auf Kosten von
55 Kleinunternehmern, Arbeitnehmern und Verbrauchern kann man nur eindämmen, in dem man
56 überstaatlich reguliert. Ein erster Schritt zu einer Unternehmenssteuer in der Europäischen
57 Union kann eine gemeinsame Körperschaftsteuer von Deutschland und Frankreich sein, genauso
58 wie eine europäische Mindestlohnrichtlinie und eine Ausweitung der europäischen Bankenunion,
59 die globale Unternehmen und Investoren in die Schranken weisen und so Europa krisenfest
60 machen würde.

61 Die Armut in Europa nimmt zu und Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen in
62 Südeuropa, ist immer noch auf einem erschreckend hohen Niveau. Schutz vor Dumpinglöhnen,
63 gute Ausbildung und die Perspektive auf eine Beschäftigung, die ein selbstbestimmtes Leben
64 ermöglicht, sind die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns für ein
65 inklusives Europa der Fairness und gegenseitigen Anerkennung auf Augenhöhe ein.

66 Die drohende Heizeit durch die Klimakrise können wir nur im globalen Zusammenspiel
67 abwenden, und Europa kann dabei den Unterschied machen. Deswegen muss die EU ihrer
68 Verantwortung gerecht werden und sich endlich Klimaziele setzen, die mit dem Pariser
69 Klimaabkommen vereinbar sind. Wir wollen, dass die EU wieder eine Vorreiterrolle im
70 Klimaschutz übernimmt, indem wir in Europa gemeinsam eine sichere Energieversorgung aus
71 erneuerbaren Quellen statt aus Kohle, Gas und Atom gewährleisten. Das schaffen wir zum
72 Beispiel, wenn wir die spanischen und griechischen Solarparks, die dänischen Offshore-
73 Windparks, die deutschen Windparks und die österreichischen Wasserkraftwerke miteinander
74 verbinden.

75 Wenn wir Klimaschutz vorantreiben wollen, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen, wenn
76 wir wollen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft noch fruchtbare Böden haben,
77 dann brauchen wir einen radikalen Wandel in der europäischen Politik. CO₂ muss einen
78 wirksamen Preis bekommen. Wir brauchen eine neue Landwirtschaftspolitik in Europa, eine
79 Alternative zum Prinzip „Wachse oder Weiche“. Klimaschutz, Tierschutz und Gewässerschutz
80 funktionieren nur, wenn nicht ein Land die Standards des anderen unterbietet. Die
81 Plastikflut können wir nur bekämpfen, wenn Wegwerfplastik ein Ende hat.

82 Die Zukunft Europas ist digital. Wir wollen die digitalen Veränderungen zum Wohle aller
83 Menschen gestalten. Demokratische Regulierung sowie technische Innovationen sind dafür der

84 Schlüssel. Die europäische Digitalpolitik soll von den Menschenrechten geleitet sein und
85 sich auf die Prinzipien der Offenheit und der Nachhaltigkeit stützen. Damit bildet Europa
86 den Gegenpol zu digitalen Bestrebungen Chinas oder der USA.

87 Europa muss sich in einer sich verändernden Weltordnung immer stärker selbst beweisen – als
88 außenpolitische Akteurin, für die der Mensch mit seiner Würde und Freiheit und seinen
89 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht. Gemäß den Entwicklungszielen der Vereinten
90 Nationen (SDGs) steht Europa in der Verantwortung, eine gerechte Weltordnung voranzutreiben
91 und mögliche Widersprüche in der eigenen Politik im Interesse globaler Gerechtigkeit
92 aufzulösen. Um die Würde des Einzelnen auch für die Menschen zu wahren, die in Europa Schutz
93 suchen, muss ein solidarisches europäisches Asylsystem eingeführt werden, das für mehr
94 Menschlichkeit und Handlungsfähigkeit sorgt.

95 Auch in der Europäischen Union selbst gibt es Mitgliedstaaten, in denen sich autoritäre
96 Strukturen immer weiter verfestigen. Die Zivilgesellschaften dort benötigen europäische
97 Unterstützung, wenn sie für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Dafür wollen wir die
98 Einklagbarkeit von Grundrechten auch in den europäischen Mitgliedstaaten ermöglichen. Wenn
99 korrupte und undemokratische Regierungen gegen EU-Recht verstoßen, sollten europäische
100 Gelder nicht mehr an sie, sondern direkt an die Kommunen und damit die Menschen dort gehen.

101 *Europa kann, wenn wir Bürgerinnen und Bürger das wollen*

102 Die Antwort auf die Herausforderungen Europas ist Europa. Die Europäische Union kann das
103 Vertrauen in ihre demokratischen Institutionen stärken. Sie kann die Klimakrise bekämpfen.
104 Sie kann dazu beitragen, dass die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren.
105 Dass Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit ihr strahlendes Versprechen einlösen. Die
106 Europäische Union kann den Frieden bewahren. Sie kann. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger das
107 wollen. In diesem Geiste müssen wir auch die bestehenden Krisen Europas wie die Klima- und
108 Finanzkrise oder die mangelnde Solidarität bei der Aufnahme von Geflüchteten lösen. Denn sie
109 sind letztlich auch auf die strukturellen Entscheidungsdefizite auf europäischer Ebene
110 zurückzuführen.

111 Die Krisen Europas sind auch die Folge von Demokratiedefiziten auf europäischer Ebene und
112 nicht eingelöster Versprechen auf ein sozial gerechtes Europa. Deshalb wird es wesentlich
113 sein, dass sich Europa als transnationale Demokratie und demokratische Union von Bürgerinnen
114 und Bürgern weiterentwickelt. Dazu zählen eine grenzübergreifende Meinungsbildung, echte
115 parlamentarische Initiativ-, Kontroll- und Budgetrechte. So lässt sich das Vertrauen in die
116 europäischen Institutionen wieder stärken.

117 Darum geht es bei der Europawahl: zu entscheiden, was wir wollen. Wie wir zusammen leben
118 wollen. Und dann etwas dafür zu tun. Europa ist nicht aus Versehen und von allein
119 entstanden. Es hat die fürchterlichen Wunden des Krieges überwunden, weil es Frauen und
120 Männer gab, die Vision, Mut und Willen aufgebracht haben. Die europäische Idee ist mit das
121 Wertvollste, was dieser Kontinent je geschaffen hat. Aus einst verfeindeten Staaten wurden
122 Freund*innen und Partner*innen. Uns eint die gemeinsame Geschichte, mit all ihren Narben und
123 all ihrem kulturellen Reichtum. Die EU ist seit über 70 Jahren ein Garant für Frieden, für
124 das Überwinden trennender Grenzen. Sie war und ist auch der Garant für Wohlstand,
125 Grundrechtsschutz und hohe Standards in unserem alltäglichen Leben.

126 Es ist aber offensichtlich, wie schwer es geworden ist, dass die Europäische Union mit einer
127 Stimme spricht, weil häufig einzelne Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Politik verhindern.
128 Deshalb sollten die europäischen Staaten mutig sein und dort zu Mehrheitsentscheidungen
129 finden, wo diese die EU gemeinschaftlich handlungsfähiger machen. Oder sie sollten in einer
130 verstärkten Zusammenarbeit mit einigen Staaten vorangehen. Gleichzeitig kann es auch Sinn
131 machen, wenn Länder wie Deutschland und Frankreich den Schulterschluss suchen. Sie müssen

132 mit Ideen gemeinsam loslaufen, ohne in die historische Falle zu treten und alte Mauern
133 wieder hochzuziehen. Denn ein Europa, in dem dauerhaft nur ein Kern vorangeht und andere
134 zurückbleiben, wird entkernt enden. Wenn aber eine verstärkte Zusammenarbeit neue Lösungen
135 bringt, wenn sie damit beweist, dass es geht und dass es gut geht, dann können sich die
136 Zögerlichen vielleicht leichter anschließen und die EU wird insgesamt gestärkt. Von Europa
137 kann so ein neues Versprechen ausgehen.

138 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten an, die notwendigen Veränderungen in der europäischen Politik
139 für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Humanität anzustoßen und dafür zu sorgen, dass
140 Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben. Dabei setzen wir auch auf die
141 identitätsstiftende Kraft von Kunst und Kultur. Das gemeinsame Europa zu schützen bedeutet,
142 den kulturellen Reichtum Europas gemeinsam zu fördern und zu bewahren. Wir stehen an der
143 Seite der vielen, die in Initiativen, Bewegungen oder eigenständig vor Ort für diese Ziele
144 eintreten – und zwar überall in Europa. Als europäische Parteienfamilie, verbunden über die
145 Europäische Grüne Partei (EGP), streiten wir europaweit für unsere Ideen.

146 Erwartbar werden wir nach der Europawahl einen starken nationalistischen Block im
147 Europäischen Parlament sehen, der destruktiv und antieuropäisch agieren wird. Wir wollen
148 alles tun, was in uns liegt, um für eine progressive und proeuropäische Mehrheit im EU-
149 Parlament zu sorgen. Eine Mehrheit gegen den konservativen Status quo und gegen die
150 Nationalisten, eine Mehrheit, die Europas Versprechen erneuert, eine Mehrheit für eine
151 Kommissionspräsident*in, die dafür einsteht.

152 Nie war die Zukunft Europas so unsicher wie heute. Es hängt jetzt entscheidend vom
153 gemeinsamen Einsatz der Proeuropäer*innen ab, welche Richtung die Europäische Union
154 einschlagen wird, ob es am Ende scheitern wird oder zu neuer Stärke und Handlungsfähigkeit
155 findet als europäische Demokratie.

156 Es ist keineswegs sicher, dass wir diesen Kampf gewinnen. Aber sicher ist, dass wir
157 verlieren werden, wenn wir jetzt nicht kämpfen. Gerade die europäische Geschichte ist eine
158 Geschichte von Verlusten und Niederlagen und falschen Führern. Aber nie wurde etwas besser,
159 wenn man nicht gekämpft hat.

160 Deshalb bitten wir Sie: Lassen Sie uns gemeinsam Europas Versprechen erneuern. Wählen Sie
161 Europa, denn Europa ist die Antwort. Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie finden im Jahr
162 2019 keine entschlosseneren politische Kraft, die für ein geeintes, ökologisches,
163 feministisches und gerechtes Europa arbeitet.

164 Europa kann es. Wenn wir es wollen.

EP-U-01 Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

- 1 Ein Europa ohne Kohle, Atom und Fracking ist möglich. Wir wollen die Europäische Union zum
2 weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz machen.
3 Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang weitgehend brachliegen.
4 Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-Unabhängigkeit erreicht, können
5 Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen werden. Das ist unser Ziel. Die
6 gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie müssen nur angepackt werden!
- 7 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei
8 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz
9 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen
10 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der Lage
11 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir
12 unsere Politik aufbauen. Eine Erderhitzung über 2 Grad wird unkontrollierbare Folgen auf
13 unser Zusammenleben und unsere Freiheit haben. Und sie trifft immer erst die Schwächsten.
14 Menschen werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge auf den Weg
15 machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Die Weltbank, nicht gerade
16 bekannt für ökologische Sensibilität, rechnet mit 150 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2030.
17 In elf Jahren. Es wird zu Kriegen um Wasser, fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen.
18 Wir werden uns der Verantwortung so oder so nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns
19 davon. Hitzerekorde, Dürren, Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue
20 Schreckensmeldungen. Der vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die
21 Klimakrise längst auch bei uns in Europa Realität ist.
- 22 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,
23 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern
24 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und
25 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die
26 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl, Gas und
27 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der Erneuerbaren
28 aufbauen, macht einen Unterschied. Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren
29 Reichtum auf Kosten Dritter erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die
30 einen gedrosselten Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen
31 wir die Meere leer oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir
32 unseren Müll ins Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik?
- 33 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel Bürger*innen, die Bike- und
34 Carsharing nutzen, sich an Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte
35 Lebensmittel setzen, die in Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Aber auch
36 innovative Unternehmen, Ingenieur*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit
37 ihnen allen verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom
38 auskommt, eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert und Landwirten
39 eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei wird und
40 unsere Meere schützt.

41 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft. Das sind
42 Anzeichen für eine kranke Natur, die auf den Menschen zurückgeht. Und Anzeichen dafür, dass
43 wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. In einem
44 gemeinsamen Europa können wir mit weniger Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren
45 und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben. Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir
46 konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern wir die Qualität von Flüssen und Seen.
47 Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr Wildnisflächen erhalten wir wichtige
48 Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa, das seine Umwelt und Natur schützt.

49 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment hinkt
50 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für
51 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen wir eine
52 europäische Batterieproduktion aufbauen. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche
53 Mobilität und halten zugleich die Wertschöpfung in Europa. Zudem knüpfen wir ein
54 europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der Straße auf die Gleise. Mit einem CO₂-
55 Mindestpreis sorgen wir für wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere
56 Versorgungssicherheit schaffen wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein
57 intelligentes Stromnetz. Das alles geht nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

58 **1.1 Klimaschutz fördern, aus Kohle und Atom aussteigen**

59 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben weltweit
60 8,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und über
61 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind
62 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung. Es darf nicht
63 sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der
64 Europäischen Union bei dieser rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den
65 USA wird pro Kopf mittlerweile deutlich mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

66 Wir wollen das ändern! Wir wollen ein zu 100 % erneuerbares und ein energieeffizientes
67 Europa als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische
68 Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,
69 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die wir
70 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050
71 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise
72 einzudämmen und die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad zu halten. Die CO₂-Emissionen
73 müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Bei der
74 Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990, um ein
75 maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen.

76 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Dabei gibt es
77 längst Alternativen: Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und
78 mittlerweile auch billiger. Das haben Länder wie Frankreich, die Niederlande oder Italien
79 längst verstanden und sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Global Alliance to
80 Power Past Coal) angeschlossen, die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030
81 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich die Europäische Union inklusive Deutschland
82 anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle festzuhalten.

83 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in europäischen Nachbarländern den
84 Ausbau der Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch
85 hochgiftige Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa
86 dürfen nicht weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür
87 trägt. Die Bundesregierung ist super darin, anzukündigen, wie ehrgeizig sie in 10, 15 oder
88 20 Jahren sein will. Und regelmäßig macht sie nichts in der Gegenwart. Damit muss Schluss
89 sein. Je energischer wir jetzt handeln, desto leichter werden die letzten Etappen. Wir

90 müssen jetzt beginnen, Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen.
91 Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen
92 Kohleausstieg.

93 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen
94 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg darf nicht
95 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich setzt
96 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft – mit Atomstrom-Exporten nach ganz Europa.
97 Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig
98 unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren
99 konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Stör- und Unfälle 60 Jahre am Netz hängen sollen.
100 Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren vorzeitig stillzulegen. Risiko-
101 AKWs wie das französische Cattenom, das belgische Tihange oder das tschechische Temelín
102 gehören sofort abgeschaltet. Der Betrieb dieser Schrottmehler birgt unbeherrschbare Risiken
103 für alle Europäer*innen. Darüber hinaus fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer
104 Ebene, das es Bürger*innen und Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die
105 Sicherheitsanforderungen für grenznahe Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte
106 in Europa müssen systematischer erfasst, transparenter gemacht und auf ein Minimum
107 beschränkt werden.

108 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken in
109 Europa überhaupt noch. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf Grundlage des
110 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Alle Passagen dieses Vertrages, die
111 Investitionen, Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft
112 begünstigen und AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden
113 Vorteil verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von
114 Atommüll sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden
115 einheitlichen Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso ist ein neues
116 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen notwendig;
117 Subventionierungen durch die Hintertür müssen beendet werden. Bei den Entscheidungen zu
118 Euratom wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das
119 Europäische Parlament. Damit die Energiewende europaweit gelingt, braucht es eine
120 Erneuerbare-Energien-Union.

121 *CO₂ einen Preis geben und den Menschen das Geld*

122 CO₂ muss einen Preis bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei
123 Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem
124 Industrieanlagen sowie Kohle- und Gaskraftwerke –, sollte es einen Mindestpreis für CO₂
125 geben. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, die Zertifikate sind
126 weiterhin viel zu billig und verfehlen damit ihre Wirkung. Daher müssen sie verknappt und
127 verteuert werden. Wir wollen, dass Deutschland zunächst mit einigen EU-Staaten die
128 Initiative ergreift und in einer regionalen Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis
129 einführt; die Niederlande und Frankreich haben ihre Absicht dazu schon erklärt.
130 Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische Lösung vorantreiben.

131 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, wie Verkehr, Wärme
132 und Landwirtschaft, braucht es eine Anpassung der Steuersätze auf Heizöl und Erdgas. Die
133 fossilen Energieträger müssen für ihren jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis
134 zahlen.

135 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als
136 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die
137 Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-

138 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden
139 wir in Deutschland vorangehen.

140 *Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen*

141 Der Kohleausstieg wird auch dazu führen, dass Arbeitsplätze verloren gehen und neue in
142 Zukunftsbranchen entstehen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und
143 lassen die Menschen nicht im Stich. Bei diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten
144 und die Regionen unterstützen, damit sie eine Perspektive haben. Im Europäischen Fonds für
145 regionale Entwicklung (EFRE) sollen „Kohleausstiegsregionen“ speziell gefördert werden. Neue
146 regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und passgenaue Weiterbildung wird
147 angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen in ganz
148 Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel Betroffenen, sondern ist auch
149 ein Mittel gegen Fachkräftemangel.

150 *Europas Energie vernetzen*

151 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen
152 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander
153 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Doch die geplante
154 Gaspipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee, die von Russland und der deutschen
155 Bundesregierung vorangetrieben wird und die osteuropäischen und baltischen Staaten nicht
156 miteinbezieht, konterkariert dieses Ziel und widerspricht dabei auch der gemeinsamen
157 europäischen Energieunion. Zudem ist Nord Stream 2 – wie auch neue Pipeline- und Fracking-
158 Projekte in anderen Ländern – klimapolitisch falsch, stellt die europäische Solidarität in
159 Frage und ist für die Ukraine politisch desaströs. Deshalb muss es gestoppt werden. Wir
160 brauchen nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und Energieeffizienz.

161 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem gesamteuropäischen Stromverbund
162 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere Basis
163 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und verbinden
164 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr
165 Unabhängigkeit.

166 Für Europa brauchen wir dringend ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren
167 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel steuerbaren
168 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt. Dafür wollen wir eine
169 echte europäische Energienetzgesellschaft.

170 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die
171 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für
172 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotenziale
173 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen
174 Strukturen.

175 Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die Einlagerung von
176 CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch Fracking
177 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt ab.

178 *Union für Energie- und Ressourceneffizienz*

179 Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare schaffen Arbeitsplätze und reduzieren die
180 Kosten für die Verbraucher*innen. Wir wollen den Umstieg privater Verbraucher*innen auf
181 Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen Unternehmen eine günstigere
182 Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom EU-Parlament und Rat geschaffene
183 Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen ökologische Mindeststandards fest.
184 Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir wollen für weitere Produkte

185 ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir ökologische Innovationen,
186 beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern. Schlüssel für weniger Energieverbrauch sind der
187 Bereich Bauen und Wohnen und der Umstieg auf eine energieeffiziente Elektromobilität.

188 Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise entfachen. Die Ökodesign-
189 Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und fordern. Auch wollen wir
190 erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise nach einiger Zeit zum
191 Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-Richtlinie hat das
192 Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten einzusparen und 1
193 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer ressourcenschonenden
194 Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa schaffen.

195 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 196 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom,
- 197 • Investitionen in intelligente Stromnetze und einen transeuropäischen Netzausbau,
- 198 • einen vernünftigen Preis für CO₂,
- 199 • ein Programm, das Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt.

200 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

201 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits
202 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Wir wollen ein Verkehrssystem in Europa
203 aufbauen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere
204 Lebensqualität steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide und
205 Feinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben uns die
206 Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr, sind Züge
207 unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern. Wir möchten
208 in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar ist und
209 Umwelt und Gesundheit schützt. Das bedeutet: weniger, aber dafür saubere und leise Autos,
210 mehr Car- und Bikesharing, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote und eine bessere Vernetzung
211 unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt und auf dem Land. Mittelfristig wollen wir
212 autofreie Innenstädte schaffen.

213 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in
214 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert
215 werden. Wir wollen, dass auch der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet.
216 Dazu fordern wir die Einführung eines CO₂-Preises auf fossile Treibstoffe wie Benzin und
217 Erdgas, damit saubere Antriebe im Verhältnis günstiger werden.

218 Auch den Fahrradverkehr wollen wir ausbauen. Mittlerweile gibt es 14 europäische
219 Fernradwege, die Euro-Velo-Routen. Diese wollen wir ausbauen, um den grenzüberschreitenden
220 Fahrradverkehr zu fördern.

221 *Ein europäisches Schienennetz knüpfen*

222 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, wollen wir, dass Europa auf der Schiene
223 zusammenwächst. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit
224 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für
225 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist noch
226 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Wir wollen das
227 ändern. Das 2016 erstmals aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner
228 Erfolg, der deutliche Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die
229 Nachfrage das Programm überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit

230 schaffen wir mit wenig Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon
231 profitieren gerade die Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind.

232 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im
233 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur
234 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die
235 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein
236 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen
237 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Personen-
238 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die Belastung
239 durch Lärm und Schadstoffe. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und
240 Personenverkehr. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen
241 Metropolen und einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein.

242 *Weltmarktführer für saubere Autos*

243 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel in der Autoindustrie
244 anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und Digitalkonzerne aus den USA
245 und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer die saubersten, bequemsten und
246 intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann internationaler Marktführer bleiben.
247 Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Klima- und
248 Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

249 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO₂-
250 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere Abgastests
251 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst
252 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen
253 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische
254 CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine
255 europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, damit ab 2030 möglichst nur noch abgasfreie Autos
256 neu zugelassen werden. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende
257 der Steuerprivilegien bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion
258 sowie die Produktion von Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto
259 Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Auch beim ÖPNV wollen wir die
260 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse
261 produziert werden.

262 In einem neuen umfassenden Mobilitätssystem wird das Auto vernetzt mit Bus, Bahn, Fahrrad
263 und Fußverkehr. Über Carsharing teilen sich Menschen Autos. Hinzu kommen neue Entwicklungen
264 wie die intelligente Verkehrssteuerung und autonome Autos, die unter den richtigen
265 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir wollen die
266 digitale, emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen. Dazu
267 wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte starten, die den
268 Autoverkehr verringern und Carsharing, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gezielt ausbauen.

269 *Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt*

270 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen.
271 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für klare Klimaziele für die
272 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen daher auf eine einheitliche europäische
273 Regelung, die emissionsarme Kraftstoffe wie Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in der
274 Schifffahrts- und Flugindustrie fördert. Landstromanschlüsse für Kreuzfahrts-, Container- und
275 Frachtschiffe sollen europaweit verbindlich werden.

276 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
277 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten werden.

278 Wir wollen darüber hinaus eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe einführen, ähnlich
279 der Flugverkehrsabgabe bzw. Kerosinsteuer. Derzeit sind Kreuzfahrtenreisen nahezu von allen
280 Steuern ausgenommen, der Schiffstreibstoff steht den Reedern ebenfalls steuerfrei zur
281 Verfügung. Diese Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen.

282 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, die unfairen Wettbewerbsvorteile abzuschaffen.
283 Internationale Flüge unterliegen weiter keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht
284 besteuert. Das wollen wir ändern. Zudem muss der internationale Flugverkehr endlich in den
285 europäischen Emissionshandel einbezogen werden, um seinen Beitrag zum Schutz der Atmosphäre
286 beizutragen.

287 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 288 • Vorfahrt für die Schiene,
- 289 • die Förderung sauberer Autos und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 290 • eine Schifffahrt ohne Schweröl,
- 291 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

292 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

293 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial
294 umzugestalten. In Politik und Wirtschaft gibt es viele, die sich offenbar vor dieser Aufgabe
295 scheuen und sie weiter vor sich herschieben wollen. Damit werden die Probleme aber größer.
296 Wir Grünen bleiben dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen
297 und sozialen Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem
298 fairen Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen
299 Stärken unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

300 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer
301 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische
302 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen
303 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen
304 Lebensgrundlagen. Ermutigend für die Perspektive einer ökologischen Transformation unserer
305 Wirtschaft ist es, wenn sich die europäische Stahlindustrie dazu bekennt, in den nächsten
306 Jahren auf CO₂-neutrale Stahlproduktion umzuschwenken.

307 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden
308 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle
309 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft
310 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Digitalplattformen
311 können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine wichtige Rolle
312 spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von Elektronikschrott nicht
313 wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt exportiert werden,
314 während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und Kosten für Unternehmen
315 und für die Umwelt verringert werden können. Besonderes Gewicht für die Recyclingwirtschaft
316 hat auch die europäische Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige Vermehrung von
317 Plastikmüll drastisch einzudämmen.

318 *Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen*

319 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit
320 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten
321 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz finanzieren. Das ist auch finanziell
322 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,

323 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen haben es
 324 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig
 325 ausgerichtet.

326 Der ökologische Umbau braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen. Heute
 327 wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht nur ein
 328 ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die
 329 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,
 330 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,
 331 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

332 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.
 333 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger
 334 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance
 335 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien
 336 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische und soziale Ziele in der
 337 Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel für
 338 nachhaltige Geldanlagen einführen.

339 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das
 340 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien
 341 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und
 342 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir
 343 abschaffen.

344 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische
 345 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem kleinen
 346 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu europäischen Förderprogrammen für
 347 energie- und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

348 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Dabei werden
 349 Chancen vertan, die Genossenschaften und soziale Unternehmen bieten. Wir wollen eine
 350 Strategie der EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die
 351 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen mit
 352 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei
 353 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

354 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 355 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 356 • ein nachhaltiges Finanzsystem und ökologisch transparente Geldanlagen,
- 357 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie.

358 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

359 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere
 360 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren, Pflanzen
 361 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Auf den
 362 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer weniger:
 363 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die Anzahl
 364 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns
 365 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Auch in anderen europäischen Ländern
 366 sieht die Situation nicht viel besser aus.

367 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen.
368 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie
369 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen,
370 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern.

371 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen
372 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020
373 aufzuhalten – und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,
374 umgehend eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für
375 den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu
376 erarbeiten. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue
377 Leitprinzipien verankern.

378 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der Umwelt-
379 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen Regierungen, die
380 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten
381 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische
382 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des Białowieża-Waldes
383 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in unserem
384 Wasser verurteilt.

385 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-
386 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen Ebenen
387 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre
388 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das
389 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

390 Umweltschädliche Subventionen wollen wir abbauen und den Naturschutz besser finanzieren.
391 Außerdem wollen wir transeuropäische grüne Korridore für Biotope vorantreiben. Um
392 Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür fördern wir
393 mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in Europa verdoppeln.
394 Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein beschlossenes Ziel von 2 %
395 Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran, wenn wir das mit einer
396 Agrarwende, weniger Pestiziden auf den Feldern und mehr ökologischem Landbau verbinden.

397 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, damit
398 der Umweltschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt wird. Wir wollen die
399 Entscheidungsprozesse demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und
400 Lobbyismus regulieren.

401 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 402 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder in Europa,
- 403 • grenzüberschreitende Biotope,
- 404 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 405 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

406 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

407 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche
408 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir
409 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und
410 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-,
411 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften

412 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten. Deswegen
413 streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau einer nachhaltigen
414 Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als auch hohen Umwelt- und
415 Tierschutzstandards genügt und faire Preise für die Landwirt*innen erzielt.

416 Zusammen mit Landwirt*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht: Immer mehr
417 Verbraucher*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte
418 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen
419 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit uns für
420 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die
421 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck bleibt
422 groß.

423 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden
424 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch
425 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der
426 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes
427 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

428 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die europäische
429 Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und
430 Tierwohl steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische
431 Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa
432 nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich
433 entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte
434 Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die
435 bäuerliche Landwirtschaft in Europa erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele
436 erreicht werden.

437 *Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung*

438 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen,
439 muss sich vor allem die EU-Agrarförderungspolitik grundlegend ändern. Immer noch kommt der
440 größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die Landwirtschaft jährlich
441 subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und fördert so Umweltzerstörung,
442 Industrialisierung und Exportorientierung. Die Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

443 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen muss Leistungen der Landwirtinnen und
444 Landwirte für das Gemeinwohl fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder
445 weiche“ eröffnen. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, eine artgerechte und eine
446 flächengebundene Tierhaltung würden dann gezielt unterstützt. Betriebe, die weniger oder gar
447 keine Pestizide einsetzen, unser Wasser sauber halten, würden also deutlich mehr Förderung
448 bekommen als industriell wirtschaftende Betriebe. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für
449 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Zahlungen noch rechtfertigen.

450 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die
451 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede
452 Förderung ist das Einhalten von Umweltstandards, die ebenfalls für alle Mitgliedstaaten auf
453 EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen 15 Milliarden Euro
454 schweren Naturschutzfonds.

455 *Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen*

456 Landgrabbing, das heißt das Aufkaufen von landwirtschaftlichen Flächen als
457 Investitionsobjekten durch Kapitalanleger und Staaten, sowie eine verzerrende

458 Strukturpolitik bedrohen die vielfältige, solide und nachhaltige bäuerliche
459 Landwirtschaftsstruktur, auch in Europa.

460 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt werden, etwa
461 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur pro
462 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere Betriebe zu
463 unterstützen, Einstiegs erleichterungen für Neugründungen, Transparenz der
464 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine
465 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden ist ein öffentliches Gut und muss
466 vor Spekulationen geschützt werden.

467 *Trinkwasser und Gewässer schützen*

468 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist
469 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen Zugang
470 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Klimaerhitzung verschärft diese Situation. In
471 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer
472 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt
473 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete
474 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt
475 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese
476 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem Versuch
477 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale
478 Unternehmen zu machen.

479 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen
480 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren
481 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen Europas noch meilenweit entfernt.
482 Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
483 ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren. Außerdem wollen wir den
484 Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz gefährlicher Pestizide in der
485 Landwirtschaft weiter zurückdrängen.

486 *Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!*

487 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige
488 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen,
489 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

490 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die
491 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie schaden
492 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns
493 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon einmal
494 auf europäischer Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die
495 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips
496 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht
497 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

498 *Fischbestände schützen*

499 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik, die dafür sorgt, dass unsere
500 Meere geschützt und Fischarten nicht überfischt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung
501 von Fischbeständen gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der
502 Meere und der Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-
503 Fischereipolitik nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien
504 ausgerichtet werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Die Tiefseefischerei und

505 besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten. Die EU soll
506 bestehende Meeresschutzgebiete ausweiten, neue schaffen und die Gebiete effektiv sichern.

507 *Tierwohl stärken*

508 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.
509 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp. Deshalb sollten
510 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.
511 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen
512 grundsätzlich ernähren kann.

513 Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise und reduzieren so die
514 Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch neue Gesetzgebung und
515 ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt.

516 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden
517 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere
518 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der
519 am billigsten arbeitet. Tiertransporte für Schlachttiere wollen wir auf maximal vier Stunden
520 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern
521 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur
522 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen.

523 Exporte lebender Schlachttiere in Länder außerhalb der EU sowie jede Form von Klonen und
524 Qualzucht wollen wir verbieten. Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent
525 umgesetzt und auf weitere Produkte ausgeweitet werden. Zusätzlich benötigen wir eine
526 Förderung für die Erforschung von Alternativen. Auch Straßentiere müssen in Europa ein
527 würdiges Leben haben. Wir fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden.
528 Stattdessen müssen öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die
529 Kastration, gestärkt werden.

530 Wildtiere wollen wir besonders schützen. Hierfür sind internationale Arten- und
531 Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen Wildtierhandel in Europa
532 bekämpfen und den Import von Wildfängen in die EU verbieten.

533 *Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken – Gentechnik konsequent regulieren*

534 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der
535 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche
536 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu Agroforstsystemen
537 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig
538 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial ist
539 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere
540 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische Methoden – zu
541 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit einem
542 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und
543 gentechnische Ansätze erhalten.

544 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren die Agrogentechnik ab, anders als Gentechnik im
545 medizinischen Bereich und bei der industriellen Produktion. Die großen Probleme, die Länder
546 wie die USA oder Argentinien als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver
547 Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher
548 Vielfalt, die große Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte
549 Verbraucherefreiheit –, unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist.

550 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip entsprechend der Entscheidung des EUGH
551 auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt wird. Weil

552 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine
553 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten. Ob die Probleme, die es bei der
554 herkömmlichen Gentechnik gibt, bei neuen gentechnischen Verfahren wie CRISPR/Cas zum Tragen
555 kommen, muss in jedem einzelnen Zulassungsverfahren im Sinne des europäischen
556 Vorsorgeprinzips geklärt werden.

557 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung, sondern
558 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der weitere
559 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden.

560 In diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch, dass bei
561 der finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Ständige Ausschuss und die Mitgliedstaaten
562 ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren. Wir Grünen
563 werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung angemessen beteiligt
564 und gehört wird.

565 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit
566 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet
567 werden.

568 Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist ein
569 Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen
570 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den
571 konventionellen, gentechnikfreien und ökologischen Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten,
572 die mit neuer Gentechnik hergestellt wurden, angerechnet werden.

573 *Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!*

574 Das zentrale Problem beim Herumexperimentieren am Saatgut ist dessen Patentierbarkeit. Sie
575 führt zu immer größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig
576 gemacht, gerade in den Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass
577 Pestizide bei gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die
578 Wahlfreiheit der Verbraucher*innen unterlaufen wird.

579 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und Leben
580 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht
581 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere
582 geben.

583 Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU. Den Import von Klonen
584 sowie von Produkten von deren Nachkommen lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass Milch und
585 Fleisch von Nachkommen von Klontieren ungekennzeichnet auf den europäischen Markt kommen.

586 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 587 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 588 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 589 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 590 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält,
- 591 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik ein Verbot von Patenten auf
592 Saatgut, Pflanzen und Tiere.

593 **1.6 Europa vom Plastikmüll befreien**

594 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen
595 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In den
596 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere Flüsse und
597 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird
598 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in
599 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

600 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und
601 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann
602 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in Salz,
603 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu uns
604 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht. Denn durch
605 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur Erhitzung
606 unserer Erde beiträgt.

607 *Plastikflut eindämmen*

608 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch
609 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen Tonnen
610 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die Hand
611 nehmen.

612 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für
613 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in
614 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert
615 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten
616 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient
617 recycelt werden können.

618 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist
619 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende Verwendung
620 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik nicht
621 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei Trinkhalmen
622 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden. Die Europäische
623 Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und unter anderem ein
624 Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr und auch
625 Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter erster Ansatz, reicht jedoch noch nicht, um den
626 Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu gebieten.

627 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet
628 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich
629 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur
630 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik
631 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von
632 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet
633 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien
634 auszubauen.

635 *Recycling stärken*

636 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der EU-
637 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die Recyclingkapazitäten
638 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und
639 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren Beitrag

640 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen Materialien
641 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

642 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland ein
643 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf europäischer Ebene noch Handlungsbedarf.
644 Qualitativ hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist
645 wesentlich ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist
646 eine Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel
647 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt
648 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für Einweggetränkeflaschen
649 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte
650 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

651 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein.
652 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter
653 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

654 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 655 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 656 • eine europäische Plastiksteuer,
- 657 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 658 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

1 Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen die
2 Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und
3 Energieeffizienz machen. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang
4 weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-
5 Unabhängigkeit erreicht, können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen
6 werden. Das ist unser Ziel. Die gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie
7 müssen nur angepackt werden!

8 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei
9 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz
10 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen
11 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der Lage
12 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir
13 unsere Politik aufbauen. Wir leben bereits in einer Welt, die sich um ein Grad erwärmt hat.
14 Diese Veränderung birgt schon heute erhebliche Risiken auf unser Zusammenleben und unsere
15 Freiheit. Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, wird unkontrollierbare Folgen
16 haben. Und sie trifft zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht haben und sich am
17 wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders Frauen, in den Ländern
18 des globalen Südens. Deshalb streiten wir - an der Seite einer globalen Bewegung - für
19 Klimagerechtigkeit. Viele werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge
20 auf den Weg machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Selbst die Weltbank
21 rechnet mit 140 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050. Es wird zu Kriegen um Wasser,
22 fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen. Wir werden uns der Verantwortung so oder so
23 nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns davon. Hitzerekorde, Dürren,
24 Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue Schreckensmeldungen. Der
25 vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst auch bei
26 uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an
27 den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.

28 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,
29 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern
30 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und
31 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die
32 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl, Gas und
33 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der Erneuerbaren
34 aufbauen, macht einen Unterschied. Die EU-Energieaußenpolitik muss auf Nachhaltigkeit und
35 einen Dialog auf Augenhöhe im Interesse der betroffenen Staaten setzen. Zu einer solchen,
36 gemeinsamen EU-Außenpolitik ist daher eine starke, auf Erneuerbarer Energien basierende
37 Energieunion notwendig.

38 Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren Reichtum auf Kosten Dritter
39 erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die einen gedrosselten

40 Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen wir die Meere leer
41 oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir unseren Müll ins
42 Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik? Mit welchen Wohlstandsindikatoren wollen wir
43 am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften stärken?

44 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel diejenigen, die sich an
45 Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte Lebensmittel setzen, die in
46 Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Viele europäische Städte tüfteln schon
47 lange an einer autofreien Zukunft. Aber auch innovative Unternehmen, Ingenieur*innen,
48 Wissenschaftler*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit ihnen allen
49 verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom auskommt,
50 eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert, Tiere schützt und
51 Landwirten eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei
52 wird und unsere Meere schützt.

53 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft - das sind
54 Anzeichen einer kranken, ausgelaugten und überstrapazierten Natur, die auf den Menschen
55 zurückgehen. Und Anzeichen dafür, dass wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen
56 müssen wir uns stellen. In einem gemeinsamen Europa können wir mit weniger Dünger, weniger
57 Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben.
58 Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern
59 wir die Qualität von Flüssen und Seen. Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr
60 Wildnisflächen erhalten wir wichtige Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa,
61 das seine Umwelt und Natur schützt.

62 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment hinkt
63 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für
64 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen wir eine
65 europäische Batterieproduktion aufbauen, die sparsam mit den notwendigen Ressourcen
66 umgeht. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche Mobilität und halten zugleich die
67 Wertschöpfung in Europa. Digitale Technologien wollen wir stärker für vernetzte Mobilität
68 einsetzen. Zudem knüpfen wir ein europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der
69 Straße auf die Gleise. Mit einem dynamisch ansteigenden CO₂-Mindestpreis sorgen wir für
70 wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere Versorgungssicherheit schaffen
71 wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein intelligentes Stromnetz. Das alles geht
72 nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

73 **1.1 Klimaschutz fördern, für ein Europa der Erneuerbaren Energien, raus aus Kohle- und** 74 **Atomkraft**

75 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben weltweit
76 10,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und über
77 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind
78 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und der Garant
79 für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass Europa durch
80 die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union bei dieser
81 rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den USA wird mittlerweile deutlich
82 mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

83 Wir wollen das ändern! Wir wollen eine zu 100 % erneuerbare und energieeffiziente
84 Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das
85 europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,
86 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die wir
87 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050
88 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise

89 einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.
90 Die CO₂-Emissionen müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden.
91 Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990, um
92 ein maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen. Diese
93 Ziele müssen wir kontinuierlich überwachen und falls nötig anpassen. Wenn der Klimawandel
94 sich beschleunigt, ist es notwendig, schneller voranzukommen.

95 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Darüber hinaus
96 schafft Kohleverbrennung gesundheitliche Probleme. Dabei gibt es längst Alternativen:
97 Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und mittlerweile auch billiger.
98 Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, die Niederlande oder Italien haben
99 sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Powering Past Coal Alliance) angeschlossen,
100 die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich
101 die Europäische Union inklusive Deutschland anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle
102 festzuhalten.

103 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in Europa den Ausbau der
104 Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch hochgiftige
105 Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa dürfen nicht
106 weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür trägt. Die
107 Stromversorgung wird im Zuge der Abschaltung der unflexiblen, ineffizienten Kohle- und
108 Atomkraftwerke durch den Zubau erneuerbarer Energien sowie von hocheffizienten
109 Kraftwärmekopplungsanlagen sichergestellt, die zunehmend nur noch mit erneuerbaren Energien
110 betrieben werden. Ob CO₂, Quecksilber, Feinstaub oder Stickoxide: überall sind
111 Kohlekraftwerke als Hauptverursacher dabei. Deshalb müssen wir jetzt beginnen,
112 Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen. Wir brauchen nicht nur
113 in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg.

114 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen
115 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg darf nicht
116 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich setzt
117 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft. Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung
118 von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die
119 für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Störfälle
120 60 Jahre am Netz bleiben sollen. Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren
121 vorzeitig stillzulegen. Die Laufzeiten für Atomkraftwerke sind auf ein absolutes Maximum von
122 40 Jahren zu begrenzen. Risiko-AKW's wie die französischen Reaktoren Cattenom und Fessenheim,
123 das belgische Tihange oder das tschechische Temelín sind sofort abzuschalten. Der Betrieb
124 dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken für alle Europäer*innen. Darüber hinaus
125 fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer Ebene, das es Bürger*innen und
126 Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe
127 Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte in Europa müssen systematischer erfasst,
128 transparenter gemacht und auf ein Minimum beschränkt werden.

129 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken in
130 Europa überhaupt noch - und dient beispielsweise in Großbritannien indirekt auch den
131 Atomwaffenprogrammen. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf Grundlage des
132 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Diese indirekten und direkten
133 Subventionen müssen beendet werden. Alle Passagen dieses Vertrages, die Investitionen,
134 Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft begünstigen und
135 AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden Vorteil
136 verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von Atommüll
137 mitsamt transparenter Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der Endlagersuche
138 sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden einheitlichen

139 Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso verlangt die unterirdische
140 Endlagerung hohe, einheitliche Mindestanforderungen. Darüber hinaus ist ein neues
141 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen und einer
142 Einbeziehung grenzüberschreitender Auswirkungen notwendig; Bei den Entscheidungen zu Euratom
143 wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das Europäische
144 Parlament. Um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie in Europa für 2050 erreichen, muss die
145 Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerative Stromquellen auch
146 auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden. Damit die Energiewende europaweit
147 gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Den Energie-Charta-Vertrag, der
148 Konzernen Sonderklagerechte einräumt und damit den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg
149 aushebelt, wollen wir hingegen kündigen.

150 *Klimabedingte Migration und Flucht würdevoll gestalten – Klimapass für Bewohner*innen von*
151 *bedrohten Inselstaaten*

152 Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches Phänomen
153 mehr. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es deshalb
154 Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell bei der Anpassung an die
155 Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen. Dennoch werden Menschen
156 gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, diesen
157 Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres
158 Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet sind die
159 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase. Daher soll
160 die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer gemeinsamen
161 Regelung den Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar
162 werden, Klimapässe anbieten. Diese sollen zusätzlich und nicht alternativ zu bestehenden
163 Initiativen und Forderungen der Inselstaaten etabliert werden. Auch andere Staaten mit
164 historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen sollen als Partner für diese
165 gerechte Klimafolgenanpassung gewonnen werden. Zugleich sollte die EU Prozesse unterstützen,
166 in denen mit betroffenen Staaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit klimabedingter
167 Migration, Flucht und Vertreibung, sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.

168 *CO₂ einen Preis geben und den Menschen das Geld*

169 Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen. Dieser Preis
170 besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem
171 Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem Industrieanlagen sowie Kohle- und
172 Gaskraftwerke –, muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO₂-Emissionen geben,
173 denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige Investitionsentscheidungen zu
174 treffen. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, zusätzlich muss die
175 Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter
176 reduziert werden. Nur so entfaltet der CO₂-Preis eine echte Lenkungswirkung. Deutschland
177 soll zunächst mit einigen EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen
178 Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis einführen; die Niederlande und Frankreich
179 haben ihre Absicht dazu schon erklärt. Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische
180 Lösung vorantreiben.

181 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir eine
182 grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen entsprechend
183 für ihren jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis kosten.

184 Zeitnah wollen wir dafür sorgen, dass Produkte und nicht deren Produktion dem europäischen
185 CO₂-Mindestpreissystem unterliegen. So würden wir in Deutschland und Europa zukünftig die
186 Entstehung von CO₂ und nicht die Herstellung der Produkte verteuern. Dadurch verhindern wir,
187 dass der hohe CO₂-Preis die Produktion und damit den CO₂-Ausstoß in Länder verlagert, in

188 denen es keinen vergleichbar hohen Preis für CO₂ gibt. Den dafür notwendigen Grenzausgleich
189 („border carbon adjustment“) wollen wir WTO konform gestalten. Perspektivisch wollen wir
190 weitere umweltschädliche Effekte analog zur CO₂-Besteuerung in eine umfassende
191 Verschmutzungs- und Ressourcenbesteuerung aufnehmen.

192 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als
193 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die
194 Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-
195 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden
196 wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.

197 Wir wollen Energiearmut bekämpfen, indem europaweit Sozialtarife geschaffen werden,
198 betroffene Haushalte eine kostenfreie und unabhängige Energieberatungen erhalten und die
199 eigene Energieerzeugung und -einsparung gefördert wird.

200 *Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen*

201 Der Kohleausstieg wird dazu führen, dass einerseits Arbeitsplätze verloren gehen und
202 andererseits in neuen Zukunftsbranchen deutlich mehr Arbeitsplätze entstehen. Dennoch nehmen
203 wir die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und lassen die Menschen nicht im Stich. Bei
204 diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten und die Regionen unterstützen, damit sie
205 eine Perspektive haben. Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen „Kohleausstiegsregionen“
206 speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und
207 passgenaue Weiterbildung wird angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und
208 lebenslanges Lernen in ganz Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel
209 Betroffenen, sondern ist auch ein Mittel gegen Fachkräftemangel. Die Sozialpartner sollen
210 ihre spezifischen Kompetenzen aktiv in den Prozess des Strukturwandels einbringen können.

211 *Europas Energie vernetzen*

212 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen
213 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander
214 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Wir brauchen
215 nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und höhere Energieeffizienz. Die Weichen dafür
216 stellen wir, indem wir die Energiewende im Wärmesektor vorantreiben und dafür sorgen, dass
217 Gebäude in Europa energieeffizient werden und erneuerbare Energien nutzen. Das Projekt Nord
218 Stream 2 lehnen wir daher ebenso ab wie neue Pipelineprojekte, Frackingvorhaben und den
219 Import von geacktem Gas. Doch auch der Bau von LNG-Terminals ist keine Alternative für die
220 Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung. Die starke Abhängigkeit Europas von
221 klimaschädlichen Energieimporten muss in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung
222 überwunden werden.

223 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem gesamteuropäischen Stromverbund
224 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere Basis
225 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und verbinden
226 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr
227 Unabhängigkeit.

228 Für Europa brauchen wir dazu ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren
229 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel steuerbaren
230 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt.

231 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die
232 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für
233 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotenziale
234 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen

235 Strukturen. Auch die zukünftig erforderliche Speicherstruktur muss europäisch gedacht und
236 geplant werden. Um mehr Speicherkapazitäten zu schaffen, setzen wir uns für ein
237 Markteinführungsprogramm für Energiespeicher ein.

238 Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die Einlagerung von
239 CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch Fracking
240 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt ab.
241 Angesichts der Größe der Herausforderungen ist es aber unerlässlich, dass wir die
242 verschiedenen Ansätze für negative Emissionen und ihre Einsatzpotenziale und Risiken
243 gründlich erforschen. Großmaßstäbliche Hochrisikotechnologien, die auf unabsehbare Weise in
244 Atmosphäre und Ökosysteme eingreifen, lehnen wir ab. Stattdessen müssen diese enormen Gelder
245 in Technologien zur Einsparung von Treibhausgasen investiert werden. Dazu gehören zum
246 Beispiel das Aufforsten von Wäldern sowie das Pflanzen von Bäumen, denn Bäume speichern CO₂,
247 produzieren Sauerstoff und sind daher eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Hierfür schlagen
248 wir ein EU-Förderprogramm vor.

249 *Union für Energie- und Ressourceneffizienz*

250 Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die
251 Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher*innen reduzieren. Diese
252 Investitionen in der Industrie werden ausgelöst durch planbar steigende Preise für CO₂-
253 Emissionen. Je mehr Energie eingespart wird, desto günstiger wird Klimaschutz. Schlüssel für
254 weniger Energieverbrauch sind die Bereiche Planen, Bauen und Wohnen, der Umstieg auf eine
255 energieeffiziente Elektromobilität, Digitalisierung, effiziente Produktion und
256 energiesparende Produkte mit einer langen Lebensdauer. Wir wollen den Umstieg privater
257 Verbraucher*innen auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen
258 Unternehmen eine günstigere Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom EU-
259 Parlament und Rat geschaffene Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen
260 ökologische Mindeststandards fest. Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir
261 wollen für weitere Produkte ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir
262 ökologische Innovationen, beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern.

263 Wir möchten, dass jedes neue Gebäude in Europa energieeffizient ist und erneuerbare Energien
264 selbst erzeugt - zum Beispiel in Form von Solarstrom, Solarwärme, Erdwärme oder einer
265 Kombination daraus und erneuerbare Energien direkt oder über Wärmenetze nutzt. Bei Neubauten
266 der öffentlichen Hand wie beispielsweise Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden und
267 Schwimmbädern soll dies zur Pflicht werden. Die Begrünung von nicht zur Solarenergienutzung
268 geeigneten Dachflächen trägt zu einem gesunden Stadtklima bei.

269 *Nachhaltigen Konsum ermöglichen*

270 Um die Klimaziele zu erreichen, soll es leichter werden, nachhaltig zu leben. Von Flugreisen
271 bis zu Tierprodukten geht der überdurchschnittliche Konsum im westlichen Europa zu Lasten
272 des globalen Südens und zukünftiger Generationen. Wir wollen Anreize setzen, weniger zu
273 verbrauchen und zu konsumieren. Dafür wollen wir die Lebensdauer und Gewährleistungsfristen
274 von Gütern erhöhen, den Flächenverbrauch in Europa stoppen, pflanzliche Ernährung fördern.
275 Statt weiter wachsendem Flugverkehr wollen wir die Mobilität auf der Schiene stärken.
276 Initiativen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft und der Sharing Economy unterstützen wir.

277 *Wer GRÜN wählt, stimmt für*

- 278 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen Energieträgern
279 sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien,
- 280 • ein Programm, das Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt

- 281 • Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen
- 282 transeuropäischen Netzausbau und in Energiespeicher.
- 283 • einen wirksamen Preis für CO₂,
- 284 • einen Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung ,

285 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

286 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits
287 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Europa braucht ein Verkehrssystem, das
288 den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere Lebensqualität
289 steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide sowie Feinstaub
290 und Ultrafeinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben
291 uns die Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr,
292 sind Züge unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern.
293 Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar
294 ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität gestalten.
295 Wir sind überzeugt, dass eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität mit modernsten
296 technischen Möglichkeiten realisierbar ist. Das bedeutet: mehr für Fuß- und Radverkehr,
297 weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote, weniger
298 Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt
299 und auf dem Land. Der Straßenverkehr muss sicherer werden, wir treiben dafür die Entwicklung
300 und den Einsatz von Assistenzsystemen für PKW und LKW voran, die beispielsweise
301 Gefahrensituationen mit Fahrradfahrenden erkennen, warnen und etwa abbremmen. Mittelfristig
302 wollen wir autofreie Innenstädte schaffen. An der Lösung des Ultrafeinstaub-Problems im
303 Umfeld der Flughäfen muss intensiv gearbeitet werden.

304 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in
305 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert
306 werden. Damit der Verkehrssektor jetzt seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet fordern wir
307 die Einführung eines CO₂-Preises auf alle fossilen Treibstoffe, damit aktuell saubere
308 Antriebe im Verhältnis günstiger werden. Auch die Produktion von Palmölkraftstoffen führt
309 durch die Rodung des Regenwaldes zu erheblichen Mengen CO₂. Die Beimischung dieser Stoffe
310 wollen wir beenden.

311 Einer der Hauptverursacher für Lärm ist der Verkehr, entsprechend gesundheitlich belastet
312 sind Anwohner*innen von lauten Straßen. Wir setzen uns für leise Mobilität ein und treten
313 für strengere Grenzwerte ein. Der Lärm aus absichtlich laut gestalteten Motorrädern und
314 Autos schwillt immer weiter an. Wir wollen die Normtests für Fahrzeuglärm der Realität
315 anpassen. Die EU-Lärmgrenzwerte sind in allen Betriebszuständen und allen Frequenzen
316 einzuhalten.

317 Auch den Fahrradverkehr und die Nutzung elektrisch unterstützter Pedelec-Fahrräder wollen
318 wir intensivieren und die Pedelecs versicherungsrechtlich mit Fahrrädern gleichgestellt
319 lassen. Die mittlerweile 15 europäischen Fernradwege, die Euro-Velo-Routen, wollen wir
320 ausbauen, um den grenzüberschreitenden Fahrradverkehr zu fördern.

321 *Ein europäisches Schienennetz knüpfen*

322 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch mehr
323 zusammenwachsen. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit
324 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für
325 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist noch
326 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Das 2016 erstmals
327 aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner Erfolg, der deutliche

328 Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die Nachfrage das Programm
329 überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit schaffen wir mit wenig
330 Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon profitieren gerade die
331 Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind. Mobilität ist Grundlage für
332 gesellschaftliche Teilhabe. Die Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann
333 ein gutes und attraktives Verkehrsangebot gesichert werden.

334 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im
335 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur
336 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die
337 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein
338 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen
339 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Personen-
340 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die Belastung
341 durch Schadstoffe. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung für mehr Güter auf der Schiene wird es
342 aber nur geben, wenn Güterzüge deutlich leiser werden. Dafür werden wir uns weiter
343 einsetzen. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und Personenverkehr.
344 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen Metropolen und
345 einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein. Eine gemeinsame Finanzierung bzw.
346 eine Fondslösung kann das unterstützen. Damit Europa über die große Distanz zusammenwachsen
347 kann, müssen Züge auch für lange Strecken endlich eine ernstzunehmende Alternative zu Auto
348 und Flugzeug werden. Nur so wird es weniger Kurzstreckenflüge in Europa geben. Wir machen
349 uns für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz stark, mit dem wir Athen und Helsinki,
350 Madrid und Budapest verbinden.

351 *Weltmarktführer für saubere Mobilität*

352 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel gemeinsam mit der
353 Fahrzeugindustrie anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und
354 Digitalkonzerne aus den USA und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer
355 die saubersten, bequemsten und intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann
356 internationaler Marktführer bleiben. Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung,
357 Arbeitsplätze, Klima- und Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

358 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO₂-
359 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere Abgastests
360 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst
361 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen
362 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische
363 CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine EU-
364 weite Quote für abgasfreie Neuwagen, Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen
365 werden. Verbindliche Zulassungsquoten sollen sicherstellen, dass auch LKW, Busse,
366 Baumaschinen, sonstige Nutzfahrzeuge, Traktoren, Schiffe, Hubschrauber und Flugzeuge nach
367 und nach auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Damit wir es schaffen im Sinne des
368 Pariser Klimaschutzabkommens, den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu gestalten, sollen
369 rechtzeitig nur noch solche Fahr- und Flugzeuge neu zugelassen werden, die klimaneutral
370 angetrieben werden. Hintergrund ist die jahrzehntelange Lebenserwartung der fossil
371 angetriebenen Fortbewegungsmittel. Damit gehen wir den nötigen Schritt für die
372 Stabilisierung des Klimas, Gesundheitsschutz und innovative Arbeitsplätze.

373 Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der Steuerprivilegien
374 bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die Produktion von
375 Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung und
376 Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Zellproduktion knüpfen wir an die

377 regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und sparsamen Umgang mit seltenen Metallen,
378 damit das E-Auto eine wirklich ökologische Alternative wird. Beim ÖPNV wollen wir die
379 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse
380 produziert werden. Auch die Entwicklung alternativer, sauberer Antriebe für den
381 Wirtschaftsverkehr in der Stadt und über Land wollen wir vorantreiben.

382 Ziel grüner Mobilitätspolitik ist es, dass Menschen schnell, sicher und emissionsfrei von A
383 nach B kommen. Das erhöht die Lebensqualität in der Stadt und auch auf dem Land. Mithilfe
384 digitaler Technik und kluger Stadtplanung werden Fahrrad- und Fußverkehre, Busse, Bahnen und
385 Autos mit Bike- und Carsharing vernetzt und gefördert. Hinzu kommen neue Entwicklungen wie
386 die intelligente Verkehrssteuerung und demnächst autonome Fahrzeuge, die unter den richtigen
387 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir wollen die
388 digitalgestützte emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen.
389 Dazu wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte und Regionen
390 starten, die gezielt den Autoverkehr verringern und dafür den öffentlichen Nah-, Rad- und
391 Fußverkehr ausbauen. Diese Modellgebiete können Vorbildcharakter für ganz Europa haben.

392 *Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt*

393 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen.
394 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für weitergehende Klimaziele für die
395 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen auf emissionsarme Kraftstoffe und eine
396 klimaneutrale Schifffahrt. Auch der Flugverkehr muss aufholen und seinen Beitrag für den
397 Klimaschutz leisten. Die Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechniken wollen wir
398 fördern. Im Schifffahrtsbereich unterstützen wir zielgerichtete Maßnahmen, die zu weniger
399 Emissionen in den Häfen und auf den Weltmeeren führen. Wir setzen auf europaweit
400 verbindliche Vorgaben, wie z.B. weniger als 0,1% Schwefelanteil im Treibstoff oder eine
401 Verminderung von Stickstoffemissionen am Liegeplatz um 80%. Dafür brauchen wir eine
402 entsprechende Hafeninfrastruktur.

403 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
404 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten werden.
405 Zur Erreichung sind eine ausgebaute LNG Tank-Infrastruktur sowie die Erforschung von
406 alternativen Antriebsstoffen erforderlich. Die Abhängigkeit von Schweröl und Schiffsdiesel
407 muss der Vergangenheit angehören. Speziell der Kreuzfahrtbereich muss sauberer werden und
408 sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Kulturgütern verpflichten.

409 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen.
410 Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht besteuert. Das
411 wollen wir nicht zuletzt im Sinne der Gleichheit ändern. Zudem muss der internationale
412 Flugverkehr endlich in den europäischen Emissionshandel der EU einbezogen werden, um seinen
413 Beitrag zum Schutz der Atmosphäre beizutragen. Weiterhin setzen wir uns für die Reduzierung
414 des Fluglärms ein. Die aktuellen Regelungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie wirksam
415 zu Lärminderung führen.

416 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 417 • eine Europäische Verkehrswende mit Vorfahrt für umweltverträgliche und vernetzte
418 Mobilität,
- 419 • die Förderung sauberer Fahrzeuge und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 420 • eine Schifffahrt ohne Schweröl, dafür mit erneuerbaren Antrieben,
- 421 • einen Umstieg auf weniger, saubere und sicherere Autos,

- 422
- ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

423 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

424 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial
425 umzugestalten. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten von
426 Mensch und Umwelt geht und sich an den planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen unter
427 anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu leben,
428 transparent gemacht und in die Preise integriert werden. Mögliche negative Auswirkungen auf
429 die Verteilungsgerechtigkeit müssen angemessen aufgefangen werden. Wir Grünen bleiben
430 dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen und sozialen
431 Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem fairen
432 Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen Stärken
433 unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

434 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer
435 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische
436 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen
437 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen
438 Lebensgrundlagen. Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise
439 entfachen. Die Ökodesign-Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und
440 fordern. Auch wollen wir erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise
441 nach einiger Zeit zum Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-
442 Richtlinie hat das Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten
443 einzusparen und 1 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer
444 ressourcenschonenden Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa
445 schaffen.

446 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden
447 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle
448 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft
449 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Der Bauindustrie
450 kommt dabei große Bedeutung zu: So wollen wir - wo möglich - neue Gebäude aus nachwachsenden
451 Baustoffen, wie z.B. Holz errichten. Bei Abrissen müssen die Baustoffe sortiert und recycelt
452 werden. Wir wollen eine echte Kreislaufwirtschaft etablieren, die auf Wiederverwendung und
453 stofflichem Recycling basiert. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.
454 Digitalplattformen können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine
455 wichtige Rolle spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von
456 Elektronikschrott nicht wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt
457 exportiert werden, während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und
458 Kosten für Unternehmen und für die Umwelt verringert werden können. Dem stetig steigenden
459 Ressourcenbedarf durch immer längere Transport- und Fertigungskosten gilt es
460 entgegenzutreten, indem Transport wie auch Produktion mit den wahren Umweltkosten belegt
461 werden. So fördern wir regionale, energieeffiziente Produktion. Besonderes Gewicht für die
462 Recyclingwirtschaft hat auch die EU-Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige
463 Vermehrung von Plastikmüll drastisch einzudämmen.

464 *Regionale Wirtschaft stärken*

465 Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen,
466 Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Denn gerade kleinere Betriebe wie die Bäckerei
467 oder die Gaststätte sind von fundamentaler Bedeutung für die Nahversorgung wie auch für den
468 sozialen Zusammenhalt. Doch diese kleinen häufig inhabergeführten Unternehmen sind heute
469 stark in ihrer Existenz bedroht, dabei wirtschaften sie oft nachhaltiger und

470 verantwortlicher. Denn ihre Prozesse sind regional und kurz und sie spüren die Auswirkungen
471 ihres Handelns stärker.

472 Wir wollen die regionale Infrastruktur der Nahversorgung erhalten und setzen auf klar
473 definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte, auf praxisingerechte
474 Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für kleine
475 Betriebe.

476 *Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen*

477 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit
478 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten
479 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz investieren. Das ist auch finanziell
480 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,
481 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen haben es
482 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig
483 ausgerichtet. Jegliche Subventionen für die Kohle-Verstromung lehnen wir ab.

484 Die ökologische Modernisierung braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen.
485 Heute wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht
486 nur ein ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die
487 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,
488 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,
489 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

490 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.
491 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger
492 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance
493 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien
494 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische, soziale, darunter auch gleichstellungspolitische,
495 Ziele in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel
496 für nachhaltige Geldanlagen einführen.

497 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das
498 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien
499 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und
500 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir
501 abschaffen. Wir werden die Möglichkeit prüfen, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der
502 Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel vom EU-Parlament und wiederholt vom
503 Umweltbundesamt empfohlen.

504 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische
505 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem kleinen
506 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu EU-Förderprogrammen für energie-
507 und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

508 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Chancen
509 bieten insbesondere Genossenschaften und soziale Unternehmen. Wir wollen eine Strategie der
510 EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die
511 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen mit
512 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei
513 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

514 Der Wachstumsmaßstab Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss durch ein grünes BIP ersetzt werden,
515 das die Bewertung einer gesunden Umwelt und zufriedenen Gesellschaft sowie die
516 demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft beinhaltet.

517 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 518 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 519 • ökologisch transparente Geldanlagen,
- 520 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie,
- 521 • eine weitreichende Ökodesign-Richtlinie für eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise
- 522 in ganz Europa.

523 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

524 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere
525 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren, Pflanzen
526 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Auf den
527 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer weniger:
528 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die Anzahl
529 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns
530 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Diese sind jedoch essentiell für die
531 gesamte Landwirtschaft. Ihr Fehlen bedeutet daher auch einen großen volkswirtschaftlichen
532 Schaden. Auch in anderen europäischen Ländern sieht die Situation nicht viel besser aus.

533 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen.
534 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie
535 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen,
536 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Wir wollen, dass Großschutzgebiete
537 besser geschützt und entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Nationalparks,
538 Biosphärenreservate und auch Naturparks. Wir begrüßen die Rückkehr von Luchs und Wolf, den
539 besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten. Ein gutes Wolfsmanagement mit
540 Programmen zum Wildtiermonitoring und zur Vermeidung von Mensch-Wildtierkonflikten werden
541 wir fördern.

542 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen
543 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020
544 aufzuhalten, und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,
545 umgehend eine ambitionierte Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für den Zeitraum
546 nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu erarbeiten. Die
547 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue Leitprinzipien
548 verankern. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter erfordert multilaterale
549 Kooperation und angemessene Lastenteilung nach dem Prinzip der "gemeinsamen, aber
550 unterschiedlichen Verantwortung". Beispiel nehmend am Pariser Klimaschutzabkommen streben
551 wir globale Vereinbarungen mit vergleichbarem Konkretisierungsgrad zum Erhalt der
552 Biodiversität und für den Meeresschutz an.

553 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der Umwelt-
554 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen Regierungen, die
555 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten
556 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische
557 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des Białowieża-Waldes
558 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in unserem
559 Wasser verurteilt.

560 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-
561 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen Ebenen
562 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre

563 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das
564 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

565 Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir abbauen und
566 damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern. Außerdem wollen wir
567 transeuropäische grüne Korridore für Biotope vorantreiben und den Naturschutz besser
568 finanzieren. Um Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür
569 fördern wir mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in der
570 Europäischen Union verdoppeln. Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein
571 beschlossenes Ziel von 2 % Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran,
572 wenn wir das mit einer Agrarwende, weniger Pestiziden und Dünger auf den Feldern, mehr
573 agrarstrukturellen Elementen wie Hecken, Randstreifen oder Blühflächen und mehr ökologischem
574 Landbau verbinden. Eine artenreiche Landschaft ist nur mit einer vielfältig strukturierten
575 Landwirtschaft zu erreichen.

576 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, mit
577 dem Verstöße gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so kann der
578 Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden. Hierzu
579 wollen wir den Anwendungsbereich des Vorschlags der EU-Kommission über eine Verbandsklage im
580 Verbraucherrecht entsprechend ausweiten. Wir wollen die Entscheidungsprozesse
581 demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren.

582 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 583 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder ,
- 584 • grenzüberschreitende Biotope,
- 585 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 586 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

587 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

588 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche
589 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir
590 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und
591 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den Zielen der EU in der Klima-, Umwelt-,
592 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften
593 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten und das
594 Höfesterben stoppen. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau
595 einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als
596 auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt, faire Preise für die Landwirt*innen
597 erzielt und eine vielfältige Agrarstruktur fördert.

598 Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie für eine Ernährungswende. Wir wollen ein Umfeld
599 schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund zu ernähren. Verbraucher*innen haben das Recht
600 zu wissen, was drin ist. Sie wollen gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotikarückstände und
601 Geschmacksverstärker. Deshalb fordern wir eine leicht verständliche Nährwertampel, eine
602 Reduktion von Zucker, Salz und Fett in hochverarbeiteten Lebensmitteln und eine
603 obligatorische Tierhaltungs- und Gentechnikennzeichnung. Wir setzen uns für eine nachhaltige
604 Ernährung ein, die gut für die Verbraucher*innen ist und bei der Stadt und Land gemeinsam
605 Umwelt, Klima, Tiere und Böden schützen.

606 Wir setzen uns außerdem gegen Lebensmittelverschwendung ein: Wie schon in Frankreich
607 praktiziert müssen Supermärkte mit einer Größe von mehr als 400 Quadratmetern ihre nicht

608 verkauften Lebensmittel entweder an karitative Einrichtungen spenden, in dafür
609 eingerichteten Regalen kennzeichnen und kostenlos abgeben oder als Tierfutter bzw. Kompost
610 recyceln. Bis dahin entkriminalisieren wir das Containern. Mit Förderprogrammen für
611 Foodsharing und dem Ersatz des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein Verzehrdatum erhöhen wir
612 die Verwertbarkeit von Lebensmitteln.

613 Zusammen mit Landwirt*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht: Immer mehr
614 Verbraucher*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte
615 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen
616 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit uns für eine
617 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die
618 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck bleibt
619 groß. Unser mittelfristiges Ziel muss sein, die Landwirtschaft in der EU nach ökologischen
620 Kriterien auszurichten, ähnlich wie das EU-Bio-Siegel sie gegenwärtig schon vorsieht.

621 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden
622 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch
623 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der
624 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes
625 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

626 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die Landwirtschaft
627 in der EU zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und Tieren
628 steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die Agrarpolitik sollte dazu
629 beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa nicht die natürlichen
630 Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich entwickelnden Ländern
631 zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte Afrikas, Asiens und
632 Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die bäuerliche
633 Landwirtschaft weltweit erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele erreicht
634 werden.

635 *Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung*

636 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen,
637 muss sich vor allem die Ausgestaltung der aktuellen EU-Agrarförderung grundlegend
638 ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die
639 Landwirtschaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und
640 fördert so Umweltzerstörung, Industrialisierung, Höfesterben und Exportorientierung. Die
641 Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

642 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen soll ausschließlich die über gesetzliche
643 Standards hinausgehenden Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für das Gemeinwohl
644 fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder weiche“ eröffnen. Öffentliche
645 Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und Umwelt
646 nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft,
647 eine natur- und artgerechte Landwirtschaft wie auch eine artgerechte und flächengebundene
648 Tierhaltung werden dann gezielt unterstützt. Gleiches gilt beispielsweise für Betriebe, die
649 weniger oder gar keine Pestizide einsetzen oder Naturschutzmaßnahmen durchführen. Die bisher
650 überwiegend an der Fläche anknüpfende Förderung, die vor allem industriell wirtschaftenden
651 Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für
652 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrar-Zahlungen noch rechtfertigen.

653 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die
654 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede
655 Förderung ist das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards, die ebenfalls für alle

656 Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen
657 Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich für Naturschutzmaßnahmen in der
658 Agrarlandschaft.

659 Die EU muss zum Ziel haben, Kleinbäuer*innen in ärmeren Ländern dabei zu unterstützen, mit
660 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen und so
661 zur Ernährungssicherheit und -souveränität beizutragen. Gleichzeitig müssen die Länder auch
662 stärker beim Aufbau von Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Wir wollen ein Monitoring
663 der externen Auswirkungen der GAP einführen.

664 Auch die Übermacht des Einzelhandels trägt dazu bei, dass Landwirtinnen und Landwirte in
665 Europa in einen brutalen Wettbewerb sowie Kleinsterzeuger*innen wie etwa in Afrika und
666 Lateinamerika in den Ruin getrieben werden. Umwelt, Menschen und Tiere bleiben langfristig
667 auf der Strecke. Der Einzelhandel kann und muss einen großen Beitrag zur Agrarwende leisten.
668 Daher wollen wir auch marktregulierende Mechanismen prüfen, um die Preise zu stabilisieren.
669 Wir fordern europaweite Regelungen, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

670 *Land speculationen und Aufkauf von Land eindämmen*

671 Das bisher hauptsächlich in Entwicklungsländern um sich greifende Landgrabbing wird
672 zunehmend auch in Europa zum Problem. Privatpersonen und Großinvestoren entdecken Ackerland
673 als sichere Kapitalanlage. Für die ländlichen Regionen hat das fatale Auswirkungen: Für
674 bestehende bäuerliche Betriebe oder Existenzgründer*innen ist es kaum noch möglich, zu
675 fairen Preisen Land zu erwerben oder zu pachten.

676 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt werden, etwa
677 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur pro
678 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere Betriebe zu
679 unterstützen, Einstiegs erleichterungen für Neugründungen, Transparenz der
680 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine
681 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden muss vor Spekulationen geschützt
682 werden.

683 Antibiotikaresistente Bakterien aus landwirtschaftlicher Tierhaltung können beim Menschen zu
684 Infektionen und Todesfällen führen. Wir setzen uns für eine antibiotikafreie Tierhaltung
685 ein. Damit stärken wir die menschliche Gesundheit, sorgen für eine tiergerechte Haltung und
686 senken den Nitratgehalt in den Gewässern.

687 *Trinkwasser und Gewässer schützen*

688 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist
689 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen Zugang
690 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Erderhitzung verschärft diese Situation. In
691 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer
692 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt
693 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete
694 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt
695 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese
696 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem Versuch
697 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale
698 Unternehmen zu machen.

699 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen
700 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren
701 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen der Europäischen Union noch meilenweit
702 entfernt. Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der

703 Wasserrahmenrichtlinie ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren.
704 Außerdem wollen wir den Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz
705 Pestizide weiter zurückdrängen.

706 *Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!*

707 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige
708 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen,
709 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

710 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die
711 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonicotinoide, denn sie schaden
712 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns
713 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon einmal
714 auf EU-Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die
715 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips
716 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht
717 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

718 Als weitere Maßnahme gegen das Insekten- und Vogelsterben fordern wir die Schaffung von
719 ökologischen Vorrangflächen, wie z.B. Blühstreifen, Hecken, Felderchenfenster,
720 Extensivgrünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb.

721 *Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken!*

722 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der
723 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche
724 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu Agroforstsystemen
725 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig
726 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial ist
727 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere
728 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische Methoden – zu
729 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit einem
730 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und
731 gentechnische Ansätze erhalten. Wir setzen uns auch für den Erhalt wertvoller
732 Kulturlandschaften ein, beispielsweise der Streuobstbestände.

733 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren – anders als Gentechnik teilweise im medizinischen
734 Bereich und bei der industriellen Produktion – den Einsatz von Gentechnik in der
735 Landwirtschaft ab. So, wie Gentechnik in der Landwirtschaft stattfindet, trägt sie zum
736 Ausbau der Monopole großer Agrarkonzerne bei und führt zu einem Verlust an Biodiversität und
737 landwirtschaftlicher Vielfalt. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder Argentinien
738 als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver Einsatz von Totalherbiziden
739 wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große
740 Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucherefreiheit –,
741 unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Dass Europas Äcker heute weitgehend
742 frei von Gentechnik sind, ist ein Erfolg der Bewegung und der Verbraucher*innen gegen
743 Gentechnik.

744 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip im Zulassungsverfahren entsprechend der
745 Entscheidung des EuGH auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt
746 wird. Auch die neue Gentechnik unterliegt einer strengen Regulierung und
747 Kennzeichnungspflicht. Die Menschen in Europa wollen mehrheitlich keine Gentechnik auf dem
748 Acker und dem Teller – wir setzen uns dafür ein, dass die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen
749 und Landwirt*innen auch gegenüber neuen gentechnischen Verfahren gewährleistet wird. Weil
750 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine

751 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten können. Die Zulassungsverfahren durch
752 die EFSA müssen transparent und unabhängig vom Einfluss der Agrarkonzerne durchgeführt
753 werden. Zugleich muss der Fokus auf Umweltgefahren ausgebaut und mehr Geld in öffentliche
754 Forschung investiert werden.

755 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung, sondern
756 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der weitere
757 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden. In
758 diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch, dass bei der
759 finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Kommission und die Mitgliedstaaten im Ständigen
760 Ausschuss ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren.
761 Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung angemessen
762 beteiligt und gehört wird.

763 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit
764 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet
765 werden. Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist
766 ein Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen
767 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den
768 gentechnikfreien Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten, die mit neuer Gentechnik
769 hergestellt wurden, angerechnet werden.

770 *Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!*

771 Die Patentierbarkeit von Saatgut und neuen Züchtungen sehen wir kritisch. Sie führt zu immer
772 größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig gemacht, gerade in den
773 Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei
774 gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die Wahlfreiheit der
775 Verbraucher*innen unterlaufen wird.

776 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und Leben
777 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht
778 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere
779 geben. Aus Tierschutzgründen lehnen wir den Einsatz des Klonens in der Landwirtschaft ab.

780 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer*innen weltweit auf freien Austausch und kostenlose
781 Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Ausbau lokaler
782 Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und
783 zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung zu
784 verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu
785 machen.

786 Die zunehmende Konzernmacht zementiert das agrarindustrielle System und arbeitet gegen die
787 dringend notwendige Agrarwende. Die Reform der Wettbewerbsregeln ist der Schlüssel zur
788 Bewältigung der Machtkonzentration im Agrarsystem. Bei zukünftigen Fusionen müssen auch die
789 Auswirkungen auf Umwelt, Artenvielfalt, Gesundheit und Ernährung sowie für die betroffenen
790 Bäuer*innen geprüft werden.

791 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 792 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 793 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 794 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 795 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik,

- 796 • ein Verbot von Patenten auf Saatgut, Pflanzen und Tiere.

797 **1.6 Tierschutz stärken**

798 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.
799 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp, wenn wir nicht
800 alle Ziele der Welternährung und des Naturschutzes über Bord werfen wollen. Deshalb sollten
801 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.
802 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen
803 grundsätzlich ernähren kann. Wir wollen eine kreislaufbasierte Landwirtschaft, die
804 überwiegend regional verortet ist, anstatt das Futter aus Übersee zu beziehen.

805 Wir halten Tiere in sehr großer Zahl, um sie zu töten und zu essen. Daraus ergibt sich eine
806 ethische Verpflichtung. Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise
807 und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch
808 neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt. Wir wollen
809 den Tierschutz bei Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung innerhalb von zehn Jahren durch
810 ordnungsrechtliche Vorgaben erheblich verbessern, sodass Tierhaltung an den Bedürfnissen der
811 Tiere orientiert ist. Tierprodukte, die den EU-Tierschutzstandards nicht entsprechen, sollen
812 nicht mehr in die EU importiert werden. Zudem sollte eine pflanzliche Ernährung u.a. durch
813 Aufklärungsarbeit und gezielte Angebote gefördert werden.

814 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden
815 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere
816 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der
817 am billigsten arbeitet – und wollen deshalb Tiertransporte auf maximal vier Stunden
818 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern
819 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur
820 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen. Hierzu gehört auch, Schlachthöfe
821 unter Wahrung des Beschäftigtendatenschutzes durch Videokameras besser zu überwachen. Dabei
822 aufgedeckte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent, hart und sofort geahndet
823 werden.

824 Tierschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Tiertransporte für Zucht, Schlachtung,
825 Tierversuche und Heimtierhaltung müssen europaweit kontrollierbar sein. Das geltende Recht
826 muss umgesetzt werden. Wir wollen den Tierschutzvollzug auch auf europäischer Ebene stärken.
827 Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent erfasst und geahndet werden.

828 Exporte lebender Schlachttiere sowie Mast- und Zuchttiere in Länder außerhalb der EU sowie
829 jede Form von Klonen und Qualzucht wollen wir verbieten. Anstelle dessen sollen Samen und
830 Fleisch transportiert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Tiere in der EU nicht
831 betäubungslos kastriert werden dürfen und solche Tiere auch nicht mehr in den EU-Binnenmarkt
832 eingeführt werden.

833 Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf weitere
834 Produkte und andere Bereiche, wie z. B. die Chemikalienprüfung, ausgeweitet werden.
835 Zusätzlich benötigen wir eine verbindliche Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen sowie
836 eine verstärkte Förderung für die Erforschung von Alternativen. Bestehende Alternativen sind
837 anzuwenden. Auch Haus- und Straßentiere müssen in Europa ein würdiges Leben haben. Wir
838 fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden. Stattdessen müssen
839 öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die Kastration, gestärkt
840 werden. Auch eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen
841 wollen wir einführen.

842 Wildtiere, ihre Habitate und Zuggebiete wollen wir besonders schützen. Hierfür sind
843 internationale Arten- und Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen

844 Wildtierhandel in Europa bekämpfen und den Import von Wildtieren und -pflanzen in die EU
845 besser regulieren. So wollen wir die Instrumente internationaler Artenschutzabkommen (z. B.
846 CITES) stärken und zielgerichteter sowie schneller anwenden. Für Arten, die selbst in
847 zoologischen Gärten nicht art- und anspruchsgemäß gehalten werden können, wollen wir den
848 Import beenden, internationale Arterhaltungszuchtprogramme jedoch ermöglichen.

849 *Fischbestände schützen*

850 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik und für ein Netzwerk von gut
851 überwachten Meeresschutzgebieten in ganz Europa. Unsere Meere müssen geschützt und die
852 Überfischung muss gestoppt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung von Fischbeständen
853 gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der Meere und der
854 Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-Fischereipolitik
855 nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet
856 werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Wir wollen die schädlichen Fischerei-
857 Subventionen beenden und fordern wirksame, lückenlose Fischereikontrollen sowie scharfe
858 Sanktionen beispielsweise bei Verstößen gegen die Anlandepflicht für Beifang. Die
859 Tiefseefischerei und besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten.
860 Ein Leerfischen der Meere für unseren Konsum lehnen wir ab. Wie wollen Alternativen zur
861 Stellnetz- und Schleppnetzfisherei voran bringen, um die Umwelt- und Tierschutzschäden zu
862 minimieren. Diese können ökologische Aquakulturen sein, technische Verbesserungen, die
863 Beifänge minimieren oder alternative Fangmethoden. Funktionierende Alternativen wollen wir
864 zum europäischen Standard erklären.

865 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 866 • ambitionierten Tierschutz von der Landwirtschaft bis zu Heimtieren,
- 867 • eine Ausstiegsstrategie für das Ende von Tierversuchen,
- 868 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält.

869 **1.7 Europa vom Plastikmüll befreien**

870 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen
871 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In den
872 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere Flüsse und
873 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird
874 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in
875 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

876 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und
877 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann
878 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in Salz,
879 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu uns
880 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht. Denn durch
881 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur Erhitzung
882 unserer Erde beiträgt.

883 *Plastikflut eindämmen*

884 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch
885 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen Tonnen
886 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die Hand
887 nehmen.

888 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für
889 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in
890 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert
891 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten
892 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient
893 recycelt werden können.

894 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist
895 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende Verwendung
896 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik nicht
897 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei Trinkhalmen
898 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden.

899 Die Europäische Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und
900 unter anderem ein Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr
901 und auch Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter Ansatz, bislang sind die Überlegungen der
902 Europäischen Kommission hierzu jedoch nur sehr vage ausgeführt. Wir Grüne setzen uns dafür
903 ein, dass die Verbotsliste um leichte Plastiktüten wie auch um Produkte aus der Industrie
904 und der Baubranche ergänzt und dann konsequent und möglichst zeitnah umgesetzt wird. Auch
905 reicht ein solches Verbot noch nicht, um den Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu
906 gebieten.

907 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet
908 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich
909 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur
910 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik
911 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von
912 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet
913 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien
914 auszubauen.

915 *Recycling stärken*

916 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der EU-
917 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die Recyclingkapazitäten
918 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und
919 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren Beitrag
920 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen Materialien
921 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

922 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland ein
923 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf EU-Ebene noch Handlungsbedarf. Qualitativ
924 hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist wesentlich
925 ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist eine
926 Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel
927 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt
928 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für Einweggetränkeflaschen
929 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte
930 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

931 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein.
932 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter
933 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

934 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 935 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 936 • eine europäische Plastiksteuer,
- 937 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 938 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.

EP-W-01 Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)

1 Jede*r Europäer*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es geht
2 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die Europäische
3 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit passen
4 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord und Süd,
5 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die
6 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu
7 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und
8 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten.
9 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr und
10 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft, weil
11 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.

12 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen
13 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem Politischen
14 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom Willen
15 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung war
16 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es einigen
17 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und Reich
18 weit auseinandergegangen. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in
19 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und Europa gespalten. Das ist
20 ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches Problem: Zu viele leben in
21 Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden sich aus der
22 Gesellschaft.

23 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben wollen,
24 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen, angesichts
25 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je nach
26 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen. Aber ein
27 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und einen
28 Rahmen setzen.

29 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder das
30 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit für
31 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des
32 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und
33 Bürger investiert. Europa soll europäische öffentliche Güter, die für alle da sind, wie
34 Klimaschutz, innere und äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung, eine europäische
35 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch gemeinsame
36 Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn Europa Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch die großen
38 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten. Zudem

39 möchten wir die Eurozone so umbauen und stabilisieren, dass sie bei Krisen umso fester
40 zusammensteht. Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von Umwelt,
41 Verbrauchern und Arbeitnehmer*innen umfassend schützt.

42 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu garantieren, sie
43 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine
44 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf
45 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in
46 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten.

47 **2.1 EU-Haushalt neu aufstellen**

48 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst. Daher
49 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die europäische Ebene verlagern, umso mehr Mittel
50 müssen auch bereitgestellt werden.

51 Statt sich um die großen europäischen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die nationalen
52 Regierungen im Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am gemeinsamen Budget
53 wieder zurückerstattet bekommen. Dabei profitieren von erstklassiger Forschung in Sofia auch
54 Firmen in Amsterdam, und von der Finanzstabilität in Finnland haben auch Bankkund*innen in
55 Spanien etwas. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass sich die Anstrengungen der EU in
56 Zukunft so stark wie möglich auf europäische Gemeingüter konzentrieren und der Haushalt
57 entsprechend ausgerichtet wird. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 % des
58 europäischen Bruttoinlandsproduktes, damit die Europäische Union die ihr übertragenen
59 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. In dem Maße, wie die EU eigene Einnahmequellen
60 erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

61 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch entstehende
62 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss geschlossen
63 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen erhöhen.

64 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-Haushalt die
65 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der Anforderung,
66 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer*innen auskömmliche Landwirtschaft und
67 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die
68 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die
69 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“
70 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

71 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher Regionen
72 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die
73 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir
74 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen
75 europäische Unterstützung brauchen. Außerdem wollen wir die Vergabe öffentlicher Aufträge
76 vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere Projekte.

77 *Eigene Einnahmen stärken die EU*

78 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf europäischer Ebene tun, statt
79 einfach jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine starke
80 Union will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

81 Europa soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen kann als die
82 Mitgliedstaaten. Die Wertschöpfung der großen digitalen Konzerne wie Google oder Facebook
83 ist häufig immateriell und keinem Land zuzuordnen. So schaffen es diese Unternehmen, sich
84 der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen mit einer am Umsatz orientierten Digitalsteuer
85 einen Teil dieser enormen Gewinne den europäischen Bürger*innen zugutekommen lassen.

86 Auch CO₂, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter in
87 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der
88 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen
89 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen Hochfrequenzhandel, der
90 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

91 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 92 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
- 93 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,
- 94 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der Finanzierung
95 öffentlicher Aufgaben.

96 **2.2. In Europas Zukunft investieren**

97 Europa hat eine schwere Wirtschaftskrise durchlebt, die immer noch schwelt. Ihre Folgen
98 bestimmen den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer*innen sind ohne Arbeit.
99 In Italien, Spanien und Griechenland ist mehr als jeder dritte junge Mensch arbeitslos. Das
100 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit geprägt.

101 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die Lebensbedingungen
102 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und vertieft
103 und das Vertrauen in Europa unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,
104 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt. Nun ist es
105 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

106 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren. Mit unserer Investitionsoffensive lösen
107 wir zwei Probleme. Wir schaffen Arbeit und eine wirtschaftliche Perspektive für alle
108 Europäer*innen. Gleichzeitig erneuern, erweitern und modernisieren wir unsere Infrastruktur.
109 Das ist die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

110 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen stark
111 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht einmal das
112 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang
113 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei den
114 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Um den
115 Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die Rahmenbedingungen für nationale Ausgaben so
116 gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche Investitionen stärker möglich sind.
117 Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren richtigerweise die Spielräume für
118 solche Investitionen erweitert.

119 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die
120 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen
121 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische
122 Investitionsfonds für strategische Investitionen (EFSI) wurde temporär zur Krisenbewältigung
123 geschaffen. Er hat sich bewährt und sollte nicht wie ursprünglich geplant 2020 beendet
124 werden. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen. Allerdings muss er seine Strategie ändern.
125 Bislang kam das Geld häufig nicht dort an, wo es am nötigsten gebraucht wird. Finanzierte
126 Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne EFSI zustande gekommen. Zahlreiche
127 Investitionen waren nicht nachhaltig. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen
128 zusätzlich und nachhaltig sind. Die Förderschwerpunkte ökologische Effizienz und
129 Kreislaufwirtschaft müssen auch tatsächlich umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten sollen das
130 Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen
131 kann.

132 Klimaschutz, innere wie äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung in
133 Zukunftstechnologien, eine europäische Infrastruktur für Kommunikation, Energie und
134 Mobilität, soziale Absicherung – dies sind europäische Gemeingüter, in die wir auch
135 europäisch investieren wollen. So können wir die Energiewende in ganz Europa nur dann
136 vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir in die Vernetzung der bestehenden Stromnetze
137 investieren und ein europäisches Netz schaffen. Denn nur so kann Windenergie von den
138 Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von Spanien nach Polen transportiert werden.

139 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder es wird
140 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel bis
141 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des
142 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist
143 anachronistisch. Wir wollen in ganz Europa schnelles Internet schaffen. Und bei der
144 Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz kann Europa nur
145 gemeinsam erfolgreich sein.

146 Europas Sicherheit in einer unübersichtlichen Weltlage lässt sich am besten gemeinsam
147 gewährleisten. Die Schaffung europäischer Strukturen in der Verteidigung kann Europa
148 sicherer und unabhängiger machen. Das spart langfristig auch viel Geld.

149 *Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen*

150 Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Jugendliche brauchen überall in Europa eine
151 Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in Griechenland, Spanien und Italien sind auch
152 unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große Offensive für die Zukunft der europäischen
153 Jugend.

154 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen Menschen
155 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre
156 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz,
157 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss auch
158 funktionieren. Deswegen setzen wir uns für Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote von
159 hoher Qualität ein, die auskömmlich finanziert sind, beispielsweise angelehnt an die duale
160 Ausbildung in Deutschland.

161 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige Start-
162 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg gebracht werden.
163 Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken können die Jugendgarantie nicht mit Leben
164 füllen. Spanische, griechische und italienische Jugendliche haben in ihren Heimatländern
165 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit, wenn sie in einem andern EU-Land einen Job finden
166 möchten. Auch dabei soll die EU ihnen helfen, damit könnte in Deutschland auch der
167 Fachkräftemangel bekämpft werden.

168 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 169 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, Energie und Mobilität,
- 170 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 171 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

172 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

173 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu schaffen und
174 dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag. Vieles
175 davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den
176 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die

177 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer wieder
178 verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen, der
179 die Europäer*innen zusammenführt.

180 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten und
181 übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig
182 haben sich die Staats- und Regierungschef*innen, und allen voran die Bundesregierung, einen
183 schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die mit
184 niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen musste. Das
185 darf nicht so bleiben.

186 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem Millionen
187 von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, hat nichts gewonnen, wenn wir
188 einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, Europa aber vor die Hunde geht, weil die
189 Jugendarbeitslosigkeit antieuropäische Parteien stark macht. Die Eurozone muss also stabiler
190 und demokratischer werden. Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und
191 Solidarität in der Eurozone zu setzen.

192 Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente: Erstens müssen
193 wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung wirtschaftlichen
194 Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion vollenden, damit einige
195 verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können. Und drittens wollen
196 wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer Kontrolle
197 unterwerfen.

198 *Euro stabilisieren – Haushalt für die EurozonePlus*

199 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen
200 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht. Die
201 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem hohen
202 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert – seit
203 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Eine nationale und doch europäische Antwort ist,
204 dass wir auch in Deutschland mehr investieren und gegen Lohndumping vorgehen. Das nützt der
205 Stabilität unserer Währung und macht die deutsche Wirtschaft zukunftsfähiger und sozialer.

206 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro
207 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Deshalb
208 befürworten wir einen eigenen Haushalt für die Eurozone im Rahmen der allgemeinen EU-
209 Finanzen. Wir schaffen ein EurozonePlus-Budget, das in dem Maße aufwächst, wie sich die
210 beteiligten Mitgliedstaaten darauf einigen, darüber gemeinsame Aufgaben gemeinsam zu
211 finanzieren, die sie bisher national finanziert hatten. Solche europäischen Gemeingüter
212 wären zum Beispiel ein gemeinsames Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für erneuerbare
213 Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa. Dieses EurozonePlus-
214 Budget soll möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für alle Mitgliedsländer
215 der Union offen sein. Es speist sich aus gemeinsamen konjunkturabhängigen Steuern.
216 Insbesondere wollen wir eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorantreiben, die besonders
217 antizyklisch wirkt, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abbaut und Steuerdumping
218 beendet. Deutschland und Frankreich sollten hier vorangehen. Durch ein so finanziertes
219 Budget werden Mitgliedstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt die
220 Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze. Der Haushalt für die Eurozone sollte verpflichtend für
221 alle Euroländer, aber offen für alle sein, daher „EurozonePlus“.

222 Zur Stabilisierung könnte auch eine ergänzende europäische Rückversicherung der nationalen
223 Arbeitslosenversicherungen beitragen.

224 Europa sollte künftige Krisen alleine lösen können. In der Eurokrise hat der internationale
225 Währungsfonds geholfen. Wir wollen einen europäischen Währungsfonds schaffen und im EU-Recht
226 verankern. Um zu verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulation in eine tiefe Krise
227 schlittert, braucht es eine schnelle Reaktion. Dafür wollen wir eine kurzfristige
228 Kreditlinie schaffen, die schon präventiv wirkt. Das Europäische Parlament sollte das Recht
229 auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des Direktors dieses
230 europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige Kredite aus dem
231 europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen Parlamenten
232 liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt.

233 *Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit*

234 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen
235 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen
236 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt endlich zur
237 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in die
238 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen Regeln
239 wirksam angewandt werden können:

240 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür braucht
241 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen Währungsfonds. So
242 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist und dann doch wieder die
243 Steuerzahler einspringen müssen.

244 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen
245 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil
246 Kund*innen im Krisenfall um ihr Ersparnis bangen müssen und ihr Geld abziehen. Deshalb
247 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als Rückversicherung
248 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale
249 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf
250 ihre bewährten Institutssicherungssysteme setzen.

251 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa das
252 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen
253 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den Banken
254 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise
255 seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch immer
256 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der Eigenkapitalquoten auf 10 % bei den
257 Großbanken sowie für eine Trennung des Investmentgeschäfts vom Kundengeschäft der Banken
258 ein. Für Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage ratio“) gelten, damit sie ihre
259 Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir
260 nach Risiko und Komplexität unterschiedlich behandeln. Die Aufsicht über kleine Banken
261 wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen.

262 *Europolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!*

263 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch
264 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige
265 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und Dreh- und
266 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament legitimierte
267 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft und
268 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.

269 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten bereits Realität: Die Länder des
270 Euro teilen eine gemeinsame Geldpolitik. Das macht für diese Länder auch in anderen
271 Bereichen gemeinsame Schritte notwendig, die für die Nicht-Euroländer nicht essenziell sind.

272 Lösungen für die Eurozone sollten aber immer offen für andere Mitgliedstaaten sein, wie es
273 etwa schon heute bei der Bankenunion der Fall ist.

274 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 275 • einen krisenfesteren Euro,
- 276 • ein EurozonePlus-Budget zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
- 277 • die Vollendung der Bankenregulierung.

278 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**

279 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den Staaten
280 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird
281 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen auch
282 mehr beitragen.

283 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Doch er
284 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit der
285 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit überall in
286 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre
287 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die Rekordgewinne
288 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und alle
289 ehrlichen Steuerzahler*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne nicht
290 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im Wettbewerb mit
291 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine
292 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür wollen
293 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

294 *Steuerdumping beenden*

295 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest
296 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für Unternehmen zu
297 machen. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind internationale Unternehmen,
298 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament unserer
299 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die Armut und
300 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren können.
301 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht entziehen
302 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen. Wir wollen dieses
303 Geschäftsmodell beenden.

304 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen,
305 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche
306 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das
307 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur scharfen
308 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf Kosten der
309 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

310 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in Niedrigsteuerrländer.
311 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu den Kosten für sie bei.
312 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des Gemeinwesens
313 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut, müssen auf Zahlungen
314 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben werden. Dafür
315 ist die entsprechende europäische Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks für
316 die Unternehmen nicht mehr.

317 *Europäische Unternehmensmindeststeuer*

318 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Deshalb
319 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des Binnenmarktes.
320 Wir wollen in einem ersten Schritt eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Besteuerung
321 von Unternehmen im Binnenmarkt. Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung. Gerade für
322 kleine und mittlere Unternehmen führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie leichter
323 auch in anderen Mitgliedstaaten tätig werden können. Es soll einen europäischen
324 Mindeststeuersatz für alle Unternehmensgewinne geben.

325 In einem zweiten Schritt sollte eine europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es endlich
326 eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem Mindeststeuersatz
327 soll direkt in den EurozonePlus-Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen
328 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus fließen
329 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf achten, dass
330 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.

331 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in welchem Land
332 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf zahlen.
333 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber seine
334 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu zahlen.
335 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche
336 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in Europa.
337 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.

338 *Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen*

339 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen
340 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen Steuerhinterziehung
341 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner Erfolg
342 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die
343 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien müssten
344 der Spekulation durch kriminelles Geld so europaweit entzogen werden.

345 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler*innen jedes Jahr um mindestens
346 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die
347 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU vorgelegt,
348 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier in
349 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.

350 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige
351 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen Zusagen
352 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun strikt
353 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die
354 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze Liste mit
355 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss
356 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine Geschäfte in diesen
357 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

358 *Europa handlungsfähig machen*

359 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass Europa gegen Steuervermeidung vorgeht.
360 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte
361 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten vorangehen, damit
362 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird das
363 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.

364 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 365 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,
- 366 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

367 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

368 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen. Fehlt der
369 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen und
370 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es einen fairen
371 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,
372 bestehende Monopole zu zerschlagen.

373 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und Monsanto,
374 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen. Unternehmen
375 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten
376 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler, sondern
377 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des
378 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit
379 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische
380 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so gemeinsam
381 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei
382 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge fasst und
383 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

384 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde Faktoren
385 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den Wettbewerb
386 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber muss man
387 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese missbrauchen.
388 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man Unternehmen
389 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre Marktmacht zu
390 groß wird.

391 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue
392 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung und können
393 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von kleinen
394 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform anzubieten, um
395 Käufer*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie anderen
396 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen
397 die Wettbewerbshüter*innen dagegen vorgehen.

398 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen kann
399 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere Menschen
400 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine
401 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese Unternehmen
402 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln will, muss
403 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

404 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 405 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 406 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 407 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.

408 2.6 Soziale Sicherheit garantieren

409 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen
 410 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es
 411 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame Arbeits- und
 412 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als Bedrohung für
 413 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten die
 414 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder
 415 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute handeln:
 416 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial
 417 absichern.

418 *Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren*

419 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die
 420 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Verlässliche
 421 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im Interesse
 422 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte
 423 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem
 424 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen das
 425 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.
 426 Arbeitnehmer*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen, erhalten
 427 Beistand von der EU. Und Bürger*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen aufgrund
 428 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta verbrieft
 429 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu einem
 430 Garanten für soziale Rechte.

431 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den
 432 Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den
 433 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der Dienstleistungsfreiheit.
 434 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte
 435 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze
 436 angepasst werden.

437 *Soziale Mindeststandards in ganz Europa*

438 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren. Dafür
 439 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten. Wir
 440 machen uns stark für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale
 441 Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation.
 442 Die Mitgliedstaaten sind natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu
 443 schaffen. Das Gleiche gilt für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen
 444 Mindestversorgungsstandard in allen Ländern. Jede*r Europäer*in muss einen Zugang zu guter
 445 medizinischer Versorgung haben.

446 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge
 447 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.
 448 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische Unterschiede
 449 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben strengere Regelungen gegen die
 450 Einflussnahme der Pharmaindustrie im Gesundheitswesen an.

451 *Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit*

452 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den EU-
 453 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle
 454 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller

455 Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie ein,
456 die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen
457 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen auch
458 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU.

459 Es kommt bei der Mobilität von Arbeitnehmer*innen immer noch zu Ausbeutung. Etwa wenn
460 rumänische Arbeiter in deutschen Schlachthöfen zu niedrigen Löhnen und unwürdigen
461 Bedingungen beschäftigt werden. Die neue Entsenderichtlinie war ein wichtiger grüner
462 Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Europa durchzusetzen. Für
463 die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen. Außerdem müssen auch in andere
464 Länder entsandte LKW-Fahrer*innen dringend in die Entsenderichtlinie aufgenommen und
465 umfassend geschützt werden. Bisher sorgen aber Konservative, Liberale und Sozialdemokraten
466 im Europaparlament dafür, dass ihnen soziale Rechte auf angemessene Bezahlung und Ruhepausen
467 weiterhin verwehrt werden.

468 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 469 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 470 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 471 • europaweite Mindestlöhne.

472 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

473 Alle EU-Europäer*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn- und
474 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

475 Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile
476 Arbeitnehmer*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem anderen
477 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Die Anerkennung von Bildungs- und
478 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden.

479 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor Ort
480 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in Europa
481 ab.

482 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass
483 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben. Nationale
484 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer*innen brauchen
485 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer sozialen
486 Grundrechte.

487 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer*innen, die in Europa mobil sind, ihre in
488 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine
489 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand auch
490 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt gilt.

491 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität diskriminiert
492 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle Maßnahme
493 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in Deutschland immer wieder
494 die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird. Kindergeld erhalten in Deutschland
495 Arbeitnehmer*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.

496 Um Missbrauch zu unterbinden, müssen insbesondere Finanzbehörden, Polizei und Familienkassen
497 eng zusammenarbeiten, um organisierten Kriminellen den Boden zu entziehen. Der Missbrauch
498 durch Kriminelle darf jedoch nicht dazu führen, dass alle Unionsbürger*innen in Mithaftung

499 genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das ja auch
500 heißen würde, wenn es für Kinder im Ausland weniger Geld gäbe, dass das auch für das
501 deutsche Kind gelten müsste, das zum Beispiel in Krakau studiert.

502 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 503 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 504 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer*innen in Europa.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)

1 Jede*r Europäer*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es geht
2 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die Europäische
3 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit passen
4 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord und Süd,
5 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die
6 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu
7 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und
8 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten.
9 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr und
10 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft, weil
11 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.

12 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen
13 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem Politischen
14 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom Willen
15 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung war
16 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es einigen
17 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und Reich
18 weit auseinandergesprungen. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in
19 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und die Europäische Union
20 gespalten. Das ist ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches Problem: Zu
21 viele leben in Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden
22 sich aus der Gesellschaft.

23 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben wollen,
24 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen, angesichts
25 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je nach
26 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen. Aber ein
27 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und einen
28 Rahmen setzen.

29 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder das
30 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit für
31 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des
32 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und
33 Bürger investiert. Die Europäische Union soll europäische öffentliche Güter, die für alle da
34 sind, wie Klimaschutz, innere und äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung, eine
35 europäische Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch
36 gemeinsame Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn die EU Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch die großen
38 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten. Eine

39 krisenfeste und prosperierende Währungsunion sehen wir als Grundpfeiler einer starken und
40 solidarischen europäischen Gemeinschaft. Daher möchten wir die Währungsunion so
41 weiterentwickeln, dass weitere Krisen vermieden werden können und im Falle einer Krise
42 trotzdem die nötigen Instrumente zur Stabilisierung der Wirtschaft einsatzbereit sind. Wir
43 dürfen nicht wieder in eine Situation kommen, in der alleine die Europäische Zentralbank
44 ihrer Verantwortung für die Stabilisierung der Wirtschaft nachkommt.

45 Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von Umwelt, Verbrauchern und
46 Arbeitnehmer*innen umfassend schützt.

47 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu garantieren, sie
48 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine
49 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf
50 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in
51 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten. Durch die Einrichtung von
52 Sonderwirtschaftszonen wird dieses Ziel konterkariert.

53 **2.1 EU-Haushalt neu aufstellen**

54 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst. Daher
55 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die Ebene der Europäischen Union verlagern, umso
56 mehr Mittel müssen auch bereitgestellt werden.

57 Statt sich um die großen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die nationalen Regierungen im
58 Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am gemeinsamen Budget wieder
59 zurückerstattet bekommen.

60 Dabei bieten gemeinsame Projekte, gemeinsame Beschaffung oder das Zusammenlegen von 28
61 Behörden auch erhebliche Einsparpotentiale. Wir sprechen uns dafür aus, den EU Haushalt
62 deutlich zu vergrößern, damit zum Beispiel die Sozial- oder Energieunion adäquat finanziert
63 werden und automatische Stabilisatoren die Wirtschafts- und Währungsunion gegen Krisen
64 absichern. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 Prozent des europäischen
65 Bruttoinlandsprodukts, damit die Europäische Union die ihr bereits heute übertragenen
66 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Wenn die europäische Ebene nach und nach mehr
67 Verantwortung übernehmen soll, dann muss das Volumen des EU-Finanzrahmens entsprechend mit
68 den zu erfüllenden Aufgaben wachsen. In dem Maße, wie die EU eigene
69 Einnahmequellen erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

70 Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU sollte an die Legislaturperiode des Europäischen
71 Parlaments angeglichen werden und nicht länger davon unabhängig in 7-Jahres-Zyklen
72 verabschiedet werden. Wir wollen die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Mehrjährigen
73 Finanzrahmens an übergeordneten Politikzielen und internationalen Vereinbarungen ausrichten
74 wie den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser
75 Klimaabkommen. Mit einem verpflichtenden Nachhaltigkeits-Check wollen wir anhand von fest
76 definierten Nachhaltigkeitskriterien die einzelnen Haushaltslinien darauf hin prüfen, ob sie
77 einen Beitrag dazu leisten, diese Ziele zu erreichen. Ein erheblicher Teil des EU-Haushaltes
78 muss für die aktive Bekämpfung der Klimakatastrophe reserviert werden und darf nicht in
79 fossile Energien fließen.

80 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch entstehende
81 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss geschlossen
82 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen erhöhen.

83 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-Haushalt die
84 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der Anforderung,
85 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer*innen auskömmliche Landwirtschaft und

86 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die
87 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die
88 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“
89 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

90 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher Regionen
91 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die
92 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir
93 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen
94 europäische Unterstützung brauchen. Für eine geschlechtergerechte Verteilung der
95 Finanzmittel soll in Zukunft Gender Budgeting eingesetzt werden. Außerdem wollen wir die
96 Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere Projekte.

97 *Eigene Einnahmen stärken die EU*

98 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf EU-Ebene tun, statt einfach
99 jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine starke Union
100 will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

101 Die Europäische Union soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen
102 kann als die Mitgliedstaaten. Dies betrifft die Besteuerung von international tätigen
103 Unternehmen, deren Wertschöpfung häufig immateriell ist und sich keinem Land zuordnen lässt.
104 So schaffen es diese Unternehmen oft, sich der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen
105 eine am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer rasch einführen, um das Steuerdumping
106 digitaler Konzerne zu unterbinden.

107 In Zukunft muss die Unternehmensbesteuerung dann alle Branchen und Unternehmen erfassen. Wir
108 brauchen in einem ersten Schritt eine europaweit einheitliche konsolidierte
109 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen und im zweiten Schritt eine
110 einheitliche europäische Unternehmensteuer inklusive fairer Mindeststeuersätze, die für alle
111 Unternehmen gleichermaßen gilt. Einen Anteil dieser Unternehmenssteuern wollen wir den
112 europäischen Bürger*innen zugutekommen lassen, denn Unternehmen erwirtschaften einen Teil
113 ihrer Gewinne nur dank des europäischen Binnenmarkts. So schützen wir auch junge digitale
114 Start-ups wie auch die lokal verwurzelte Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb der IT-Riesen.

115 Um Steuerflucht durch Gewinnverlagerung in Steuersümpfe außerhalb der EU zu vermeiden,
116 müssen wir darauf hinarbeiten mit den wichtigsten Handelspartnern der EU die
117 Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer gemeinsam zu konsolidieren. Sollte dies
118 nicht gelingen, müssen auch unilaterale Unternehmenssteuersysteme der EU in Betracht gezogen
119 werden, die sich nicht umgehen lassen.

120 Auch CO₂, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter in
121 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der
122 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen
123 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen Hochfrequenzhandel, der
124 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

125 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 126 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
- 127 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,
- 128 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der Finanzierung
129 öffentlicher Aufgaben.
- 130 • die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

131 **2.2. In Europas Zukunft investieren**

132 Die schwere Wirtschaftskrise Europas ist noch immer nicht vorbei. Ihre Folgen bestimmen nach
133 wie vor den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer*innen sind arbeitslos.
134 In Italien, Spanien und Griechenland finden vor allem viele Jugendliche keinen Job. Das
135 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt.

136 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die Lebensbedingungen
137 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und vertieft
138 und das Vertrauen in die EU unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,
139 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt. Nun ist es
140 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

141 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren, vor allem in Klimaschutz, Erneuerbare
142 Energien, alternative Verkehrskonzepte und die ökologische Landwirtschaft. Wir Grüne denken
143 Klimaschutz, Gerechtigkeit und Freiheit in Europa zusammen. Sozial-, und
144 wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen mit der ökologischen Modernisierung der
145 Industriegesellschaft verbunden werden. Unser Konzept des Green New Deal wollen wir dafür
146 weiterentwickeln, mit einem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert.
147 Neue Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung
148 schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektive für viele Menschen in Europa. Das ist
149 die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

150 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen stark
151 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht einmal das
152 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang
153 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei den
154 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Wir brauchen
155 ein soziales Europa, das die soziale Sicherheit erhöht und Abstiegsängste mindert. Dazu
156 brauchen wir europäische Investitionen, die überall in Europa wirken und insbesondere den
157 Menschen in den strukturschwachen Regionen neue Perspektiven eröffnen und sie vor neuen
158 Krisen schützen. Um den Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die Rahmenbedingungen für
159 nationale Ausgaben so gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche Investitionen
160 stärker möglich sind. Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren
161 richtigerweise die Spielräume für solche Investitionen erweitert. Darüber hinaus wollen wir,
162 dass die Anreize für staatliche Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts
163 verbessert werden, z.B. indem Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten
164 ähnlich wie private Investitionen über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit
165 stärken wir öffentliche Investitionen gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs.

166 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die
167 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen
168 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische
169 Investitionsfonds für strategische Investitionen wurde vorübergehend zur Krisenbewältigung
170 geschaffen. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen, anstatt ihn, wie ursprünglich geplant, 2020
171 zu beenden. Allerdings muss er sich neu ausrichten. Bisher wurden Mittel aus anderen
172 bewährten Programmen abgezogen. Das Geld kam häufig nicht dort an, wo es am nötigsten
173 gebraucht wird. Finanzierte Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne EFSI
174 zustande gekommen. Zahlreiche Investitionen waren nicht nachhaltig im Sinne der Ziele für
175 eine nachhaltige Entwicklung der UN. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen
176 zusätzlich sind und sich strikt an Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft
177 ausrichten. Die Mitgliedstaaten sollen das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank
178 erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen kann.

179 Klimaschutz, der Ausbau erneuerbarer Energien, innere wie äußere Sicherheit,
180 Finanzstabilität, Forschung in nachhaltige Zukunftstechnologien, eine europäische
181 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, soziale Absicherung – dies sind
182 europäische Gemeingüter, in die wir auch europäisch investieren wollen. So können wir die
183 Energiewende in ganz Europa nur dann vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir in die
184 Vernetzung der bestehenden Stromnetze investieren und ein europäisches Netz schaffen. Denn
185 nur so kann Windenergie von den Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von Spanien
186 nach Polen transportiert werden.

187 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder es wird
188 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel bis
189 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des
190 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist
191 anachronistisch. Wir wollen in der ganzen Europäischen Union schnelles Internet schaffen.
192 Und bei der Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz
193 können wir nur gemeinsam erfolgreich sein.

194 Die innere Sicherheit Europas lässt sich am besten gemeinsam gewährleisten. Das spart
195 langfristig auch viel Geld.

196 *Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen*

197 Jugendliche brauchen überall in Europa eine Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in
198 Griechenland, Spanien und Italien sind auch unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große
199 Offensive für die Zukunft der europäischen Jugend.

200 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen Menschen
201 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre
202 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz,
203 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss auch
204 funktionieren und darf nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Deswegen wollen wir
205 die Jugendgarantie zu einem dauerhaften und besser finanzierten Instrument weiter
206 entwickeln. Die Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen von hoher Qualität und
207 auskömmlich finanziert sein, beispielsweise angelehnt an die duale Ausbildung in
208 Deutschland, insbesondere in Zukunftsbranchen wie dem Klima- und Umweltschutz. Wir fordern
209 klare Qualitätsstandards bspw. in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Befristungen.
210 Junge Menschen dürfen durch die Jugendgarantie nicht zum schönen Schein in unsicheren,
211 befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder unbezahlten Praktika geparkt werden.

212 Gerade junge Menschen sind oft in besonders starkem Maße von prekären
213 Beschäftigungsverhältnissen und den Schlupflöchern bei bestehenden Mindestlohnregelungen
214 betroffen. Europa muss auch jungen Menschen soziale Sicherheit bieten. Wir wollen der
215 Ausbeutung in Praktikums- und Ausbildungsverhältnissen entgegenwirken. Deshalb setzen wir
216 uns dafür ein, dass alle, die im Rahmen ihrer Ausbildung Betriebspraktika ableisten, Teile
217 ihrer Ausbildung im Betrieb verbringen (wie beispielsweise in dualen Ausbildungen) oder
218 gerade am Anfang ihrer Berufstätigkeit stehen, fair entlohnt werden. Berufliche Ausbildung
219 darf nichts sein, was man sich leisten können muss. Außerdem führen gerade unbezahlte
220 Praktika häufig dazu, dass junge Menschen als kostenlose Arbeitskraft missbraucht werden.
221 Darum fordern wir, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.

222 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige Start-
223 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg gebracht werden,
224 dabei soll Geschlechtergerechtigkeit als Vergabekriterium verankert werden und insbesondere
225 Gründerinnen gefördert werden. Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken können die
226 Jugendgarantie nicht mit Leben füllen. Viele Jugendliche haben in ihren Heimatländern

227 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit. Die EU soll ihnen dabei helfen, eine Ausbildung
228 oder einen Arbeitsplatz in einem anderen europäischen Land zu finden, wenn sie dies
229 wünschen.

230 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 231 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, erneuerbare Energie und
232 emissionsfreie Mobilität,
- 233 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 234 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.
- 235 • Ausbildung und Praktika mit fairer Bezahlung

236 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

237 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu schaffen und
238 dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag. Vieles
239 davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den
240 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die
241 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer wieder
242 verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen, der
243 die Europäer*innen zusammenführt.

244 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten und
245 übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig
246 haben sich die Staats- und Regierungschef*innen, und allen voran die Bundesregierung, einen
247 schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die mit
248 niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen musste. Das
249 darf nicht so bleiben.

250 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem Millionen
251 von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, kann sich nicht damit zufrieden
252 geben, wenn wir einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, anderswo aber die
253 Jugendarbeitslosigkeit steigt. Es liegt in unserem eigenen Interesse, dass sich alle
254 Mitgliedstaaten gut entwickeln und jungen Menschen eine Zukunftsperspektive bieten.

255 Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und Solidarität in der Eurozone zu
256 setzen. Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente: Erstens
257 müssen wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung
258 wirtschaftlichen Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion vollenden, damit
259 einige verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können. Und drittens
260 wollen wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer
261 Kontrolle unterwerfen.

262 *Euro stabilisieren*

263 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro
264 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Dafür
265 braucht es eine gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone und der EU, da die Krise gezeigt
266 hat, dass nationale Fiskalpolitik alleine zu Schiefen und unnötig langen Krisen führt –
267 selbst bei Mitgliedstaaten, die sich wie Spanien und Irland immer an die Regeln hielten.
268 Außerdem braucht es ein Instrument, das im Abschwung die Abwärtsdynamik abfedert. In seiner
269 heutigen Form kann der EU-Haushalt diese Funktion eines automatischen Stabilisators in einer
270 Konjunkturkrise aber nicht erfüllen. Wir möchten dafür die Instrumente schaffen bevor es zu
271 einer Krise kommt. Deshalb schaffen wir einen eigenen Haushalt für den Euro, der

272 stabilisiert und investiert. Dieser Haushalt ist für alle Länder der Eurozone gedacht und
273 für alle anderen EU-Mitgliedsländer offen. Wer sich über die Bekämpfung von Steuerbetrug und
274 einer gemeinsamen Körperschaftssteuer an den Einnahmen des Haushalts beteiligt, macht mit.
275 Der eigene Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert, sollte im Rahmen der EU-
276 Finanzen verankert sein, so dass das europäische Parlament bei der Aufstellung und Kontrolle
277 gleichberechtigt mitentscheidet.

278 Kernaufgabe des Haushalts für den Euro ist die Finanzierung von Europäischen Gemeingütern
279 und Investitionen. Er speist sich aus konjunkturabhängigen Einnahmen wie einer gemeinsamen
280 Unternehmensteuer sowie dem Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung.
281 Dadurch wirkt er stabilisierend. Die Mitgliedstaaten werden im Abschwung entlastet, da sie
282 dann weniger einzahlen müssen, profitieren aber trotzdem von den Ausgaben. Das ist gelebte
283 europäische Solidarität und stabilisiert die gesamte EU. Um die entsprechende Wirkung zu
284 entfalten, bedarf es einer relevanten Größenordnung. Wir streben daher mittelfristig einen
285 Umfang von mindestens 1% des gemeinsamen BIP an. Der Umfang muss über die Zeit und mit den
286 dorthin übertragenen Aufgaben nach und nach größer werden. Dabei handelt es sich nicht um
287 neue Aufgaben, die durch zusätzliche Steuern finanziert werden, sondern um eine Verlagerung
288 der Finanzierung von solchen Gemeingütern und Investitionen in die ökologische und soziale
289 Modernisierung, die auf europäischer Ebene effektiver durchgeführt werden können.

290 Unser Ziel ist, dass perspektivisch alle EU-Mitgliedstaaten von der Funktion eines
291 automatischen Stabilisators profitieren können. Der eigene Haushalt für den Euro, der
292 stabilisiert und investiert, ist für uns nur eine Zwischenlösung, um in Richtung eines
293 stärker EU-eigenfinanzierten EU-Haushalts zu gelangen, der die EU noch stärker zu einer
294 politischen und sozialen Union macht. Der Weg dahin ist wegen des Einstimmigkeitsprinzips
295 schwer und lang. Deswegen gehen wir mit dem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert
296 und investiert, den ersten Schritt mit denjenigen, die bereit sind mitzumachen. Wir
297 erwarten, dass durch die Sogwirkung der gemeinsam finanzierten öffentlichen Güter sich auch
298 die heutigen Nichteuroländer diesem Instrument schnell anschließen, indem sie sich dem
299 gemeinsamen Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerbetrug anschließen und sich an
300 der gemeinsame Unternehmenssteuer beteiligen. Wir befürworten eine Euro-Heranzugshilfe
301 für Nicht-Euro-Staaten zur Unterstützung von Reformen. Alle den Euro betreffenden
302 Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen auf Nicht-Eurostaaten. Deshalb müssen
303 neue Instrumente für alle EU-Staaten konzipiert sein oder Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an
304 weiteren Reformen ermutigen.

305 Auf- und Abschwung verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich. Um diese
306 unterschiedlichen Auswirkungen auszugleichen, reichen nationale und geldpolitische Maßnahmen
307 nicht aus. Europa braucht neue Strukturen, um mit diesen Schiefen künftiger besser umgehen
308 zu können. Der oben beschriebene Haushalt für den Euro ist dafür das beste Instrument und
309 wir fordern dies als ersten Schritt.

310 Eine europäische Arbeitslosenversicherung würde die ausgleichende und stabilisierende
311 Wirkung des Haushalts für den Euro noch verstärken. Wir wollen daher als zweiten Schritt
312 eine Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen einführen. Wir setzen uns
313 des Weiteren für eine Europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, die durch die
314 nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll. Wir sind uns aber bewusst, dass die
315 Einführung einer solchen Europäischen Arbeitslosenversicherung eher ein mittelfristiges
316 Projekt ist.

317 In der Eurokrise hat der Internationale Währungsfonds im Rahmen der sogenannten Troika stark
318 eingegriffen. Die Troika hat umfassende Anpassungsprogramme in den Programmländern
319 durchgedrückt, mit starken sozialen Verwerfungen. Das Handeln der Troika hat in vielen
320 Programmländern das Vertrauen in die europäische Demokratie beschädigt. Deswegen wollen wir,

321 dass Europa seine Krisen künftig alleine, nach eigenen Regeln, demokratischer und
322 transparenter löst. Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen
323 vollwertigen Europäischen Währungsfonds (EWF) überführen und ihn im EU-Recht verankern,
324 kontrolliert durch das Europaparlament und die nationalen Parlamente. Das Europäische
325 Parlament soll das Recht auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des
326 Direktors des Europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige
327 Kredite aus dem Europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen
328 Parlamenten liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt. Um zu
329 verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulationen in eine tiefe Krise schlittert,
330 braucht der EWF zusätzlich eine Möglichkeit zur schnellen Reaktion. Dafür soll er
331 kurzfristig Kredite bereitstellen können, die bereits vor einer möglichen Krise präventiv
332 wirken. Diese präventiven Kredite schützen Mitgliedstaaten davor, Opfer rein
333 finanzmarktgetriebener Effekte zu werden. Eingriffe in die wirtschaftspolitische
334 Souveränität der Mitgliedstaaten sind hierfür nicht erforderlich. Im Falle einer Krise darf
335 es nicht wieder zu einer massiven Sparpolitik kommen, die ein Land in die soziale Krise
336 stürzt und die Wirtschaftsleistung abwürgt. Neben Auflagen zur Modernisierung der Strukturen
337 muss die Kreditvergabe an ein Land in Not diese Grundsätze beachten. Das Kaputtsparen ganzer
338 Volkswirtschaften lehnen wir ab.

339 Hohe Staatsschulden, das Risiko steigender Zinslasten und unverantwortliche
340 Regierungspolitik sind ein großes Risiko für die Stabilität unserer Währung. Alle Euroländer
341 brauchen daher verlässlichen Zugang zu niedrigen Zinsen und starke Anreize zu soliden
342 Staatsfinanzen. Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission
343 zeigt, wie hoch das Risiko durch einseitige nationale Finanzpolitik einzelner Länder für den
344 Euro insgesamt ist. Daher wollen wir, ähnlich wie ursprünglich vom Sachverständigenrat
345 vorgeschlagen, einen Altschuldentilgungsfonds einrichten, in den die Altschulden eines
346 Landes eingebracht werden, die 60% des BIP übersteigen. Wer sich an die gemeinsam
347 vereinbarten europäischen Finanzregeln hält, soll im Gegenzug von niedrigen Zinsen für die
348 Abzahlung der Schulden im Altschuldentilgungsfonds profitieren. So vereinen wir europäische
349 Solidarität und Solidität.

350 *Probleme nicht zu Lasten der Gemeinschaft lösen*

351 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen
352 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht. Die
353 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem hohen
354 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert – seit
355 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Leistungsbilanzungleichgewichte müssen effektiv
356 begrenzt werden, um der Entstehung möglicher Krisen frühzeitig vorzubeugen. Die
357 Sanktionierbarkeit von Defiziten und Leistungsüberschüssen muss einander angeglichen werden.

358 Das bedeutet, dass sich auch Überschussländer wie Deutschland aktiv an der Verminderung von
359 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten beteiligen müssen. Dies kann sowohl durch
360 Lohnsteigerungen als auch über erhöhte öffentliche und private Investitionen erfolgen. Damit
361 stärken wir den gemeinsamen Währungsraum, die Arbeitnehmer*innen in Deutschland und die
362 inländische Digital-, Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur

363 *Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit*

364 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen
365 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen
366 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt endlich zur
367 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in die
368 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen Regeln
369 wirksam angewandt werden können.

370 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür braucht
371 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen Währungsfonds. So
372 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist. Die Letztsicherung soll
373 als Kreditlinie gestaltet werden, die nach der Krise von den Banken zurückbezahlt wird. So
374 wird gewährleistet, dass nicht doch wieder die Steuerzahler einspringen müssen.

375 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen
376 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil
377 Kund*innen im Krisenfall um ihr Ersparnis bangen müssen und ihr Geld abziehen. Deshalb
378 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als Rückversicherung
379 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale
380 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf
381 ihre bewährten Institutssicherungssysteme setzen.

382 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa das
383 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen
384 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den Banken
385 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise
386 seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch immer
387 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der risikoungewichteten
388 Eigenkapitalquoten auf 10 % ein. Bei den Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage
389 ratio“) gelten, damit sie ihre Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Außerdem sollen
390 Großbanken ihr Handelsgeschäft von ihrem Kredit- und Einlagengeschäft trennen.
391 Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir nach Risiko und Komplexität unterschiedlich
392 behandeln. Die Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im
393 Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Die ähnlichen, aber jeweils leicht unterschiedlichen
394 Regeln für Banken, Versicherungen und Fonds wollen wir in einem Europäischen
395 Finanzmarktgesetzbuch zusammenfassen und vereinfachen, um unfairen Wettbewerb zu verhindern.

396 *Europolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!*

397 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch
398 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige
399 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und Dreh- und
400 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament legitimierte
401 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft und
402 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.

403 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten im Moment Realität. Aber damit
404 wollen wir uns nicht abfinden. Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Mit dem
405 Vertrag von Lissabon haben sich alle EU-Mitgliedstaaten - bis auf Dänemark und
406 Großbritannien - zur Einführung des Euro verpflichtet, sobald sie die Euro-Kriterien
407 erfüllen. Bereits heute sind alle EU-Staaten über den EU-Binnenmarkt sehr eng miteinander
408 verflochten. Alle den Euro betreffenden Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen
409 auf Nicht-Eurostaaten. Neue Instrumente sollten daher für alle Mitgliedstaaten konzipiert
410 sein und Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an weiteren Reformen ermutigt werden, so wie dies
411 etwa schon heute beim EU-Investitionsfonds (EFSI) oder der Bankenunion der Fall ist.

412 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 413 • einen krisenfesteren Euro und einen demokratisch kontrollierten Europäischen
414 Währungsfonds,
- 415 • ein Haushalt für den Euro zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
- 416 • die Vollendung der Bankenunion.

417 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**

418 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den Staaten
419 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird
420 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen auch
421 mehr beitragen.

422 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Doch er
423 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit der
424 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit überall in
425 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre
426 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die Rekordgewinne
427 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und alle
428 ehrlichen Steuerzahler*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne nicht
429 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im Wettbewerb mit
430 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine
431 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür wollen
432 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

433 *Steuerdumping beenden*

434 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest
435 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für Unternehmen zu
436 machen. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind internationale Unternehmen,
437 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament unserer
438 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die Armut und
439 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren können.
440 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht entziehen
441 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen. Wir wollen dieses
442 Geschäftsmodell beenden.

443 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen,
444 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche
445 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das
446 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur scharfen
447 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf Kosten der
448 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

449 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in Niedrigsteuerländer.
450 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu ihrer Finanzierung bei.
451 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des Gemeinwesens
452 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut, müssen auf Zahlungen
453 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben werden. Dafür
454 ist die entsprechende EU-Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks für die
455 Unternehmen nicht mehr.

456 *Europäische Unternehmensmindeststeuer*

457 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Deshalb
458 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des Binnenmarktes.
459 Technisch gesehen wollen wir in einem ersten Schritt eine gemeinsame konsolidierte
460 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen im Binnenmarkt.

461 Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen
462 führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie leichter auch in anderen Mitgliedstaaten

463 tätig werden können. Es soll einen europäischen Mindeststeuersatz für alle
464 Unternehmensgewinne geben.

465 Im zweiten Schritt soll dann zeitnah die europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es
466 endlich eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem
467 Mindeststeuersatz soll direkt in den Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen
468 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus fließen
469 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf achten, dass
470 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.

471 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in welchem Land
472 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf zahlen.
473 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber seine
474 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu zahlen.
475 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche
476 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in Europa.
477 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.

478 *Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen*

479 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen
480 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen Steuerhinterziehung
481 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner Erfolg
482 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die
483 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien müssten
484 der Spekulation durch kriminelles Geld europaweit entzogen werden.

485 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler*innen jedes Jahr um mindestens
486 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die
487 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU vorgelegt,
488 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier in
489 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.

490 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige
491 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen Zusagen
492 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun strikt
493 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die
494 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze Liste mit
495 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss
496 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine Geschäfte in diesen
497 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

498 Unser Ziel ist es, dass korrupte Individuen und ihr Kapital sich in der EU nicht länger
499 verstecken können. Beim Kauf von teuren Wohnungen, Luxusautos, Yachten und dergleichen soll
500 wie in Großbritannien kontrolliert werden können, ob das Vermögen auf legalem Weg erworben
501 wurde. Die EU sollte öfter Sanktionen gegen korrupte Individuen aus Drittstaaten verhängen
502 und ihnen die Einreise und den Aufenthalt in der EU verweigern. Aufenthaltsgenehmigungen und
503 Staatsbürgerschaften sollten die Mitgliedsstaaten nach fairen Verfahren vergeben und nicht
504 als "Goldene Visas" an Kriminelle verkauft werden können.

505 *Europa handlungsfähig machen*

506 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass die EU gegen Steuervermeidung vorgeht.
507 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte
508 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten vorangehen, damit

509 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird das
510 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.

511 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 512 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,
- 513 • eine EU, in der korrupte Individuen und ihr Kapital nicht länger willkommen sind
- 514 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

515 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

516 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen. Fehlt der
517 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen und
518 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es einen fairen
519 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,
520 bestehende Monopole zu zerschlagen.

521 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und Monsanto,
522 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen. Unternehmen
523 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten
524 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler, sondern
525 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des
526 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit
527 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische
528 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so gemeinsam
529 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei
530 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge fasst und
531 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

532 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde Faktoren
533 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den Wettbewerb
534 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber muss man
535 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese missbrauchen.
536 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man Unternehmen
537 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre Marktmacht zu
538 groß wird.

539 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue
540 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung und können
541 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von kleinen
542 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform anzubieten, um
543 Käufer*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie anderen
544 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen
545 die Wettbewerbsbehörden*innen dagegen vorgehen. Vermietungs-Plattformen für Ferienwohnungen wie
546 Airbnb unterlaufen gesetzliche Regulierungen der Städte und Bundesländer und berufen sich
547 dabei auf die Regeln des Europäischen Binnenmarktes. Gegen die Städte, die versuchen,
548 Wohnraum vor Spekulation zu schützen, haben diese Plattformen sogar Beschwerde bei der EU-
549 Kommission eingelegt. Es kann nicht sein, dass diese Online-Plattformen die
550 Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln. Die EU-Kommission ist gefordert,
551 sicherzustellen, dass diese Plattformen bei der Regulierung von Ferienwohnungen endlich
552 mitwirken müssen.

553 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen kann
554 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere Menschen

555 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine
556 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese Unternehmen
557 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln will, muss
558 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

559 Die Lohnungleichheit ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Gesamt-EU
560 beträchtlich. Extrem ungleiche materielle Verhältnisse sind eine Mitursache für Populismus,
561 Autoritarismus und für soziale Unruhe. Neben Lohndumping- und Steuerbetrugsverhinderung
562 fordern wir daher die Prüfung eines verbindlichen maximalen Abstands zwischen dem höchsten
563 und niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen. Dafür möchten wir eine vielfältig besetzte
564 Kommission einsetzen.

565 Neben der Verhinderung von Monopolismus bedeutet fairer Wettbewerb aber auch, sich nicht
566 durch Niedriglöhne und Sozialabbau Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer zu verschaffen.
567 Gerade Deutschland hat dieses Wettbewerbsmodell in den letzten Jahren auf Kosten des eigenen
568 sozialen Zusammenhalts wie auch seiner europäischen Nachbarn betrieben. Es ist nicht zuletzt
569 auch solche Politik, die Menschen in die Fänge nationalistischer Scheinalternativen treibt.
570 Stattdessen brauchen wir dringend echte Alternativen, die Europa als solidarische
571 Sozialunion definieren: als eine Gemeinschaft, die sich geschlossen gegen das ökonomische
572 Auspielen des einen gegen den anderen stellt.

573 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 574 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 575 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 576 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.
- 577 • eine Kommission, die die europaweite Einführung eines maximalen Abstands zwischen dem
578 höchsten und dem niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen prüft ("Lohnhebel")

579 **2.6 Soziale Sicherheit garantieren**

580 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen
581 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es
582 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame Arbeits- und
583 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als Bedrohung für
584 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten die
585 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder
586 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute handeln:
587 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial
588 absichern.

589 *Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren*

590 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die
591 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Verlässliche
592 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im Interesse
593 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte
594 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem
595 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen das
596 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.
597 Arbeitnehmer*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen, erhalten
598 Beistand von der EU. Und Bürger*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen aufgrund
599 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta verbriefte

600 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu einem
601 Garanten für soziale Rechte.

602 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den
603 Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den
604 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der Dienstleistungsfreiheit.
605 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte
606 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze
607 angepasst werden.

608 *Betriebliche Mitbestimmung in ganz Europa sichern*

609 Die Freizügigkeit in Europa darf nicht dazu führen, dass Unternehmen dort ihren Firmensitz
610 einrichten, wo die niedrigsten Standards in der Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen gelten.
611 Deshalb wollen wir die europäischen Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte stärken und
612 beispielsweise eine Parität von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen an Entscheidungen
613 in allen Unternehmen mit mehr als 1000 Angestellten über die Grenzen der Mitgliedsstaaten
614 hinweg nach dem Vorbild Sloweniens durchsetzen. Wir wollen starke europäische
615 Gewerkschaften. Grünes Ziel ist darüber hinaus, dass die freie gewerkschaftliche Betätigung
616 entsprechend der Kernarbeitsnormen der ILO in allen Unternehmen in Europa garantiert wird.

617 *Soziale Mindeststandards in ganz Europa*

618 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren. Dafür
619 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten. Die
620 EU muss gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten wirkungsvolle Maßnahmen gegen Kinderarmut
621 entwickeln. Wir wollen, dass kein Kind in der EU in Armut leben muss. Wir machen uns stark
622 für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land
623 festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation. Die Mitgliedstaaten sind
624 natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu schaffen. Das Gleiche gilt
625 für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen Mindestversorgungsstandard
626 in allen Ländern. Jede*r Europäer*in muss sich darauf verlassen können, bei Krankheit oder
627 Pflegebedürftigkeit gut versorgt zu werden; der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen vom
628 Zugang zum Gesundheitswesen ist deshalb zu sanktionieren.

629 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge
630 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.
631 Europäischen Austausch und Transparenz zu Best-Practice-Modellen in den Bereichen
632 Gesundheitsversorgung und Pflege wollen wir fördern.

633 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische Unterschiede
634 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben mehr unabhängige Forschung zu Versorgung
635 und Produkten sowie strengere Regelungen für den Patientenschutz und gegen die einseitige
636 Einflussnahme der Pharma- und Medizinprodukteindustrie an. Vor dem Hintergrund
637 verunreinigter Arzneimittel sind Funktion und Arbeitsweise der europäischen und nationalen
638 Arzneimittelaufsichtsorgane dringend zu verbessern.

639 Auch bei der Altersvorsorge kann Europa Standards setzen. Die Kommission hat zum Beispiel
640 einen Vorschlag für ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) gemacht. Leider
641 hat sich die Kommission dabei zu sehr von der Lobby der Lebensversicherer leiten lassen,
642 anstatt einen Vorschlag in Anlehnung an eines der besten privaten Altersvorsorgeprodukt in
643 Europa, nämlich die schwedische „Premium Pension“ zu entwickeln. In Schweden können alle
644 Bürgerinnen und Bürger einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens in einen staatlichen
645 Pensionsfonds einzahlen, der einerseits fast ohne Gebühren auskommt und andererseits dank
646 seiner Anlagestrategie auch eine besonders hohe Rendite erwirtschaftet. Wir wollen, dass
647 auch die Menschen außerhalb Schwedens ihre private Altersvorsorge mit einem solchen

648 Bürgerfonds durchführen können. Daher soll Europa einen solchen Bürgerfonds in Anlehnung an
649 dieses seit über fast zwanzig Jahren erprobte Konzept einführen.

650 Wir benötigen in Europa eine bezahlbare und nachhaltige Energie. Energieeffizienzmaßnahmen
651 und die Energiewende dürfen Menschen nicht aus ihren Wohnungen treiben. Deshalb müssen diese
652 Maßnahmen sozial flankiert werden, damit das Wohnen für alle bezahlbar bleibt.

653 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der großen gesamteuropäischen Aufgaben.
654 Es wird in den nächsten Jahrzehnten mehr Pflegebedürftige und an Demenz erkrankte Menschen
655 geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Würde zu
656 ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa gemeinsame Anstrengungen zur Pflegepolitik, bei
657 denen auch Themen wie neue Wohn- und Pflegeformen, Einhaltung der UN-
658 Behindertenrechtskonvention, Entlastung der familiären Pflege sowie der Fachkräftebedarf in
659 den Mittelpunkt gerückt werden. Schon heute wird die Pflegearbeit zu einem erheblichen Teil
660 durch Arbeitsmigration innerhalb der Union und aus Drittstaaten bewältigt. Pflegekräfte und
661 Kräfte, die die häusliche Pflege unterstützen, müssen vor Ausbeutung geschützt und fair
662 entlohnt werden. Die Abwerbung von Pflegekräften darf nicht dazu führen, dass der
663 Pflegekräftemangel in ärmere Mitgliedstaaten exportiert wird. Dies gilt auch für die
664 Abwerbung von Ärzt*innen, die keine Verschlechterung der medizinischen Versorgung in diesen
665 Ländern bedingen darf. Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe und Rückstände in
666 Trinkwasser und Nahrungsmitteln bedrohen die menschliche Gesundheit. Wir setzen uns dafür
667 ein, dass das Vorsorgeprinzip in allen Bereichen, die die menschliche Gesundheit betreffen,
668 uneingeschränkt zur Anwendung gelangt.

669 Prävention statt Repression - Cannabis europaweit legalisieren

670 Wir setzen uns ein für eine europäische Drogenpolitik, die auf Prävention statt Repression
671 setzt sowie auf Hilfe und Entkriminalisierung statt Verbote. Anstelle der gescheiterten
672 Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken
673 orientierte Regulierung von Drogen. Dazu gehört für uns zum Beispiel die europaweite
674 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Pauschale Verbote neuer psychoaktiver
675 Substanzen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Zulassungsverfahren auf der Grundlage von
676 Risikobewertungen und einem strengen Jugend- und Verbraucherschutz.

677 Die Europäische Union soll dazu beitragen, dass überall in Europa ein gut ausgebautes
678 Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen
679 besteht. Erfolgreiche Ansätze wie Inhaltsstoff-Analysen illegaler Drogen (Drugchecking),
680 Substitutionsprogramme, Konsumräume und Programme zur Originalstoffabgabe und andere
681 Maßnahmen zur Schadensminimierung in allen EU-Mitgliedsländern verfügbar gemacht werden.

682 Wir wollen, dass die Hersteller und Anbieter von gesundheitsgefährdenden Produkten stärker
683 verpflichtet werden, Jugend- und Verbraucherschutz sicherzustellen. Bei der Tabakprävention
684 hat die EU durch Warnhinweise und andere Maßnahmen neue Maßstäbe gesetzt. Dies hat zu einem
685 Rückgang des Tabakkonsums etwa bei Jugendlichen in Deutschland beigetragen.
686 Gesundheitsgefährdende Marketingstrategien der Alkohol- und Tabakindustrie wollen wir in
687 Europa konsequent zurückdrängen. Dazu gehört, dass Außenwerbung und Kinowerbung für Drogen
688 komplett abgeschafft wird. Wir setzen uns für eine Angleichung der Besteuerung von
689 Tabakerhitzern und Zigaretten sowie höhere Mindeststeuern und eine einheitliche Besteuerung
690 alkoholischer Produkte ein. Auch Marketingstrategien für Medikamente müssen kritisch
691 überprüft werden.

692 Zudem fordern wir eine europaweite Strategie zur wirksamen Prävention von nicht
693 substanzgebundenen Abhängigkeitserkrankungen wie beispielsweise der Spielsucht oder dem
694 problematischen Konsum einzelner Internetanwendungen. Ihnen muss z. B. mit Hinweisen zum
695 sachgerechten Umgang und Maßnahmen zur Steigerung der Medienkompetenz begegnet werden. Bei

696 allen Maßnahmen ist zudem die Selbstbestimmung der Menschen zu respektieren, anstatt sie zu
697 entrechten oder zu kriminalisieren.

698 *Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit*

699 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den EU-
700 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle
701 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller
702 Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie ein,
703 die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen
704 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen auch
705 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU. Außerdem fordern wir
706 konkrete Maßnahmen gegen die geschlechterspezifische Entgelt-Ungleichheit (Gender Pay Gap),
707 wie beispielsweise die Einführung einer europäischen Entgelttransparenzrichtlinie.

708 Viele Arbeiter*innen aus Osteuropa werden in deutschen Betrieben, z.B. in der
709 Fleischindustrie durch Subunternehmer mittels Werkverträgen zu niedrigen Löhnen und
710 unwürdigen Bedingungen beschäftigt. Osteuropäische Haushaltshilfen müssen häufig rund um die
711 Uhr verfügbar sein.

712 Wir wollen die Einrichtung von Beratungsangeboten in den Heimatländern fördern. Wir wollen
713 die Integrationsangebote, z.B. Sprachkurse, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds
714 (ESF) finanziert werden auch für Arbeitnehmer*innen aus der EU und deren Angehörige öffnen,
715 dazu zählt die aktive Förderung der Kinder von zugezogenen Arbeitnehmer*innen.

716 Die in der neuen Entsenderichtlinie vorgesehene Regelung, dass Unterbringungsbedingungen für
717 entsandte Arbeitnehmer angemessen und im Einklang mit den nationalen Vorschriften stehen
718 sollen, muss mit einem wirksamen Sanktionsrahmen versehen werden. Die Entsenderichtlinie war
719 ein wichtiger grüner Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in
720 Europa durchzusetzen. Für die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen. Außerdem
721 müssen auch in andere Länder entsandte LKW-Fahrer*innen dringend in die Entsenderichtlinie
722 aufgenommen und umfassend geschützt werden. Bislang sorgen aber Konservative, Liberale und
723 Sozialdemokraten im Europaparlament dafür, dass ihnen soziale Rechte auf angemessene
724 Bezahlung und Ruhepausen weiterhin verwehrt werden.

725 *Diskriminierung am Arbeitsplatz bekämpfen*

726 Alle Europäer*innen haben das Recht auf Gleichbehandlung. Leider ist das für viele Menschen
727 am Arbeitsplatz noch keine Realität. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters,
728 einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder Rasse, der Religion, der sexuellen
729 Orientierung und weiteren Merkmalen ist weiterhin Realität. Die EU hat im Kampf gegen
730 unfaire Behandlung bereits viel erreicht. Wir stehen für einen weiteren Ausbau von
731 Initiativen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, um allen Menschen Gleichbehandlung zu
732 garantieren.

733 Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gegen die Diskriminierung an von
734 Religionsgemeinschaften und anderen Tendenzbetrieben angebotenen Arbeitsplätzen muss in
735 nationales Recht umgesetzt werden.

736 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 737 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 738 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 739 • europaweite Legalisierung von Cannabis,
- 740 • europaweite Mindestlöhne.

741 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

742 Alle EU-Europäer*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn- und
743 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

744 Das Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile
745 Arbeitnehmer*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem anderen
746 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Bestehende Versicherungslücken für
747 Grenzpendler*innen müssen geschlossen werden. Die Anerkennung von Bildungs- und
748 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden. Gleiches gilt auch für
749 die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Noch immer ist es oftmals schwer,
750 bürokratisch und langwierig im Nicht-EU-Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifizierungen
751 anerkennen zu lassen. Daher wollen wir die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit auch für
752 Migrant*innen aus Drittstaaten innerhalb der EU stärken.

753 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor Ort
754 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in Europa
755 ab.

756 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass
757 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben. Nationale
758 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer*innen brauchen
759 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer sozialen
760 Grundrechte - dazu gehört auch der Schutz vor sexualisierter Gewalt. Eine europäische statt
761 nationale Sozialversicherungsnummer muss folgen, damit, wer grenzüberschreitend arbeitet,
762 unkompliziert soziale Sicherheit und hinterher seine Rente genießen kann. Ein EU-
763 Sozialversicherungsregister ist folgerichtig, um Sozialdumping das Handwerk zu legen.

764 Die Mobilität von LSBTIQ* Menschen ist in besonderen Maßen eingeschränkt. In den meisten
765 Mitgliedsstaaten werden ihre Ehen und Lebenspartnerschaften zwar anerkannt, aber in einigen
766 Staaten auch weiterhin nicht. Regenbogenfamilien müssen sich vor Antritt einer Reise immer
767 fragen, ob sie als Eltern ihrer Kinder in einem anderen Mitgliedstaat rechtlich anerkannt
768 sind. Das darf nicht sein. Regenbogenfamilien, Lebenspartnerschaften und
769 gleichgeschlechtliche Ehen müssen europaweit anerkannt werden. Dazu gehört die Anerkennung
770 von Geburtsurkunden, Adoptionen und Pflegekindvereinbarungen oder anderen Dokumenten, die
771 den Familienstatus betreffen.

772 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer*innen, die in Europa mobil sind, ihre in
773 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine
774 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand auch
775 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt gilt.

776 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität diskriminiert
777 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle Maßnahme
778 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in diesem Zusammenhang in
779 Deutschland immer wieder die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird. Kindergeld
780 erhalten in Deutschland alle Arbeitnehmer*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.

781 Das soll auch so bleiben. Es gibt zwar Fälle von Missbrauch durch Einzelne, allerdings ist
782 dies kein Grund das komplette System in Frage zu stellen.

783 Ein evtl. Missbrauch der Kindergeldregelungen darf jedoch nicht dazu führen, dass alle
784 Unionsbürger*innen in Mithaftung genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf
785 Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das ja auch heißen würde, wenn es für Kinder im Ausland
786 weniger Geld gäbe, dass das auch für das deutsche Kind gelten müsste, das zum Beispiel in
787 Krakau studiert.

788 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 789 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 790 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer*innen in Europa.

EP-F-01 Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-F Europawahlprogramm (Kapitel 3)

1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres
2 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem Prinzip „Recht
3 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den Schutz
4 von Minderheiten und für ihre eigene Demokratisierung getan.

5 Europas Werte sind: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und
6 Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die Bewohner*innen der Europäischen Union tragen.

7 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische, reaktionäre,
8 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen
9 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Sie hassen die liberale Demokratie. Und deshalb hassen
10 sie den Traum von einem Europa, das sich sozial erneuert, in dem Menschen sich frei begegnen
11 können, in dem nationale Kompetenzen gebündelt werden, um Freiheit, Sicherheit und Recht zu
12 gewährleisten.

13 Daher gilt es jetzt umso mehr, die Werte Europas zu verteidigen. Wenn nationale Regierungen
14 Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse in
15 Frage stellen, stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen
16 Mitgliedstaaten. Wenn Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption
17 untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-
18 Gelder entziehen können. Wenn Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer
19 Herkunft oder ihres Aussehens im Netz angegriffen werden, stellen wir Hasskommentare im
20 Internet EU-weit unter Strafe. Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von Schleppern und
21 Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Fluchtwege und ein Einwanderungsgesetz,
22 damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und Einwanderung geordnet ermöglicht wird.

23 **3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern**

24 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
25 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der
26 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Diese Kopenhagener Kriterien bilden das
27 Fundament der EU.

28 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer autoritärer werden,
29 Pressefreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren, die Unabhängigkeit der Justiz oder
30 die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU häufig nur ratlos daneben.

31 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten stärken.
32 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die eine
33 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende Punkte zur
34 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

35 *Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen*

36 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen
37 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in allen
38 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der EU
39 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso wie
40 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter
41 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta allerdings nur
42 für europäische Gesetze. Für nationale Gesetze gelten die Grundrechte des jeweiligen Landes.
43 Deswegen konnte die Europäische Kommission beispielsweise bei der Einschränkung der
44 Pressevielfalt durch die Regierung von Viktor Orbán in Ungarn nicht angemessen agieren.

45 Der Anwendungsbereich der Grundrechtecharta muss deshalb auch auf die nationale Gesetzgebung
46 ausgeweitet werden. Damit könnten alle Bürgerinnen und Bürger die in der Charta enthaltenen
47 Grundrechte und demokratischen Prinzipien gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten
48 einklagen. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und
49 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien
50 angegriffen werden.

51 *Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-Mitgliedstaaten*

52 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien oder gar
53 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen. Der EU
54 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen brauchen
55 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*innen, das alle Mitgliedsländer
56 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür
57 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage der
58 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,
59 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte
60 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das Europaparlament
61 besetzt werden.

62 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle Mitgliedsländer
63 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Die Ergebnisse werden im
64 Europaparlament, im Europäischen Rat und in den nationalen Parlamenten diskutiert. Bei
65 akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit
66 durch einzelne nationale Gesetze erstellt die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der
67 Europäischen Kommission Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

68 *Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte binden*

69 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von
70 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren
71 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedslandes führen kann.
72 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu reagieren. Dazu
73 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn
74 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

75 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht nur die
76 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb sollten die Gelder nicht
77 einfach dem betroffenen Mitgliedsland an sich gestrichen werden. Stattdessen sollen die
78 Mittel im Fall einer Verletzung von demokratischen Prinzipien direkt von der EU-Kommission
79 an Kommunen oder andere Antragsteller*innen vergeben werden. So kann das Geld weiterhin dort
80 ankommen, wo es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr
81 bei den nationalen Regierungen.

82 *Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle*

83 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei der
84 Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die Europäische
85 Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich nicht
86 alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen. Aber
87 wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die rechtmäßige
88 Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren. Wenn ein
89 Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteure ausgezahlt
90 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.

91 *Whistleblower schützen*

92 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden. Daher
93 ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-Finzen
94 nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der Grünen-
95 Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag gemacht, um
96 europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der Bevölkerung
97 Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen. Nun gilt
98 es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen Zeugenschutzprogramms, um
99 Whistleblower vor Racheakten zu schützen.

100 *Unterstützung von Zivilgesellschaften in der EU*

101 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum
102 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler*innen und Journalist*innen systematisch
103 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

104 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“)
105 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen
106 innerhalb der EU sinnvoll. So können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen,
107 unterstützt werden.

108 *Wer GRÜN wählt, stimmt für*

- 109 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,
- 110 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen EU-
111 Mitgliedstaaten,
- 112 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen Werte,
- 113 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,
- 114 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist*innen in der EU.

115 **3.2 Europäische Demokratie stärken**

116 Wir wollen die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene noch demokratischer machen, das
117 Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

118 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und dem
119 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der
120 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend ändern:
121 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden
122 können. Langfristig treten wir dafür ein, den Rat in eine zweite Kammer zu überführen, die
123 aus den Regierungen der Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist. Diese zweite Kammer bildet
124 zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.

125 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per
126 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft
127 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik. Damit
128 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer
129 grundlegende Entscheidungen, zum Beispiel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,
130 blockieren können.

131 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist der Rat
132 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar, welches
133 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle
134 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

135 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter*innen, die in Brüssel aktiv
136 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz zum
137 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Hier werden
138 wir uns weiter hartnäckig für die größtmögliche Transparenz einsetzen.

139 Demokratie bedeutet: Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische
140 Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million Unterschriften neue EU-
141 Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den ersten kleinen Schritt zu
142 direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe stärken, ausbauen
143 und entbürokratisieren. Vor allem wollen wir dafür sorgen, dass erfolgreiche Europäische
144 Bürgerinitiativen nicht wirkungslos verpuffen. Sollte die EU-Kommission nicht innerhalb
145 eines Jahres nach einer erfolgreichen Bürgerinitiative einen Gesetzesvorschlag vorlegen,
146 kann das Europäische Parlament den Druck mit einem legislativen Initiativbericht erhöhen.

147 Auch Jugendliche ab 16 Jahren sollen bei einer Europäischen Bürgerinitiative mitstimmen
148 dürfen.

149 Wir unterstützen weiterhin das Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen und
150 transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer transnationalen Liste besteht, sollten
151 die Spitzenkandidat*innen eine europäische Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der
152 Position fest, dass Präsidentin oder Präsident der Europäischen Kommission nur werden kann,
153 wer zuvor als Spitzenkandidat angetreten war.

154 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das Recht,
155 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu Parlamentsanhörungen
156 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung eines
157 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.

158 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 159 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,
- 160 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,
- 161 • ein verbindliches Lobbyregister,
- 162 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

163 **3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen**

164 Europa war und ist ein Kontinent der Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten innerhalb
165 Europas von einem in ein anderes Land gezogen, haben den Kontinent verlassen, sind von hier
166 geflohen oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau der Grenzen innerhalb Europas und das
167 Recht auf Freizügigkeit war und ist eine der größten Errungenschaften, denn der Wohlstand
168 der Europäischen Union beruht nicht nur auf der Freiheit von Waren, Dienstleistungen und

169 Kapital. Essenziell für das Zusammenwachsen Europas war stets die Freizügigkeit der
170 Arbeitnehmer*innen. Möglich wurde dies, weil Europa früh Beschränkungen und bürokratische
171 Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf dem Arbeitsmarkt zu begünstigen, unter
172 anderem dadurch, dass Familienmitglieder von Arbeitnehmer*innen selbstverständlich die
173 gleichen Rechte wie Inländer*innen erhalten.

174 Doch wir haben die letzten Monate vor dem Hintergrund der globalen Fluchtbewegungen erleben
175 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie zu erhalten und
176 gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen Aufgaben. Zu
177 einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik sollten alle EU-Staaten
178 beitragen.

179 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen werden. Bis
180 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame Antwort auf Migration und
181 Flucht gegeben. Tagtäglich ertrinken Menschen bei der Fahrt über das Mittelmeer. Wir haben
182 schon vor Jahren festgestellt, dass das Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl
183 beantragen müssen, das sie zuerst betreten haben, ungerecht und gescheitert ist. So ist es
184 im September 2015 auch gekommen.

185 Dieses System gilt jedoch noch immer. Damit wird die Verantwortung aber weiter einseitig auf
186 die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU abgewälzt, statt eine faire
187 Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren.

188 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht
189 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt.
190 Ein Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen,
191 Schutz gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten.
192 Ein Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das
193 Asylsuchenden ein faires Verfahren garantiert und seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa,
194 das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft. Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer
195 beendet.

196 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auch wenn nicht alle, die kommen, bleiben können.
197 Auf dieser Grundlage setzen wir uns für einen gemeinsamen Aufbruch einer humanitären
198 Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen ein, die gemeinsam die Ärmel hochkrempeln und
199 sich solidarisch an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligen wollen.

200 *Europäisches Einwanderungsgesetz für legale (Arbeits-)Migration*

201 Bis heute sind Europäer*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie
202 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele quasi unmöglich.
203 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels
204 auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland. Ein europäisches Einwanderungsgesetz
205 mit gemeinsamen Rahmenregelungen für sichere und legale Einwanderung in die EU soll dabei
206 helfen, gleiche Standards in Europa für die Zuwanderung von Menschen mit verschiedenen
207 Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren. Bei der Ausgestaltung der Regelungen
208 geht es uns darum, die vielfältigen Chancen der Migration für Migrant*innen, Ursprungs- und
209 Empfängerländer zu nutzen. Da bislang nur ein europäisches System der Arbeitsmigration für
210 Hochqualifizierte besteht, gehen jedoch auch potenzielle Migrant*innen den Weg über das
211 Asylsystem und scheitern.

212 *Legale Fluchtwege schaffen*

213 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die
214 angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs
215 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen schaffen. Wir wollen, dass Menschen

216 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege nach Europa auf sich nehmen müssen. Die EU-
217 Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive sowie
218 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des politischen
219 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dafür sind
220 Familienzusammenführungen sowie großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente nötig,
221 insbesondere über das Resettlement-Programm des UNHCR oder über humanitäre Visa. Über diese
222 beiden Programme können Menschen auf der Flucht, zum Beispiel aus UN-Flüchtlingslagern in
223 Jordanien, dem Libanon oder der Türkei, in festen Kontingenten in Deutschland und anderen
224 EU-Mitgliedstaaten geordnet Schutz finden.

225 *Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer*

226 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine unerträgliche
227 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken und sogar in der EU
228 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert wird.
229 Zivilgesellschaftliche Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort einspringen,
230 wo der Staat versagt oder seine Schutzpflicht sogar wissentlich verweigert, dürfen nicht
231 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben, dafür
232 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht. Gleichzeitig
233 sind wir überzeugt, dass Seenotrettung eine staatliche Aufgabe ist. Wir fordern, dass die EU
234 ihre humanitären Pflichten endlich wahrnimmt, ein europäisch organisiertes und finanziertes
235 ziviles Seenotrettungssystem aufbaut und sich an das völkerrechtlich verbrieft
236 Nichtzurückweisungsgebot hält.

237 *Europäische Grenz- und Asylbehörde schaffen und Menschen human erstunterbringen*

238 Zentraler Bestandteil einer menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und
239 Migrationspolitik ist, dass die EU-Außengrenzen kontrolliert und Asylsuchende dort
240 zuverlässig registriert und erstversorgt sowie die Daten abgeglichen werden. Denn
241 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im Inneren
242 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Auch um zu verhindern, dass mögliche
243 Terrorist*innen oder Straftäter*innen untertauchen. Aber Grenzkontrolle darf nicht heißen:
244 Niemand kommt mehr rein.

245 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der
246 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, anstatt einer
247 einseitigen Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde EASO in ihren
248 Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine
249 schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die
250 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen europäischen
251 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

252 Essenziell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle
253 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer umfassenden
254 Erstversorgung und Registrierung die Menschen auf Grundlage des Verteilungsmechanismus in
255 die anderen EU-Staaten weitergebracht werden. Zustände wie in den Hot Spots auf Lesbos sind
256 mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen dringend beendet werden, indem Menschen
257 aus diesen Lagern in EU-Staaten aufgenommen werden.

258 Abgesperrte Massenlager in der EU und europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir
259 ebenso ab wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt
260 werden, die die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen treten. Dem Umbau des
261 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von
262 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.

263 *Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilmechanismus*
264 *voranbringen*

265 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten beitragen. Das
266 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta und
267 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht. Eine Reform
268 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb
269 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die Ministerinnen und
270 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich den Weg
271 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle EU-
272 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen können,
273 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und geordneten
274 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen möchten, fordern
275 wir Direkthilfen der EU.

276 Viele regionale und kommunale Behörden sind mit einer Fülle von konkreten Herausforderungen
277 konfrontiert: Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung. Dies
278 spiegelt sich bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im Rahmen des
279 Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte
280 daher Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten direkt mit
281 einem kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Eine besondere Unterstützung sollten dabei
282 die Städte und Kommunen erhalten, die sich direkt an dem europäischen Verteilmechanismus
283 beteiligen.

284 Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein, die nicht unter dem
285 Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen.

286 *Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen*

287 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen kein anderer Grund gegen eine
288 Rückkehr spricht, müssen Europa auch wieder zügig verlassen. Dazu sollten europaweit
289 freiwillige Ausreisen stärker unterstützt werden. Beim Abschluss von Rückführungsabkommen
290 wollen wir denjenigen Ländern im Gegenzug Unterstützungen anbieten, die ihre Staatsbürger
291 schnell und unbürokratisch wieder aufnehmen. Das ist der erfolgreichere Weg, als darauf zu
292 bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen Staatsbürger*innen auch sogenannte
293 Drittstaatler*innen zurücknehmen, also Menschen, die auf ihrem Weg das Land lediglich
294 durchquert haben. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Menschen,
295 die bereits in Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines
296 Spurwechsels ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben können.

297 *Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen auf der Flucht*

298 Die beste Flüchtlingspolitik ist für uns diejenige, die dafür sorgt, dass weniger Menschen
299 auf der Welt gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Auch wir in Europa wollen dazu mehr
300 beitragen. Viele Ursachen der Flucht liegen nicht in unseren Händen. Oft stehen korrupte und
301 rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern im Weg. Doch es
302 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben
303 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

304 Wir stehen deshalb für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist
305 und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der Wirtschaft
306 in den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen den
307 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die ärmsten Staaten beim
308 Klimaschutz sowie bei der Anpassung an Klimaveränderungen und treten für eine ökologische
309 Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem gehören europäische
310 Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie Rüstungs- und

311 Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete. All das bekämpft Fluchtursachen wirklich und
312 hilft den Menschen vor Ort.

313 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 314 • ein europäisches Einwanderungsgesetz, das legale Migration ermöglicht,
- 315 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,
- 316 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen
317 Verteilungsmechanismus,
- 318 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

319 **3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen**

320 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche
321 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung ist lange
322 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu
323 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

324 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die
325 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfen.
326 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an
327 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich antiemanzipatorische
328 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche, Sexuaufklärung und
329 Gleichberechtigung zu starten.

330 *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit*

331 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als Männer.
332 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.
333 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in der
334 Pflege oder der Kinderbetreuung. In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in
335 allen anderen europäischen Staaten.

336 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die
337 Vergleichbarkeit von Arbeitsplätzen festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für
338 alle schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der
339 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht
340 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir wollen die
341 Einflussnahme von Frauen in Macht- und Führungspositionen stärken und unterstützen den
342 Vorschlag der EU-Kommission für eine Frauenquote in den Aufsichtsräten großer Firmen. Wir
343 wollen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen
344 verpflichtend paritätisch besetzt werden.

345 *Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung*

346 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper und
347 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –
348 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche massiv
349 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung,
350 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle
351 sichergestellt sein.

352 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur
353 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist eine große
354 Errungenschaft der EU, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert werden

355 kann. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-
356 Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

357 Darüber hinaus fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele
358 vorgibt, damit Frauen und Mädchen besser geschützt werden. Die EU sollte bestehende
359 Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit Frauenhäuser ausreichend
360 finanziert sind.

361 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskraft muss
362 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts, durch
363 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Sozialrechte
364 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach in
365 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und ein
366 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich
367 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.

368 *Gleichberechtigungs-Check im EU-Haushalt*

369 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von
370 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen
371 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting. Um
372 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer verlässlichen
373 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechtsspezifischen
374 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss
375 dafür besser finanziert werden.

376 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 377 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- 378 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,
- 379 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

380 **3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queer*Menschen (LSBTIQ*)** 381 **stärken**

382 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von
383 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

384 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und einigen anderen
385 EU-Ländern nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Obwohl vielerorts
386 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen
387 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.
388 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie
389 Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum Gesellschaftsideal zu
390 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der Europäischen Union.
391 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen gegen ihre
392 Gleichberechtigung entgegen.

393 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die
394 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und
395 Queer*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität und
396 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte Angriffe
397 auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit Diskriminierung aufgrund von
398 sexueller und geschlechtlicher Identität befassen.

399 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit und das
400 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.

401 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
402 Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte. Der Europäische
403 Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland anerkanntes
404 eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss. Jetzt gilt es,
405 diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

406 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In Ländern
407 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans*Personen eine Anpassung der
408 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu unterziehen.

409 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen
410 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann
411 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

412 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 413 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,
- 414 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und Regenbogenfamilien,
- 415 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit,
- 416 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

417 **3.6 Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

418 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,
419 Sprachen, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen wir stärker
420 gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen.

421 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben diskriminiert
422 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta verboten. Aber
423 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten
424 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU muss
425 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker voranbringen.

426 Rassismus nimmt zu. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe im öffentlichen Raum
427 angefeindet und angegriffen. Wir stellen uns dem entgegen und streiten für ein
428 demokratisches Miteinander.

429 Durch Antisemitismus im Alltag fühlen sich viele Jüdinnen und Juden in europäischen Ländern
430 nicht mehr sicher. „Nie wieder“ lautet das Versprechen, dem sich Europa nach dem Zweiten
431 Weltkrieg und der massenhaften Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas verpflichtet hat.
432 „Nie wieder“ soll Leitbild für Europas Zukunft sein.

433 Jede Art von Antisemitismus muss bekämpft werden. Der Schutz vor antisemitischer Gewalt ist
434 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte nicht auf die Betroffenen abgeschoben
435 werden. Darum dürfen auch die Kosten für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen von
436 Mitgliedstaaten nicht auf die jüdischen Gemeinden abgewälzt, sondern müssen staatlich
437 finanziert werden.

438 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000
439 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum
440 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche
441 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.

442 Rechtspopulist*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stellen uns
443 entschieden an die Seite der Muslim*innen und stellen uns dem Hass gegen sie entschieden
444 entgegen.

445 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Anlaufstellen
446 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung dieser
447 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.

448 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden sie
449 diffamiert und diskriminiert. Diese Diskriminierung ist der Hauptgrund dafür, dass Menschen
450 mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir begrüßen, dass im Rahmen
451 des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht
452 werden. Die Mittel im Kampf gegen Antiziganismus müssen aber weiter aufgestockt werden.

453 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern. Hierfür
454 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle
455 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die Einbindung
456 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können wir eine
457 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein
458 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit.
459 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und aufheben.

460 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Internet und
461 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir setzen uns für
462 eine wirksame europäische Rechtsgrundlage zur Bekämpfung von Hasskommentaren ein.

463 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 464 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen Menschen, die
465 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
- 466 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
- 467 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
- 468 • eine europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung und Verfolgung von Hasskommentaren
469 im Internet.

470 **3.7 Für ein barrierefreies Europa sorgen**

471 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und gleichberechtigt leben
472 können.

473 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention auch für die EU-
474 Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung müssen in allen
475 Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in ihrer
476 Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben
477 haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen selbstbestimmt am
478 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird. Dafür müssen
479 Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte und eigenständige
480 Lebensführung muss sichergestellt werden. Erste Schritte sind der europaweit geltende
481 Parkausweis oder der Euroschlüssel, der Menschen mit Behinderung den einfachen Zugang zu
482 allen Behindertentoiletten im öffentlichen Raum ermöglicht.

483 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von Waren
484 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien
485 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und

486 Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch für die
487 Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

488 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt, denn sie
489 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. International
490 anerkannte Menschenrechte würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-
491 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene
492 rechtlich umgesetzt, wie zum Beispiel das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen
493 und das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch
494 die deutsche Bundesregierung blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die Blockade und für
495 den effektiven Schutz gegen Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

496 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für sich nutzen
497 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern. Auch
498 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein in
499 Deutschland 81.000 Menschen.

500 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 501 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,
- 502 • die Ausweitung von Inklusion und Barrierefreiheit,
- 503 • das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

504 **3.8. Europas Verbraucher*innen stärken**

505 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher*innen geschützt werden, und
506 zwar grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich Waren, Kapital,
507 Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in Europa
508 vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen, was sie
509 konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend machen können.

510 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die Abschaffung
511 der Roaming-Gebühren, das Verbot von Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das
512 „Bankkonto für alle“ und ein Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind
513 nur einige wenige Beispiele.

514 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die Abgasmanipulationen an VW-
515 Dieselaautos bekannt – welche Ansprüche die Kund*innen geltend machen können, ist aber noch
516 immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher*innen Aufwand und Risiko
517 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer
518 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit für Sammelklagen, bei
519 denen sich Geschädigte zusammenschließen können, sowie Verbandsklagen und
520 Musterfeststellungsklagen müssen daher europaweit eingeführt werden.

521 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der
522 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv. Häufig
523 werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter angeboten.
524 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland seinen
525 Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen. Stattdessen
526 braucht es ein System mit nur einem Ticket für alle Verkehrsträger für die gesamte EU – aus
527 dem portugiesischen Dorf bis an die kroatische Küste oder aus Süditalien nach Lappland, egal
528 ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das Interrailticket soll nur der Anfang sein.

529 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von Lebensmitteln.
530 Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich machen. Es

531 muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für sämtliche
532 Tierprodukte wollen wir eine europäische verbindliche Kennzeichnung nach Haltungs- und
533 Transportbedingungen einführen.

534 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Heute verkaufen
535 Berater*innen oft schlechte Produkte, die ihnen aber eine hohe Provision einbringen. Das
536 wollen wir ändern. Deshalb wollen wir einen Übergang zu einer qualitativ hochwertigen
537 Beratung auf Basis transparenter Honorare fördern. Beratung muss Anleger*innen den Weg zu
538 guten Finanzprodukten weisen.

539 *Digitale Verbraucherrechte stärken*

540 Datenschutz schützt nicht Daten, sondern die Privatsphäre des Menschen. Datenschutz ist
541 Verbraucherschutz. Vor allem unsere persönlichen Vorlieben und Interessen gehen niemanden
542 etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade
543 in Zeiten der Digitalisierung, der Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu
544 herausgefordert.

545 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche Daten im Internet
546 preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das sollen die Betroffenen selbst
547 entscheiden und nicht Internet-Giganten wie Google oder Facebook.

548 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) hat
549 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die
550 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als
551 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben.
552 Hierauf können wir aufbauen.

553 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen
554 Kommunikation, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder „smarte“ Assistent*innen
555 wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus auf den Schutz der Privatsphäre hin eingestellt sind.

556 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit
557 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Offline-Tracking durch Standortdaten,
558 mit dem zum Beispiel Handys geortet werden, obwohl sie nicht mit dem Internet verbunden
559 sind, muss verboten werden.

560 Wir setzen uns für verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer
561 elektronischen Kommunikation ein. Hintertüren für die Hersteller oder gar für Geheimdienste
562 darf es nicht geben.

563 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren Alltag: So
564 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die
565 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese Geräte nicht
566 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die
567 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

568 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten.
569 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und
570 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei
571 vernetzten Geräten.

572 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine
573 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann und die
574 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei
575 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller von
576 Software müssen haften, wenn sie bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

577 Damit unsere Grundrechte wirklich geschützt werden, müssen auch die Datenschutzbehörden
578 endlich die personellen und finanziellen Mittel bekommen, die sie brauchen, um unseren
579 Grundrechten flächendeckend zur Geltung zu verhelfen und europaweit zusammenzuarbeiten.

580 Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet transparent gekennzeichnet und
581 die Finanzierung offengelegt wird. Versteckte Einflussnahme auf politische
582 Willensbildungsprozesse und Wahlen muss verhindert werden.

583 *Produkte nachhaltiger und sicherer machen*

584 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder
585 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu
586 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir wegen der
587 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika
588 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt.
589 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“ muss so
590 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

591 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis,
592 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige
593 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Wir fordern eine verbindliche
594 europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten.
595 Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling
596 sicherstellt.

597 Für Software und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange Updates inkl.
598 Sicherheitsupdates zur Verfügung gestellt werden, sowie klare Anforderungen zur Lebensdauer
599 von Software und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen. Die europäischen Regelungen für
600 die Gewährleistung für Produkte wollen wir an deren Lebensdauer anpassen und auch auf
601 Software ausweiten.

602 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht passt. Für
603 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen einheitlichen und
604 verbindlichen europäischen Standard geben.

605 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 606 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten von
607 Anfang an,
- 608 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer
609 Kommunikation,
- 610 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer Produkte,
- 611 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

612 **3.9 Terror bekämpfen, Freiheit sichern**

613 Gegen Terrorismus helfen keine Schlagbäume. Stattdessen brauchen wir eine stärkere
614 europäische Kooperation der Sicherheitsbehörden zur Verteidigung unserer Freiheit.
615 Islamistisch und rechtsextrem motivierter Terror greifen unsere europäische freiheitliche
616 Lebensweise und Demokratie an. Dem stellen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir
617 setzen dabei auf wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung. Das heißt, anders als
618 die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere Sicherheitskräfte anlasslos jede
619 Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik effektive Abgleiche verhindert. Wir wollen

620 eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine maßlose Politik immer weiter reichender
621 Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit.

622 *Europäisches Kriminalamt schaffen*

623 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch gefährdet werden, dass die Polizeibehörden der
624 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von Verdächtigen an den
625 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen
626 Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die europäische Polizeibehörde Europol zu einer
627 schlagkräftigen europäischen Polizei nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen
628 Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige Ermittlungsmöglichkeiten und
629 -befugnisse, um in grenzüberschreitenden Fällen von Terrorismus und organisierter
630 Kriminalität selbst ermitteln zu können. Sie muss Terrorverdächtige, Mafiaorganisationen,
631 Menschenhandel, aber auch länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und Rechtsextremisten
632 gezielt überwachen und verfolgen. Dafür muss sie mit ausreichend Ressourcen und Personal
633 ausgestattet werden.

634 *Europaweite Vernetzung der Polizei*

635 Um die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-Staaten zu verbessern, wollen wir ein
636 europaweites Austauschprogramm für Polizist*innen ins Leben rufen. Die Zusammenarbeit von
637 Polizist*innen in länderübergreifenden Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln
638 aus dem EU-Haushalt fördern. Denn wer gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift
639 schneller zum Telefon, um seine Kolleginnen und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu
640 informieren oder um Rat zu fragen.

641 *Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen*

642 Auch die Kompetenzen der Europäischen Staatsanwaltschaft müssen auf den Kampf gegen Terror
643 und organisierte Kriminalität ausgeweitet werden. Bisher ist sie nur für Betrugsfälle mit
644 EU-Geldern zuständig. Wir wollen, dass die Europäische Staatsanwaltschaft künftig auch
645 Ermittlungsverfahren gegen gewaltbereite Extremist*innen und organisierte Kriminelle
646 einleiten kann, auf deren Grundlage das Europäische Kriminalamt dann ermittelt.

647 *Terrornetzwerke aufdecken*

648 Um die Finanzierungsquellen von Terrornetzwerken und organisierter Kriminalität
649 auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den Kampf gegen Geldwäsche
650 schaffen. Terrornetzwerke und organisierte Kriminelle agieren grenzüberschreitend. Wir
651 wollen, dass Banken verdächtige Kontobewegungen direkt an die europäische Stelle melden,
652 anstatt nur ihre nationale Meldestelle zu informieren.

653 Für die Verfolgung von terroristischer und gewaltverherrlichender Propaganda im Internet
654 braucht es mehr Beamt*innen und spezialisierte Staatsanwält*innen und Richter*innen. Die
655 momentane Praxis von Europol, Digitalplattformen lediglich auf Basis ihrer allgemeinen
656 Geschäftsbedingungen zur Löschung solcher Inhalte aufzufordern, ist eine Verhöhnung des
657 Rechtsstaats. Sie bedeutet eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung, führt auch zur
658 Löschung legaler Inhalte und vermeidet die eigentliche Aufgabe der Polizei, Straftäter*innen
659 dingfest zu machen.

660 *Aussteigerprogramme stärken und Waffenrecht verschärfen*

661 Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger*innen aus der islamistischen und
662 rechtsextremen Szene wollen wir europaweit stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu
663 verhindern, muss der Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach,
664 an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen
665 Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer*innen

666 regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und
667 gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

668 Angesichts der Zunahme rechtsextremer Gewalttaten und der Ausbreitung rechten und
669 rechtsextremen Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr gestärkt
670 werden. Während demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und ihre Kräfte
671 bündeln, verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

672 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den internationalen
673 Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme auf EU-
674 Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und
675 lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

676 *Datenschutz sicherstellen*

677 Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in Berlin,
678 fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und
679 Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos registriert
680 werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist*innen oder Geschäftsreisende handelt.
681 Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue befinden sich im
682 Aufbau.

683 Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht mit
684 unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige behandelt
685 werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und fortlaufend
686 einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose
687 Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal vom
688 Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen Anlauf zur
689 europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir kämpfen
690 weiterhin mit aller Vehemenz gegen die Vorratsdatenspeicherung.

691 Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung und
692 Verfolgung von terroristischen und extremistischen Gewaltbereiten fehlt. Während die EU-
693 Staaten Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische
694 Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro für
695 Ermittlungsteams. Viel zu oft endet deshalb eine Ermittlung oder Überwachung, wenn ein
696 Gefährder das Land wechselt.

697 Gleichzeitig werden Datenbanken, in denen gezielt Straftäter und Terrorverdächtige erfasst
698 sind, wie zum Beispiel im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit nicht
699 richtig genutzt, weil es an Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten
700 mangelt. Hier gibt es dringend Änderungsbedarf.

701 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 702 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams,
- 703 • mehr Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft im Kampf gegen Terror und
704 organisierte Kriminalität,
- 705 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,
- 706 • eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu gefährlichen Waffen,
- 707 • die Wahrung von Grundrechten und Datenschutz beim Kampf für mehr Sicherheit.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 3: Sichern und stärken, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 10.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-F Europawahlprogramm (Kapitel 3)

1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres
2 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem Prinzip „Recht
3 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den Schutz
4 von Minderheiten und für die Stärkung ihrer Demokratie getan.

5 Europas Werte sind basierend auf der Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
6 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die Bewohner*innen der
7 Europäischen Union tragen und verdient es mit einem arbeitsfreien Feiertag gewürdigt zu
8 werden, der in allen Mitgliedsstaaten gemeinsam gefeiert wird.

9 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische, reaktionäre,
10 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen
11 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Wir stehen für die Stärkung der Demokratie und wünschen
12 uns gerade in Zeiten des Erstarkens der extremen Rechte ein solidarisches Europa, das sich
13 sozial erneuert und in dem Menschen sich frei begegnen können. Das heißt nicht,
14 Mitgliedsstaaten zu entmachten, sondern nationale Kompetenzen zu bündeln, um einen Raum der
15 Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu gewährleisten.

16 Diese Idee eines freiheitlichen demokratischen Europas leben wir und werden die Werte
17 Europas verteidigen. Wenn nationale Regierungen Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten
18 und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse in Frage stellen, stärken wir gezielt die
19 demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Wenn autoritäre Regierungen in
20 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption untergraben, soll die
21 EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-Gelder entziehen können.
22 Wenn Menschen im Netz angegriffen werden, zum Beispiel aufgrund ihres Aussehens, ihrer
23 Behinderung oder sexuellen Identität oder weil sie angeblich nicht die richtige Herkunft
24 oder Religion haben, dann wollen wir gesamtgesellschaftliche Antworten mit einem Fokus auf
25 effiziente Rechtsdurchsetzung auch gegenüber internationalen Konzernen entwickeln. Eine
26 anlasslose Massenüberwachung lehnen wir ab. Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von
27 Schleppern und Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Flucht- und Migrationswege
28 und ein Einwanderungsgesetz, damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und Einwanderung
29 ermöglicht wird.

30 Aber es bleibt viel zu tun: Demokratische Strukturen und Beteiligungsrechte wollen wir
31 stärken, Minderheiten noch effektiver schützen, Grundrechte ausbauen und Sicherheit
32 gewährleisten.

33 **3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern**

34 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
35 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der
36 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Die Werte der Europäischen Union bilden
37 das Fundament der EU.

38 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer autoritärer werden,
39 die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren, die
40 Unabhängigkeit der Justiz oder die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU häufig
41 nur ratlos daneben.

42 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten stärken.
43 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die eine
44 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende Punkte zur
45 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

46 *Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen*

47 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen
48 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in allen
49 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der EU
50 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso wie
51 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter
52 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta allerdings
53 unmittelbar nur für europäische Gesetze und Organe. Für das Handeln nationaler Regierungen
54 ohne Bezug auf das Europarecht gelten die Grundrechte des jeweiligen Landes und die
55 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK).

56 Wir wollen eine Reform der Grundrechtecharta, so dass ihr Anwendungsbereich so ausgeweitet
57 wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im
58 national vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen
59 können. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und
60 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien
61 angegriffen werden. Die Grundrechtecharta muss dabei uneingeschränkt auch in der digitalen
62 Sphäre durchgesetzt und hierfür gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

63 *Europaweiter Einsatz für Kinderrechte und Kinderschutz*

64 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres
65 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge, damit sich sie sich altersgerecht entwickeln und
66 zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen können. Das Kindeswohl ist bei allen
67 Angelegenheiten, die Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen.
68 Kinderrechte müssen EU-weit gelten und Kinderschutz umfassend gestärkt werden. Deswegen
69 setzen wir uns für eine konsequente Förderung der Kinderrechte und des Kinderschutzes im
70 Sinne der UN-Kinderrechtskonvention durch die Europäische Union ein.

71 Die Europäische Union muss wirksam darauf hinarbeiten, dass ihre hohen Standards im Bereich
72 Kinderrechte auch von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Einrichtungen der
73 Jugendhilfe in den Mitgliedsstaaten müssen gestärkt, Beratungsangebote ausgebaut und
74 materielle Notlagen abgefedert werden. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz der Kinder
75 vor Gewalt und Vernachlässigung liegen.

76 *Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-Mitgliedstaaten*

77 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien oder gar
78 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen. Der EU
79 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen brauchen
80 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*innen, das alle Mitgliedsländer
81 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür
82 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage der
83 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,
84 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte

85 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das Europaparlament
86 besetzt werden.

87 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle Mitgliedsländer
88 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Sie soll eng mit der
89 Grundrechteagentur zusammenarbeiten und diese als Ressource nutzen. Zusätzlich wollen wir
90 auch das Mandat der Grundrechteagentur stärken und ihre finanzielle Mittel erhöhen. Die
91 Ergebnisse der Kommission werden im Europaparlament, im Europäischen Rat und in den
92 nationalen Parlamenten diskutiert. Bei akuten und gravierenden Verletzungen von
93 demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt
94 die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission
95 Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

96 *Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte binden*

97 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von
98 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren
99 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedlandes führen kann.
100 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu reagieren. Dazu
101 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn
102 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

103 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht nur die
104 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem
105 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern zielgerichtet
106 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere
107 Fördermittelempfänger*innen ausgegeben werden. So kann das Geld weiterhin dort ankommen, wo
108 es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den
109 nationalen Regierungen.

110 *Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle*

111 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei der
112 Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die Europäische
113 Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich nicht
114 alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen. Aber
115 wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die rechtmäßige
116 Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren. Wenn ein
117 Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteur*innen ausgezahlt
118 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.

119 *Whistleblower schützen*

120 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden. Daher
121 ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-Finzen
122 nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der Grünen-
123 Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag gemacht, um
124 europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der Bevölkerung
125 Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen. Nun gilt
126 es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen Zeugenschutzprogramms, um
127 Whistleblower vor Racheakten zu schützen. Auch um den Schutz von Hinweisgeber*innen zu
128 gewährleisten, verteidigen wir das bestehende Recht auf die anonyme und pseudonyme Nutzung
129 von Telemedien.

130 *Unabhängigen Journalismus fördern*

131 Unabhängige und demokratische Medien sind ein Garant für eine kritische Debatte und eine
132 demokratische Gesellschaft. Kritische Journalist*innen leisten dazu einen wesentlichen
133 Beitrag. In den letzten Jahren mussten wir aber erleben, dass Journalist*innen immer
134 stärkeren Gefahren ausgesetzt sind. Trauriger Höhepunkt ist die Ermordung der Bloggerin
135 Daphne Caruana Galizia und des Investigativreporters Jan Kuciak in Malta bzw. der Slowakei.
136 Die menschenfeindliche Hetze gegen Journalist*innen und Medien muss aufhören. Europa muss
137 ein Garant für die Pressefreiheit und unabhängigen Journalismus bleiben.

138 Für die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen sind Bürger*innen zudem auf eine
139 vitale regionale Berichterstattung angewiesen. Hier ist in den vergangenen Jahren ein
140 starker Verlust an Vielfalt und Qualität zu verzeichnen: Immer mehr lokale Medien, auch
141 Blogs, können ihr Angebot nur noch schwer finanzieren. Wir wollen deshalb unabhängige Medien
142 weiter fördern, z.B. in der EU-Förderpolitik, durch Förderung des Wettbewerbs oder durch
143 einen Fond für investigativen Journalismus. Wir fordern die Einrichtung einer Europäischen
144 Zentrale für politische Bildung. Wir wollen ARTE in die wichtigsten EU-Sprachen übersetzen.

145 *Unterstützung von Zivilgesellschaften und Medienvielfalt in der EU*

146 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum
147 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler*innen und Journalist*innen systematisch
148 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

149 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“)
150 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen
151 innerhalb der EU sinnvoll. Darüber hinaus streben wir die Einführung der Rechtsform eines
152 „Europäischen eingetragenen Vereins“ an, um Nichtregierungsorganisationen europaweit der
153 Willkür der Nationalregierungen zu entziehen und ihren Status europäisch zu schützen. So
154 können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen, unterstützt werden.

155 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 156 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,
- 157 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen EU-
158 Mitgliedstaaten,
- 159 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen Werte,
- 160 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,
- 161 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist*innen in der EU.

162 **3.2 Europäische Demokratie stärken**

163 Wir wollen die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union noch demokratischer machen,
164 das Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger
165 verbessern.

166 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und dem
167 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der
168 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend ändern:
169 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden
170 können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung erhalten.
171 Die wachsende Bedeutung einer starken EU als Vertreterin der europäischen Bevölkerung in der
172 Welt, als Gegengewicht gegen die Interessen multinationaler Unternehmen und als Streiterin
173 für Frieden, Nachhaltigkeit und eine gerechte globale Entwicklung gerät mit der
174 Nationalstaatsidee des 19. und 20. Jahrhunderts in ein immer größeres Spannungsverhältnis.

175 Die EU soll kein zentralistischer Superstaat sein. Gleichzeitig müssen die demokratische
176 Legitimation der EU und die Einflussmöglichkeiten der Bürger*innen mit dem Gewicht der
177 Aufgaben der EU Schritt halten. Die europäische Zivilgesellschaft und die politischen
178 Akteur*innen in EU und Mitgliedstaaten müssen in den nächsten Jahren entscheiden, wie sie
179 auf dem Weg der politischen Integration vorankommen wollen.

180 Wir wollen eine breite Diskussion über Unionsmodelle wie die Vereinigten Staaten von Europa,
181 den föderativen Bundesstaat oder die Europäische Republik führen und in die Gesellschaft
182 tragen. Als Teil dieser Frage ist auch zu klären, wie die Rolle der Regionen innerhalb der
183 Europäischen Union gestärkt werden kann, also etwa, ob es ausreicht, das
184 Subsidiaritätsprinzip auszuweiten oder ob in mehr Autonomie und Souveränität der Regionen
185 unter einem europäischen Dach auch Chancen liegen. Mittelfristig treten wir dafür ein, den
186 Rat in eine zweite Kammer zu überführen. Wir wollen diskutieren, ob diese aus den
187 Regierungen der Mitgliedstaaten oder den Regionen zusammengesetzt ist. Diese zweite Kammer
188 bildet zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.
189 Bei Gesetzgebungsverfahren sollen Fristen eingeführt werden, bis zu denen eine öffentliche
190 Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle EU-Regierungen ihre jeweils
191 aktuelle Position zum Ratspräsidentenschaftsvorschlag vorlegen.

192 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per
193 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft
194 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik. Damit
195 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer
196 grundlegende Entscheidungen blockieren können.
197 Damit Klimaschutz und die mit ihm eng zusammenhängende Energiepolitik vorankommen, einzelne
198 Länder Fortschritte nicht blockieren können und Europa handlungsfähiger wird, setzen wir uns
199 für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in allen Bereichen der Energiepolitik im
200 Europäischen Rat ein.

201 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist der Rat
202 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar, welches
203 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle
204 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

205 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter*innen, die in Brüssel aktiv
206 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz zum
207 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Um höchste
208 Transparenz zu schaffen, wollen wir verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen,
209 striktere Karenzzeiten und einen „legislativen Fußabdruck“ durch den die Einflussnahme
210 Dritter auf EU-Gesetzgebung überprüfbarer wird - kontrolliert durch eine unabhängige
211 Institution auf EU-Ebene. Wir wollen die bestehende Verordnung über den Zugang der
212 Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU zu einer umfassenden EU-Transparenzverordnung
213 weiterentwickeln.

214 Demokratie bedeutet: Bürger*innen entscheiden selbst, durch Wahlen und durch Abstimmungen.
215 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million
216 Unterschriften neue EU-Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den ersten
217 kleinen Schritt zu direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe
218 stärken, ausbauen und entbürokratisieren. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch eine Reform
219 der Verträge fordern können. Erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen sollen dann auch zu
220 Gesetzesvorschlägen führen. Daher muss die Kommission spätestens nach einem Jahr nach einer
221 erfolgreichen Bürgerinitiative und einer Überprüfung auf die Vereinbarkeit mit den
222 Grundrechten in der EU einen Gesetzesvorschlag vorlegen. In jedem Fall wollen wir, dass das
223 Parlament zu einer Plenumsabstimmung über das Ziel der Initiative verpflichtet ist.

224 Eine Europäische Bürger*innen Initiative (EBI) soll auch auf die Einberufung eines
225 Bürgerforums gerichtet sein können, dessen Mitglieder nach dem Zufallsprinzip aus der
226 gesamten EU-Bevölkerung ausgelost werden und die das vorgelegte Thema ausführlich beraten
227 und konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürgergutachtens machen.

228 Die Minority SafePack Initiative ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Europäische
229 Bürgerinitiative. Sie umfasst ein Paket von gesetzlichen Regelungen zum Schutz und zur
230 Förderung von Minderheiten und Regionalsprachen und wird von uns ausdrücklich unterstützt.

231 Wir setzen uns für das einheitliche Recht ein, ab spätestens 16 Jahren bei Europäischen
232 Bürgerinitiativen und Wahlen zum EP mitzustimmen.

233 Wir treten dafür ein, dass Unionsbürger*innen an ihrem ständigen Wohnsitz überall in der EU
234 mitwählen dürfen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben – und nicht nur für
235 Kommunalparlamente und das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und nationalen
236 Wahlen. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen
237 Pass oder Unionsbürger*innenschaft eröffnen.

238 Für die Europawahlen unterstützen wir weiterhin das Prinzip der europäischen
239 Spitzenkandidat*innen und transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer
240 transnationalen Liste besteht, sollten die Spitzenkandidat*innen eine europäische
241 Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der Position fest, dass Präsident*in der
242 Europäischen Kommission nur werden kann, wer zuvor als Spitzenkandidat*in angetreten war.
243 Wir wollen, dass das Kollegium der EU-Kommissar*innen mindestens zu 50 Prozent mit Frauen
244 besetzt ist. Zur anstehenden Wahl im Mai ist eine Änderung des Wahlrechts aufgrund der Kürze
245 der Zeit ausgeschlossen. Für die Zukunft wollen wir ein europäisches Wahlrecht mit
246 transnationalen Listen, demokratischen Mindeststandards für Listenaufstellungen,
247 Mindestquotierungen sowie Transparenzregeln für die Parteienfinanzierung.

248 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das Recht,
249 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu Parlamentsanhörungen
250 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung eines
251 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.

252 Zur Änderung der Verträge unterstützen wir die Einberufung eines Europäischen Konvents oder
253 einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung. Über ihre Vorschläge sollten dann die EU-
254 Bürger*innen durch ein EU-weites Referendum zusammen mit den Mitgliedstaaten, diese
255 möglichst mit einer qualifizierten Mehrheit, endgültig entscheiden können.

256 An der Umfrage der EU-Kommission zur Zeitumstellung haben 4,6 Millionen Menschen
257 teilgenommen und ein klares Votum für ein Ende der Zeitumstellung abgegeben. Dieses begrüßen
258 wir und werden uns weiterhin für das Ende der Zeitumstellung einsetzen.

259 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 260 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,
- 261 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,
- 262 • ein verbindliches Lobbyregister,
- 263 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

264 **3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen, Fluchtursachen anpacken**

265 Migration ist so alt wie die Menschheit. Sie ist Herausforderung, Antrieb für Entwicklung,
266 Chance und bereichert Kulturen überall auf der Welt. Europa war und ist ein Kontinent der
267 Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten innerhalb Europas von einem in ein anderes Land

268 gezogen, haben den Kontinent verlassen, oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau der Grenzen
269 innerhalb Europas und des Rechts auf Freizügigkeit war und ist eine der größten
270 Errungenschaften, denn der Wohlstand der Europäischen Union beruht nicht nur auf der
271 Freiheit von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Essentiell für das Zusammenwachsen Europas
272 war stets die Freizügigkeit der Arbeitnehmer*innen. Möglich wurde dies, weil Europa früh
273 Beschränkungen und bürokratische Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf dem
274 Arbeitsmarkt zu begünstigen, unter anderem dadurch, dass Familienmitglieder von
275 Arbeitnehmer*innen selbstverständlich die gleichen Rechte wie Inländer*innen erhalten.

276 Doch seit dem Erstarken von Rechtspopulisten und -extremisten in Europa haben wir erleben
277 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Für die Zukunft
278 Europas ist es existentiell, ob Menschenrechte und demokratische Prinzipien, wie es in
279 Artikel 2 des Vertrags der Europäischen Union heißt, auch künftig das Fundament unserer
280 Gemeinschaft bilden. Besonders vor dem Hintergrund unserer Geschichte stehen wir für die
281 Unveräußerlichkeit der Menschenrechte und das Recht auf Asyl für Schutzbedürftige. Sie zu
282 erhalten und gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen
283 Aufgaben. Zu einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik müssen alle EU-
284 Staaten beitragen.

285 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen werden. Bis
286 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame und humanitäre Antwort auf
287 Migration und Flucht gegeben. Tagtäglich sterben Menschen auf dem Weg nach Europa. Das
288 Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl beantragen müssen, das sie zuerst
289 betreten haben, ist ungerecht, wirkungslos und gescheitert. Damit wird die Verantwortung
290 aber weiter einseitig auf die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU
291 abgewälzt, statt eine faire Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren. Oftmals
292 werden dadurch Menschen, die lange hier leben und gut integriert sind, abgeschoben. Das
293 steht einer gerechten Asylpolitik im Wege und soll daher vermieden werden. Menschenrechte
294 sind unteilbar und dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Wir benötigen ein faires
295 Verteilungssystem mehr denn je.

296 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht
297 auf Asyl und den ungehinderten Zugang für Schutzsuchende und die Notwendigkeit, Verfahren
298 nach völkerrechtlichen Standards fair, zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt. Ein
299 Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen, Schutz
300 gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten. Ein
301 Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das
302 Asylsuchenden ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Unterbringung garantiert und
303 seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa, das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft.
304 Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer beendet.

305 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auf dieser Grundlage setzen wir uns für einen
306 gemeinsamen Aufbruch einer humanitären Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen ein, die
307 zusammen die Ärmel hochkrempeln und sich solidarisch an der Aufnahme von Geflüchteten
308 beteiligen wollen.

309 *Gemeinsames Europäisches Einwanderungsrecht für legale (Arbeits-)Migration*

310 Bis heute sind Europäer*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie
311 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele Menschen quasi unmöglich. Da
312 bislang nur ein europäisches System der Arbeitsmigration für Hochqualifizierte besteht,
313 gehen jedoch auch potentielle Migrant*innen den Weg über das Asylsystem und scheitern.
314 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels
315 und demographischen Wandels auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland. Mit dem UN-
316 Migrationspakt (Global Compact for Migration) haben die Mitgliedstaaten der Vereinten

317 Nationen ein sehr umfassendes Rahmenwerk für sichere und geordnete Migration erarbeitet. Auf
318 dieser Grundlage soll ein europäisches Einwanderungsrecht mit gemeinsamen Rahmenregelungen
319 dabei helfen, gleiche Standards in Europa für die sichere und legale Einwanderung von
320 Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren. Denn auch
321 die internationale und europäische Arbeitsmigration muss im Einklang mit den Menschenrechten
322 stehen. Bei der Ausgestaltung der Regelungen geht es uns darum, die vielfältigen Chancen der
323 Migration für Migrant*innen, Ursprungs- und Empfängerländer zu nutzen.

324 *Legale Fluchtwege schaffen*

325 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die
326 angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs
327 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen schaffen. Wir wollen, dass Menschen
328 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege über Kriegsgebiete, Wüsten und Meere nach Europa
329 auf sich nehmen müssen. Kooperationen der EU und deren Mitgliedstaaten mit Drittstaaten
330 müssen stets nach der Maßgabe erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte sowie Europäische
331 Standards eingehalten werden. Daher dürfen die katastrophalen humanitären Zustände in Libyen
332 und anderen Staaten nicht länger ignoriert werden. Die Kooperation mit der libyschen
333 Küstenwache muss ein Ende haben.

334 Die EU-Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive sowie
335 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des politischen
336 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dazu wollen wir – neben der
337 Familienzusammenführung und humanitären Visa – großzügige und verlässliche
338 Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten
339 Nationen (UNHCR) ermöglichen. Die EU-Länder müssen ihren Anteil an den jährlichen, vom UNHCR
340 ermittelten Resettlement-Bedarfe entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das
341 individuelle Asylrecht wird dadurch nicht angetastet. Zugleich nehmen wir unsere humanitäre
342 Verantwortung gegenüber besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus
343 UN-Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei.

344 *Ausbeutung von Migrant*innen und Geflüchteten verhindern*

345 Zahlreiche Migrant*innen und Geflüchtete werden in der europäischen Landwirtschaft, der
346 Gastronomie und dem Baugewerbe ausgebeutet. Große Supermarktketten – gerade auch aus
347 Deutschland – verkaufen Obst und Gemüse, das unter ausbeuterischen Bedingungen in Europa
348 angebaut wird. Arbeitsschutzbedingungen werden systematisch verletzt und Löhne weit
349 unterhalb der gesetzlichen Bestimmungen gezahlt. Diese Form der modernen Sklaverei gehört
350 beendet. Die EU-Richtlinie zu Sanktionen gegen Arbeitgeber*innen muss konsequent angewendet
351 und gegebenenfalls verschärft werden. Wir wollen Beschwerdestellen einrichten, an die sich
352 Whistleblower*innen und Opfer von Ausbeutung, auch anonym, wenden können. Auch für
353 Geflüchtete gelten im digitalen Zeitalter Datenschutz, das Recht auf die Integrität
354 informationstechnischer Systeme sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

355 *Kinder vor Gewalt schützen*

356 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder
357 politischer Verfolgung. Das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in Europa, aber
358 auch die Beschränkungen beim Familiennachzug führen dazu, dass Kinder sich allein auf den
359 Weg machen und dabei kriminellen Strukturen schutzlos ausgesetzt sind. Die Mitgliedsstaaten
360 und die EU müssen dem Kindeswohl oberste Priorität einräumen. Kinder müssen angemessen
361 untergebracht und versorgt werden. Inhaftierungen oder ein Leben in Lagern sind auch in
362 Ausnahmefällen nicht zu tolerieren. Für die Kinder und Jugendlichen in den Hotspots an den
363 europäischen Außengrenzen braucht es ein sofortiges europäisches Umverteilungsprogramm.

364 *Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer*

365 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine unerträgliche
366 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken. Sogar in der EU wird
367 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert. Zivilgesellschaftliche
368 Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort einspringen, wo die europäischen
369 Staaten versagen oder ihre Schutzpflicht sogar wissentlich verweigern, dürfen nicht
370 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben, dafür
371 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht. Die
372 Seenotretter*innen haben unsere volle Solidarität und Unterstützung. Das entlässt die EU und
373 die Mitgliedsstaaten nicht aus ihrer humanitären Pflicht, endlich ein europäisch
374 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen.

375 Wir stellen uns an die Seite der vielen NGOs und Ehrenamtlichen in Europa, die jeden Tag
376 Menschenleben retten und auch an Land in den Hotspots und anderen Aufnahmeeinrichtungen
377 dafür sorgen, dass Geflüchtete versorgt, beraten und begleitet werden. Die Kriminalisierung
378 von Zivilcourage und humanitärem Engagement muss beendet werden.

379 *Grenzkontrollen und Erstunterbringung human organisieren, EU-Asylbehörde ausbauen*

380 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im Inneren
381 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Das dient auch dem sicheren Zugang zu
382 einer guten Erstversorgung sowie zu einem fairen, nach völkerrechtlichen Standards
383 ausgerichteten Asylverfahren in Europa. Denn zentraler Bestandteil einer
384 menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und Migrationspolitik ist, dass
385 Asylsuchende an den Außengrenzen in Europa zuverlässig registriert und erstversorgt sowie
386 ihre Daten abgeglichen werden. Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen
387 kontrollieren und gemeinschaftlich vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die
388 Vermengung dieser wichtigen grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und
389 Flüchtlingsaufnahme ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische
390 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten. Grenzschutz
391 darf nicht bedeuten, dass niemand mehr rein kommt.

392 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der
393 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, und keine einseitige
394 Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde in ihren Befugnissen so
395 erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine schnelle
396 Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die
397 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen europäischen
398 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

399 Essentiell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle
400 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer umfassenden
401 Erstversorgung und Registrierung die Menschen in die anderen EU-Staaten verteilt werden
402 können. Dabei muss stets die Einhaltung menschenrechtlicher Standards kontrolliert werden.
403 Geflüchtete Frauen, Kinder, LSBTIQ* und Menschen mit Behinderung müssen umfassend vor Gewalt
404 geschützt und ihre spezifischen Belange berücksichtigt werden. Die Aufnahme an den
405 Außengrenzen darf für Geflüchtete nicht zur Sackgasse in Massenlagern werden. Zustände wie
406 z.B. in dem Hotspot auf Lesbos sind mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen
407 dringend beendet werden, indem Menschen aus diesen Lagern in EU-Staaten aufgenommen werden.

408 Abgesperrte Massenlager in der EU, Transitzonen und europäische Außenlager in Drittstaaten
409 lehnen wir ebenso ab, wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten
410 zurückgeschickt werden. Sie treten die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen,
411 schaffen zusätzliches Leid und stärken autokratische Regime. Die finanzielle Unterstützung
412 von repressiven Regimen entlang der Fluchtrouten lehnen wir entschieden ab. Die EU muss den

413 UNHCR besser und kontinuierlich dabei unterstützen, eine menschenwürdige Situation in ihren
414 Lagern herzustellen.

415 Die Einstufung von Staaten zu sicheren Dritt- oder Herkunftsländern ist aus unserer Sicht
416 das falsche Instrument. Es beschleunigt zudem keine Verfahren. Wir halten das Prinzip für
417 falsch. Um Verfahren zu beschleunigen, braucht es Personal und Priorisierungen.
418 Rückführungen scheitern an fehlenden Rückführungsabkommen.

419 Dem Umbau des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von
420 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.

421 *Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilmechanismus*
422 *voranbringen*

423 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten beitragen. Das
424 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta und
425 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht. Eine Reform
426 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb
427 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die Ministerinnen und
428 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich den Weg
429 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle EU-
430 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen können,
431 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und abgestimmten
432 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen möchten, fordern
433 wir Direkthilfen der EU.

434 Viele europäische Kommunen haben als Reaktion auf die Schließung von Häfen für aus Seenot
435 Gerettete Solidarität gezeigt und die Aufnahme der Menschen angeboten. Wir wollen, dass die
436 EU diese Solidarität unterstützt und Projekte im Rahmen der „Solidarity Cities“ finanziell
437 verstärkt fördert.

438 Auch wenn längst nicht mehr so viele Menschen zu uns kommen wie zuvor sind viele regionale
439 und kommunale Behörden mit einer Fülle von konkreten Herausforderungen konfrontiert:
440 Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung. Dies spiegelt sich
441 bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im Rahmen des Asyl-,
442 Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte daher
443 Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten direkt mit einem
444 kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Wir wollen die Kommunen finanziell und rechtlich
445 in die Lage versetzen und sie ermuntern, sich an Resettlement- und europäischen
446 Umverteilungsprogrammen zu beteiligen und Flüchtlinge auch in eigener Verantwortung
447 aufzunehmen. Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein, die nicht
448 unter dem Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen. Die Regelungen der
449 Aufnahmerichtlinie zur medizinischen Versorgung schutzbedürftiger Gruppen muss konsequent
450 umgesetzt werden. Das umfasst die Gewährleistung und den Zugang zur erforderlichen
451 medizinischen Versorgung vor Ort.

452 *Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen*

453 Jeder Mensch auf der Flucht hat den Anspruch auf ein faires Asylverfahren, auch wenn dieses
454 nicht für alle zu einer Aufenthaltserlaubnis führt. Nicht alle, die kommen, können bleiben.
455 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen keine anderen Gründe gegen eine
456 Rückkehr sprechen, müssen zurückgeführt werden, aber Abschiebungen sind immer mit
457 menschlichen Härten verbunden und in der Regel nicht freiwillig. Dieses im Verfahren zu
458 berücksichtigen und menschliche Härten bei Rückführungen so weit wie möglich zu vermeiden,
459 ist oberste Aufgabe einer verantwortlichen Asylpolitik. Freiwillige Rückkehr hat dabei immer
460 Vorrang. Daneben setzen wir europaweit auf ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung.

461 Auch eine angemessene Unterstützung für die Zeit nach der Rückkehr ist dabei wesentlich. Es
462 muss außerdem sichergestellt sein, dass für diejenigen, die abgeschoben werden sollen, kein
463 Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention oder eine erhebliche Gefahr für Leib,
464 Leben und Freiheit drohen. Der Abschluss von Rückführungsabkommen muss künftig
465 menschenrechtsbasierten Grundsätzen folgen und darf nicht mehr nur den innenpolitischen
466 Interessen der EU Mitgliedsstaaten dienen. Der einseitige Fokus auf Grenzpolitik und das
467 Knüpfen von Entwicklungshilfe an Bedingungen sind der falsche Weg und führen nicht dazu,
468 dass die Ursachen von Flucht behoben werden.

469 Abkommen mit Staaten, die eine fragwürdige Menschenrechtsbilanz aufweisen, sollten vor allem
470 dem Interesse dienen, Rechtsstaatlichkeit aufzubauen und Zivilgesellschaft vor Ort zu
471 stärken. Beim Abschluss von Rückführungsabkommen wollen wir denjenigen Ländern im Gegenzug
472 Unterstützung anbieten, die ihre Staatsbürger*innen schnell und unbürokratisch wieder
473 aufnehmen und ihnen Perspektiven sowie ein Leben in Sicherheit garantieren. Dieser Weg ist
474 erfolgreicher, als darauf zu bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen
475 Staatsbürger*innen auch sogenannte Drittstaatler*innen zurücknehmen, also Menschen, die auf
476 ihrem Weg das Land lediglich durchquert haben.

477 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Menschen, die bereits in
478 Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines sogenannten Spurwechsels
479 ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben können.

480 *Fluchtursachen anpacken – Globale Gerechtigkeit verwirklichen*

481 Wir stehen für eine Politik, die globale Gerechtigkeit zum Ziel hat. Diese Überzeugung
482 leitet uns bei unseren politischen Entscheidungen. Deshalb ist die beste Flüchtlingspolitik
483 für uns diejenige, die vorausschauend dazu beiträgt, dass weniger Menschen auf der Welt
484 gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Wir in Europa wollen dazu mehr beitragen, auch
485 wenn viele Ursachen der Flucht nicht in unseren Händen liegen. Denn oft stehen zum Beispiel
486 korrupte und rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern im
487 Weg. Und viele Menschen fliehen, weil ihnen grundlegende Freiheitsrechte fehlen. Doch es
488 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben
489 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

490 Deshalb darf europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik
491 nicht nur an ihrem Nutzen für unsere Gesellschaften gemessen werden und auch nicht länger
492 Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit konterkarieren.
493 Wir stehen für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist und
494 Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der Wirtschaft in
495 den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen den
496 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die globale Energiewende sowie
497 die ärmsten Staaten beim Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Wir treten
498 für eine ökologische Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem
499 gehören europäische Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie
500 Rüstungs- und Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete und die Ausfuhr europäischer
501 Überwachungstechnologie an Diktaturen. Das internationale Versprechen, 0,7 Prozent der
502 Wirtschaftsleistung in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten für Entwicklungszusammenarbeit zu
503 verwenden, wollen wir zuverlässig einhalten. Dauerhafter Frieden, Freiheit vor Verfolgung
504 und nachhaltige Entwicklung in den Ländern des globalen Südens beginnen so auch bei uns.

505 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 506 • ein europäisches Einwanderungsrecht, das legale Migration ermöglicht,
- 507 • die Stärkung der Rechte und Interessen der (Arbeits-)Migrant*innen und ihren Schutz vor
- 508 Ausbeutung,

- 509 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,
510 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen
511 Verteilungsmechanismus,
512 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

513 **3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen**

514 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche
515 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung ist lange
516 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu
517 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

518 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die
519 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfen.
520 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an
521 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich antiemanzipatorische
522 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche, Sexualaufklärung und
523 Gleichberechtigung zu starten.

524 *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit*

525 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als Männer.
526 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.
527 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in der
528 Pflege oder der Kinderbetreuung. Im MINT-Bereich dagegen sind sie stark unterrepräsentiert.
529 In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in allen anderen europäischen
530 Staaten. Dadurch besteht die Gefahr, dass Frauen langfristig die mühsam errungenen
531 Verbesserungen in der Gleichstellung verlieren.

532 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die
533 Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle
534 schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der
535 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht
536 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir fordern die Hälfte
537 der Macht für Frauen, das gilt auch für die großen europäischen Firmen. Deshalb treten wir
538 für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein, die den Frauenanteil in Macht-
539 und Führungspositionen so lange erhöht, bis die Parität erreicht ist. Wir wollen
540 gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen verpflichtend
541 paritätisch besetzt werden. Mit einer starken Vereinbarkeitsrichtlinie kann Europa Familien
542 unterstützen. Für uns Grüne ist es ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitpolitik, um
543 Familien zu entlasten und einen ausgewogenen Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit sowie
544 Freizeit und ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen.

545 *Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung*

546 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper und
547 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –
548 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche massiv
549 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung,
550 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle
551 sichergestellt sein und darf insbesondere nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängig
552 sein. Deshalb wollen wir den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln stärken.

553 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur
554 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist eine große
555 Errungenschaft, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert werden kann.

556 Nachdem auch die EU die Konvention ratifiziert hat, setzen wir uns nun dafür ein, dass diese
557 wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

558 Dafür fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele vorgibt, damit
559 Frauen und Mädchen - u.a. auch in den EU-Ländern, die die Konvention noch nicht ratifiziert
560 haben - besser geschützt werden und Verletzungen sanktioniert und vor dem Europäischen
561 Gerichtshof eingeklagt werden können. Die EU sollte bestehende Förderprogramme für Hilfs-
562 und Beratungsangebote aufstocken, damit etwa Hilfsstrukturen ausreichend finanziert sind.
563 Der Einsatz gegen Gewalt an Frauen umfasst für uns auch den Kampf gegen weibliche
564 Genitalverstümmelung, sowohl inner- als auch außerhalb Europas.

565 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskraft muss
566 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts, durch
567 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Sozialrechte
568 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach in
569 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und ein
570 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich
571 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.

572 *Gleichberechtigungs-Check in Politik und Haushalt*

573 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von
574 politischem Handeln erreicht werden. Deswegen wollen wir Gender Mainstreaming konsequent
575 umsetzen. Das bedeutet, alle politischen Maßnahmen werden auf ihre Auswirkungen auf die
576 Gleichstellung der Geschlechter überprüft. Außerdem müssen Frauen gleichermaßen von
577 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen
578 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting. Um
579 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer verlässlichen
580 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechtsspezifischen
581 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss
582 dafür besser finanziert werden.

583 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 584 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- 585 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,
- 586 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

587 **3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queer*Menschen (LSBTIQ*)** 588 **stärken**

589 Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat in vielen Ländern die Lebenssituation von
590 LSBTIQ* erheblich verbessert. Die EU hat starke Impulse gesetzt für Gleichberechtigung und
591 gegen Diskriminierung. Auch in Deutschland wäre es ohne die Antidiskriminierungsrichtlinien
592 der EU nicht gelungen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durchzusetzen. Die EU-
593 Grundrechtecharta enthält ein Verbot der Diskriminierung wegen der „sexuellen Ausrichtung“.

594 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von
595 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Das von der EU formulierte Ziel, einen Raum
596 der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen, muss für alle Menschen und Gruppen
597 Wirklichkeit werden.

598 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und ungefähr der
599 Hälfte der anderen EU-Länder nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Weitere
600 Mitgliedstaaten bieten die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft. Nur in sechs

601 Mitgliedsstaaten ist noch keinerlei rechtliche Absicherung vorgesehen. Obwohl vielerorts
602 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen
603 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.
604 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie
605 Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum Gesellschaftsideal zu
606 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der Europäischen Union.
607 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen gegen ihre
608 Gleichberechtigung entgegen. Wir engagieren uns im Zuge der gemeinsamen Außenpolitik der EU
609 sowie in der Entwicklungszusammenarbeit für ihre Rechte und wollen ihnen bei Verfolgung in
610 der EU Schutz und Asyl bieten.

611 Wir wollen, dass die EU in ihrer Außen-, Handels- und Menschenrechtspolitik als Garantin der
612 Grundrechte und Grundfreiheit auftritt. Die EU-Förderung von gemeinsamen Projekten in
613 Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung mit einschließen. Auch
614 gegenüber ihren Dialogpartner*innen in aller Welt muss die EU immer betonen: Die Verfolgung
615 von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtliche Identität ist eine
616 schwere Verletzung der universellen Menschenrechte.

617 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die
618 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und
619 Queer*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität und
620 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte Angriffe
621 auf Wissenschaftler*innen, die sich mit Diskriminierung aufgrund von sexueller und
622 geschlechtlicher Identität befassen.

623 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit und das
624 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.

625 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
626 gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung
627 ihrer Rechte als ersten Schritt auf dem Weg zur Öffnung der Ehe in ganz Europa. Der
628 Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland
629 anerkanntes eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss.
630 Jetzt gilt es, diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

631 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In Ländern
632 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans*Personen eine Anpassung der
633 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu unterziehen.

634 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen
635 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann
636 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

637 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 638 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,
- 639 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften, gleichgeschlechtlicher Ehen
640 und Regenbogenfamilien,
- 641 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit,
- 642 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

643 **3.6 Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung - Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

644 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,
645 Sprachenvielfalt, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen wir
646 stärker gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen und die
647 Gleichheit vor dem Gesetz sicherstellen.

648 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben diskriminiert
649 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta verboten. Aber
650 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten
651 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU muss
652 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker voranbringen.

653 Rassismus nimmt zu. Menschen werden auch aufgrund ihrer Hautfarbe oder ethnischen
654 Zugehörigkeit im öffentlichen Raum, bei der Arbeit, in der Schule oder Kita angefeindet oder
655 gar angegriffen. Zusätzlich führen unterschwelliger Rassismus und Diskriminierungen im
656 Alltag, zum Beispiel bei der Wohnungssuche, zu einer kontinuierlichen Benachteiligung und
657 Belastung für die betroffenen Menschen. Dem stellen wir uns entschieden entgegen und
658 streiten für ein demokratisches Miteinander. Dafür braucht es gesellschaftlicher
659 Sensibilisierung für das Problem Rassismus, den Abbau bestehender Diskriminierungen und
660 effektiver Strategien, beispielsweise zur Stärkung von Betroffenen ("Empowerment").

661 Durch Antisemitismus im Alltag leben viele Jüdinnen und Juden in europäischen Ländern nicht
662 mehr sicher. Antisemitismus findet sich heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen in
663 unterschiedlichen Ausformungen, zum Beispiel an Schulen, wo es immer wieder zu psychischen
664 und körperlichen Schikanen kommt. Das ist unerträglich. Denn: „Nie wieder“ lautet das
665 Versprechen, dem sich Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der massenhaften Ermordung der
666 jüdischen Bevölkerung Europas verpflichtet hat. „Nie wieder“ muss Leitbild für Europas
667 Zukunft sein.

668 Wir stellen uns jeder Art von Antisemitismus entschlossen entgegen. Der Schutz vor
669 antisemitischen Anfeindungen und Gewalt muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein und
670 darf keinesfalls auf die Betroffenen abgeschoben werden. Kosten für die Sicherheit jüdischer
671 Einrichtungen dürfen nicht von EU-Mitgliedstaaten auf die jüdischen Gemeinden abgewälzt,
672 sondern müssen staatlich finanziert werden.

673 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000
674 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum
675 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche
676 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.

677 Rechtspopulist*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stehen an der
678 Seite der Muslim*innen, die friedlich, freundschaftlich und tolerant gegenüber anderen
679 Lebensweisen in unserer multikulturellen Gesellschaft mit uns zusammen leben. Dem Hass und
680 stereotypen Feindbildern gegen sie stellen wir uns entschieden entgegen.

681 Eine säkulare und weltanschaulich neutrale Politik, die konsequent an Menschenrechten und
682 Grundfreiheiten ausgerichtet ist, macht Europa zu einem sicheren Ort für Menschen, die
683 verschiedensten Religionen oder Weltanschauungen angehören und zugleich für alle, die keiner
684 Religion angehören wollen. Religions- und Glaubensfreiheit findet ihre Schranken, wo andere
685 in ihren Rechten und Freiheiten verletzt werden. Religiösen Fanatismus, der die offene
686 Gesellschaft und ihre Vielfalt angreift, dulden wir nicht.

687 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Anlaufstellen
688 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung dieser
689 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.

690 Demokratieinitiativen sind der Grundbaustein, der einen friedlichen Kampf gegen Rassismus,
691 Faschismus, Sexismus, Antisemitismus, Xenophobie, Homophobie, Islamophobie und
692 Sozialdarwinismus möglich macht. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in allen Ländern der EU
693 aktiv sein können und ausreichend finanzielle Mittel für ihre wichtige Arbeit zur Verfügung
694 gestellt bekommen. Nur mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement kann der Kampf
695 für ein weltoffenes und demokratisches Europa und gegen den europäischen Rechtsruck gewonnen
696 werden.

697 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden sie
698 diffamiert und diskriminiert. Antiziganistische Diskriminierung ist der Hauptgrund dafür,
699 dass Menschen mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir begrüßen,
700 dass im Rahmen des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen auf den
701 Weg gebracht wurden und die EU-Kommission im Fall von Ungarn ein
702 Vertragsverletzungsverfahren wegen anhaltender Diskriminierung von Roma im Bildungswesen
703 angestrengt hat. Auch gegen die wachsende Unterdrückung in einigen weiteren Mitgliedsstaaten
704 muss die EU-Kommission wirksam vorgehen. Die Mittel im Kampf gegen Antiziganismus müssen
705 weiter aufgestockt, die europäische Roma-Strategie vollumfänglich auch in Deutschland
706 umgesetzt und die verbindliche Anwendung der Antirassismusrichtlinie noch konsequenter
707 vorangetrieben werden.

708 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern. Hierfür
709 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle
710 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die Einbindung
711 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Es braucht insgesamt intensivere Anstrengungen, um
712 Betroffene zu empowern und zu fördern. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können wir eine
713 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein
714 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit.
715 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und aufheben.
716 Präventionsprogramme leisten wichtige Arbeit, um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
717 effektiv vorzubeugen. Daher wollen wir sie stärken und langfristig absichern.

718 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Internet und
719 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir Grüne streiten
720 dafür, dass strafbare Meinungsäußerungen schnellstmöglich nach klaren, rechtsstaatlichen
721 Kriterien überprüft, gegebenenfalls gelöscht und tatsächlich verfolgt werden. Hierfür wollen
722 wir das bereits heute im EU-Recht verankerte ‚notice-and-take-down-Verfahren‘ weiter
723 konkretisieren.

724 Rassistische und nationalistische Akteur*innen vernetzen sich derzeit massiv.
725 Menschenfeindliche Denkmuster verbreiten sich rasant. Beides geschieht europaweit. Um diese
726 Netzwerke und Vorgänge analysieren und effektive Strategien zur Bekämpfung konzipieren zu
727 können, unterstützen wir die europaweite Forschung von Demokratie- und
728 Zivilgesellschaftsinstituten und bauen ihre Förderung aus.

729 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 730 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen Menschen, die
731 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
- 732 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie
733 einen erleichterten Zugang zu diesen Mitteln für Förderung und Empowerment
- 734 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
- 735 • eine wirksame europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung von Hasskommentaren im
736 Internet auch gegenüber internationalen Konzernen.

737 **3.7 In und mit Europa Inklusion und barrierefreie Teilhabe verwirklichen und Menschenrechte**
738 **durchsetzen!**

739 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und gleichberechtigt leben
740 können.

741 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) auch für
742 die EU-Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung müssen in
743 allen Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in
744 ihrer Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen
745 Leben haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen
746 selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird.
747 Dafür müssen Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte und
748 eigenständige Lebensführung muss sichergestellt werden. Es darf kein Mensch gezwungen werden
749 in einer stationären Einrichtung leben zu müssen. (Art.19 UN-BRK). Wir brauchen endlich
750 einen „European Accessibility Act“, der auch private Anbieter von Waren und Dienstleistungen
751 zum Abbau von Barrieren verpflichtet.

752 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von Waren
753 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien
754 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und
755 Veranstaltungen für Alle zugänglich und nutzbar sind. Dies gilt explizit auch für Webseiten,
756 Apps und sonstige digitale Angebote, soweit dies möglich ist. Hierzu ist es unumgänglich,
757 auch für die Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

758 Der Fortschrittsbericht der europäischen Kommission kommt ungeachtet aller politischen
759 Reformen zu dem Schluss, dass nicht alle von der EU und deren Mitgliedsstaaten ergriffenen
760 Maßnahmen den menschenrechtsbezogenen Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention verfolgen.
761 Wir GRÜNEN werden uns daher mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Menschenrechte von
762 Menschen mit Behinderung sichergestellt und die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention
763 in allen EU-Mitgliedsstaaten voll umgesetzt werden. Hierzu gehört auch, dass der
764 Wahlrechtsausschluss von Menschen unter ständiger gesetzlicher Betreuung aufgehoben wird.

765 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt, denn sie
766 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. Wir halten es für
767 dringend geboten, das flickwerkartige System der Gleichbehandlungsrichtlinien und -
768 verordnungen zu vervollständigen und ein umfassendes Diskriminierungsverbot nicht nur
769 aufgrund von Behinderung, sondern auch Religion oder der Weltanschauung, des Alters oder der
770 sexuellen Ausrichtung außerhalb des Arbeitsmarktes. International anerkannte Menschenrechte
771 würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-Konvention über die Rechte von
772 Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt, wie zum Beispiel
773 das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und das Recht auf selbstbestimmtes
774 Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch die deutsche Bundesregierung
775 blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die Blockade und für den effektiven Schutz gegen
776 Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

777 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für sich nutzen
778 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern. Auch
779 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein in
780 Deutschland 81.000 Menschen.

781 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 782 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,
- 783 • Inklusion, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit,

- 784 • das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

785 **3.8. Europas Verbraucher*innen stärken**

786 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher*innen effektiv geschützt
787 werden, auch grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich Waren,
788 Kapital, Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in
789 Europa vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen,
790 was sie konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend machen
791 können.

792 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die
793 Datenschutzgrundverordnung, die Abschaffung der Roaming-Gebühren, das Verbot von
794 Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das „Bankkonto für alle“ und ein
795 Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind nur einige wenige Beispiele.

796 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die Abgasmanipulationen an VW-
797 Dieselaautos bekannt – welche Ansprüche die Kund*innen geltend machen können, ist aber noch
798 immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher*innen Aufwand und Risiko
799 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer
800 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit kollektiven
801 Rechtsschutzes, bei dem Geschädigte wahlweise als Gruppe gemeinsam oder mit Hilfe von
802 Verbänden klagen können, muss daher europaweit eingeführt werden

803 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der
804 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv. Häufig
805 werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter angeboten.
806 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland seinen
807 Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen. Stattdessen
808 brauchen Fahrgäste ein anbieterunabhängiges System, mit dem sich ein Ticket für alle
809 Verkehrsträger für die gesamte EU – aus dem portugiesischen Dorf bis an die kroatische Küste
810 oder aus Süditalien nach Lappland, egal ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das Interrailticket, das
811 wir allen Auszubildenden und Studierenden ein Jahr lang zur Verfügung stellen wollen, ist
812 erst der Anfang und soll perspektivisch ergänzt werden durch attraktive Angebote, die sich
813 jede*r leisten kann. Neue Serviceangebote wollen wir durch die Bereitstellung offener Daten
814 (Open Data) befördern.

815 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von Lebensmitteln.
816 Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich machen. Es
817 muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für Transfettsäuren
818 wollen wir einen gesetzlichen Grenzwert einführen. Für sämtliche, auch verarbeitete
819 Tierprodukte wollen wir eine EU-weite, verbindliche und umfassende Haltungskennzeichnung
820 einführen, damit Verbraucher*innen schnell erkennen können, wie ein Tier gehalten wurde.
821 Bereits die Einstiegsstufe soll so ausgestaltet sein, dass die Tiere ein Leben frei von Leid
822 führen können. Die Kennzeichnung soll ein echter Anreiz für eine bessere Tierhaltung sein -
823 und gleichzeitig dafür sorgen, dass Bäuer*innen angemessen entlohnt werden. Wenn tierische
824 Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Herstellung verwendet werden, muss das
825 angegeben werden.

826 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Zu oft werden schlechte
827 Produkte an Verbraucher*innen vertrieben, in der Regel spielen dabei hohe Provisionen eine
828 große Rolle. Das wollen wir ändern. Deshalb wollen wir schrittweise eine komplette Abkehr
829 von Provisionen hin zu einer qualitativ hochwertigen Beratung auf Honorarbasis für alle.
830 Beratung muss individuell angepasst sein und den Anleger*innen stets den Weg zu guten
831 Finanzprodukten weisen.

832 *Digitale Verbraucherrechte stärken*

833 Datenschutz schützt nicht nur Daten, sondern vor allem unsere Privatsphäre und unsere
834 Menschenwürde. Datenschutz ist auch Verbraucherschutz. Vor allem unsere persönlichen
835 Vorlieben und Interessen gehen niemanden etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein
836 zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade in Zeiten der Digitalisierung, der
837 Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu herausgefordert.

838 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche
839 personenbeziehbare Daten im Internet preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das
840 sollen die Betroffenen selbstbestimmt entscheiden können- und nicht Internet-Giganten wie
841 Google oder Facebook.

842 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) hat
843 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die
844 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als
845 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben. Ihre
846 Umsetzung in der Praxis werden wir genau beobachten, wo nötig konkretisieren und weiter
847 verbessern. Auch die zur Realisierung einer europaweit einheitlichen Aufsicht geschaffenen
848 Strukturen wollen wir evaluieren und stärken.

849 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen
850 Kommunikation unter anderem, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder
851 Sprachassistenten-Systeme wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus gemäß der Grundsätze „Privacy
852 by design“ und „Privacy by default“ den bestmöglichen Privatsphären-Schutz garantieren.
853 Zusätzlich erfordern es Wettbewerb und moderner Verbraucherschutz, dass die Grundsätze der
854 Interoperabilität wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen, auch bei online-gestützten Angeboten
855 gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich ist, muss zum Beispiel auch
856 bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet werden, nämlich unkompliziert
857 zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und wechseln zu können.

858 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit
859 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Damit unsere Grundrechte wirklich
860 geschützt werden, brauchen wir die bestmöglichen Datenschutzeinstellungen und
861 Aufsichtsbehörden, die über die personellen und finanziellen Mittel verfügen, die
862 rechtlichen Vorgaben tatsächlich durchzusetzen. Wir dringen darauf, dass die derzeit in
863 Verhandlung befindliche e-Privacy-Verordnung weder weiter verzögert noch verwässert wird.

864 Datenschutz und IT-Sicherheit sind für uns konstituierend. Deswegen setzen wir uns für
865 verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer elektronischen Kommunikation
866 ein. Hintertüren und Sicherheitslücken sind ein strukturelles Risiko für unsere IT-
867 Sicherheit. . Deswegen dürfen staatliche Akteure Sicherheitslücken nicht ankaufen
868 beziehungsweise mit ihnen heheln. Stattdessen bedarf es der Pflicht, solche Lücken umgehend
869 zu melden, und sie schnellstmöglich zu schließen.

870 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren Alltag: So
871 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die
872 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese Geräte nicht
873 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die
874 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

875 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten.
876 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und
877 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei
878 vernetzten Geräten.

879 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine
880 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann und die
881 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei
882 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller von
883 Software müssen haften, wenn sie regelmäßige Sicherheitsupdates nicht bereitstellen und
884 bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

885 Bei dem Einsatz von Algorithmen muss gewährleistet werden, dass die Entscheidungen für die
886 Verbraucher*innen überprüfbar, transparent und diskriminierungsfrei erfolgen. Je sensibler
887 und teilhaberelevanter die Anwendungsfelder, desto mehr Kontrolle durch staatliche Behörden
888 ist notwendig. In Bereichen, die den Kern der persönlichen Grundrechte, unseres
889 Rechtsstaates oder seiner Solidarsysteme berühren, lehnen wir den bislang unregulierten
890 Einsatz ab. Hier bedarf es europaweit geltender, verbindlicher Vorgaben.

891 Die illegitime Einflussnahme auf demokratische Willensbildungsprozesse ist heute ein sehr
892 ernstzunehmendes Problem. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet und
893 sogenanntes Microtargeting streng reguliert werden. Das umfasst unter anderem klare Vorgaben
894 bezüglich eingesetzter Höchstbeträge und die Offenlegung und transparente Kennzeichnung von
895 Werbung und parteipolitischer Information. Für den Empfänger muss jederzeit ersichtlich
896 sein, auf welcher Grundlage er welche Werbung erhält. Demokratische Diskurse, politische
897 Willensbildungsprozesse und Wahlen müssen effektiv geschützt werden. Missbräuchlich
898 eingesetzte "social bots" können gezielt Desinformationen massenhaft verbreiten und Relevanz
899 vortäuschen. Bei der notwendigen Bekämpfung wollen wir auch die Betreiber digitaler
900 Plattformen in die Pflicht nehmen: Der Einsatz von bots muss klar erkennbar sein. Auch hier
901 bedarf es einer europaweit geltenden, verbindlichen Regelung.

902 *Produkte nachhaltiger und sicherer machen*

903 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder
904 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu
905 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir wegen der
906 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika
907 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt.
908 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“ muss so
909 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

910 Spätestens seit dem Unglück in der Textilfabrik Rana Plaza 2013 hat bei vielen Menschen ein
911 Umdenken stattgefunden: Die Nachfrage nach fairer Kleidung steigt kontinuierlich. Wir
912 wollen, dass faire Mode Standard wird. Daher setzen wir uns für eine europäische
913 Transparenzrichtlinie ein, die die gesamte Herstellungs- und Lieferkette der Textilindustrie
914 umfasst und die Einhaltung konkreter Sorgfaltspflichten auf allen Stufen garantiert.

915 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis,
916 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige
917 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Deswegen wollen wir ein europäisches
918 „Recht auf Reparatur“ schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig
919 Ersatzteile anzubieten sowie Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern eine
920 verbindliche europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von
921 Produkten. Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling
922 sicherstellt.

923 Für Soft- und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange (Sicherheits-)Updates durch
924 die Hersteller zur Verfügung gestellt werden. Zudem brauchen wir klare Anforderungen an die
925 Lebensdauer und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen und -modellen. Die europäischen
926 Regelungen für die Gewährleistung wollen wir an die Lebensdauer von Produkten anpassen und

927 auch auf kommerzielle Software ausweiten. Gleichzeitig wollen wir Open-Hardware- und Open-
928 Source-Software-Produkte besonders fördern, da diese auch nach Ende der
929 Herstellerunterstützung noch weitergenutzt werden können.

930 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht passt. Für
931 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen einheitlichen und
932 verbindlichen europäischen Standard geben.

933 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 934 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten von
935 Anfang an,
- 936 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer
937 Kommunikation,
- 938 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer Produkte,
- 939 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

940 **3.9 Kriminalität und Terror bekämpfen, Freiheit sichern**

941 Schlagbäume schaffen kein Mehr an Sicherheit. Zur Verteidigung unserer Freiheit und gegen
942 Kriminalität und Terror brauchen wir eine stärkere europäische Kooperation der
943 Sicherheitsbehörden. Zahlreiche Straftaten wie Wohnungseinbruchdiebstahl, Taschendiebstähle
944 oder Betrugsdelikte erfolgen grenzübergreifend. Dementsprechend muss die Polizei auch
945 grenzübergreifend agieren. Auch islamistisch und rechtsextrem motivierter Terrorismus agiert
946 grenzüberschreitend. Dem stellen wir uns zur Verteidigung unserer Freiheit und zum Schutz
947 der Bürger*innen entschlossen entgegen. Hierfür setzen wir auf wirksame Prävention und
948 effektive Strafverfolgung. Das gilt insbesondere für den EU-weiten Datenaustausch und die
949 Pflege von Datenbanken. Bei allen Maßnahmen haben für uns rechtsstaatliche Standards wie
950 Rechtsklarheit, der Bestimmtheitsgrundsatz und das Verhältnismäßigkeitsprinzip höchste
951 Priorität. Das heißt, anders als die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere
952 Sicherheitskräfte anlasslos jede Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik effektive
953 Abgleiche verhindert. Wir wollen eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine maßlose
954 Politik immer weiter reichender Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere Freiheit und
955 sorgt nicht für mehr Sicherheit.

956 *Europäisches Kriminalamt schaffen*

957 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch beeinträchtigt werden, dass die Polizeibehörden der
958 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von Verdächtigen an den
959 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen
960 Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die derzeit weitgehend befugnisfreie europäische
961 Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts
962 mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige
963 Ermittlungsmöglichkeiten und -befugnisse, um in relevanten Fällen grenzüberschreitender
964 Kriminalität selbst einschreiten zu können. Sie muss ebenso effektiv wie rechtsstaatlich
965 gegen Terrorismusverdächtige, Mafiaorganisationen, Menschenhandel, aber auch
966 länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und die gewaltbereite rechte Szene vorgehen.
967 Dafür braucht sie ausreichend Ressourcen und Personal. Kurzfristig wollen wir im Rahmen des
968 bestehenden Rechts Europol durch multinationale Ermittlungsgruppen (Joint Investigation
969 Teams) stärken.

970 *Europaweite Vernetzung der Polizei*

971 Während andere Parteien reflexartig neue Eingriffsbefugnisse, Überwachungsgesetze und
972 Grundrechtseingriffe fordern, wollen wir die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-
973 Staaten verbessern. Dazu wollen wir ein europaweites Austauschprogramm für Polizist*innen
974 ins Leben rufen. Die Zusammenarbeit von Polizist*innen in länderübergreifenden
975 Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln aus dem EU-Haushalt fördern. Denn wer
976 gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift schneller zum Telefon, um seine Kolleginnen
977 und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu informieren oder um Rat zu fragen. Dabei ist uns
978 wichtig, dass diese Vernetzung höchsten datenschutz-, bürgerrechtlichen und
979 rechtsstaatlichen Standards entspricht. Daher lehnen wir auch eine Weitergabe von sensiblen,
980 personenbezogenen Daten an solche Staaten ab, die diese nicht einhalten. Unter dieser
981 Bedingung kann auch das bestehende Europol-Informationssystem (EIS) weiter ausgebaut
982 werden, so dass ein Abgleich der nationalen Polizeidatenbanken mit den Europol-Systemen
983 möglich wird und Ermittler so vor Ort schneller feststellen können, ob Straftäter
984 grenzüberschreitend agieren und die polizeiliche Rechtshilfe weiter optimiert wird.

985 *Geheimdienste einhegen und scharf kontrollieren*

986
987 Die Veröffentlichungen von Edward Snowden haben ein System der globalen anlasslosen
988 Massenüberwachung offenbart, die europäischen Grundrechten diametral entgegenlaufen.
989 Deswegen setzen wir Grüne uns für eine scharfe parlamentarische Kontrolle, klare
990 Rechtsgrundlagen, die Einhaltung des Trennungsgrundsatzes und eine europaweite Begrenzung
991 nachrichtendienstlicher Befugnisse ein.

992 *Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen*

993 Der künftigen Europäischen Staatsanwaltschaft stehen wir positiv gegenüber. Sie kann
994 perspektivisch als zentrale Ermittlungs- und Anklagebehörde eine entscheidende Rolle auch
995 bei der Strafverfolgung von grenzüberschreitendem Terrorismus und organisierter Kriminalität
996 einnehmen und sollte nicht auf die Verfolgung von Betrug zu Lasten der EU beschränkt
997 bleiben. Noch nehmen aber nicht alle Mitgliedsstaaten an der Europäischen Staatsanwaltschaft
998 teil. Dies ist nicht ausreichend. Wir werben dafür, dass alle Mitgliedsstaaten mitwirken und
999 wollen, dass ein künftiges Europäisches Kriminalamt im Auftrag der Europäischen
1000 Staatsanwaltschaft die Ermittlungen durchführt. Rechtsstaatlichkeit und Opferschutz sowie
1001 Grundrechte, Beschuldigten- und Verteidigerrechte müssen ohne Absenkung des Schutzniveaus
1002 gewährleistet sein, auch bei grenzüberschreitender Herausgabe- und Speicheranordnung für
1003 elektronische Beweismittel in Strafsachen (E-Evidence).

1004 *Organisierte Kriminalität bekämpfen - Terrorismusnetzwerke aufdecken*

1005 Um die Finanzierungsquellen von Netzwerken im Bereich der organisierten Kriminalität und des
1006 Terrorismus auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den Kampf gegen
1007 Geldwäsche schaffen. Wir wollen, dass Banken nur bei konkreten Verdachtsfällen und unter
1008 höchsten rechtsstaatlichen Standards verdächtige Kontobewegungen direkt auch an die
1009 europäische Stelle melden.

1010 Rechtswidrige, gewaltverherrlichende Propaganda und terroristische Online-Inhalte müssen
1011 nicht nur nach transparenten rechtsstaatlichen Kriterien schnellstmöglich gelöscht, sondern
1012 auch von den nationalen Strafverfolgungsbehörden konsequent verfolgt werden. Hierfür bedarf
1013 es einer zuverlässigen Kooperation der Plattformen mit den Strafverfolgungsbehörden.

1014 *Prävention stärken und Waffenrecht verschärfen*

1015 Wir wollen Radikalisierung und Kriminalität von Anfang an verhindern und
1016 Präventionsprogramme europaweit ausbauen. Insbesondere Programme zur Deradikalisierung und
1017 für Aussteiger*innen aus der islamistischen und gewaltbereiten rechten Szene wollen wir
1018 etablieren und stärken. Um schwere Straftaten wie etwa Amoktaten zu verhindern, muss der

1019 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale
1020 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen Waffen müssen
1021 lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer*innen regelmäßig
1022 geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame
1023 Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

1024 Angesichts der Zunahme rassistisch motivierter Gewalttaten und der Ausbreitung rechten
1025 Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr gestärkt werden. Während
1026 demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und ihre Kräfte bündeln,
1027 verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

1028 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den internationalen
1029 Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme auf EU-
1030 Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und
1031 lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

1032 *Datenschutz sicherstellen*

1033 Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in Berlin,
1034 fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und
1035 Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos registriert
1036 werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist*innen oder Geschäftsreisende handelt.
1037 Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue befinden sich im
1038 Aufbau.

1039 Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht mit
1040 unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige behandelt
1041 werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und fortlaufend
1042 einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose
1043 Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal vom
1044 Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen Anlauf zur
1045 europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir kämpfen
1046 weiterhin mit aller Vehemenz gegen alle Formen von anlasslosen Vorratsdatenspeicherungen.

1047 Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung und
1048 Verfolgung von terroristischen und anderen Gewaltbereiten fehlt. Während die EU-Staaten
1049 Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische
1050 Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro für
1051 Ermittlungsteams. Viel zu oft enden deshalb Ermittlungen an nationalstaatlichen Grenzen.

1052 Gleichzeitig werden bestehende Datenbanken, in denen Personen erfasst sind, wie zum Beispiel
1053 im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit nicht richtig genutzt, weil es an
1054 Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten mangelt. Hier gibt es dringenden
1055 Änderungsbedarf. Bei der notwendigen Effektivierung des Informationsaustauschs und der
1056 Zusammenlegung von Datenbanken müssen höchste datenschutzrechtliche Standards beachtet
1057 werden.

1058 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1059 • eine effektive wie rechtsstaatliche europäische Sicherheitsarchitektur, die Freiheit
1060 schützt und Sicherheit garantiert,
- 1061 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams und zusätzliche Kompetenzen
1062 für die Europäische Staatsanwaltschaft,
- 1063 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,

- 1064 • eine konsequente Präventionsarbeit und eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu
1065 gefährlichen Waffen,
- 1066 • die Wahrung und den Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten der Bürger*innen Europas .

EP-S-01 Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident verletzt die
2 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung im
3 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt
4 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des Nahen
5 Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region nicht
6 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft im
7 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-Partner
8 feindlich gegenüberstehen.

9 Und die USA, ehemaliger außenpolitischer Garant jener Regeln, die seit dem Ende des Zweiten
10 Weltkriegs einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als
11 berechenbarer Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Die US-Regierung steigt aus dem
12 Klimaabkommen aus, kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und verachtet
13 die internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie
14 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich Europa sicher verlassen konnte, gelten so
15 nicht mehr.

16 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar haben sich
17 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern kann
18 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist das eben
19 nur die Hälfte und weltweit leiden weiter 815 Millionen Menschen an chronischem Hunger. Das
20 reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr
21 als die übrigen 99 % der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht
22 nur immer mehr Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder überschwemmten
23 Böden nicht mehr leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die
24 Auswirkungen der Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte Regierungsführung
25 verschärfen.

26 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als
27 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen
28 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der Außenpolitik
29 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen.

30 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich Europa
31 stellt, ist die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann wird
32 Europa, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die Pflöcke entlang von
33 Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als Grüne die zentrale
34 Aufgabe der nächsten Jahre.

35 **4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern**

36 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
37 Menschenrechte verteidigt und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur

38 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und
39 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

40 Die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in vielen
41 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wird dort
42 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.
43 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen Staaten
44 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern auch
45 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Rumänien und Österreich, in denen
46 Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien und
47 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden.

48 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der Einschränkung
49 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der Europarat und
50 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegentreten. Das kann für die EU nur
51 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Die EU
52 sollte die internationale Vernetzung und den Austausch von zivilgesellschaftlichen
53 Organisationen fördern und unterstützen. Es ist auch ein wichtiges Signal an
54 Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, dass sie mit ihrem Engagement nicht
55 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von
56 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt gemacht
57 werden. Dafür ist es auch notwendig, das europäische Instrument für Demokratie und
58 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin den
59 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation von Menschenrechtsverteidigern
60 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und außerhalb
61 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für Menschenrechte und
62 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

63 Menschenrechte müssen auch für die EU-Handelspolitik maßgeblich sein. Die Art und Weise, wie
64 wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu ausbeuterischen
65 Arbeitsbedingungen, rücksichtslosem Ressourcenabbau und Stärkung autoritärer Regime. Damit
66 die EU zur Förderin von nachhaltiger Entwicklung und der Stärkung sozialer und ökologischer
67 Standards im Welthandel wird, bedarf es beherzter Schritte.

68 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür haftbar
69 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an
70 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter machen, so
71 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU
72 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung
73 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen eine
74 konsequente Umsetzung der Leitlinien der Vereinten Nationen zu Wirtschafts- und
75 Menschenrechten.

76 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 77 • die Einklagbarkeit von Menschenrechten auch gegenüber transnationalen Unternehmen,
- 78 • den Schutz und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
- 79 Menschenrechtsverteidiger*innen.

80 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

81 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt mehr denn
82 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur
83 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin

84 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die multilaterale
85 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.

86 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist zentrale Aufgabe
87 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und südlichen
88 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr denn je auf
89 eine einheitliche und klar friedensorientierte europäische Außenpolitik an. Die EU muss ihr
90 politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um Schritte für Frieden und
91 Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr Engagement für die
92 angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung im
93 gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.

94 *Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen*

95 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der Zusammenarbeit.
96 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die Europäische
97 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle
98 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem
99 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten
100 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des Pariser
101 Klimaabkommens.

102 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der
103 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das humanitäre
104 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und bessere
105 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig, dass
106 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention
107 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen Gerichtshof für
108 Menschenrechte verantworten müssen.

109 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen Auswirkungen
110 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung eines
111 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Eine Blockade des Sicherheitsrats bei zentralen
112 Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise nicht einmal der
113 Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von Kriegsverbrechen
114 beauftragt werden kann. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger werden.
115 Langfristig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass alle Weltregionen
116 angemessen repräsentiert sind – zum Beispiel sollte Indien aufgenommen werden – und sich
117 zudem das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Dazu würde ein Sitz für die
118 Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten. Zugleich braucht es eine internationale
119 Debatte über das Vetorecht. Bis dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des
120 Sicherheitsrats die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen können, mit
121 qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle
122 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen und im äußersten Fall auch friedenserzwingende Maßnahmen
123 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.

124 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und
125 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der OSZE im
126 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken – materiell
127 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt eine
128 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der OSZE ab
129 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit, Minderheitenrechte,
130 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von
131 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung wollen
132 wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale

133 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und des
134 OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-Mitgliedern, die
135 Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu
136 diskreditieren, zurück.

137 *Konsequent für EU-Recht beim Brexit*

138 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame Haus der
139 EU. Der Brexit verdeutlicht, was passiert, wenn Regierungen sich von rechten Stimmungen
140 treiben lassen. Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen, damit ein
141 Drittland nicht bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht
142 geben, der Brexit darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch diejenigen
143 in Großbritannien unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger*innen über das
144 finale Austrittsdokument fordern. Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil die
145 anderen 27 Mitgliedstaaten zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-Kommission als
146 Verhandlungsführerin. Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht geben.
147 Die Wahrung der vier EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung,
148 Personen- und Kapitalverkehr – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen uneingeschränkten Zugang
149 zum Binnenmarkt kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht
150 geben. Einen Austritt mit Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden auf der
151 irischen Insel absolute Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss gewährleisten,
152 dass eine harte Grenze auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die
153 zukünftigen Beziehungen kann erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens
154 finalisiert werden. Die außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir nach
155 dem Austritt im Rahmen internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat) stärken.

156 *Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik*

157 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,
158 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des Westbalkans
159 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das
160 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien bereits
161 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien kamen dieses Jahr dem Beginn von
162 Beitrittsverhandlungen mit der EU näher. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die wir
163 Grünen unterstützen. Es kommt jetzt darauf an, dass die EU Nägel mit Köpfen macht und beiden
164 Ländern 2019 einen festen Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen präsentiert.

165 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen
166 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen Ländern
167 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und tiefgreifende
168 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des Westbalkans
169 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den sensiblen
170 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer weiterhin
171 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für mehr
172 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt einsetzen. Klar
173 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung der
174 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-Beitritt
175 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt geben:
176 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit, Bekämpfung von
177 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Beilegung
178 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese
179 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.

180 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen erreicht werden
181 müssen, die europäischen Werte und Regeln vollständig erfüllt sein müssen und die EU nach
182 innen funktionsfähig bleiben muss, bevor ein neues Land aufgenommen wird.

183 *Transatlantische Partnerschaft erhalten*

184 Die transatlantische Partnerschaft ist in einer tiefen Krise. Der amerikanische Präsident
185 vertieft diese mutwillig. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim
186 Klimaschutz, bei der Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der
187 internationalen Beziehungen. Er versteht Europa als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf
188 eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es eine geschlossene Antwort der EU-
189 Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht spalten lassen. Nur so kann
190 Europa sich selbst behaupten.

191 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt
192 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger Präsident.
193 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerke mit progressiven
194 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte Politik verfolgen,
195 bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die Europäische Union viel
196 stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie zivilgesellschaftlichen
197 Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Bildung, Energie, Klimaschutz sowie
198 Digitalisierung, setzen.

199 *Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken*

200 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas
201 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft
202 der EU, die seit 2009 mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine
203 besteht, muss weiter gestärkt und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche
204 Integration dieser Staaten weiter vorangetrieben werden. Dabei dürfen europäische Grundwerte
205 nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden. Der Kampf gegen Korruption,
206 demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der Menschenrechte müssen in
207 diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert werden. Die wichtige Anbindung der
208 östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine Herausforderung für das Verhältnis zu
209 Russland, da Russland versucht, die engere Zusammenarbeit der östlichen Staaten mit der EU
210 zu verhindern.

211 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem
212 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen in
213 Syrien auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen
214 beigetragen. Gerade bei unseren osteuropäischen Nachbarn hat das tiefe historische
215 Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der territorialen Integrität anderer Staaten
216 durch Russland ist inakzeptabel. Das gilt für die völkerrechtswidrige Annexion der Krim
217 ebenso wie für die nunmehr zehnjährige Besatzung der georgischen Gebiete Südossetien und
218 Abchasien durch Russland und den Versuch der illegalen Grenzziehung in diesen Gebieten. Die
219 EU muss hier klar für die Unversehrtheit der Grenzen in Europa eintreten und ihre
220 politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung des Konflikts im
221 Südkaukasus verstärken.

222 In Bezug auf Russland gibt es keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und
223 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts. Eine Lösung des Konfliktes in der
224 Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker
225 Abkommen fest. Solange Russland gegen dieses verstößt, befürworten wir die gezielten
226 Sanktionen der EU. Wir wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von
227 Aktivist*innen, Journalist*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Mit Sorge

228 sehen wir Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu
229 schwächen. Russland hat kein Interesse an einem geschlossenen und demokratischen Europa. Das
230 wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die erhebliche
231 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten
232 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort muss in
233 einer Stärkung der EU liegen. Wo immer es möglich ist, suchen wir die Kooperation mit
234 Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit, Frieden und Abrüstung lassen
235 sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.

236 *Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten*

237 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das Leben
238 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas Haustür
239 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen unterstützen. Solange der Krieg
240 ungehindert fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen hochrangige
241 syrische und russische Militärangehörige ausgeweitet und ihre Konten in der EU eingefroren
242 werden.

243 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident Trump könnte
244 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein
245 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der Europäischen
246 Union bedroht. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische Verhältnis und die
247 multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-Abkommen am
248 Leben zu halten und die atomare Abrüstung des iranischen Regimes voranzubringen. Zusätzlich
249 muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die Durchsetzung einer Friedensordnung
250 bemühen.

251 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der europäischen
252 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das Existenzrecht
253 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger sind
254 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um
255 die Sicherheit des Staates Israel zum Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner sowie
256 die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der
257 Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben.
258 Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die zunehmende
259 Diskriminierung von Minderheiten in Israel lehnen wir ab, ebenso wie den illegalen
260 Siedlungsbau. Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst
261 über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir einen
262 Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen
263 weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen eine
264 Fortdauer der Besatzung, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft und für eine
265 Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

266 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit
267 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien angeführte
268 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000 Menschen
269 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter
270 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles dafür
271 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der Rebellen zu
272 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die Kampfhandlungen
273 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und
274 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an Saudi-
275 Arabien muss ein Ende haben. Es darf nicht sein, dass Europa indirekt diesen Krieg auch noch
276 anheizt.

277 *Demokratische Kräfte in der Türkei stärken*

278 Die Türkei ist eines der Schlüsselländer, um unsere Nachbarregionen zu stabilisieren. Aber
279 auch Präsident Erdogan und die AKP haben sich zu einer autoritären, autokratischen Regierung
280 entwickelt. In dieser Zeit gilt es umso mehr, diejenigen zu unterstützen, die trotz schwerer
281 Repressalien und systematischer Verfolgung in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
282 und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene
283 Politik hin zu einem autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf
284 Oppositionelle, die Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die
285 völkerrechtswidrigen Angriffe des türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak sowie die
286 Abkehr von einem friedlichen und politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es braucht
287 nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je muss
288 die EU klare Haltung für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische Ebene
289 bedeutet das unter anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden,
290 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle
291 Rüstungsexporte europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung
292 europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

293 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren Versorgung nach
294 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-Staaten
295 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

296 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-Mitgliedstaaten,
297 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat zu
298 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und untergräbt
299 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Diesen EU-Türkei-Deal wollen
300 wir beenden.

301 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die Wiederaufnahme
302 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein. Insbesondere mit
303 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich:
304 Ein EU-Beitritt der Türkei ist unter Präsident Erdogan nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für
305 eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler
306 Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der Türkei
307 brauchen dieses Signal und weiterhin unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es deshalb,
308 die noch bestehenden EU-Beitritts Hilfen ausschließlich an prodemokratische Organisationen
309 auszuzahlen und die Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als bislang.

310 *Zukunftspakt mit Afrika*

311 Afrika hat für die EU auch wegen der finsternen Kolonialgeschichte eine besondere Bedeutung.
312 Statt eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben, stehen derzeit vor allem
313 Migrationskontrolle und militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die gegenwärtige Agrar-,
314 Handels- und Ressourcenpolitik laufen den Zielen einer nachhaltigen Partnerschaft zuwider.
315 Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen, die am
316 meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen unsere
317 afrikanischen Partner dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort
318 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor allem
319 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der
320 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Deshalb schlagen wir einen Zukunftspakt zwischen
321 der EU und Afrika vor. Kern ist eine Partnerschaft, die auf dem offenen und transparenten
322 Ausgleich gegenseitiger Interessen und Forderungen basiert. Um eine nachhaltige Entwicklung
323 im gesamten globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik, die sich an der
324 Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris und an der Aktionsagenda von
325 Addis Abeba orientiert.

326 *Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte*

327 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger
328 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus erwächst
329 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China vermehrt mit
330 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den
331 verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der öffentlichen
332 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen in China.
333 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte, vornean der
334 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend eine der
335 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans einschließt.
336 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas
337 Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

338 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich mit
339 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der „globalen
340 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur
341 mitmacht, wo er ihr nutzt. Europa muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft
342 zur Kooperation, aber auch mit Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen
343 und mit Selbstbewusstsein begegnen.

344 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 345 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,
- 346 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,
- 347 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts zur
348 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,
- 349 • einen Zukunftspakt mit Afrika.

350 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

351 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv an einer
352 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Im
353 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte überhaupt
354 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU sind wir
355 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht nur
356 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu ergreifen
357 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-
358 Konflikt-Situationen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten lässt sich
359 am besten verhindern, wenn frühzeitig Strukturen vor Ort aufgebaut werden, die Sicherheit
360 herstellen und die Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

361 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner
362 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und
363 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen Handelns,
364 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer menschenrechtsorientierten
365 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen Auswärtigen Dienst
366 stärken und ausbauen. Wir plädieren dafür, die konsularischen Dienste der Mitgliedsländer
367 gemeinsam in europäischen Botschaften zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten für die
368 eigentlichen diplomatischen Aufgaben freizusetzen.

369 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch für den
370 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich wie die

371 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit im
372 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,
373 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Wir wollen die Mittel und das
374 Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen
375 deutlich erhöhen und ihre Finanzierung gerechter unter den Mitgliedstaaten verteilen.
376 Außerdem wollen wir das Europäische Friedensinstitut finanziell stärker in seiner
377 Mediationsarbeit unterstützen.

378 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für
379 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe zwischen
380 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir lehnen sowohl
381 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als auch
382 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument 2020 auslaufen zu lassen. Stattdessen fordern
383 wir eine Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.

384 *Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen*

385 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Diktaturen.
386 Das wollen wir stoppen. Nationale Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden gefährden. Auch
387 wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur Unterdrückung von Menschen in Diktaturen
388 genutzt werden. Wir fordern daher, dass die gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von
389 Militärtechnologie und Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008)
390 rechtsverbindlich und einklagbar werden.

391 Wir setzen uns auf europäischer Ebene für den Erhalt und die Stärkung internationaler und
392 regionaler Rüstungskontrollregime ein. Die EU muss darauf hinwirken, diese Abkommen auch auf
393 neue Bereiche der Kriegsführung – wie den Cyberraum oder Outer Space – auszudehnen. Wir
394 wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in
395 internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Weiterhin sollte sie sich
396 für eine präventive völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme einsetzen. Außerdem
397 muss die EU zur atomaren Abrüstung beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz für ein
398 atomwaffenfreies Europa als auch international.

399 *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

400 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der Verbreitung von
401 Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und
402 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer Haustür
403 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen stärker
404 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit
405 Europas. Doch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es sinnvoll, die
406 Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer gesamteuropäischen
407 Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In diesem Sinne wollen
408 wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die verstärkte
409 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in nationale
410 Rüstungssektoren zu pumpen.

411 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts
412 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch eine
413 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis 100
414 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir besser
415 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die ständige und
416 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite der
417 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. Die Zusammenarbeit im
418 Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir zusätzliches Geld in ein

419 ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken. Was europäisch getan wird, darf
420 nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert werden. Vielmehr wollen wir eine
421 sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene im Rahmen des EU-Budgets im Sinne
422 einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen Verteidigungsausgaben
423 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher ziviler
424 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Wir sind gegen eine Etablierung von
425 Parallelstrukturen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Ein
426 gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur innerhalb der
427 Strukturen der Europäischen Union geben.

428 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile
429 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung von
430 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die
431 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität zählen.
432 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch parlamentarisch durch
433 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir, dass
434 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in Missmanagement und
435 Korruption enden.

436 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der Missionen der
437 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt werden. Auch
438 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen. Nationale
439 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen Parlaments aber
440 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft die
441 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

442 *Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor Verbrechen*
443 *gegen die Menschlichkeit*

444 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des Völkerrechts
445 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt werden. Wir
446 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen ein wie
447 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur Stabilisierung von
448 Friedensprozessen.

449 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des Zivilen.
450 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in denen
451 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne der
452 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der Lage oder
453 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei steht an
454 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir
455 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche
456 Mandate kritisch und sorgfältig.

457 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur
458 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder
459 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung
460 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv
461 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat blockiert ist, muss
462 sich die Generalversammlung damit befassen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein und im
463 Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgen. Ohne eine umfassende zivile
464 Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen
465 Staates dürfen militärische Interventionen nicht erfolgen.

466 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 467 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,
- 468 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,
- 469 • keine Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und Krisengebiete,
- 470 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

471 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

472 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine menschenrechtsbasierte
473 globale Strukturpolitik vorantreibt, aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt.
474 Politikkohärenz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit beispielsweise
475 Handelspolitik nicht Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen
476 Nachhaltigkeitsziele, beschlossen im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen innerhalb
477 der EU und global umgesetzt werden. Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale,
478 ökologische und wirtschaftliche Kriterien zusammendenken. Ziele wie
479 „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute Bildung“, „Frieden, Gerechtigkeit und
480 starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU durch eine ambitionierte
481 Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Wir müssen unsere Politik ändern, wenn
482 Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn europäische Rechtsräume zur
483 Geldwäsche oder für die Steuer- und Kapitalvermeidung missbraucht werden oder wenn unsere
484 Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine sozial-ökologische, vielfältige EU ist der
485 richtige Weg, um dem neuen Nationalismus und den antidemokratischen Kräften
486 entgegenzutreten.

487 Dies ist auch die beste Antwort auf die Herausforderungen weltweiter Fluchtbewegungen, um
488 Menschen davor zu bewahren, ihre Heimat verlassen zu müssen, sei es aufgrund von Verfolgung,
489 Folter, Kriegen, Hunger, Dürren oder anderen Krisen. Wir müssen endlich die strukturellen
490 Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen. Unser Lebensstil, unsere
491 Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die Lebensgrundlagen von Millionen von
492 Menschen im Süden unseres Planeten. Europäische Unternehmen exportieren Rüstungsgüter in
493 Krisengebiete, überfischen die Weltmeere, und unsere Gesellschaften nehmen in Kauf, dass
494 unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern zerstören.
495 Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben, lassen sich weder mit höheren Zäunen noch mit
496 Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten aufhalten. Stattdessen braucht es eine
497 kohärente internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel,
498 Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen
499 Entwicklungsziele der UN vorgeben.

500 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung
501 auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet – die immer noch nicht erreicht sind. Wir
502 sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und innerhalb der
503 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden können.
504 Vielmehr brauchen wir überprüfbare Zwischenschritte, um das 0,7%-Ziel in der EU tatsächlich
505 zu erreichen. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier besonders in der Pflicht
506 und müssen gemeinsam vorangehen. Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir setzen uns
507 dafür ein, dass die EU konsequent die Kapital- und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und
508 Schwellenländern begrenzt. Dazu gehören Transparenzregister, das Austrocknen europäischer
509 Steuersümpfe und die verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler Konzerne, die
510 in der EU ihren Sitz haben.

511 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder
512 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt,
513 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine Stärkung

514 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen in diesem
 515 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der europäischen
 516 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen sollen
 517 besser koordiniert sein.

518 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 519 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 520 • die Bekämpfung von Kapital- und Steuerflucht aus Entwicklungs- und Schwellenländern,
- 521 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation für
 522 humanitäre Hilfe.

523 **4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

524 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen
 525 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus extremer Armut
 526 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von
 527 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch
 528 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von Menschen
 529 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle globale
 530 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die
 531 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

532 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und Umwelt
 533 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische
 534 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels einnimmt.

535 *Global und demokratisch*

536 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO)
 537 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen anderen
 538 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald Trump oder
 539 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen Abkommen.
 540 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen Platz am
 541 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition ärmerer Länder
 542 wird geschwächt.

543 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten
 544 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen der WTO.
 545 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem
 546 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

547 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher können für
 548 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen sinnvoll sein.
 549 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten Dritter
 550 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Und sie müssen Umwelt- und
 551 Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen. Getrieben
 552 von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa eine Handelspolitik
 553 vorgebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr Gegenteil verkehrt.
 554 Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen, während Verstöße gegen
 555 Umweltschutz, Arbeitnehmer*innen- und Menschenrechte weiterhin nicht bestraft werden.

556 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich dagegen auf
 557 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und bei CETA
 558 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden konnten. Das

559 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische
560 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

561 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum Beispiel
562 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung des Vorsorgeprinzips und des Pariser
563 Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit Ländern wie Japan bestünde die Chance, es
564 endlich besser zu machen.

565 Ein Großteil von CETA ist bereits in Kraft, die problematischen Teile, die auch national
566 ratifiziert werden müssen, noch nicht. Diese wollen wir in der aktuellen Form nicht
567 ratifizieren.

568 Beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) setzt die EU auf die
569 Liberalisierung bei Dienstleistungen, obwohl öffentliche Wasser- und Stromversorgung gerade
570 in den Ländern des Mercosur ein wichtiges Mittel zur Armutsbekämpfung sind. Gleichzeitig ist
571 auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus dem Vertragstext geflogen.
572 Wir wollen auch mit unseren Handelspartnern in Südamerika Umwelt, Verbraucher und
573 Menschenrechte in den Mittelpunkt von Handelsverträgen rücken.

574 Unsere grüne Alternative zur bisherigen EU-Handelspolitik ist eine Handelspolitik, die die
575 Globalisierung gerecht gestaltet. Es ist nicht hinnehmbar, dass es Sonderschiedsgerichte für
576 Investoren zwischen Rechtsstaaten gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder das
577 Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte für private
578 Investoren ab.

579 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor
580 dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung
581 menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale
582 Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen
583 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen durch
584 Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt
585 werden.

586 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung
587 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von Umwelt und
588 Verbraucher*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU
589 reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-
590 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie bestimmte
591 Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden dürfen.

592 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen stärken und
593 damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von
594 Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

595 *Für faire Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte*

596 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und Menschenrechte
597 unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der internationalen
598 Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert werden,
599 und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die EU Handelsvergünstigungen
600 auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf freiwillige
601 Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Notwendig sind gesetzliche
602 Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere Klagemöglichkeiten innerhalb der EU –
603 auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen Unternehmen
604 verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu mehr Verantwortung und Transparenz

605 in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu, Menschen- und Arbeiter*innenrechte
606 einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den Vorrang zu geben.

607 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir unterstützen
608 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von Paris als
609 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich umzusetzen.

610 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz darf
611 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir erreichen,
612 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum Beispiel
613 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber WTO-konform
614 ausgestaltet sein muss.

615 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die letzte
616 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist ein
617 Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei Verstößen gegen
618 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir wollen in
619 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

620 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung
621 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese rückgängig
622 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden. Kommunen
623 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

624 *Faire Rohstoffpolitik*

625 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die Produktion
626 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und konsumiert wird
627 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir transparente
628 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende
629 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union konsumiert
630 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

631 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder
632 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit
633 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung darf aber
634 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire
635 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung
636 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen verbindliche
637 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines
638 transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt. Besonders
639 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

640 *Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe*

641 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den
642 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von Zöllen
643 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch
644 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in der
645 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen
646 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer eigenen
647 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen und zu
648 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Entwicklungsländer
649 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche Rechte sind
650 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Wer die Schwächeren fördern will, muss ihnen
651 mehr Rechte als den Starken gewähren. Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend Raum für

652 handelspolitische Schutzmaßnahmen lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen und junge
 653 Industrien zu schützen. Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für
 654 Entwicklungsländer. Ohne diese werden die mageren Staatseinnahmen stark belastet und es
 655 fehlen Mittel für Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Basis-Gesundheitsdienste
 656 und andere Aspekte der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre Zölle auf
 657 verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte Industrie
 658 und Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen.

659 *Fairer Handel auch in der Landwirtschaft*

660 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und
 661 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Deshalb lehnen wir
 662 sie ab. Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit
 663 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Die Patentierung von Saatgut sowie
 664 Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss Investoren und staatliche Institutionen dazu
 665 drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN zu
 666 Landrechten, Fischgründen und Wäldern einzuhalten. Agrochemiekonzerne wie Bayer, der durch
 667 die Übernahme von Monsanto zum Marktbeherrscher geworden ist, kontrollieren bereits jetzt
 668 große Teile des weltweiten Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidmarkts. Mit ihren Patenten
 669 werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure Abhängigkeiten gezwungen und die Artenvielfalt
 670 wird zerstört. Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern
 671 auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen
 672 wir den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die
 673 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger
 674 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft
 675 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

676 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 677 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen
 678 Handelsverträgen der EU,
- 679 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
- 680 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.

681 **4.6 Drogenkriege beenden**

682 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,
 683 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument*innen, verletzt Menschenrechte und trägt zur
 684 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche
 685 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion Verantwortung für die
 686 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische Union sich
 687 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet wird.
 688 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern
 689 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union sollte
 690 deshalb global eine Reform der Drogenpolitik in den betroffenen Staaten unterstützen, die
 691 auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt. Wir
 692 fordern eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von
 693 Drogen.

694 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 695 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
- 696 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden, Sicherheit und Globale Gerechtigkeit fördern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 11.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident verletzt die
2 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung im
3 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt
4 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des Nahen
5 Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region nicht
6 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft im
7 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-Partner
8 feindlich gegenüberstehen.

9 Und die USA, wichtige Initiatorin jener Regeln, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs
10 einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als berechenbarer
11 Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Mit dem Krieg gegen den Irak 2003 hat die US-Regierung
12 einen heftigen Bruch mit dem Völkerrecht gesucht, in Guantanamo die Menschenrechte mit Füßen
13 getreten. Mit ihrem aktuellen Präsidenten steigt die US-Regierung aus dem Klimaabkommen aus,
14 kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und verachtet die
15 internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie
16 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich die Europäische Union sicher verlassen
17 konnte, gelten so nicht mehr.

18 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar haben sich
19 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern kann
20 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist das eben
21 nur die Hälfte und weltweit leidet weiter jeder neunte Mensch - 821 Millionen Menschen - an
22 chronischem Hunger und 1,5 Milliarden Menschen sind mangelernährt. Das reichste Prozent der
23 Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr als die übrigen 99 %
24 der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht nur immer mehr
25 Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder überschwemmten Böden nicht mehr
26 leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die Auswirkungen der
27 Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte Regierungsführung verschärfen.

28 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als
29 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen
30 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der Außenpolitik
31 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen. Will
32 die EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven
33 Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren
34 Nachbarschaft und darüber hinaus eine Rolle spielen, müssen ihre Mitgliedsstaaten im Bereich
35 der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik viel stärker kooperieren als bisher.

36 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich stellt, ist
37 die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann wird die
38 Europäische Union, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die Pflöcke

39 entlang von Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als Grüne
40 die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre.

41 Noch immer sind Frauen und Mädchen weltweit nicht gleichberechtigt. Das wollen wir ändern.
42 Die Gleichberechtigung der Geschlechter nämlich ist nicht nur Menschenrecht, sondern
43 Stabilisator für nachhaltigen Frieden, ist Grundlage gerechter Gesellschaften und Motor
44 wirtschaftlicher Entwicklung. Mit einer explizit feministischen EU-Außenpolitik wollen wir
45 deshalb geschlechtsspezifische Analysen und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und
46 Minderheitengruppen auf allen Verhandlungs- und Umsetzungsebenen fördern. Wir rücken
47 systematisch die Auswirkungen außenpolitischer Entscheidungen auf die Machtverhältnisse
48 zwischen den Geschlechtern ins Zentrum ansonsten überwiegend männlicher Debattenverläufe und
49 Analysen.

50 **4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern**

51 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für
52 Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur
53 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und
54 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

55 Einen Schwerpunkt setzen wir in der Stärkung der Zivilgesellschaft. Denn die
56 Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in vielen
57 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wird dort
58 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.
59 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen Staaten
60 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern auch
61 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Ungarn, Polen, Rumänien und Österreich, in
62 denen Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien und
63 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden. Das ist fatal, denn so geraten die Fundamente
64 der rechtsstaatlichen Demokratie unter Druck.

65 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der Einschränkung
66 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der Europarat und
67 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegentreten. Das kann für die EU nur
68 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Wir wollen

69 Nichtregierungsorganisationen unterstützen, deren Arbeit von staatlicher Seite systematisch
70 erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert wird, und den Schutz von
71 Menschenrechtsverteidigern verstärken. Die EU sollte die internationale Vernetzung und den
72 Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern und unterstützen. Es ist auch
73 ein wichtiges Signal an Menschenrechtsverteidiger*innen, dass sie mit ihrem Engagement nicht
74 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von
75 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt gemacht
76 werden. Dafür ist es auch notwendig das europäische Instrument für Demokratie und
77 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin den
78 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation von Menschenrechtsverteidigern
79 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und außerhalb
80 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für Menschenrechte und
81 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

82 Aber auch Städte und Regionen innerhalb der EU können einen wichtigen Beitrag zum Schutz von
83 Menschenrechten und Menschenrechtsverteidiger*innen leisten. Wir wollen Initiativen wie
84 kommunale Menschenrechtsbeauftragte, Aufnahmeprogramme für politisch Verfolgte oder
85 Patenschaftsprogramme stärker durch die EU finanziell und institutionell unterstützen. Die

86 EU-Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, alle menschenrechtlichen Konventionen zu
87 ratifizieren.

88 Menschenrechte müssen stärker als bisher maßgeblich für die EU-Handelspolitik sein. Die Art
89 und Weise, wie wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu
90 ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, Zerstörung der Lebensgrundlagen, rücksichtslosem
91 Ressourcenabbau und der Stärkung autoritärer Regime. Damit die EU zur Förderin von
92 nachhaltiger Entwicklung sozialer und ökologischer Standards im Welthandel wird, bedarf es
93 beherzter Schritte.

94 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür haftbar
95 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an
96 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter machen, so
97 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU
98 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung
99 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen eine
100 konsequente Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und werden uns
101 bei der anstehenden Novellierung der CSR-Richtlinie für mehr Berichtspflichten und weniger
102 Ausnahmeregelungen stark machen.

103 *Die EU als Vorreiterin einer feministischen Außen- und Sicherheitspolitik*

104 Die Europäische Union muss das Prinzip einer feministischen Außen- und Sicherheitspolitik
105 und damit die Gleichberechtigung von Frauen und Minderheitengruppen zu einer Leitlinie ihrer
106 gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen. Sie braucht dazu einen intersektionalen
107 Ansatz, der die Überschneidung verschiedener Formen der Diskriminierung erkennt und ernst
108 nimmt. Mit einer feministischen, menschenrechtsbasierten Außen- und Sicherheitspolitik
109 ergänzen wir den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken
110 damit die Bedürfnisse von Menschen statt Staaten in den Mittelpunkt. Grünes Ziel ist es, die
111 Rechte von Frauen weltweit zu fördern und Frauen als Akteurinnen in Gesellschaft, Wirtschaft
112 und Politik zu stärken, sowie ihnen gleichwertigen Zugang zu sozialen, ökonomischen und
113 politischen Ressourcen zu garantieren und die reproduktiven und sexuellen Rechte zu stärken.
114 Dafür wollen wir in der EU die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und politischen
115 Minderheiten auf allen Verhandlungs- und Umsetzungsebenen in den Organisationen der
116 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik steigern. Damit durchbrechen wir die klassischen
117 Strukturen im außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Bereich, zeigen neue
118 Perspektiven, richten die Bereitstellung von Geldern neu aus und stellen Machtverhältnisse
119 grundlegend infrage.

120 Der Schutz von Frauen und Minderheiten sowie deren Beteiligung an Friedensprozessen trägt in
121 erheblichem Maße zur Wahrung von Frieden und Sicherheit bei. Wir wollen den UN-
122 Sicherheitsratsbeschluss 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und seine Folgeresolutionen
123 mit Leben füllen, die Genderperspektive in sämtlichen außenpolitischen Bereichen und EU-
124 Friedensoperationen verankern – und dieses Gesamtvorhaben langfristig finanziell
125 unterfüttern. Ziel ist die Gleichbehandlung und -beteiligung von Frauen und Minderheiten in
126 der zivilen Krisenprävention, in Friedensverhandlungen und Friedensmissionen, in der
127 Konfliktbearbeitung und beim Wiederaufbau nach Konflikten sowohl auf polizeilicher und
128 militärischer Ebene. Dafür soll die Beraterin des Auswärtigen Dienstes der EU für Gender ein
129 eigenes Budget erhalten und an das Europaparlament berichten. Wir wollen zudem, dass die EU
130 alle ihr zur Verfügung stehenden außenpolitischen Instrumente nutzt, um der systematischen
131 Diskriminierung von Frauen und Mädchen weltweit sowie sexualisierter und
132 geschlechterbasierter Gewalt entgegenzuwirken.

133 Neben der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Durchsetzung der Frauenrechte treten
134 wir dabei auch gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von Lesben,

135 Schwulen, Bisexuellen, trans*, inter* und queeren (LSBTIQ*) Menschen ein. 2007 wurden in
136 Yogyakarta Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle
137 Orientierung und die geschlechtliche Identität verabschiedet. Diese wollen wir weiter
138 fördern und umsetzen.

139 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 140 • den aktiven Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere durch die
141 Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen,
- 142 • für eine verantwortungsvolle Handelspolitik, in der Menschenrechte auch gegenüber
143 transnationalen Unternehmen einklagbar sind,
- 144 • eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik.

145 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

146 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt mehr denn
147 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur
148 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin
149 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die multilaterale
150 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.

151 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist zentrale Aufgabe
152 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und südlichen
153 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr denn je auf
154 eine einheitliche und klar friedens- und menschenrechtsorientierte EU-Außenpolitik an. Die
155 EU muss ihr politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um Schritte für
156 Frieden und Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr Engagement
157 für die angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche
158 Entwicklung im gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.

159 *Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen*

160 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der Zusammenarbeit.
161 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die Europäische
162 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle
163 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem
164 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten
165 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des Pariser
166 Klimaabkommens.

167 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der
168 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das humanitäre
169 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und bessere
170 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig, dass
171 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention
172 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen Gerichtshof für
173 Menschenrechte verantworten müssen.

174 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen Auswirkungen
175 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung eines
176 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Dadurch wird erschwert, dass die internationale
177 Gemeinschaft ihrer Schutzverantwortung nachkommen kann. Eine Blockade des Sicherheitsrats
178 bei zentralen Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise nicht

179 einmal der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von
180 Kriegsverbrechen beauftragt werden kann.

181 Die Vereinten Nationen müssen wieder voll handlungsfähig werden. Der Sicherheitsrat sollte
182 so reformiert werden, dass alle Weltregionen angemessen repräsentiert sind. So sollte z.B.
183 Indien aufgenommen werden. Damit würde sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten
184 verbessern. Dazu würde ein Sitz für die Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten.

185 Die Vetomöglichkeit im Sicherheitsrat wollen wir langfristig abschaffen und kurzfristig mit
186 einem Begründungszwang belegen, besonders bei der Frage der Responsibility to Protect. Bis
187 dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des Sicherheitsrats die Generalversammlung
188 der VN das Recht beanspruchen, nach dem Vorbild der „Uniting For Peace“-Resolution 377 von
189 1950 mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner
190 Stelle friedens erzwingende Maßnahmen, also diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder
191 militärische Maßnahmen, gemäß Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.

192 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und
193 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der OSZE im
194 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken – materiell
195 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt eine
196 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der OSZE ab
197 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit, Minderheitenrechte,
198 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von
199 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung wollen
200 wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale
201 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und des
202 OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-Mitgliedern, die
203 Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu
204 diskreditieren, zurück.

205 *Konsequent für EU-Recht beim Brexit*

206 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame Haus der
207 EU. Der Brexit verdeutlicht, wie gefährlich es ist, wenn Regierungen mit dem Feuer spielen
208 und Europa für nationale Machtkämpfe missbrauchen. Und er zeigt ein weiteres Mal, wie aus
209 Russland heraus versucht wird, Wahlen in Demokratien zu beeinflussen.

210 Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen, damit ein Drittland nicht
211 bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht geben, der Brexit
212 darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch diejenigen in Großbritannien
213 unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger*innen über das finale
214 Austrittsdokument fordern. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Lösung gefunden wird, die den
215 in der EU lebenden Brit*innen und den in Großbritannien lebenden EU-Bürger*innen ermöglicht,
216 ihre jetzigen Rechtsansprüche auch nach dem Brexit geltend zu machen.

217 Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil die anderen 27 Mitgliedstaaten
218 zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-Kommission als Verhandlungsführerin.
219 Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht geben. Die Wahrung der vier
220 EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung, Personen- und Kapitalverkehr
221 – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt kann es ohne
222 Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht geben. Einen Austritt mit
223 Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden auf der irischen Insel absolute
224 Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss gewährleisten, dass eine harte Grenze
225 auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die zukünftigen Beziehungen kann
226 erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens finalisiert werden. Die

227 außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir nach dem Austritt im Rahmen
228 internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat) stärken.

229 *Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik*

230 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,
231 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des Westbalkans
232 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das
233 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien bereits
234 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien standen im Juni 2018 kurz vor der Eröffnung
235 der EU-Beitrittsverhandlungen, da alle zuvor festgelegten Bedingungen erfüllt wurden.
236 Trotzdem verschob der Rat die Eröffnung jedoch auf Juni 2019. Wir Grüne werden uns dafür
237 einsetzen, dass der Rat im Juni 2019 sein Versprechen auch in die Realität umsetzen wird,
238 damit Albanien und Mazedonien einen wichtigen und verdienten Schritt im langjährigen EU-
239 Beitrittsprozess vorankommen können.“

240 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen
241 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen Ländern
242 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und tiefgreifende
243 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des Westbalkans
244 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den sensiblen
245 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer weiterhin
246 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für mehr
247 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt einsetzen. Klar
248 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung der
249 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-Beitritt
250 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt geben:
251 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit, Bekämpfung von
252 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Beilegung
253 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese
254 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.

255 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen der Kopenhagener
256 Kriterien erreicht werden müssen, also die europäischen Werte und Regeln vollständig erfüllt
257 werden. Wir wollen außerdem, dass die EU die Erweiterungspolitik zum Anlass nimmt ihre
258 innere Funktionsfähigkeit endlich entschlossen anzugehen.

259 *Transatlantische Partnerschaft neu ausrichten*

260 Der US-amerikanische Präsident Trump hat die transatlantische Partnerschaft in eine tiefe
261 Krise gestürzt. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim Klimaschutz, bei der
262 Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen.
263 Multilaterale Organisationen geraten so ins Wanken. Die US-Administration versteht die EU
264 als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es
265 eine geschlossene Antwort der EU-Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht
266 spalten lassen. Nur so kann Europa sich selbst behaupten.

267 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt
268 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger Präsident.
269 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerken mit progressiven
270 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische, friedliche und menschenrechtsbasierte
271 Politik verfolgen, bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die
272 Europäische Union viel stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie
273 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Ökologie, Bildung, Energie,
274 Klimaschutz sowie Digitalisierung, setzen.

275 Das von Baden-Württemberg und Kalifornien angestoßene Klimaschutzbündnis auf der Ebene der
276 Regionen, die Under2 Coalition, dem sich schon über 200 Regionen angeschlossen haben, kann
277 hier einen wichtigen Beitrag leisten.

278 *Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken*

279 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas
280 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft
281 der EU stärkt seit 2009 die Modernisierung, Demokratisierung und Durchsetzung von
282 Menschenrechten in Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine. Daran
283 wollen wir festhalten und sie weiter ausbauen. Die demokratischen Entwicklungen – sei es in
284 der Ukraine oder Armenien- verdeutlichen uns die Kraft der Zivilgesellschaft in diesen
285 Ländern. Wir halten an einer Visaliberalisierung für alle Länder der Östlichen Partnerschaft
286 fest. Klar ist für uns aber auch, dass diese Partnerländer noch einen weiten Weg vor sich
287 haben. Europäische Grundwerte dürfen nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden.
288 Der Kampf gegen Korruption, demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der
289 Menschenrechte müssen in diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert und unterstützt
290 werden. Die wichtige Anbindung der östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine
291 Herausforderung für das Verhältnis zu Russland. Russland versucht, die engere Zusammenarbeit
292 der östlichen Staaten mit der EU zu verhindern. Dennoch unterstützen wir weiterhin die
293 Schritte insbesondere der EU-assoziierten Länder der Östlichen Partnerschaft - also der
294 Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens - in Richtung europäische Integration und wollen
295 ihnen den Weg zu einem EU-Beitritt offen halten.

296 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem
297 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem militärischen Eingreifen in Syrien auf
298 der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen
299 beigetragen. Putin führt Russland nicht nur innenpolitisch immer weiter weg von Demokratie,
300 Freiheit, der Achtung der Menschenrechte und einer dringend nötigen sozialen und
301 ökonomischen Modernisierung des Landes und seiner Strukturen, sondern handelt
302 internationalen Verpflichtungen und Standards zuwider. Gerade bei unseren osteuropäischen
303 Nachbarn hat das tiefe historische Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der
304 territorialen Integrität anderer Staaten ist inakzeptabel. Die EU muss hier klar sein und
305 ihre politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung der Konflikte
306 in Osteuropa und im Südkaukasus verstärken.

307 Für uns ist klar: Es darf keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und
308 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts geben. Die uneingeschränkte Gültigkeit
309 der Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris sowie die Prinzipien der OSZE leiten
310 unsere Politik gegenüber Russland. Eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine kann nur eine
311 politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker Abkommen fest. Solange
312 Russland gegen dieses verstößt, muss die EU die gezielten Sanktionen aufrechterhalten. Wir
313 wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von Aktivist*innen,
314 Journalist*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Wir unterstützen das
315 zivilgesellschaftliche Engagement in Russland. Gemeinsam mit unseren russischen Partnern
316 fordern und fördern wir die stärkere Kooperation mit demokratischen
317 Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Denn diejenigen, die
318 unter den Repressionen leiden, brauchen unsere volle Solidarität. Mit Sorge sehen wir
319 Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu schwächen.
320 Die russische Regierung hat kein Interesse an einem geschlossenen und demokratischen Europa.
321 Das wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die erhebliche
322 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten
323 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort muss in
324 einer Stärkung der EU und in einer Unterstützung demokratischer Kräfte in Russland liegen.

325 Dabei sollte die Absicherung von sicherheits- und versorgungsrelevanten digitalen Systemen
326 im Vordergrund stehen. Hier gibt es noch hohen Abstimmungs- und Handlungsbedarf innerhalb
327 der EU. Sich in starker europäischer Solidarität entschieden gegen russische Menschen- und
328 Völkerrechtsverletzungen zu stellen, bedeutet allerdings keinen Verzicht auf Selbstkritik.
329 Wachsender Rechts-Autokratismus ist nicht allein ein russisches, sondern auch ein
330 europäisches Gesellschaftsphänomen: Hier steht nicht Russland gegen Europa, sondern
331 beiderseits Rechtsautokratismus gegen Demokratie und Menschenrecht. Wo immer es möglich ist,
332 suchen wir die Kooperation mit Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit,
333 Frieden und Abrüstung lassen sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.

334 *Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten*

335 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das Leben
336 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas Haustür
337 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen, sowie alle Bestrebungen zur
338 nationalen Aussöhnung und zur Aufarbeitung begangener Kriegsverbrechen unterstützen. Eine
339 europäische Hilfe für den Wiederaufbau kann es nur geben, wenn diese nicht nur den Assad-
340 Getreuen nützt, sondern allen Syrerinnen und Syrern. Die EU muss diplomatische Initiativen
341 ergreifen, damit die katastrophale humanitäre Situation verbessert wird. Die Menschen
342 benötigen dringend Lebensmittel und sauberes Trinkwasser, insbesondere aber medizinische
343 Versorgung mit Geräten, Instrumenten und Medikamenten - all das ist nahezu vollständig durch
344 Bomben und Granaten zerstört und vernichtet worden. Solange der Krieg ungehindert
345 fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen hochrangige syrische und
346 russische Militärangehörige bestehen bleiben und ihre Konten in der EU eingefroren werden.
347 Zudem müssen Waffenlieferungen, die den Krieg in Syrien befeuern, gestoppt werden. Gerade
348 wenn Ergebnisse im Sicherheitsrat nur schwer zu erzielen sind und immer wieder durch den
349 Missbrauchs des Vetorechts durch Russland oder andere Staaten blockiert werden, bedarf es
350 politischer Initiativen, um im Rahmen der Generalversammlung etwa eine unabhängige
351 Untersuchung von Verstößen gegen das Völkerrecht durchzusetzen.

352 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident Trump könnte
353 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein
354 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der Europäischen
355 Union bedroht. Wir treten für eine Atomwaffenfreie Welt ein, dafür ist auch eine nukleare
356 Abrüstung im Nahen Osten wichtig. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische Verhältnis
357 und die multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-
358 Abkommen am Leben zu halten und die atomare Aufrüstung des Irans zu verhindern. Dies darf
359 jedoch nicht zu einem selbst auferlegten Schweigen gegenüber der dramatischen
360 Menschenrechtssituation, der Drohungen gegen Israel und der aggressiven Regionalpolitik des
361 Irans führen. Zusätzlich muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die
362 Durchsetzung einer Friedensordnung bemühen.

363 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der europäischen
364 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das Existenzrecht
365 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger sind
366 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um
367 die Sicherheit des Staates Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und zum
368 Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Schaffung eines souveränen,
369 lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu
370 gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben. Wir wenden uns mit aller
371 Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die zunehmende Diskriminierung von Minderheiten
372 in Israel lehnen wir genauso ab wie den illegalen Siedlungsbau. Während wir der
373 palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur
374 Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir einen Boykott Israels als Instrument

375 deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel
376 und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen eine Fortdauer der Besatzung, gegen eine
377 Spaltung der israelischen Gesellschaft und für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

378 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit
379 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien angeführte
380 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000 Menschen
381 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter
382 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles dafür
383 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der Rebellen zu
384 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die Kampfhandlungen
385 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und
386 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an Saudi-
387 Arabien und die anderen kriegsführenden Mitglieder der saudisch geführten Allianz müssen ein
388 Ende haben. Es darf nicht sein, dass die Europäische Union indirekt diesen Krieg auch noch
389 anheizt.

390 *Demokratische Kräfte in der Türkei stärken*

391 Die Türkei ist nicht Erdogan, Erdogan ist nicht die Türkei. Alle Abstimmungen der
392 vergangenen Jahre haben gezeigt: Rund die Hälfte der türkischen Wählerinnen und Wähler
393 wünscht sich eine demokratische und rechtsstaatliche Zukunft. Diese Kräfte – die trotz
394 schwerster Repressalien und systematischer Verfolgung durch eine autoritäre und
395 autokratische Regierung in der Türkei für Weltoffenheit eintreten – müssen wir unterstützen.
396 Wir wollen deshalb alles politische Handeln auf europäischer Ebene und in den
397 Mitgliedstaaten konsequent auf die Unterstützung der demokratischen Kräfte in der Türkei
398 ausrichten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene Politik hin zu einem
399 autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf Oppositionelle, die
400 Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die völkerrechtswidrigen Angriffe des
401 türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak sowie die Abkehr von einem friedlichen und
402 politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es braucht nun eine grundlegende
403 Neuermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je muss die EU klare Haltung
404 für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische Ebene bedeutet das unter
405 anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden, wenn die Türkei
406 eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle Rüstungsexporte
407 europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung europäischer
408 Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

409 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren Versorgung nach
410 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-Staaten
411 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

412 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-Mitgliedstaaten,
413 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat zu
414 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und untergräbt
415 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Damit hat die Türkei einen
416 nicht unerheblichen Anteil an einer EU- Abschottungspolitik. Diesen EU-Türkei-Deal wollen
417 wir beenden.

418 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die Wiederaufnahme
419 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein. Insbesondere mit
420 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich:
421 Ein EU-Beitritt der Türkei ist mit der derzeit unter Präsident Erdogan verfolgten Linie zur
422 Aushöhlung des Rechtsstaats, von demokratischen Rechten und von gesellschaftlichen
423 Freiheiten nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für eine demokratische und weltoffene Türkei

424 müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler Abbruch der Beitrittsgespräche wäre
425 falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der Türkei brauchen dieses Signal und weiterhin
426 unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es deshalb, die noch bestehenden EU-
427 Beitritts Hilfen ausschließlich an prodemokratische Organisationen auszuzahlen und die
428 Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als bislang.

429 *Partnerschaft auf Augenhöhe mit Afrika*

430 Afrika und Europa sind einander eng verbunden, durch die koloniale Vergangenheit hat Europa
431 eine besondere, historische Verantwortung. Statt aber eine Partnerschaft auf Augenhöhe
432 anzustreben, steht derzeit für die EU vor allem Migrationskontrolle und polizeiliche bzw.
433 militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die gegenwärtige europäische Agrar-, Fischerei-,
434 Handels- und Ressourcenpolitik verhindert nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung in
435 Afrika. Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen,
436 die am meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen eine
437 Wende in den Beziehungen zu unserem Nachbarkontinent und unsere afrikanischen Partner dabei
438 unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort, besonders für die Jugend,
439 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor allem
440 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der
441 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Da die Voraussetzung für gesellschaftlichen,
442 wirtschaftlichen und politischen Fortschritt oftmals die Teilhabe von Frauen ist, wollen wir
443 gemeinsam mit unseren Partner*innen unser Engagement für Geschlechtergerechtigkeit
444 verstärken.

445 Fokus unserer vertieften Zusammenarbeit ist eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung
446 durch sozial-ökologische Investitionen. Dabei wollen wir besonders mit kleinen und mittleren
447 Unternehmen zusammenarbeiten. Diese neue Partnerschaft Afrika-EU, die das Abkommen von
448 Cotonou ablösen wird, muss auf einem offenen und transparenten Ausgleich gegenseitiger
449 Interessen und Forderungen sowie auf Menschenrechten basieren. Um eine nachhaltige
450 Entwicklung im globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik in der EU, die
451 sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris, an der
452 Aktionsagenda von Addis Abeba und an der Agenda 2063 der Afrikanischen Union orientiert.

453 *Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte*

454 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger
455 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus erwächst
456 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China vermehrt mit
457 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den
458 verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der öffentlichen
459 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen in China.
460 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte, vornean der
461 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend eine der
462 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans einschließt.
463 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas
464 Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

465 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich mit
466 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der „globalen
467 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur
468 mitmacht, wo er ihr nutzt und kritische Äußerungen von innen und außen rigoros sanktioniert.
469 Die Europäische Union muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft zur
470 Kooperation - der Erhöhung der China-Kompetenz in der EU, etwa durch Ausbau der öffentlichen
471 Forschungsförderung, und dem Ausbau von kulturellem und Jugendaustausch - aber auch mit
472 Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen und mit Selbstbewusstsein

473 begegnen. Dabei muss auch darauf hingewirkt werden, dass die enormen Investitionen, die
474 China in anderen Ländern plant, auf eine nachhaltige Entwicklung einzahlen, um die globalen
475 und lokalen Umweltgüter, den sozialen Frieden sowie die internationale Sicherheit zu
476 bewahren.

477 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 478 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,
- 479 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,
- 480 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts zur
481 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,
- 482 • eine vertiefte und wirtschaftlich nachhaltige Partnerschaft zwischen EU und Afrika auf
483 Augenhöhe.

484 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

485 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv an einer
486 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Im
487 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte überhaupt
488 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU sind wir
489 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht nur
490 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu ergreifen
491 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-
492 Konflikt-Situationen, auch in Regionen, die nicht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit
493 stehen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten lässt sich am besten
494 verhindern, wenn frühzeitig in Kooperation mit lokalen Akteur*innen Strukturen vor Ort
495 unterstützt und gegebenenfalls aufgebaut werden, die Sicherheit herstellen und die
496 Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

497 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner
498 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und
499 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen Handelns,
500 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer menschenrechtsorientierten
501 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen Auswärtigen Dienst
502 ausbauen und auch die Aus- und Weiterbildung der Diplomat*innen stärken. Wir plädieren
503 dafür, die konsularischen Dienste der Mitgliedsländer gemeinsam in europäischen Botschaften
504 zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten für die eigentlichen diplomatischen Aufgaben
505 freizusetzen.

506 Gerade in Zeiten zahlreicher Krisen und Konflikte wollen wir zugleich die auswärtige
507 Bildungs- und Kulturpolitik nutzen und stärken – als dritte Säule der Außenpolitik und
508 wirkungsmächtiges Instrument europäischen Handelns, das den Kontakt mit der globalen
509 Zivilgesellschaft sichert und Gesprächskanäle öffnet, wo sonst Schweigen und Blockade
510 herrschen.

511 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch für den
512 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich wie die
513 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit im
514 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,
515 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Zivile Krisenprävention und
516 Konfliktbearbeitung gehören ins Zentrum der europäischen Friedens- und Außenpolitik. Wir
517 wollen die Mittel und das Personal, z.B. für die EU- Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,
518 deutlich erhöhen.

519 Die Kapazitäten für Frühwarnung und Mediation wollen wir ausbauen und zivilgesellschaftliche
520 Organisationen und NGOs stärker einbinden. Das Europäische Friedensinstitut wollen wir
521 stärken, gerade auch mit deutscher Beteiligung.

522 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für
523 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe zwischen
524 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir lehnen sowohl
525 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als auch
526 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument ab 2021 gemeinsam mit den elf anderen
527 außenpolitischen Finanzinstrumenten zum "Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und
528 internationale Kooperation" zu verschmelzen. Dieser neue große Topf birgt die Gefahr, dass
529 die Bekämpfung von Fluchtursachen militärisch gedacht wird. Stattdessen fordern wir eine
530 Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.

531 *Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen*

532 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Diktaturen.
533 Das wollen wir stoppen. Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden gefährden. Da viele
534 Rüstungskonzerne über Grenzen hinweg eng zusammenarbeiten, brauchen wir auch eine effektive,
535 strenge und gemeinsame Rüstungsexportkontrolle in der EU. Es braucht einklagbare strenge
536 Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Deshalb wollen wir Nichtregierungsorganisationen ein
537 Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte überprüfen
538 zu lassen. Besonders viele Opfer weltweit fordert der Einsatz von kleinen und leichten
539 Waffen. Die Bundesregierung muss zunächst den Export dieser Waffen und ihrer Munition an
540 Drittstaaten komplett verbieten und nur wenige und gut begründete Ausnahmen nur im Rahmen
541 von Missionen mit VN-Mandat zulassen. Ein solches Exportverbot für Kleinwaffen fordern wir
542 auch auf europäischer Ebene. Auch wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur
543 Unterdrückung von Menschen in Diktaturen genutzt werden. Wir fordern daher, dass die
544 Einhaltung der gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von Militärtechnologie und
545 Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008) überprüft und Verstöße gerichtlich
546 geahndet werden können. Im Rahmen der Überarbeitung der Dual-Use Verordnung fordern wir die
547 Einführung einer allgemeinen Menschenrechtsklausel, die nicht nur auf
548 Überwachungstechnologie anzuwenden ist.

549 Der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland
550 ist der wesentliche Pfeiler der internationalen Rüstungskontrolle und der europäischen
551 Sicherheitsarchitektur. Die einseitige Aufkündigung dieses Vertrags durch die US-Regierung
552 wäre fatal. Seit 2014 gibt es substantielle Vorwürfe gegen Russland, den Vertrag durch die
553 Entwicklung eines neuen Raketensystems zu verletzen. Dennoch halten wir es für falsch,
554 dieses Abkommen zu verlassen. Denn so steigt die Gefahr eines weltweiten nuklearen
555 Wettrüstens dramatisch an – nicht nur zwischen den USA und Russland, sondern auch mit Blick
556 auf andere Atomkräfte wie China, Iran oder Indien. Gegenseitige Inspektionen der
557 umstrittenen Waffensysteme wären jetzt das Gebot der Stunde, so wie der INF-Vertrag es für
558 den Streitfall vorsieht. Die EU muss jetzt alles dafür tun, dass der INF-Vertrag erhalten
559 bleibt. Es ist nötiger denn je, glaubwürdig für den Erhalt und die Stärkung internationaler
560 und regionaler Rüstungskontrollregime einzutreten. Maßnahmen zur Abrüstung muss die EU auch
561 auf neue Bereiche der Kriegsführung – wie das Internet, Weltraum und autonome Waffensysteme
562 – ausdehnen. Wir wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter
563 Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Das gilt
564 insbesondere für die Entwicklung, Herstellung, Beschaffung und Verbreitung voll-autonomer
565 Waffensysteme, bei denen Auswahl und Bekämpfung von Zielen keiner Steuerung durch den
566 Menschen unterliegen. Sie können zu massiven Völkerrechtsverletzungen führen und ein neues
567 Wettrüsten ankurbeln. Deshalb soll sich die EU für eine umfassende völkerrechtliche Ächtung
568 autonomer Waffensysteme (LAWs) einsetzen. Außerdem muss die EU zur atomaren Abrüstung

569 beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz für ein atomwaffenfreies Europa als auch
570 international, und ihre Mitglieder zur Unterzeichnung des UN-Vertrags auffordern.

571 *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

572 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der Verbreitung von
573 Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und
574 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer Haustür
575 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen stärker
576 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit
577 Europas. Doch auch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es sinnvoll,
578 die Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer
579 gesamteuropäischen Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In
580 diesem Sinne wollen wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die
581 verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in
582 nationale Rüstungssektoren zu pumpen. Den Aufbau einer europäischen Atommacht lehnen wir ab.
583 Genauso wenig wollen wir, dass Deutschland sich atomar bewaffnet oder sich unter den
584 Schutzschild der französischen Atomstreitkräfte stellt.

585 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts
586 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch eine
587 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis 100
588 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir besser
589 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die ständige und
590 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite der
591 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. PESCO ist mit der Teilnahme von 25
592 der 28 Mitgliedsstaaten zu einem Projekt nahezu der gesamten Europäischen Union geworden.
593 Die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir
594 zusätzliches Geld in ein ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken. Was
595 europäisch getan wird, darf nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert
596 werden. Vielmehr wollen wir eine sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene im
597 Sinne einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen Verteidigungsausgaben
598 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher ziviler
599 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Die Entwicklung des Europäischen
600 Verteidigungsfonds verfolgen wir kritisch und setzen uns für mehr Transparenz und
601 Kontrollmöglichkeiten durch das Europäische Parlament ein. Der Fonds darf nicht zu
602 Aufrüstung führen. Wir sind gegen eine Etablierung von Parallelstrukturen zur Gemeinsamen
603 Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wie die Europäische Interventionsinitiative
604 (EII). Ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur
605 innerhalb der Strukturen der Europäischen Union geben.

606 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile
607 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung von
608 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die
609 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität zählen.
610 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch parlamentarisch durch
611 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir, dass
612 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in Missmanagement und
613 Korruption enden.

614 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der Missionen der
615 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt werden. Auch
616 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen. Nationale
617 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen Parlaments aber

618 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft die
619 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

620 *Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor Verbrechen*
621 *gegen die Menschlichkeit*

622 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des Völkerrechts
623 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt werden. Wir
624 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen ein wie
625 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur Stabilisierung von
626 Friedensprozessen.

627 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des Zivilen.
628 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in denen
629 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne der
630 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der Lage oder
631 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei steht an
632 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir
633 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche
634 Mandate kritisch und sorgfältig.

635 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur
636 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder
637 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung
638 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv
639 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat anhaltend blockiert
640 ist, muss die Generalversammlung an seiner Stelle friedens erzwingende Maßnahmen mit
641 qualifizierter Mehrheit mandatieren, soweit sie das für notwendig befindet.

642 Einsätze müssen grundgesetzkonform sein und im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit
643 erfolgen. Ohne eine umfassende zivile Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare Konzepte
644 für die Zukunft des betroffenen Staates dürfen militärische Interventionen nicht erfolgen.

645 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 646 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,
- 647 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,
- 648 • Nachhaltige Friedenspolitik statt Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und
649 Krisengebiete,
- 650 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

651 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

652 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine menschenrechtsbasierte und
653 auf die nachhaltigen Entwicklungsziele ausgerichtete globale Strukturpolitik vorantreibt,
654 aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt. Politikkohärenz im Sinne einer
655 nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit beispielsweise Handelspolitik nicht
656 Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele, beschlossen im
657 Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen innerhalb der EU und global umgesetzt werden.
658 Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale, ökologische und wirtschaftliche Kriterien
659 zusammendenken. Ziele wie „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute Bildung“,
660 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU durch
661 eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Die EU als eine der größten
662 Geberinnen in der Entwicklungszusammenarbeit muss die Rolle von Frauen in

663 Entwicklungsvorhaben und die Auswirkung von Entwicklungsmaßnahmen auf Frauen und ihre
664 Gleichstellung ernst nehmen. Sie muss ihr selbstgesetztes Ziel, dass 85% der
665 Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergleichstellung beitragen, endlich erreichen und
666 mehr Mittel für Projekte zur Frauenförderung bereitstellen. Wir müssen unsere Politik
667 ändern, wenn Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn europäische
668 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung und Kapitalflucht missbraucht
669 werden oder wenn unsere Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine EU, die sich
670 Nationalismus und antidemokratischen Kräften entgegenstellt und sich glaubhaft für
671 nachhaltige Entwicklung engagiert, ist unser Ziel. Wichtig ist dabei, dass sie diese Ziele
672 nach innen und nach außen kohärent verfolgt und Widersprüche auflöst.

673 Eine kohärente nachhaltige Politik ist nicht nur die beste Antwort auf die Herausforderungen
674 weltweiter Flucht und Migrationsbewegungen, sondern auch für das Recht aller Menschen auf
675 ein gutes Leben und eine sichere Zukunft. Wir müssen endlich diese strukturellen Ursachen
676 der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen und globale Ungleichheit reduzieren.
677 Unser Lebensstil, unsere Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die
678 Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen im Süden unseres Planeten. Europäische
679 Unternehmen exportieren Rüstungsgüter in Krisengebiete, überfischen die Weltmeere, und
680 unsere Gesellschaften nehmen in Kauf, dass unsere Agrarexporte andernorts die
681 Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern als auch Kleinindustrie zerstören. Statt einer
682 immer stärkeren Repression gegen Menschen auf der Flucht braucht es eine kohärente
683 internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft,
684 Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele
685 der UN vorgeben. Unser Ziel ist es auch, dass eine Wertschöpfung vor Ort passiert und eine
686 weiterverarbeitende Industrie aufgebaut wird. Die Agenda 2030 definiert "wirtschaftliche
687 Entwicklung" nachhaltig. Es geht um verbesserte Lebensperspektiven und nötiges
688 wirtschaftliches Wachstum nicht auf Kosten des sozialen Zusammenhalts oder ökologischer
689 Nachhaltigkeit zu erreichen. Arme Länder sollen bei der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften
690 konkrete Unterstützung erhalten, damit dies nachhaltig und selbstbestimmt gelingt. Dies
691 bedeutet auch, dass wir globale Verteilungsgerechtigkeit in einem System natürlich
692 begrenzter Ressourcen neu denken.

693 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung
694 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens verpflichtet – die immer noch nicht erreicht sind.
695 Wir sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und innerhalb der
696 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden können.
697 Vielmehr brauchen wir einen verbindlichen Stufenplan, um das 0,7%-Ziel in der EU tatsächlich
698 zu erreichen und zu halten. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier besonders
699 in der Pflicht und müssen gemeinsam vorangehen. Mittelfristig soll die Zusätzlichkeit der
700 Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung gegenüber dem 0,7% Ziel sichergestellt werden.
701 Die knappen Entwicklungsgelder sollen vor allem den bedürftigsten Ländern zukommen.
702 Öffentlich-private Partnerschaften sollen dem Gemeinwohl und einer nachhaltigen Entwicklung
703 und nicht den Renditeerwartungen der Anleger dienen. Sie dürfen nicht zu neuen
704 Schuldenkrisen führen. Eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

705 Die zunehmende Aushöhlung der Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab. Daher stellen wir
706 uns gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission, das eigenständige Budget für die
707 Entwicklungszusammenarbeit aufzulösen und einem allgemeinen Instrument für Außenpolitik
708 unterzuordnen.

709 Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU konsequent
710 die Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und Schwellenländern begrenzt. Dazu
711 gehören Transparenzregister, das Austrocknen europäischer Steuersümpfe und die

712 verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler Konzerne, die in der EU ihren Sitz
713 haben.

714 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder
715 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt,
716 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine Stärkung
717 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen in diesem
718 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der europäischen
719 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen sollen
720 besser koordiniert sein. Außerdem wollen wir in der Nothilfe stärker auf genderspezifische
721 Bedürfnisse achten. Dazu gehören besonders die Bereiche sexuelle und reproduktive
722 Gesundheit, Müttergesundheit und die Unterstützung von Überlebenden sexualisierter und
723 geschlechtsspezifischer Gewalt.

724 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 725 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 726 • die Bekämpfung von Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und
727 Schwellenländern,
- 728 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation für
729 humanitäre Hilfe.
- 730 • eine faire, nachhaltige Entwicklungspolitik, die zu globaler Gerechtigkeit beiträgt

731 **4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

732 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen
733 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus extremer Armut
734 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von
735 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch
736 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von Menschen
737 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle globale
738 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die
739 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

740 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und Umwelt
741 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische
742 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels einnimmt.

743 *Global und demokratisch*

744 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO)
745 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen anderen
746 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald Trump oder
747 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen Abkommen.
748 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen Platz am
749 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition ärmerer Länder
750 wird geschwächt.

751 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten
752 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen der WTO.
753 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem
754 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

755 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher können für
756 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen sinnvoll sein.
757 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten Dritter
758 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Das Europaparlament muss
759 über das Mandat mitbestimmen und mehr Verhandlungsdokumente sollen öffentlich sein. Die
760 TTIP-Verhandlungen haben gezeigt, dass mehr Transparenz möglich ist. Auch müssen die
761 Abkommen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit
762 voranbringen. Getrieben von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa eine
763 Handelspolitik vorgebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr
764 Gegenteil verkehrt. Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen, während
765 Verstöße gegen Umweltschutz, Arbeitnehmer*innen- und Menschenrechte weiterhin nicht bestraft
766 werden.

767 Wir stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet, die in ihren
768 Handelsabkommen verbindlich soziale und ökologische Standards und das Vorsorgeprinzip
769 festschreibt, die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend schützt, den Pariser Klimavertrag
770 als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei der so
771 genannten regulatorischen Kooperation garantiert. Es ist nicht hinnehmbar, dass es
772 Sonderschiedsgerichte für Investoren gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder das
773 Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte und
774 Sonderklagerechte für private Investoren ab. Das sind unsere Maßstäbe für Handelsabkommen
775 wie CETA, JEFTA und TTIP. Deshalb lehnen wir CETA in dieser Form weiterhin ab. Wir sind
776 davon überzeugt, dass es möglich ist, das Abkommen im Sinne der oben genannten Kriterien zu
777 verändern, so lange es noch nicht endgültig in Kraft gesetzt ist. Die derzeit laufenden
778 Vertragsanpassungen wollen wir nutzen.

779 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich dagegen auf
780 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und bei CETA
781 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden konnten. Das
782 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische
783 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind. Denn leider halten die
784 Kommission und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten unbeirrt an ihrer falschen Agenda fest. Wir
785 Grünen treten auf allen Ebenen dafür ein, dass diese Politik geändert wird.

786 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum Beispiel
787 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards, des
788 Vorsorgeprinzips und des Pariser Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit Ländern
789 wie Japan bestünde die Chance, es endlich besser zu machen.

790 Auch beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) fehlen verbindliche soziale
791 und ökologische Standards. Die EU setzt auf die Liberalisierung bei Dienstleistungen, obwohl
792 öffentliche Wasser- und Stromversorgung gerade in den Ländern des Mercosur ein wichtiges
793 Mittel zur Armutsbekämpfung sind. Das Vorsorgeprinzip ist nicht verbindlich verankert.
794 Stattdessen ist auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus dem
795 Vertragstext geflogen. Dabei ist der Amazonas aufgrund der durch das Abkommen weiter
796 steigenden Rindfleischproduktion stark bedroht. Sie befeuert die Abholzung des Regenwaldes
797 und erschwert die Agrarwende in Europa.

798 Die EU sollte initiieren, dass die Mitgliedsstaaten ihre bestehenden nationalen
799 Investitionsschutzabkommen nachverhandeln, um die Investor-Staats-Schiedsgerichte zu
800 beenden. Wir unterstützen die EU Kommission bei ihrem Vorhaben, die existierenden
801 innereuropäischen Investitionsabkommen zu beenden.

802 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor
803 dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung

804 menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale
805 Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen
806 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen durch
807 Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt
808 werden. Regulatorische Kooperation darf nicht Standards absenken, sondern muss diese
809 verbessern.

810 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung
811 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von Umwelt und
812 Verbraucher*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU
813 reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-
814 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie bestimmte
815 Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden dürfen.

816 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen stärken und
817 damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von
818 Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

819 *Für faire Arbeits- und Produktionsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte*

820 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen und
821 Menschenrechte unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der
822 internationalen Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest
823 verankert werden, und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die EU
824 Handelsvergünstigungen auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf
825 freiwillige Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Unsere Kleidung
826 wird meist unter gefährlichen Bedingungen für extrem niedrige Löhne produziert.

827 Notwendig sind deshalb gesetzliche Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere
828 Klagemöglichkeiten innerhalb der EU – auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen,
829 die von europäischen Unternehmen verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu
830 mehr Verantwortung und Transparenz in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu,
831 Menschen- und Arbeiter*innenrechte einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den
832 Vorrang zu geben. Für Textileinfuhren nach Europa wollen wir gesetzliche Mindeststandards
833 verankern.

834 Innerhalb der WTO sollte die EU eine Initiative starten, die soziale und ökologische Regeln
835 für die gesamte Lieferkette im Textilbereich verankert. Diese Regeln können dann nach und
836 nach auf andere Sektoren ausgedehnt werden.

837 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir unterstützen
838 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von Paris als
839 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich umzusetzen.

840 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz darf
841 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir erreichen,
842 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum Beispiel
843 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber WTO- und
844 entwicklungsconform ausgestaltet sein muss.

845 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die letzte
846 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist ein
847 Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei Verstößen gegen
848 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir wollen in
849 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

850 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung
851 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese rückgängig
852 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden. Kommunen
853 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

854 *Faire Rohstoffpolitik*

855 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die Produktion
856 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und konsumiert wird
857 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir transparente
858 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende
859 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union konsumiert
860 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

861 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder
862 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit
863 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung darf aber
864 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire
865 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung
866 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen verbindliche
867 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines
868 transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt. Besonders
869 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

870 Europa trägt durch den Import von Soja, Palmöl und Holz in einem hohen Umfang zur weltweit
871 fortschreitenden Entwaldung bei. Wir wollen, dass die Europäische Holzhandelsverordnung
872 künftig für alle Holz- und Papierprodukte gilt und durch ein effektives Überwachungs- und
873 Sanktionssystem scharf gestellt wird. Sie muss für alle Liefer- und Verarbeitungsschritte
874 gelten. Außerdem engagieren wir uns für europaweit wirksame Regelungen, die den Handel mit
875 Gütern ausschließen, wenn ihre Herstellung direkt oder indirekt mit Waldvernichtung,
876 insbesondere von tropischen und borealen Wäldern oder vergleichbaren Ökosystemen,
877 einhergeht.

878 *Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe*

879 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den
880 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von Zöllen
881 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch
882 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in der
883 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen
884 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer eigenen
885 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen und zu
886 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Entwicklungsländer
887 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche Rechte sind
888 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Bei der Partnerschaft auf Augenhöhe spielen
889 für uns auch zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle.

890 Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend Raum für handelspolitische Schutzmaßnahmen
891 lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen und junge Industrien zu schützen.
892 Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für Entwicklungsländer. Ohne diese werden
893 die mageren Staatseinnahmen stark belastet und es fehlen Mittel für Investitionen in
894 öffentliche Güter wie Bildung, Basis-Gesundheitsdienste und andere Aspekte der öffentlichen
895 Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre Zölle auf verarbeitete Produkte aus
896 Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte Industrie und Wertschöpfung vor Ort
897 zu ermöglichen.

898 *Fairer Handel auch in der Landwirtschaft*

899 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und
900 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Das muss ein Ende
901 haben.

902 Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit
903 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Wenn Produkte in die EU importiert werden,
904 müssen Mindeststandards, beispielsweise die Arbeitsnormen der ILO, gelten.

905 Die Patentierung von Saatgut sowie Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss Investoren
906 und staatliche Institutionen dazu drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und
907 Landwirtschaftsorganisation der UN zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern einzuhalten.
908 Agrochemiekonzerne wie Bayer, der durch die Übernahme von Monsanto zum Marktbeherrscher
909 geworden ist, kontrollieren bereits jetzt große Teile des weltweiten Saatgut-, Düngemittel-
910 und Pestizidmarkts. Mit ihren Patenten werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure
911 Abhängigkeiten gezwungen und die Artenvielfalt wird zerstört.

912 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern auf freien
913 Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den
914 Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die
915 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger
916 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft
917 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

918 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 919 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen
920 Handelsverträgen der EU,
- 921 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
- 922 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.

923 **4.6 Drogenkriege beenden**

924 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,
925 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument*innen, verletzt Menschenrechte und trägt zur
926 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche
927 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion Verantwortung für die
928 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische Union sich
929 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet wird.

930 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern
931 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union soll
932 eine Reform der Drogenpolitik in den Mitgliedstaaten unterstützen, die zuallererst auf
933 Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt – und nicht
934 auf Verbote und Repression. Die kontrollierte Abgabe von Cannabis in einzelnen
935 Mitgliedstaaten sowie Modellprojekte auf regionaler Ebene können dazu beitragen, die
936 organisierte Kriminalität innerhalb der EU zu verringern.

937 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 938 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
- 939 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.

EP-V-01 Kapitel 5: Voranbringen, was uns voranbringt: Innovation, Bildung und Kultur

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-V Europawahlprogramm (Kapitel 5)

1 In atemberaubender Geschwindigkeit greifen der wissenschaftliche und technische Fortschritt
2 aus und immer tiefer in unsere Leben ein. Die Digitalisierung prägt, wie wir arbeiten, wie
3 wir kommunizieren, wie wir denken, wie wir lernen, wie wir reden. Sie stellt die Wirtschaft
4 auf den Kopf und vieles in Frage. Es öffnet sich ein Raum von ungeahnten Möglichkeiten und
5 Herausforderungen: nicht nur, dass Roboter Rasen mähen und Post austragen, sondern auch,
6 dass sie unsere Eltern und Großeltern im Heim pflegen. Dass ferngesteuerte Maschinen die
7 Felder so passgenau düngen, dass keine Nährstoffüberschüsse mehr entstehen. Dass Roboter
8 Kriege führen und über Leben und Tod bestimmen. Neue Konzerne dominieren die Märkte, und
9 ihre handelbare Ware sind unsere persönlichen, intimsten Daten. Aus Forschungen werden neue
10 Techniken. Es entsteht neue Arbeit, alte geht verloren.

11 Vieles klingt verheißungsvoll, anderes scheint unheimlich, aber in jedem Fall ist es eins:
12 fundamental. Es ist deshalb an der Politik, die Veränderungen entlang der europäischen Werte
13 zu gestalten. Das bedeutet, Entwicklungen zu fördern, aber auch zu entscheiden, was man
14 zulassen will und wie Anwendungen zu regulieren sind. Sinnvoll geht das nur auf europäischer
15 Ebene. Wenn wir wissen wollen, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmen, wer wie viel
16 für einen Flug bezahlen muss oder wer in die engere Auswahl für Jobs kommt, dann wird das
17 kaum national möglich sein. Sonst läuft der strengere nationale Standard leer, weil in den
18 Nachbarländern ein niedrigerer gilt, und die in der Regel global agierenden Konzerne lachen
19 sich ins Fäustchen.

20 Europa dagegen ist eine Macht. Wenn die EU will, kann sie die digitale Welt zivilisieren.
21 Sie muss aus unserer Sicht Regeln für die Haftung von Maschinen schaffen, für die
22 Transparenz und Überprüfbarkeit von Algorithmen, sie muss die Diskriminierung durch
23 Suchmaschinen, Filter und Co. verbieten. Andererseits gilt es, die Chancen, die sich auftun,
24 wirklich zu nutzen: Schlüsseltechnologien fördern und den Nährboden für Start-ups schaffen.
25 Ein schlagkräftiges neues Forschungsprogramm auflegen, damit neue Ideen und
26 Zukunftstechnologien schneller marktreif werden und der Technologietransfer in die Praxis
27 beschleunigt wird. An neu zu gründenden europäischen Universitäten Wissen bündeln und so die
28 Innovationskraft vervielfachen.

29 Und für all das gilt: Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, genauso von Kunst muss
30 garantiert sein. Kultur und Kreativität müssen sich frei entfalten können, was angesichts
31 des Drucks, unter dem Kulturschaffende in Ländern wie Ungarn stehen, keine
32 Selbstverständlichkeit mehr ist.

33 Bildung ist dabei der Schlüssel, damit wir für die rasanten Änderungen gewappnet sind. Das
34 gilt für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene. Wir wollen ein Recht auf
35 Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern. Schüler*innen, Auszubildende und
36 Student*innen sollen Europa konkret erfahren können. Dafür etwa wollen wir das europäische
37 Erasmus-Programm massiv ausbauen, damit Europa nicht nur für Akademiker erlebbar wird. So
38 schaffen wir ein Europa als Raum der Kreativität und Innovation, ein Europa, das auf der
39 Höhe der Zeit ist und die Entwicklungen steuert, statt ihnen hinterherzulaufen.

40 5.1 Die Digitalisierung zum Wohl der Menschen steuern

41 Die Digitalisierung kann uns helfen, effizienter und damit ökologischer zu handeln,
42 Informationen leichter zu verbreiten und mehr Transparenz herzustellen. Wir wollen den
43 digitalen Wandel demokratisch, ökologisch und sozial gestalten. Wir wollen die Chancen
44 ergreifen, um Arbeit zu erleichtern, Krankheiten zu heilen, Verkehrsunfälle zu vermeiden und
45 Bildungschancen zu erhöhen, und Innovationen fördern.

46 Als Grüne haben wir in Europa mit der Datenschutzgrundverordnung, die wir maßgeblich mit auf
47 den Weg gebracht haben, einen internationalen Standard gesetzt und schon viel erreicht.
48 Bürger*innen müssen sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen können. Das heißt vor
49 allem, über die eigenen Daten zu bestimmen.

50 Beim Datenschutz und bei der Daten- und der IT-Sicherheit kann Europa mit einheitlichen
51 Sicherheitsnormen voranschreiten und somit Wettbewerbsvorteile durch eine an unseren
52 Grundrechten orientierte Digitalpolitik erreichen. Gerade angesichts der zunehmenden
53 Bedeutung des „Internets der Dinge“ sind höchste Sicherheitsstandards essenziell, denn neue
54 digitale Angebote und Innovationen werden nur dann genutzt, wenn die Menschen ihnen auch
55 vertrauen.

56 Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden,
57 Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem
58 Ressourcenhunger einiges im Argen liegt. Insbesondere die Plattformökonomie mit ihren
59 Netzwerkeffekten schafft zunehmend Monopole und geschlossene Strukturen. Wir wollen Ordnung
60 in dieses System bringen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft
61 krisenfester und dynamischer wird. Dafür brauchen wir eine öffentliche Hand, die auch
62 gegenüber Konzernen durchgreifen kann, um für fairen Wettbewerb, den Schutz der
63 Verbraucher*innen und den Erhalt öffentlicher Güter zu sorgen.

64 *Mit Digitalisierung Ökonomie und Ökologie zusammenführen*

65 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen. Sie
66 schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Mit Videokonferenzen lässt
67 sich Teamarbeit weltweit vernetzen und damit der CO₂-Ausstoß durch Reisen reduzieren. Mit
68 intelligenten Stromnetzen und intelligent vernetzten Transportsystemen können wir unseren
69 Energieverbrauch reduzieren. Intelligente Stromnetze („smart grids“) und Zähler („smart
70 meters“) beschleunigen die Energiewende, und mit Carsharing und einer intelligenten
71 Verkehrssteuerung bringen wir die Verkehrswende voran. Dafür wollen wir ein europäisches
72 Förderprogramm, das sich exklusiv dem ökologischen Potenzial der Digitalisierung widmet und
73 die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert.

74 Die Digitalisierung kann also zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen.
75 Gleichzeitig frisst sie aber auch Ressourcen und Energie. So werden wertvolle Rohstoffe
76 zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der Energiebedarf für digitale Prozesse
77 wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen zufolge wird der digitale Energiebedarf 2040 die
78 weltweite Energieproduktion übersteigen, falls nicht umgesteuert wird. Deswegen wollen wir
79 prüfen, wie für energieintensive Prozesse, zum Beispiel die Blockchain, die Entwicklung
80 ökologischer Alternativen auf europäischer Ebene gefördert werden kann.

81 Wir wollen als Teil der europäischen Energiewende energiearme IT-Technik voranbringen und
82 eine europäische „Green IT“-Strategie auflegen. Diese Strategie soll die Forschung und
83 Entwicklung von ultraeffizienten Chips fördern und die europäische Halbleiterindustrie –
84 eine technologische Schlüsselbranche – in Richtung Nachhaltigkeit stärken. Darüber hinaus
85 setzen wir uns für „Green IT“-Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für
86 energieeffiziente, nachhaltige Rechenzentren ein. Gerade die europäische Verwaltung soll in
87 Zukunft „Green IT“-Systeme nutzen. Damit Fortschritte bei der Energie- und

88 Ressourceneffizienz von digitalen Technologien eine größere Verbreitung finden, wollen wir
89 vor allem Open-Hardware- und Open-Software-Lösungen unterstützen. Zahlreiche Projekte in
90 diesen Bereichen haben gezeigt, wie der Energieverbrauch und damit auch die Kosten gesenkt
91 werden können.

92 *Digitalen Wandel in der Wirtschaft entschlossen vorantreiben*

93 Europas Industrie steht mitten in einem bahnbrechenden Umbruch: Neue Technologien und
94 Innovationen fassen Fuß, neue Märkte entstehen und neue Wettbewerber treten auf. In
95 zahlreichen Zukunftstechnologien, wie der künstlichen Intelligenz oder autonomen Systemen,
96 befinden wir uns in einer Aufholjagd gegenüber anderen Weltregionen. Nur gemeinsam, mutig
97 und visionär kann Europa innovationsstärker werden.

98 Wir wollen, dass Europa kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk bei der
99 Digitalisierung unterstützt, sei es mit Beratungsangeboten oder Förderprogrammen.

100 Auch wollen wir, dass die jetzt schon an vielen Stellen etablierten und kommenden
101 Möglichkeiten der digitalisierten Arbeitswelt für mehr Freiheit der Arbeitnehmerinnen und
102 Arbeitnehmer genutzt werden. Die digitale Arbeitswelt birgt aber auch Fallen: Unfreiwillige
103 Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit und ständige digitale Leistungskontrolle werden
104 einfacher. Es braucht daher einen guten digitalen Arbeitsschutz für Beschäftigte und
105 Selbständige – sowohl gesetzlich wie tariflich. Dienstleistungsplattformen müssen sich ihrer
106 Verantwortung bei den Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und der Entlohnung stellen. Um
107 Menschen eine Perspektive zu bieten, deren Arbeitsplatz im Zuge der Digitalisierung
108 wegfällt, wollen wir europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken. Dazu möchten wir
109 das Recht auf Weiterbildung europäisch verankern.

110 Wir wollen die Freiheit im Netz erhalten und gleichzeitig dafür sorgen, dass Künstler*innen
111 und Kulturschaffende für ihre Arbeiten vergütet werden. Statt einer automatischen Löschung
112 bzw. Filterung von Inhalten wollen wir ein digitales Urheberrecht, bei dem diejenigen, die
113 mit den Werken anderer Geld verdienen, diese auch angemessen dafür bezahlen. Illegale
114 Plattformen, die Filme, Texte, Fotos oder Musik anbieten, oft mit weiteren Fallen für die
115 Besucher*innen, sollen gelöscht werden – und nicht die Nutzer*innen mit zum Teil absurden
116 Forderungen abgemahnt werden. Auch Plattformanbieter, die mit der Attraktivität von
117 Kulturleistungen Geschäfte – etwa mittels Werbung – machen, müssen die Künstler*innen
118 entschädigen. Entsprechend soll ein Vergütungssystem entwickelt werden, das Klick-, Besuchs-
119 und Downloadzahlen vergütet, ohne dass dabei die Nutzer*innen selbst überwacht werden. Wir
120 übertragen so die Rechtsnormen der analogen Welt in die digitale. Es braucht ein
121 zukunftsfähiges Künstlervertragsrecht, bei dem die Kulturschaffenden selbst über die
122 Bedingungen ihrer Vergütung mitentscheiden können und nebenbei auch alternative
123 Vertriebswege gehen können. So erhalten wir die Remix-Kultur im Internet, hören auf,
124 Nutzer*innen zu kriminalisieren, und sichern Künstler*innen eine Vergütung für ihre
125 Leistungen.

126 Europäische Forschungsprogramme wollen wir stärken, um bahnbrechende digitale Technologien
127 zu entwickeln. Gerade bei der Unterstützung von künstlicher Intelligenz (KI) wollen wir
128 gesamteuropäisch vorgehen. Deswegen setzen wir uns für ein europäisches Zentrum für
129 künstliche Intelligenz ein.

130 Europa soll Vorreiterin im Datenschutz bleiben. Auf der Basis der Datenschutzgrundverordnung
131 (DSGVO) wollen wir deshalb innovative und datenschutzfreundliche Unternehmen als digitales
132 Alleinstellungsmerkmal Europas fördern und „Privacy by Design“ und „Data Protection made in
133 Europe“ zum Wettbewerbsvorteil machen. Dazu gehören Investitionen in technische
134 Datenschutzforschung und Anonymisierungstechnologien, insbesondere im Zusammenhang mit „Big
135 Data“ und Algorithmen. Die öffentliche Hand muss bei der IT-Sicherheit Vorreiter sein. Wir

136 wollen sichere europäische Cloud-Lösungen fördern und Vertrauen stärken, indem Unternehmen
137 zu regelmäßigen Sicherheitsupdates verpflichtet werden.

138 Nicht nur im Datenschutz braucht es einen gesamteuropäischen Ordnungsrahmen, sondern auch
139 für die von uns Verbraucher*innen genutzten Plattformen. Es soll möglich werden, zwischen
140 den verschiedenen Plattformen und Messenger-Apps wie Threema und WhatsApp zu kommunizieren.
141 Denn es ist äußerst unpraktisch, wenn die Menschen zig unterschiedliche Apps benötigen, um
142 mit verschiedenen Freund*innen in Kontakt zu treten. Außerdem müssen Nutzer*innen, die die
143 Plattform wechseln, künftig ihre Daten mitnehmen können. Auch digitale Unternehmen können
144 und müssen im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer reguliert werden.

145 Damit Unternehmen und Verbraucher*innen von der Digitalisierung profitieren können, braucht
146 Europa eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Ohne sie wird es keinen vollendeten
147 europäischen digitalen Binnenmarkt geben. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
148 Mobilfunk gibt es Investitionslücken von hunderten Milliarden Euro. Deswegen setzen wir uns
149 für eine europäische Investitionsoffensive in die digitale Infrastruktur und für eine
150 Verbreitung öffentlicher WLAN-Netze ein.

151 Wir wollen, dass Investitionen aus Nicht-EU-Ländern durch eine Prüfung der Belange von
152 Sicherheit und der öffentlichen Ordnung („investment screening“) kritisch überprüft und ggf.
153 untersagt werden können.

154 *Digitalisierung und Gleichheit: Schutz vor Diskriminierung*

155 Große Fortschritte bei den digitalen Technologien und der Automatisierung stellen uns als
156 europäische Gesellschaft vor grundlegend neue Fragestellungen. In China sehen wir zum
157 Beispiel, wie digitale Technologien zur Massenüberwachung genutzt werden.

158 Immer stärker beruhen diese Technologien auf Algorithmen und künstlicher Intelligenz, die
159 zunehmend Entscheidungen für und über die Bürgerinnen und Bürger treffen. Wir Grünen wollen
160 möglicher Diskriminierung durch Algorithmen vorbeugen und verhindern, dass bestehende
161 gesellschaftliche Ungerechtigkeiten durch selbstlernende Systeme verstetigt werden. Zum
162 Beispiel ändern sich Preise für Flüge oder Einkäufe im Internet nutzerspezifisch. Wir wollen
163 die ethischen Implikationen neuer Technologien stärker erforschen und politisch
164 berücksichtigen. Wir wollen auf Europaebene rechtlich verankern, dass Algorithmen, die
165 automatisierte Entscheidungen über Menschen treffen, generell überprüfbar gemacht werden.
166 Wir fordern spezialisierte Schiedsstellen und ein erweitertes Verbandsklagerecht, um den
167 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung zu gewährleisten. Gerade die europäischen
168 Antidiskriminierungsstellen müssen diesbezüglich stärker ausgestattet werden.

169 Es stellen sich aber auch Fragen, wie wer für eine Fehlentscheidung haftet, die durch einen
170 Algorithmus getroffen wurde. Die Diskussion über einen ethischen Rahmen für Roboter und
171 künstliche Intelligenz ist deshalb wahrscheinlich eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wir
172 begrüßen, dass es seit kurzem eine europäische Expertenkommission gibt, die sich mit
173 grundsätzlichen ethischen und rechtlichen Fragen bezüglich Algorithmen, künstlicher
174 Intelligenz und digitalen Innovationen auseinandersetzt. Auch für andere autonome Systeme,
175 ob im Bereich der Mobilität, der Arbeit oder beim Militär, muss eine europäische
176 Digitaletik entwickelt werden. Wir fordern, dass diese Kommission konkrete Vorschläge für
177 einen Rechtsrahmen entwickelt.

178 Für uns als Grüne ist es jedoch noch wichtiger, dass die Diskussion um eine neue
179 Digitaletik als gesamtgesellschaftliche Debatte geführt wird. Wir wollen, dass die
180 Europäische Union bei dieser Frage innovativ vorgeht und nach dem Vorbild der irischen
181 „convention on the constitution“ Bürger*innen der EU auswählt, die die Fragen einer neuen
182 Digitaletik diskutieren und Vorschläge für eine neue Digitaletik für das Europäische
183 Parlament machen. Damit kann eine gute gesamtgesellschaftliche Debatte begonnen werden.

184 *Digitalisierung und Freiheit: soziale Medien sozial machen*

185 Wir als Grüne wollen erreichen, dass digitale Technologien das alltägliche Leben aller
186 Europäer*innen vereinfachen und den Menschen einen leichteren Zugang zu Informationen
187 ermöglichen.

188 Mit Facebook, Twitter und Co. ist ein digitaler öffentlicher Raum entstanden. Lange Zeit war
189 damit ein Optimismus verbunden, dass der einzelne Mensch durch die sozialen Medien nicht
190 mehr bloßer Informations-Empfänger, sondern auch Sender und Multiplikator von Informationen
191 werden kann und so mehr Freiheit und Aufklärung erreicht wird. In Diktaturen und Autokratien
192 bieten in der Tat verschiedene internetbasierte Anwendungen Oppositionellen die Chance, sich
193 zu vernetzen und Inhalte zu verbreiten, die in der kontrollierten Presse verschwiegen
194 werden.

195 Auf der anderen Seite müssen wir aber feststellen, dass die digitale Welt von Diktaturen und
196 autoritären Regimes zur Festigung ihrer Herrschaft genutzt wird. Hass, Lügen und
197 Unwahrheiten verbreiten sich so leicht wie nie. Auch die völkisch-nationalistische Rechte
198 organisiert und koordiniert sich über Social Media und nutzt Online-Plattformen für ihre
199 Hetze gegen Antifaschist*innen, demokratische Politiker*innen, Geflüchtete und Minderheiten.
200 Die Verifikation und Filterung von Quellen und Informationen durch professionelle
201 Journalist*innen entfällt, wenn Nutzer*innen alles einfach direkt in sozialen Medien
202 verbreiten. Durch die Macht der Lügen und Unwahrheiten bröckelt der gesellschaftliche
203 Zusammenhalt. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir den investigativen Journalismus genauso
204 stärken wie die Medienbildung in Schule und Weiterbildung, damit sich Bürgerinnen und Bürger
205 kritisch mit den Wirkungsweisen und Dynamiken sozialer Medien auseinandersetzen können.

206 Gleichzeitig braucht es europäische Regeln für soziale Medien. Da sie eine neue digitale
207 Öffentlichkeit geschaffen haben, können wir die Definition, was auf den Plattformen erlaubt
208 ist und was nicht, nicht alleine den Betreiber*innen überlassen, sondern müssen dies
209 politisch regeln. Bis heute ist völlig unklar, nach welchen Kriterien manche Algorithmen
210 Inhalte anzeigen und wem was gezeigt wird. Das ist intransparent und verhindert einen
211 selbstbestimmten Umgang mit dem Internet.

212 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 213 • ein Verbot von Diskriminierungen durch Algorithmen und eine Verpflichtung zu deren
214 Transparenz,
- 215 • den europaweiten Ausbau digitaler Infrastruktur,
- 216 • Regeln für soziale Medien, damit wir Hass und Hetze wirksam entgegentreten können.

217 **5.2 Europäische Forschung fördern und Start-ups stärken**

218 Forschung und Entwicklung bilden die Basis, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen
219 und unser Leben noch lebenswerter zu gestalten. Ein vertiefter, dynamischer und weltoffener
220 Forschungsraum in Europa ist von zentraler Bedeutung.

221 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, weltweit
222 führender Innovations- und Forschungsstandort zu werden. Bisher bleibt dieses Ziel
223 unerreicht. Vielmehr konnten die USA ihre Führungsrolle behaupten und China konnte die EU
224 bei der Höhe der Investitionen in Forschung und Entwicklung überholen. Dies spiegelt sich in
225 der Entwicklung neuer Technologien wider.

226 Wir wollen Europa als Forschungs- und Entwicklungsregion unterstützen. Besonders im Bereich
227 der Digitalisierung und Robotik, der Biotechnologie und Nanotechnologie finden derzeit

228 rasante Entwicklungen statt, und Europa muss aufpassen, weltweit den Anschluss nicht zu
229 verlieren.

230 Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Wert demokratischer
231 Verfassungen. Ihre Grenzen liegen in der Menschenwürde, bei tierethischen Prinzipien und
232 dort, wo hohe Umweltrisiken entstehen. Welche Erkenntnisse und Ergebnisse wir nutzen wollen,
233 muss immer gesellschaftlich verhandelt werden. Die europäische Forschungslandschaft besteht
234 heute noch zu sehr aus einem Flickenteppich nationaler Forschungsprogramme, ineffizienten
235 Doppelungen und einer massiven Spaltung zwischen forschungsstarken und forschungsschwachen
236 Mitgliedstaaten. Und das in einer Zeit, in der angesichts der zahlreichen globalen
237 Herausforderungen sowie des Drucks populistischer Kräfte auf die Wissenschaftsfreiheit mehr
238 internationale und europäische Zusammenarbeit dringend notwendig ist. Einzelnen für sich haben
239 die Mitgliedstaaten nicht die finanzielle Durchschlags- und internationale Strahlkraft
240 entwickelt, die es im globalen Wettlauf der Innovationen braucht. Dafür benötigt es einen
241 ganzheitlichen Ansatz. Noch immer wird das selbstgesetzte Ziel, 3 % des BIP für Forschung
242 und Entwicklung zu investieren, verfehlt. Noch immer werden Forschungsmilliarden in den
243 Kernfusionsreaktor ITER fehlgeleitet. Noch immer scheitern viele kleine und mittlere
244 Unternehmen an einer Teilnahme an den EU-Forschungsprogrammen, weil die Hürden zu hoch, zu
245 kompliziert, zu bürokratisch sind. Und noch immer bleiben viele gute Ideen aus der
246 Spitzenforschung auf der Strecke oder werden in anderen Regionen zu Geld gemacht, weil sie
247 nicht in den Markt umgesetzt werden.

248 *Ein neues Forschungsprogramm ab 2020*

249 Der Zeitpunkt, um dies zu ändern, ist genau richtig. Das aktuelle europäische
250 Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ läuft aus. Jetzt können wir ein schlagkräftiges
251 Nachfolgeprogramm auf die Beine stellen, das die europäische Forschungslandschaft vernetzt,
252 Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative Start-ups schafft und die
253 angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Forschung muss dabei Hand in Hand mit
254 sozialen Innovationen gehen.

255 Forschungs- und Innovationsförderung soll auf die großen gesellschaftlichen
256 Herausforderungen von Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Ressourcenknappheit bis zur
257 Krebs- und Demografie-Forschung ausgerichtet werden. Das Nachfolgeprogramm „Horizon Europe“
258 muss dafür sorgen, dass neue Ideen schneller marktreif werden und der Technologietransfer in
259 die Praxis beschleunigt wird. Für umweltverträgliche Zukunftstechnologien wollen wir die
260 Markteinstiegsphase beschleunigen. Die Umwidmung ziviler Forschungsmittel für die
261 Rüstungsforschung lehnen wir strikt ab.

262 Forschung wird aber nicht nur durch bessere materielle Ausstattung attraktiv, sondern auch
263 durch ein attraktives Umfeld und soziale Faktoren, wie eine gute Kinderbetreuung. Wir wollen
264 in allen EU-Mitgliedsländern faire statt prekäre Karrierewege für Wissenschaftler*innen
265 schaffen, damit sie uns erhalten bleiben. Echte Wissenschaftsfreiheit setzt eine solide
266 Grundfinanzierung voraus, so dass nicht nur für Unternehmen lukrative Forschungsgebiete
267 bestehen, sondern auch Grundlagen- und kritische Forschung langfristig in der EU eine Heimat
268 haben: Das muss durch die Förderpolitik gesichert werden.

269 *Schutz für bedrohte Wissenschaftler*innen*

270 Mit großer Sorge sehen wir, dass international zunehmend politischer Druck auf
271 Wissenschaftler*innen ausgeübt wird. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch
272 verbrieftes Grundrecht. Wenn in der Türkei mehrere tausend Wissenschaftler*innen aus
273 politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn in Ungarn Universitäten bedroht
274 werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. Wir setzen uns
275 dafür ein, dass Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr

276 Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen können. Es
277 ist daher unser Ziel, dass die EU einen europäischen „Fonds für verfolgte
278 Wissenschaftler*innen“ einrichtet, aus dem Forschungsaufenthalte an Universitäten,
279 Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen für solche Gastwissenschaftler*innen
280 finanziert werden können. In mehreren grün mitregierten Bundesländern haben wir mit einem
281 solchen Fonds schon erste Erfolge erzielt. Zudem kommt dadurch auch neue, inspirierende
282 wissenschaftliche Expertise nach Europa. Dies stärkt den Wissenschaftsstandort, aber auch
283 den Ruf und das Ansehen Europas als Kontinent des politisch gelebten Humanismus.

284 *Rückenwind für Start-ups*

285 Gerade den Pionieren – den Start-ups – wollen wir Rückenwind geben und dafür sorgen, dass
286 sie mit frühzeitigen Finanzierungsprogrammen und Infrastruktur unterstützt werden.
287 Insbesondere Frauen wollen wir bei der Gründung von Unternehmen und bei der
288 Forschungsförderung unterstützen. Für die erfolgversprechendsten Start-ups fordern wir einen
289 „Europäischen Startup Pass“. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen
290 und nationalen Start-up-Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch sogenannte
291 Inkubatoren, also Einrichtungen, die sie auf dem Weg in die Selbständigkeit begleiten, zu
292 erhalten. Sie sollen außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur
293 Rechtslage und zu Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiterinnen
294 des Start-ups bekommen. Um die europäische Start-up-Landschaft weiter zu fördern und zu
295 stärken, wollen wir auch mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
296 dafür sorgen, dass in jedem EU-Mitgliedsland ein One-Stop-Shop für Start-ups mit
297 niedrigschwelliger Beratung verfügbar ist. Diese niedrigschwelligen Beratungen wollen wir
298 untereinander vernetzen, damit die europäische Start-up-Szene weiter zusammenwächst. Jungen
299 Menschen wollen wir durch ein Förderprogramm für Start-ups dabei helfen, Jobs zu schaffen,
300 wo kaum noch welche zu finden sind.

301 Auch erfolgversprechende nichteuropäische Start-ups wollen wir für Europa gewinnen. Dafür
302 fordern wir ein „Europäisches Startup Visum“, ähnlich dem französischen „Tech Ticket“. Neben
303 dem Visum sollen ausländischen Start-ups auch Beratungsangebote und finanzielle
304 Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

305 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 306 • ein neues Forschungsprogramm, das angewandte und Grundlagenforschung gleichsam in den
307 Blick nimmt,
- 308 • Wissenschaftsfreiheit und den Schutz von bedrohten Wissenschaftler*innen,
- 309 • eine Gründerförderung durch einen Start-up-Pass und durch Start-up-Visa.

310 **5.3 Bildung europäisch leben**

311 Wir wollen grenzüberschreitende Bildungsangebote. In einem anderen europäischen Land die
312 Schule zu besuchen, zu studieren oder eine Ausbildung oder Praktika zu machen, dort zu leben
313 und zu lernen, hat heute schon für Millionen Menschen die europäische Gemeinschaft konkret
314 erfahrbar gemacht. Wenn der Austausch über nationale Grenzen hinweg zu einem
315 selbstverständlichen Bestandteil der Bildungsbiografie aller Unionsbürger*innen wird, ist
316 ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft geschafft. Bisher reicht
317 der Horizont von Bildungspolitik jedoch viel zu oft nur bis zur Landes- oder Staatsgrenze.
318 Bildungserfahrungen im Ausland sind viel zu oft noch ein Privileg für Akademiker*innen und
319 Menschen mit guten Einkommen.

320 Wir wollen auf der europäischen Ebene in allen Bildungsbereichen die Vernetzung und
321 gemeinsame Arbeit in Projekten der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fördern. So

322 erreichen wir, dass sich viele aktiv an der Gestaltung einer ökologisch verträglichen,
323 wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Gesellschaft beteiligen und somit das
324 Zusammenleben in Europa gestärkt wird.

325 *Jugendfreiwilligendienst in Europa garantieren*

326 Wir stehen für ein Europa der engagierten Zivilgesellschaft. Wir wollen das große Engagement
327 gerade von jungen Europäerinnen und Europäern in der Gesellschaft für und mit anderen
328 fördern und unterstützen.

329 Allen jungen Menschen in Europa, die sich für die Gesellschaft in Form eines freiwilligen
330 Dienstes für ein Jahr engagieren möchten, müssen dies auch können. Deswegen setzen wir uns
331 für eine europaweite Garantie ein. Sowohl der europäische als auch die nationalen Dienste
332 müssen so ausfinanziert sein, dass auch Jugendliche aus Elternhäusern mit geringem Einkommen
333 diese Möglichkeit nutzen können. Dafür wollen wir 1 Million Plätze im europäischen
334 Freiwilligendienst schaffen und über Erasmus+ hinaus zusätzliche europäische Mittel zur
335 Finanzierung einsetzen.

336 *Erasmus für alle*

337 Das europäische Austauschprogramm Erasmus ist ein Markenzeichen und eine der großen
338 Erfolgsgeschichten Europas. Es hat in den 30 Jahren seines Bestehens die Biografien vieler
339 junger Europäer*innen geprägt. Der Freiheitsraum Europa wurde so für Millionen Menschen Teil
340 ihres Lebensgefühls.

341 Wir wollen, dass alle jungen Menschen in der EU unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern und
342 von der Schule, die sie besuchen, während ihrer Schulzeit, Ausbildung oder ihres Studium die
343 Chance haben, an einem Austausch mit dem europäischen Ausland teilzunehmen. Dazu möchten wir
344 das Erasmus-Programm massiv ausbauen, für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende.

345 Beim Schulaustausch wollen wir Erasmus+ einfacher zugänglich machen. Zu detaillierte
346 Voraussetzungen, wie zum Beispiel das Kriterium, dass an dem Austausch junge Menschen aus
347 mehreren Ländern und nicht nur aus zwei Ländern teilnehmen müssen, stellen unnötige Hürden
348 dar. Statt absurd überbürokratisierter Programme wie Move2Learn, Learn2Move, die auf nur ca.
349 5.000 Teilnehmer*innen EU-weit pro Jahr ausgelegt sind, wollen wir breit zugängliche,
350 einfache und pauschalisierte Antrags- und Förderverfahren für Schulen, so dass die Programme
351 wirklich genutzt werden können.

352 Nach wie vor erreichen die Angebote zu wenige Azubis und junge Arbeitnehmer*innen. Dabei
353 sind Auslandspraktika in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine hervorragende
354 Möglichkeit, interkulturelle und zusätzliche fachliche Kompetenzen zu erwerben. Hier geht
355 also noch mehr: Wir wollen das Informationsangebot verbessern, Antrags- und
356 Anerkennungsverfahren einfacher gestalten und passgenaue Unterstützungsangebote einrichten.

357 Das bisherige Ziel der EU, der Hälfte eines Jahrgangs von Studierenden einen
358 Auslandsaufenthalt in einem anderen europäischen Land zu ermöglichen, wurde noch nicht
359 erreicht. Um in die Welt zu gehen, braucht man eine soziale Absicherung. Daher wollen wir
360 Risiken und Barrieren, die der Mobilität von Studierenden im Wege stehen, ausräumen und eine
361 soziale Staffelung der Erasmus-Unterstützung verbindlich machen. Sie kann für weniger
362 wohlhabende Studierende bis zu einem Vollstipendium reichen.

363 *Eine europäische Gesellschaft braucht Europäische Universitäten*

364 Wir Grünen unterstützen die Idee der Gründung Europäischer Universitäten. Hochschulen sind
365 eine europäische Erfindung, sie prägen Geistesleben, Wissenschaft und Kultur unseres
366 Kontinents seit Jahrhunderten. Aufgabe einer Europäischen Universität ist es, eine ganz
367 Europa umfassende wissenschaftliche Bildung zu verankern und die Verknüpfung bislang

368 national geprägter Wissenschaftsdisziplinen zu fördern. In Lehre und Forschung bündelt sie
369 vorhandene Kräfte und Kompetenzen mit dem Anspruch, zu den besten Hochschulen der Welt zu
370 gehören.

371 Institutionelles Vorbild bzw. Kern für Europäische Universitäten können das Europäische
372 Hochschulinstitut in Florenz, die Europa-Universität Viadrina oder bestehende Kooperationen,
373 wie zum Beispiel der Hochschulverbund Eucor – The European Campus – sein. Dort arbeiten fünf
374 Universitäten am Oberrhein bereits seit Jahrzehnten zusammen und kooperieren in vier
375 strategisch bedeutenden Forschungsschwerpunkten.

376 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 377 • Ausbau des europäischen Freiwilligendienstes,
- 378 • Erasmus-Programm für alle,
- 379 • Europäische Universitäten,
- 380 • sozial-ökologische Bildungsprogramme.

381 **5.4. Europas Kulturreichtum mehren**

382 Wir wollen europaweit die Investitionen in Kultur und Kunst ausweiten und den
383 Kulturaustausch zwischen Europa und der Welt fördern.

384 Europa hat in seiner wechselhaften und oft dramatischen Geschichte ein kulturelles
385 Verständnis ausgeprägt, das weit über seine Grenzen hinaus eine hohe Anziehungskraft
386 entfaltet. Die Dichte der Theaterlandschaft, seine vielfältige Musik, bildende Kunst und
387 Literatur, seine Museen, Bibliotheken und Architektur formen in ihrem historischen
388 Bewusstsein und in immer wieder neuen Gestaltungen kulturelle Bezugspunkte in unseren
389 Städten und Gemeinden. Wir wollen eine europäische Kulturpolitik, die die vielen regionalen
390 kulturellen Ausprägungen seiner 500 Millionen Bewohner*innen lebendig hält. Gleichzeitig
391 wollen wir die Idee einer gemeinsamen Kultur durch die Reflexion der europäischen Aufklärung
392 und die wechselseitige Neugier auf kulturelle Werte der Nachbarn durch eine Förderung
393 grenzüberschreitender Kulturprojekte auch mit anderen Regionen dieser Welt fördern. Eine
394 lebendige Kulturpolitik, die Vielfalt und Innovation zulässt und fördert, ist eine wichtige
395 Grundlage zur Weiterentwicklung der Demokratie in Europa.

396 Wir wollen den europäischen Film – vor allem regionale Produktionen – stärken, durch
397 Filmförderung künstlerische Qualität befördern und den Vertrieb europäischer Filme und die
398 Entwicklung qualitativ hochwertiger Computerspiele stärker unterstützen.

399 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 400 • europaweite Investitionen in Kultur und Kunst,
- 401 • die Förderung des europäischen Kulturaustauschs,
- 402 • die Förderung des europäischen Films,
- 403 • die Förderung der europäischen Computerspiel-Entwicklung.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 5: Voranbringen, was uns voranbringt: Innovation, Bildung und Kultur

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 10.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-V Europawahlprogramm (Kapitel 5)

1 In atemberaubender Geschwindigkeit greifen der wissenschaftliche und technische Fortschritt
2 aus und immer tiefer in unsere Leben ein. Die Digitalisierung prägt, wie wir arbeiten, wie
3 wir kommunizieren, wie wir denken, wie wir lernen, wie wir reden. Sie wird immer noch stark
4 von Männern dominiert. Sie stellt die Wirtschaft auf den Kopf und vieles in Frage. Es öffnet
5 sich ein Raum von ungeahnten Möglichkeiten und Herausforderungen: Nicht nur, dass Roboter
6 Rasen mähen und Post austragen, sondern auch, dass sie unsere Eltern und Großeltern im Heim
7 pflegen. Dass ferngesteuerte Maschinen die Felder so passgenau düngen, dass keine
8 Nährstoffüberschüsse mehr entstehen. Dass Roboter Kriege führen und über Leben und Tod
9 bestimmen. Neue Konzerne dominieren die Märkte, und ihre handelbare Ware sind unsere
10 persönlichen, intimsten Daten. Aus Forschungen werden neue Techniken. Es entsteht neue
11 Arbeit, alte geht verloren und unsere Art zu arbeiten ändert sich.

12 Vieles klingt verheißungsvoll, anderes scheint unheimlich, aber in jedem Fall gilt:
13 Technischen Fortschritt kann man nicht aufhalten und auch nicht rückgängig machen.
14 Es ist deshalb an der Politik, die Veränderungen entlang der europäischen Werte zu
15 gestalten. Das bedeutet, Entwicklungen zu fördern, aber auch zu entscheiden, was man
16 zulassen will und wie Anwendungen zu regulieren sind. Sinnvoll geht das nur auf europäischer
17 Ebene. Wenn wir wissen wollen, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmen, wer wie viel
18 für einen Flug bezahlen muss oder wer in die engere Auswahl für Jobs kommt, dann wird das
19 kaum national möglich sein. Sonst können sich global agierende Konzerne den niedrigsten
20 nationalen Standard aussuchen.

21 Europa dagegen ist eine Macht. Wenn die EU will, kann sie die digitale Welt zivilisieren.
22 Sie muss aus unserer Sicht geeignete Regeln für die Haftung von Maschinen schaffen, für die
23 Transparenz und Überprüfbarkeit von Algorithmen, sie muss die Diskriminierung durch
24 Suchmaschinen, Filter und Co. verbieten. Andererseits gilt es, die Chancen, die sich auftun,
25 wirklich zu nutzen: Schlüsseltechnologien und Start-Ups mit nachhaltigen Geschäftsmodellen
26 fördern. Ein neues Forschungsprogramm auflegen, damit Ideen und Zukunftstechnologien zum
27 Nutzen der Gesellschaft entwickelt werden und der Technologietransfer in die Praxis
28 beschleunigt wird. An neu zu gründenden europäischen Universitäten Wissen bündeln und so die
29 Innovationskraft vervielfachen.

30 Und für all das gilt: Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, genauso von Kunst muss
31 garantiert sein. Kultur und Kreativität müssen sich frei entfalten können, was angesichts
32 des Drucks, unter dem Kulturschaffende in Ländern wie Ungarn stehen, keine
33 Selbstverständlichkeit mehr ist.

34 Bildung ist dabei der Schlüssel, damit wir für die rasanten Änderungen gewappnet sind. Das
35 gilt für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene. Wir wollen ein Recht auf
36 Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern. Schüler*innen, Auszubildende und
37 Student*innen sollen Europa konkret erfahren können. Dafür etwa wollen wir das europäische
38 Erasmus-Programm massiv ausbauen, damit Europa nicht nur für Akademiker erlebbar wird. So

39 schaffen wir ein Europa als Raum der Kreativität und Innovation, ein Europa, das auf der
40 Höhe der Zeit ist und die Entwicklungen steuert, statt ihnen hinterherzulaufen.

41 **5.1 Die Digitalisierung zum Wohl der Menschen steuern**

42 Die Digitalisierung kann uns helfen, effizienter und ökologischer zu handeln, Informationen
43 leichter zu verbreiten und mehr Transparenz herzustellen. Wir wollen den digitalen Wandel
44 demokratisch, ökologisch, sozial und feministisch gestalten. Wir wollen die Chancen
45 ergreifen, um Arbeit zu erleichtern, um Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit zu
46 verbessern genauso wie die medizinische Versorgung, Ressourcen zu sparen, Verkehrsunfälle zu
47 vermeiden und Bildungschancen zu erhöhen sowie Innovationen zu fördern.

48 Als Grüne haben wir in Europa mit der Datenschutzgrundverordnung, die wir maßgeblich mit auf
49 den Weg gebracht haben, einen internationalen Standard gesetzt und schon viel erreicht.
50 Bürger*innen müssen sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen können und die volle
51 Souveränität über ihre Daten behalten.

52 Beim Datenschutz und bei der Daten- und der IT-Sicherheit kann Europa mit einheitlichen
53 Sicherheitsnormen voranschreiten und somit Wettbewerbsvorteile durch eine an unseren
54 Grundrechten orientierte Digitalpolitik erreichen. Gerade angesichts der zunehmenden
55 Bedeutung des „Internets der Dinge“ sind höchste Sicherheitsstandards essenziell und sollten
56 gesetzlich verankert werden.

57 Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden,
58 Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem
59 Ressourcen hunger einiges im Argen liegt. Insbesondere die Plattformökonomie mit ihren
60 Netzwerkeffekten schafft zunehmend Monopole und geschlossene Strukturen. Wir wollen Ordnung
61 in dieses System bringen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft
62 krisenfester und dynamischer wird. Unser Ziel ist eine nachhaltige Digitalökonomie. Um sie
63 zu erreichen, setzen wir auf eine echte Netzneutralität, freie und überprüfbare Software,
64 offene Schnittstellen, Interoperabilität und eine vitale Entwickler*Innen-Community, deren
65 Bemühungen für ein offenes und innovationsfreundliches Internet wir beispielsweise durch die
66 Anerkennung der Gemeinnützigkeit unterstützen. Gegenüber marktmächtigen Plattformen und
67 Anbietern brauchen wir ein Europa, das mit einer Stimme spricht, um für den Schutz von
68 Verbraucher*innenrechten, fairen Wettbewerb und den Erhalt öffentlicher Güter zu sorgen.
69 Trivial- und Softwarepatente lehnen wir ab.

70 *Mit Digitalisierung Ökonomie und Ökologie zusammenführen*

71 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen. Sie
72 schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Mit Videokonferenzen lässt
73 sich Teamarbeit weltweit vernetzen und damit der CO₂-Ausstoß durch Reisen reduzieren. Mit
74 intelligenten Stromnetzen und intelligent vernetzten Transportsystemen können wir unseren
75 Energieverbrauch reduzieren und die Energiewende beschleunigen, mit einer intelligenten
76 Mobilitätsplanung und -steuerung bringen wir die Verkehrswende voran.

77 Dafür wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem ökologischen Potenzial der
78 Digitalisierung widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann
79 also zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Gleichzeitig frisst sie aber
80 auch Ressourcen und Energie. So werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung
81 gebraucht und der Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen
82 zufolge wird der digitale Energiebedarf 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen,
83 falls nicht umgesteuert wird. Deswegen wollen wir ein europäisches „Recht auf Reparatur“
84 schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig Ersatzteile anzubieten sowie
85 Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern, dass der Zeitraum, in dem Produkte mit
86 zeitnahen Sicherheitsupdates versorgt werden, für Verbraucher*innen einheitlich und gut

87 sichtbar gekennzeichnet ist und für eine typabhängige Mindestfrist garantiert werden muss.
88 Gleichzeitig wollen wir Open-Hardware- und Open-Source-Software-Produkte besonders fördern,
89 da diese auch nach Ende der Herstellerunterstützung noch weitergenutzt werden können.

90 Wir wollen als Teil der europäischen Energiewende energiearme IT-Technik voranbringen und
91 eine europäische „Green IT“-Strategie auflegen. Diese Strategie soll die Forschung und
92 Entwicklung von ultraeffizienten Chips fördern und die europäische Halbleiterindustrie –
93 eine technologische Schlüsselbranche – in Richtung Nachhaltigkeit stärken. Darüber hinaus
94 setzen wir uns für „Green IT“-Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für
95 energieeffiziente, nachhaltige Rechenzentren ein. Gerade die europäische Verwaltung soll in
96 Zukunft „Green IT“-Systeme nutzen. Damit Fortschritte bei der Energie- und
97 Ressourceneffizienz von digitalen Technologien eine größere Verbreitung finden, wollen wir
98 vor allem Open-Hardware- und Open-Software-Lösungen unterstützen. Zahlreiche Projekte in
99 diesen Bereichen haben gezeigt, wie der Energieverbrauch und damit auch die Kosten gesenkt
100 werden können.

101 *Digitalen Wandel in der Wirtschaft entschlossen vorantreiben*

102 Europas Industrie steht mitten in einem bahnbrechenden Umbruch: Neue Technologien und
103 Innovationen fassen Fuß, neue Märkte entstehen und neue Wettbewerber treten auf. In
104 zahlreichen Zukunftstechnologien, wie der künstlichen Intelligenz oder autonomen Systemen,
105 befinden wir uns in einer Aufholjagd gegenüber anderen Weltregionen. Nur gemeinsam, mutig
106 und visionär kann Europa innovationsstärker werden.

107 Wir wollen, dass die EU kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk bei der
108 Digitalisierung mit unbürokratischen Beratungsangeboten oder Förderprogrammen unterstützt.

109 Auch wollen wir, dass die jetzt schon an vielen Stellen etablierten und kommenden
110 Möglichkeiten der digitalisierten Arbeitswelt für mehr Freiheit der Arbeitnehmerinnen und
111 Arbeitnehmer genutzt werden. Die digitale Arbeitswelt birgt aber auch Fallen: Unfreiwillige
112 Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit, Arbeitsverdichtung und ständige digitale
113 Leistungskontrolle werden einfacher. Es braucht daher einen guten Arbeitsschutz für
114 Beschäftigte und Selbständige – sowohl gesetzlich wie tariflich. Dienstleistungsplattformen
115 müssen sich ihrer Verantwortung bei den Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und der
116 Entlohnung stellen. Um Menschen eine Perspektive zu bieten, deren Arbeitsplatz im Zuge der
117 Digitalisierung wegfällt, wollen wir europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken.
118 Dazu möchten wir das Recht auf Weiterbildung europäisch verankern. Fortbildungen allein
119 schaffen allerdings keine neuen Arbeitsplätze. Durch Digitalisierung ersparte Arbeit darf
120 nicht Gewinn für die einen und Existenzvernichtung für die anderen bedeuten: Durch
121 Digitalisierung ermöglichte Profite und Zeitkontingente müssen gerecht an alle verteilt
122 werden. Wir müssen daher neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodelle für Wertschöpfung durch
123 Maschinen und Algorithmen entwickeln und Grundsicherung für Menschen von Lohnarbeit
124 entkoppeln. Digitalisierung als Gemeinwohl wird so zur Chance für neue menschliche
125 Entfaltungsräume.

126 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Freiheit im Netz zu stärken und um
127 eine angemessene Vergütung für Künstler*innen und Kulturschaffende sicher zu stellen. Wir
128 setzen uns für ein europäisches und zukunftsfestes Urheberrecht ein, dass auf den
129 technischen Wandel eingeht. Es muss bürgerrechtskonform sein und die Interessen von
130 Verbraucher*innen, Verwerter*innen und Urheber*innen fair ausgleichen und die finanzielle
131 Absicherung von Künstler*innen ermöglichen.

132 Es gibt eine florierende kriminelle Industrie, die mit illegalen Kopien gigantische Umsätze
133 generiert, ohne die Urheber*innen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Um gegen diese
134 illegalen Strukturen vorzugehen, müssen die Täter strafrechtlich verfolgt und entsprechende

135 Inhalte gelöscht werden. Mit Drittstaaten müssen Vereinbarungen zur Rechtsdurchsetzung
136 geschlossen werden und Täter grundlegend vom Geldfluss abgeschnitten werden, indem wir
137 Werbetreibende und Finanzdienstleister, die das illegale System stützen, mit in die
138 Verantwortung nehmen.

139 Die aufwendige Verfolgung von Nutzerinnen und Nutzern war und ist unverhältnismäßig und
140 nicht zielführend. Wir halten Uploadfilter für den falschen Ansatz und eine fehlerhafte
141 Technologie. An ihrer Stelle müssen neue Vergütungsmodelle eingeführt werden, die eine
142 einfache und legale Onlinenutzung von geschützten Werken ermöglicht, wie zum Beispiel eine
143 Pauschalabgabe für Online-Plattformen, die Inhalte kuratieren.

144 Ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger lehnen wir ab und es muss klargestellt werden,
145 dass die Verwendung von Hyperlinks nicht unter das Urheberrecht fällt. Dies gefährdet die
146 Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit, die offene Architektur des Internets und
147 ist in Deutschland bereits grandios gescheitert. Wir setzen uns für eine europäische
148 Schranke für das „Recht auf Remix“ (transformatorische Nutzung) ein. So erhalten wir die
149 Remix-Kultur im Internet, hören auf, Nutzer*innen zu kriminalisieren, und erleichtern
150 Künstler*innen eine Vergütung für ihre Leistungen. Nutzer*innen digitaler Inhalte sollen bei
151 Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt werden als bei analogen Gütern. Für
152 die Digitalisierung des kulturellen Erbes sollen die Fördermittel erhöht und die
153 Gemeinfreiheit erhalten werden.

154 In einem vereinten Europa wollen wir einen offenen Zugang zu Angeboten und Inhalten einer
155 vielfältigen Kultur sicherstellen und eine europäische Öffentlichkeit fördern. Zur
156 Verbesserung des grenzüberschreitenden Informationsflusses sprechen wir uns für eine weitere
157 Reduzierung des Geo-Blockings im Internet zum Beispiel beim Zugang zu öffentlichen
158 Fernsehsendern und Mediatheken aus.

159 EU-Forschungsprogramme wollen wir stärken, um bahnbrechende digitale Technologien zu
160 entwickeln. Gerade bei der Erforschung von künstlicher Intelligenz (KI) wollen wir
161 gesamteuropäisch vorgehen. Deswegen setzen wir uns für ein europäisches Zentrum für
162 künstliche Intelligenz ein.

163 Europa soll Vorreiterin im Datenschutz bleiben. Auf der Basis der Datenschutzgrundverordnung
164 (DSGVO) wollen wir deshalb innovative und datenschutzfreundliche Unternehmen als digitales
165 Alleinstellungsmerkmal Europas fördern und „Privacy by Design“ und „Data Protection made in
166 Europe“ zum Wettbewerbsvorteil machen. Dazu gehören Investitionen in technische
167 Datenschutzforschung und Anonymisierungstechnologien, insbesondere im Zusammenhang mit „Big
168 Data“ und Algorithmen. Die öffentliche Hand muss bei der IT-Sicherheit Vorreiter sein. Bei
169 der Bereitstellung neuer E-Government-Angebote muss sie auf höchste Datenschutz- und IT-
170 Sicherheitsstandards setzen und Projekte, die diese Ziele befördern, stärker unterstützen.

171 Nicht nur im Datenschutz braucht es einen gesamteuropäischen Ordnungsrahmen, sondern auch
172 für die von uns Verbraucher*innen genutzten Plattformen. Wie bereits bei SMS und Telefonie
173 soll es möglich werden, zwischen den verschiedenen Plattformen und Messenger-Apps wie
174 Threema und WhatsApp zu kommunizieren. Außerdem müssen Nutzer*innen, die die Plattform
175 wechseln, künftig ihre Daten mitnehmen können. Auch digitale Unternehmen können und müssen
176 im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer reguliert werden.

177 Damit Unternehmen und Verbraucher*innen von der Digitalisierung profitieren können, braucht
178 Europa eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Ohne sie wird es keinen vollendeten
179 europäischen digitalen Binnenmarkt geben. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
180 Mobilfunk gibt es Investitionslücken von hunderten Milliarden Euro. Deswegen setzen wir uns
181 für eine umfassende europäische Investitionsoffensive für den Glasfaserausbau und für eine
182 Förderung offener und freier WLAN-Netze ein. Den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen

183 wir koppeln an eine weitere rechtliche Stärkung der Netzneutralität, es darf kein „Zwei-
184 Klassen-Internet“ geben.

185 Wir wollen, dass Investitionen aus Nicht-EU-Ländern durch eine Prüfung der Belange von
186 Sicherheit und der öffentlichen Ordnung („investment screening“) kritisch überprüft und ggf.
187 untersagt werden können.

188 *Digitalisierung und Gleichheit: Schutz vor Diskriminierung*

189 Große Fortschritte bei den digitalen Technologien und der Automatisierung stellen uns als
190 europäische Gesellschaft vor grundlegend neue Fragestellungen. In China sehen wir zum
191 Beispiel, wie digitale Technologien zur Massenüberwachung und Verhaltenskontrolle genutzt
192 werden.

193 Digitale Angebote gestalten unser gesellschaftliches Zusammenleben und haben einen starken
194 Einfluss auf Rollenbilder und Chancengleichheit, sie sind nicht geschlechtsneutral. Wir
195 brauchen daher mehr Frauen als Führungskräfte in Digitalunternehmen, Gründerinnen,
196 Urheberinnen und Entwicklerinnen von digitalen Produkten und Angeboten. Mit speziellen
197 Programmen und gendersensibler Bildung sollen Mädchen und Frauen ermutigt werden, die
198 Digitalisierung aktiv mitzugestalten.

199 Immer stärker beruhen diese Technologien auf Algorithmen und künstlicher Intelligenz, die
200 zunehmend Entscheidungen für und über die Bürgerinnen und Bürger treffen. Wir Grünen wollen
201 jeglicher Diskriminierung durch algorithmische Entscheidungen vorbeugen und verhindern, dass
202 bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten durch selbstlernende Systeme verstetigt
203 werden. Besonders betroffen sind in diesem Zusammenhang ohnehin diskriminierungsgefährdete
204 Gruppen wie Frauen, Minderheiten und ärmere Menschen. Zum Beispiel ändert sich
205 personenspezifisch, wer beim Online-Einkauf wieviel bezahlen muss oder wer bei Straftaten
206 zuerst verdächtigt wird. Es werden gruppenspezifische Werbungen angezeigt oder Kredite
207 aufgrund von Wohnorten automatisiert verweigert. Wir wollen die ethischen Implikationen
208 neuer Technologien stärker erforschen und politisch berücksichtigen. Wir wollen auf
209 Europaebene rechtlich verankern, dass algorithmische Entscheidungssysteme generell
210 überprüfbar, anfechtbar und entsprechend ihrer gesellschaftlichen Wirkung reguliert werden.
211 Wir fordern spezialisierte Schiedsstellen und ein erweitertes Verbandsklagerecht, um den
212 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung zu gewährleisten. Gerade die europäischen
213 Antidiskriminierungsstellen müssen diesbezüglich stärker ausgestattet werden. Alle Gremien
214 zur Überprüfung von Algorithmen müssen paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein.

215 Es stellen sich aber auch Fragen, wer wie für eine Fehlentscheidung haftet, die durch einen
216 Algorithmus getroffen wurde. Die Diskussion über einen ethischen Rahmen für Roboter und
217 künstliche Intelligenz ist deshalb wahrscheinlich eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wir
218 begrüßen, dass es seit kurzem eine europäische Expertenkommission gibt, die sich mit
219 grundsätzlichen ethischen und rechtlichen Fragen bezüglich Algorithmen, künstlicher
220 Intelligenz und digitalen Innovationen auseinandersetzt. Auch für andere autonome Systeme,
221 ob im Bereich der Mobilität, der Arbeit oder beim Militär, muss eine europäische
222 Digitaletik entwickelt werden. Wir fordern, dass diese Kommission konkrete Vorschläge für
223 einen Rechtsrahmen entwickelt.

224 Für uns als Grüne ist es jedoch noch wichtiger, dass die Diskussion um eine neue
225 Digitaletik als gesamtgesellschaftliche Debatte geführt wird. Wir wollen, dass die
226 Europäische Union bei dieser Frage innovativ vorgeht und nach dem Vorbild der irischen
227 „convention on the constitution“ Bürger*innen der EU auswählt, die die Fragen einer neuen
228 Digitaletik diskutieren und Vorschläge für eine neue Digitaletik für das Europäische
229 Parlament machen. Damit kann eine gute gesamtgesellschaftliche Debatte begonnen werden.

230 *Digitalisierung und Freiheit: soziale Medien sozial machen*

231 Wir als Grüne wollen erreichen, dass digitale Technologien das alltägliche Leben aller
232 Europäer*innen vereinfachen und den Menschen einen leichteren Zugang zu Informationen
233 ermöglichen.

234 Mit Facebook, Twitter und Co. ist ein digitaler öffentlicher Raum entstanden. Lange Zeit war
235 damit ein Optimismus verbunden, dass der einzelne Mensch durch die sozialen Medien nicht
236 mehr bloßer Informations-Empfänger, sondern auch Sender und Multiplikator von Informationen
237 werden kann und so mehr Freiheit und Aufklärung erreicht wird. In Diktaturen und Autokratien
238 bieten in der Tat verschiedene internetbasierte Anwendungen Oppositionellen die Chance, sich
239 zu vernetzen und Inhalte zu verbreiten, die in der kontrollierten Presse verschwiegen
240 werden.

241 Auf der anderen Seite müssen wir aber feststellen, dass die digitale Welt von Diktaturen und
242 autoritären Regimes zur Festigung ihrer Herrschaft genutzt wird. Hass, Lügen und
243 Unwahrheiten verbreiten sich so leicht wie nie. Auch die völkisch-nationalistische Rechte
244 organisiert und koordiniert sich über Social Media und nutzt Online-Plattformen für ihre
245 Hetze gegen Antifaschist*innen, demokratische Politiker*innen, Andersdenkende, Geflüchtete
246 und Minderheiten. Besonders stark betroffen sind Frauen. Beleidigungen, Vergewaltigungs- und
247 Todesdrohungen sind für im Netz aktive Frauen an der Tagesordnung. Dadurch werden viele
248 Frauenstimmen zum Schweigen gebracht und aus der Debatte im digitalen öffentlichen Raum
249 herausgedrängt. Doch ein von Männern dominiertes Internet gefährdet auch die in der analogen
250 Gesellschaft erreichten Fortschritte von Frauen und somit die Demokratie. Die Verifikation
251 und Filterung von Quellen und Informationen durch professionelle Journalist*innen entfällt,
252 wenn Nutzer*innen alles einfach direkt in sozialen Medien verbreiten. Durch die Macht der
253 Lügen und Unwahrheiten bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Um dem entgegenzuwirken,
254 wollen wir den investigativen Journalismus genauso stärken wie die Medienbildung in Schule
255 und Weiterbildung, damit sich Bürgerinnen und Bürger kritisch mit den Wirkungsweisen und
256 Dynamiken sozialer Medien auseinandersetzen können.

257 Wir brauchen in Europa eine vielstimmige Öffentlichkeit, die einen lebendigen Eindruck von
258 der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt Europas vermittelt. Die Digitalisierung
259 erlaubt Bürgerinnen und Bürgern, mit eigener Stimme an solchen Debatten teilzuhaben. Eine
260 partizipative Medienöffentlichkeit trägt zur gesellschaftlichen Selbstverständigung bei.
261 Gleichzeitig können wir die Definition dessen, was auf den Plattformen erlaubt ist und was
262 nicht, nicht alleine den Betreiber*innen überlassen, sondern müssen dies politisch regeln.
263 Zudem ist bis heute völlig unklar, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmte Inhalte wem
264 und warum anzeigen. Das ist intransparent und verhindert einen selbstbestimmten Umgang mit
265 dem Internet.

266 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 267 • ein Verbot von Diskriminierungen durch Algorithmen und eine Verpflichtung zu deren
268 Transparenz,
- 269 • den europaweiten Ausbau digitaler Infrastruktur und ein freies und offenes Internet
270 für alle,
- 271 • ein Ende der anlasslosen Massenüberwachung,
- 272 • Regeln für soziale Medien, damit wir Hass und Hetze wirksam entgegentreten können.

273 **5.2 Europäische Forschung fördern und Start-ups stärken**

274 Forschung und Entwicklung bilden die Basis, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen
275 und unser Leben noch lebenswerter zu gestalten. Ein vertiefter, dynamischer und weltoffener
276 Forschungsraum in Europa ist von zentraler Bedeutung.

277 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, weltweit
278 führender Innovations- und Forschungsstandort zu werden. Bisher bleibt dieses Ziel
279 unerreicht. Vielmehr konnten die USA ihre Führungsrolle behaupten und China konnte die EU
280 bei der Höhe der Investitionen in Forschung und Entwicklung überholen. Dies spiegelt sich in
281 der Entwicklung neuer Technologien wider.

282 Wir wollen Europa als Forschungs- und Entwicklungsregion unterstützen. Besonders im Bereich
283 der Digitalisierung und Robotik, der Biotechnologie und Nanotechnologie finden derzeit
284 rasante Entwicklungen statt, und die Europäische Union muss aufpassen, weltweit den
285 Anschluss nicht zu verlieren. Forschung, die uns bei der Bewältigung des Klimawandels
286 unterstützt, muss nachhaltig und langfristig unterstützt werden, nicht nur durch einzelne
287 Forschungsprojekte, sondern auch durch den Aufbau von europäischen Innovationszentren und
288 umfangreiche Grundfinanzierung. Neue Entwicklungen in der Batterietechnologie, im Recycling,
289 in der Verwendung nachhaltiger Ressourcen, in der Wasseraufbereitung und in der Erzeugung
290 erneuerbarer Energie müssen in Europa vorangetrieben werden.

291 Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Wert demokratischer
292 Verfassungen. Ihre Grenzen liegen in der Menschenwürde, bei tierethischen Prinzipien und
293 dort, wo hohe Umweltrisiken entstehen. Welche Erkenntnisse und Ergebnisse wir nutzen wollen,
294 muss immer gesellschaftlich verhandelt werden. Die europäische Forschungslandschaft besteht
295 heute noch zu sehr aus einem Flickenteppich nationaler Forschungsprogramme, ineffizienten
296 Doppelungen und einer massiven Spaltung zwischen forschungsstarken und forschungsschwachen
297 Mitgliedstaaten. Und das in einer Zeit, in der angesichts der zahlreichen globalen
298 Herausforderungen sowie des Drucks populistischer Kräfte auf die Wissenschaftsfreiheit mehr
299 internationale und europäische Zusammenarbeit dringend notwendig ist. Einzeln für sich haben
300 die Mitgliedstaaten nicht die finanzielle Durchschlags- und internationale Strahlkraft
301 entwickelt, die es im globalen Wettlauf der Innovationen braucht. Dafür benötigt es einen
302 ganzheitlichen Ansatz. Noch immer wird das selbstgesetzte Ziel, 3 % des BIP für Forschung
303 und Entwicklung zu investieren, verfehlt. Noch immer stehen nationale Interessen beim
304 Kernfusionsprojekt ITER über dem Streben nach wissenschaftlichen Erkenntnissen. Noch immer
305 scheitern viele kleine und mittlere Unternehmen an einer Teilnahme an den EU-
306 Forschungsprogrammen, weil die Hürden zu hoch, zu kompliziert, zu bürokratisch sind. Und
307 noch immer bleiben viele gute Ideen aus der Spitzenforschung auf der Strecke oder werden in
308 anderen Regionen zu Geld gemacht, weil sie nicht in den Markt umgesetzt werden.

309 *Ein neues Forschungsprogramm ab 2020*

310 Der Zeitpunkt, um dies zu ändern, ist genau richtig. Das aktuelle europäische
311 Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ läuft aus. Jetzt können wir ein schlagkräftiges
312 Nachfolgeprogramm auf die Beine stellen, das die europäische Forschungslandschaft vernetzt,
313 Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative, nachhaltige Start-ups schafft
314 und die angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Wichtig ist uns dabei der
315 Beitrag der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu einem Europa der Innovation. Bei
316 Förderprogrammen wie „Horizon Europe“ muss darauf geachtet werden, dass die Kultur-,
317 Geistes- und Sozialwissenschaften verstärkt eingebunden und gefördert werden. Auch darf die
318 Erforschung gesellschaftlicher Auswirkungen nicht erst nachrangig erfolgen, wenn
319 technologische Fakten bereits geschaffen sind. Transformative Forschung geht für uns dabei
320 Hand in Hand mit nachhaltiger und gerechter sozialer Innovation.

321 Auch ist es uns wichtig Forschungsergebnisse durch das gezielte Fördern von Open-Access-
322 Publikationen allen frei zugänglich zu machen. Dazu wollen wir etwa Projekte wie cOAlition
323 S, die öffentlich geförderte Publikationen frei zugänglich machen, auf europäischer Ebene
324 vorantreiben.

325 Forschungs- und Innovationsförderung soll auf die großen gesellschaftlichen
326 Herausforderungen von Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit sowie Krebs-
327 und Demografie-Forschung bis hin zu Machtfragen, wie patriarchale Strukturen, ausgerichtet
328 werden. Das Nachfolgeprogramm „Horizon Europe“ muss dafür sorgen, dass neue Ideen schneller
329 marktreif werden und der Technologietransfer in die Praxis beschleunigt wird. Dabei soll
330 frühzeitig die Nachhaltigkeit und Wirkung des Geschäftsmodells eingeschätzt und
331 berücksichtigt werden. Für umweltverträgliche Zukunftstechnologien wollen wir die
332 Markteinstiegsphase beschleunigen. Die Umwidmung ziviler Forschungsmittel für die
333 Rüstungsforschung lehnen wir strikt ab.

334 Wir wollen ein neues Kapitel europäischer Weltraumforschung aufschlagen: Als
335 Wissenschaftspartei wollen wir die Grenzen menschlichen Wissens auszuweiten und die
336 fundamentalen Fragen der Physik, des Universums und unserer Existenz erforschen. Raumfahrt
337 hilft uns, Erkenntnisse über unseren Planeten zu gewinnen (z.B. Klimaforschung,
338 Landwirtschaft, Katastrophenschutz, Wetterprognosen) und trägt zur friedlichen Kooperation
339 vieler Nationen bei, zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit Russland bei der
340 internationalen Raumstation. Die globale Raumfahrtindustrie ist im Umbruch, für Europa geht
341 es jetzt darum, souverän in der Weltraumforschung zu bestehen und damit europäische
342 Innovationen zu befördern. Die EU-Staaten sollten dazu ihre finanziellen Anstrengungen
343 intensivieren. Wir schlagen eine verstärkte Beteiligung der EU bei der europäischen
344 Raumfahrtorganisation (ESA) und eine noch engere Kooperation mit den nationalen
345 Raumfahrtbehörden vor.

346 Im Bereich Wirtschaftswissenschaften wird die Pluralität der geförderten Denkschulen und
347 methodischen Ansätze erweitert. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die EU Forschungen für
348 die Behandlung vernachlässigter Tropenkrankheiten sowie für bessere Medikamente gegen
349 armutsbegünstigte Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria und Ebola fördert. Ebenso dürfen
350 Forschungsgelder für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht für Geo-Engineering-
351 Projekte und -forschung zweckentfremdet werden.

352 Forschung wird aber nicht nur durch bessere materielle Ausstattung attraktiv, sondern auch
353 durch ein attraktives Umfeld und soziale Faktoren, wie eine gute Kinderbetreuung. Wir wollen
354 in allen EU-Mitgliedsländern faire statt prekäre Karrierewege für Wissenschaftler*innen
355 schaffen, damit sie uns erhalten bleiben. Echte Wissenschaftsfreiheit setzt eine solide
356 Grundfinanzierung voraus, so dass nicht nur für Unternehmen lukrative Forschungsgebiete
357 bestehen, sondern auch Grundlagen- und kritische Forschung langfristig in der EU eine Heimat
358 haben: Das muss durch die Förderpolitik gesichert werden.

359 *Schutz für bedrohte Wissenschaftler*innen*

360 Mit großer Sorge sehen wir, dass international zunehmend politischer Druck auf
361 Wissenschaftler*innen ausgeübt wird. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch
362 verbrieftes Grundrecht. Wenn in der Türkei mehrere tausend Wissenschaftler*innen aus
363 politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn in Ungarn Universitäten bedroht
364 werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. Wir setzen uns
365 dafür ein, dass Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr
366 Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen können. Es
367 ist daher unser Ziel, dass die EU einen europäischen „Fonds für verfolgte
368 Wissenschaftler*innen“ einrichtet, aus dem Forschungsaufenthalte an Universitäten,
369 Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen für solche Gastwissenschaftler*innen
370 finanziert werden können. In mehreren grün mitregierten Bundesländern haben wir mit einem
371 solchen Fonds schon erste Erfolge erzielt. Zudem kommt dadurch auch neue, inspirierende
372 wissenschaftliche Expertise in die EU. Dies stärkt den Wissenschaftsstandort, aber auch den
373 Ruf und das Ansehen Europas als Kontinent des politisch gelebten Humanismus.

374 *Rückenwind für Start-ups*

375 Gerade den Pionieren – den Start-ups – wollen wir Rückenwind geben und dafür sorgen, dass
376 sie mit frühzeitigen Finanzierungsprogrammen und Infrastruktur unterstützt werden.
377 Insbesondere Frauen wollen wir bei der Gründung von Unternehmen und bei der
378 Forschungsförderung unterstützen. Für die erfolgversprechendsten Start-ups fordern wir einen
379 „Europäischen Startup Pass“. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen
380 und nationalen Start-up-Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch sogenannte
381 Inkubatoren, also Einrichtungen, die sie auf dem Weg in die Selbständigkeit begleiten, zu
382 erhalten. Sie sollen außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur
383 Rechtslage und zu Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiterinnen
384 des Start-ups bekommen. Um die europäische Start-up-Landschaft weiter zu fördern und zu
385 stärken, wollen wir auch mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
386 dafür sorgen, dass in jedem EU-Mitgliedsland ein One-Stop-Shop für Start-ups mit
387 niedrigschwelliger Beratung verfügbar ist. Diese niedrigschwelligen Beratungen wollen wir
388 untereinander vernetzen, damit die europäische Start-up-Szene weiter zusammenwächst. Jungen
389 Menschen wollen wir durch ein Förderprogramm für Start-ups dabei helfen, Jobs zu schaffen,
390 wo kaum noch welche zu finden sind.

391 Auch erfolgversprechende nichteuropäische Start-ups wollen wir gewinnen. Dafür fordern wir
392 ein „Europäisches Startup Visum“, ähnlich dem französischen „Tech Ticket“. Neben dem Visum
393 sollen ausländischen Start-ups auch Beratungsangebote und finanzielle Unterstützung
394 angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

395 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 396 • ein neues Forschungsprogramm, das angewandte und Grundlagenforschung gleichsam in den
397 Blick nimmt,
- 398 • Wissenschaftsfreiheit und den Schutz von bedrohten Wissenschaftler*innen,
- 399 • eine Gründerförderung durch einen Start-up-Pass und durch Start-up-Visa.

400 **5.3 Ein Versprechen an die nächste Generation**

401 Europas Zukunft ist die Jugend. Die Europäische Kommission hat eine Initiative gestartet,
402 die Europas Jugend kostenloses Reisen verspricht, um so junge Europäer*innen von Europa zu
403 begeistern (DiscoverEU). Für uns ist klar, dass dies nicht zu Lasten bestehender und
404 erfolgreicher Projekte innerhalb des Jugendbudgets gehen darf. Wir setzen uns dafür ein,
405 dass das Programm für alle jungen Menschen in Europa zugänglich wird und um wichtige
406 interkulturelle Bildungskomponenten ergänzt wird. Nur im Rahmen der gesamten Jugendstrategie
407 und durch zusätzliche Möglichkeiten wie temporäre Freiwilligendienste und die Pflege eines
408 Netzwerkes unter den Jugendlichen kann ermöglicht werden, dass #discoverEU tatsächlich zur
409 Bildung einer europäischen Identität beiträgt, und nicht nur tausende parallele individuelle
410 Reisen beinhaltet.

411 Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für Gestaltung von Freizeit und Bildung von
412 Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden,
413 dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen wertgeschätzt wird, und Jugendarbeit nicht
414 an bürokratischen Hürden scheitert. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und
415 Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ aus.

416 Die Vielfalt der Sprachen innerhalb Europas ist eine unserer stärksten kulturellen
417 Bereicherungen. Das Erlernen von neuen Sprachen öffnet neue Realitäten; und trotzdem ist
418 dies für viele Kinder und Jugendliche derzeit abhängig von der jeweiligen Qualität der
419 Schulbildung oder des Einkommens der Erziehungsberechtigten, die Sprachaufenthalte oder

420 Sprachunterricht finanzieren können. Gleichzeitig bietet das Internet Chancen für
421 kostengünstige, effektive und breit gestreute Weiterbildung. Die Institutionen der
422 Europäischen Union verwenden bereits jetzt viele Sprachen alltäglich, unterstützt durch eine
423 Vielzahl an Dolmetscher*innen. Wir wollen eine offene digitale Plattform entwickeln, über
424 die sich alle europäischen Bürger*innen andere europäische Sprachen einfach und effektiv
425 aneignen können.

426 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind derzeit im politischen Geschehen massiv
427 unterrepräsentiert. Dabei haben politische Entscheidungen, die wir heute treffen, für genau
428 diese die größte Auswirkung. Wir denken, dass Kinder und Jugendliche ein Mitspracherecht für
429 das Europa und die Welt, in der sie leben möchten, haben sollen. Daher erschaffen wir ein
430 europäisches Jugendparlament, das durch ein Losverfahren bestimmt wird, und in dem selbst
431 Jugendliche sitzen, debattieren und abstimmen. Das Europäische Jugendparlament ist beratend
432 zum Europäischen Parlament und wird strukturell garantieren, dass die Stimme der jeweils
433 nächsten Generation gehört wird.

434 **Wer GRÜN wählt, stimmt für**

- 435 • Zielgerichtete Implementierung des #discoverEU-Projekts,
- 436 • Unterstützung von Jugendinitiativen und Jugendverbänden,
- 437 • Entwicklung eines kostenlosen digitalen Sprachenzentrums,
- 438 • Einrichtung eines europäischen Jugendparlaments zur besseren Partizipation junger
439 Menschen.

440 **5.4 Bildung europäisch leben**

441 Wir wollen grenzüberschreitende Bildungsangebote. In einem anderen europäischen Land die
442 Schule zu besuchen, zu studieren oder eine Ausbildung oder Praktika zu machen, dort zu leben
443 und zu lernen, hat heute schon für Millionen Menschen die europäische Gemeinschaft konkret
444 erfahrbar gemacht. Wenn der Austausch über nationale Grenzen hinweg zu einem
445 selbstverständlichen Bestandteil der Bildungsbiografie aller Unionsbürger*innen wird, ist
446 ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft geschafft. Bisher reicht
447 der Horizont von Bildungspolitik jedoch viel zu oft nur bis zur Landes- oder Staatsgrenze.
448 Bildungserfahrungen im Ausland sind viel zu oft noch ein Privileg für Akademiker*innen und
449 Menschen mit guten Einkommen.

450 In der Geschichte Europas war und ist Diskriminierung immer wieder auch mit dem Ausschluss
451 von formaler Bildung verbunden. Ein Beispiel hierfür ist das Beschulungsverbot von Sinti und
452 Roma unter den Nationalsozialisten, das sich heute noch negativ auswirkt. Wir wollen, dass
453 Europa für solche Bevölkerungsgruppen die Tür zu Bildung aufstößt. Dafür wollen wir einen
454 EU-Bildungsfonds einrichten für Menschen, die selbst oder deren Familien strukturell von
455 formaler Bildung ausgeschlossen waren oder sind. Daraus sollen Stipendien finanziert werden,
456 um Schulausbildungen nachzuholen oder Berufsausbildungen zu finanzieren. In Zukunft müssen
457 nicht nur Universitätsabschlüsse, sondern auch Berufsausbildungen sowie Fort- und
458 Weiterbildungen innerhalb Europas in jedem Land der EU anerkannt werden.

459 Wir wollen auf der europäischen Ebene in allen Bildungsbereichen die Vernetzung und
460 gemeinsame Arbeit in Projekten der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fördern. Dabei sind
461 für uns insbesondere Großschutzgebiete wie Nationalparks wichtige Partner in der
462 Umweltbildung. Deshalb werden wir uns auch für die Bereitstellung von Fördermitteln für bi-
463 und multilaterale europäische Bildungsprojekte und Netzwerke für nachhaltige Entwicklung
464 stark machen. So erreichen wir, dass sich viele aktiv an der Gestaltung einer ökologisch

465 verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Gesellschaft beteiligen
466 und somit das Zusammenleben in Europa gestärkt wird.

467 Wir wollen, dass in der gesamten Europäischen Union der freie Zugang zu qualitativ
468 hochwertiger Bildung garantiert wird.

469 *Jugendfreiwilligendienst in Europa garantieren*

470 Wir stehen für ein Europa der engagierten Zivilgesellschaft. Wir wollen das große Engagement
471 gerade von jungen Europäerinnen und Europäern in der Gesellschaft für und mit anderen
472 fördern und unterstützen.

473 Alle jungen Menschen in Europa, die sich für die Gesellschaft in Form eines freiwilligen
474 Dienstes für ein Jahr engagieren möchten, müssen dies auch können. Deswegen setzen wir uns
475 für eine europaweite Garantie ein. Sowohl der europäische als auch die nationalen Dienste
476 müssen so ausfinanziert sein, dass auch Jugendliche aus Elternhäusern mit geringem Einkommen
477 diese Möglichkeit nutzen können. Dafür wollen wir 1 Million Plätze im europäischen
478 Freiwilligendienst schaffen und über Erasmus+ hinaus zusätzliche europäische Mittel zur
479 Finanzierung einsetzen.

480 *Erasmus für alle*

481 Das europäische Austauschprogramm Erasmus ist ein Markenzeichen und eine der großen
482 Erfolgsgeschichten Europas. Es hat in den 30 Jahren seines Bestehens die Biografien vieler
483 junger Europäer*innen geprägt. Der Freiheitsraum Europa wurde so für Millionen Menschen Teil
484 ihres Lebensgefühls.

485 Wir wollen, dass alle jungen Menschen in der EU unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern und
486 von der Schule, die sie besuchen, während ihrer Schulzeit, Ausbildung oder ihres Studium die
487 Chance haben, an einem Austausch mit dem europäischen Ausland teilzunehmen. Dazu möchten wir
488 das Erasmus-Programm massiv ausbauen, für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende.

489 Eine oder zwei Wochen als Schüler*in in ein anderes europäisches Land zu reisen, dort den
490 Alltag in einer Familie zu erleben und die Schule zu besuchen – diese Erfahrungen so vielen
491 jungen Europäer*innen wie möglich zu eröffnen, ist eine der besten Investitionen in den
492 Zusammenhalt Europas. Wir wollen Lust und Neugierde auf Europa wecken, unabhängig vom
493 Geldbeutel der Eltern und auch für die Länder Europas, deren Sprache nur selten in
494 Deutschland auf dem Lehrplan steht.

495 Dafür muss Erasmus+ beim Schulaustausch aber viel einfacher zugänglich gemacht werden. Heute
496 können oft nur die Lehrkräfte an gut ausgestatteten Schulen den Aufwand betreiben, den die
497 EU verlangt. Zu detaillierte Voraussetzungen, wie zum Beispiel das Kriterium, dass an dem
498 Austausch junge Menschen aus mehreren Ländern und nicht nur aus zwei Ländern teilnehmen
499 müssen, stellen unnötige Hürden dar.

500 Statt absurd überbürokratisierter Programme wie Move2Learn, Learn2Move, die auf nur ca.
501 5.000 Teilnehmer*innen EU-weit pro Jahr ausgelegt sind, wollen wir breit zugängliche,
502 einfache und pauschalierte Antrags- und Förderverfahren für Schulen, so dass die Programme
503 wirklich genutzt werden können. Wir wollen einen rechtlichen Rahmen für
504 Schüleraustauschprogramme anbieten, damit der Aufwand für Lehrer*innen und Schulen so gering
505 wie möglich ist.

506 Nach wie vor erreichen die Angebote zu wenige Azubis und junge Arbeitnehmer*innen. Dabei
507 sind Auslandspraktika in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine hervorragende
508 Möglichkeit, interkulturelle und zusätzliche fachliche Kompetenzen zu erwerben. Hier geht
509 also noch mehr: Wir wollen das Informationsangebot verbessern, Antrags- und
510 Anerkennungsverfahren einfacher gestalten und passgenaue Unterstützungsangebote einrichten.

511 Das bisherige Ziel der EU, der Hälfte eines Jahrgangs von Studierenden einen
512 Auslandsaufenthalt in einem anderen europäischen Land zu ermöglichen, wurde noch nicht
513 erreicht. Um in die Welt zu gehen, braucht man eine soziale Absicherung. Daher wollen wir
514 Risiken und Barrieren, die der Mobilität von Studierenden im Wege stehen, ausräumen und eine
515 soziale Staffelung der Erasmus-Unterstützung verbindlich machen. Sie kann für weniger
516 wohlhabende Studierende bis zu einem Vollstipendium reichen. Auch für Menschen mit Kind(ern)
517 soll ein Auslandsaufenthalt durch entsprechende Unterstützung möglich sein.

518 *Eine europäische Gesellschaft braucht Europäische Universitäten*

519 Wir Grünen unterstützen die Idee der Gründung Europäischer Universitäten. Hochschulen sind
520 eine europäische Erfindung, sie prägen Geistesleben, Wissenschaft und Kultur unseres
521 Kontinents seit Jahrhunderten. Aufgabe einer Europäischen Universität ist es, eine ganz
522 Europa umfassende wissenschaftliche Bildung zu verankern und die Verknüpfung bislang
523 national geprägter Wissenschaftsdisziplinen zu fördern. In Lehre und Forschung bündelt sie
524 vorhandene Kräfte und Kompetenzen mit dem Anspruch, zu den besten Hochschulen der Welt zu
525 gehören.

526 Institutionelles Vorbild bzw. Kern für Europäische Universitäten können das Europäische
527 Hochschulinstitut in Florenz, die Europa-Universität Viadrina, die Europa-Universität
528 Flensburg oder bestehende Kooperationen, wie zum Beispiel der Hochschulverbund Eucor – The
529 European Campus – sein. Dort arbeiten fünf Universitäten am Oberrhein bereits seit
530 Jahrzehnten zusammen und kooperieren in vier strategisch bedeutenden
531 Forschungsschwerpunkten. Wir wollen europäischen Austausch in jedem Lebensabschnitt fördern.
532 Dafür streben wir ein EU-Austauschprogramm an, in dem Berufstätige ihren erlernten Beruf für
533 eine Weile in einem anderen Mitgliedsstaat ausüben können.

534 **Eine europäische Zentrale für politische Bildung**

535 Wir Grüne fordern den Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung und
536 unterstützen Vorhaben, die den institutionalisierten Aufbau einer unabhängigen und
537 wissenschaftsorientierten Institution auf europäischer Ebene zum Ziel haben. Diese Zentrale
538 soll unter dem Eindruck des Beutelsbacher Konsens von 1976 stehen und Kontroversität, das
539 Überwältigungsverbot und eine Schüler*innenorientierung (Studierendenorientierung)
540 berücksichtigen. Wir erhoffen uns von einer solchen Zentrale neue Impulse für die politische
541 Bildung europaweit und ein verbessertes Angebot für Schulen und Universitäten. Forschung und
542 Aufklärung im Bereich der politischen Bildung werden in Zeiten von Fake News und stärker
543 werdenden rechtspopulistischen Strömungen ein immer wichtigerer
544 Bestandteil für die Gesellschaft werden. Um auf diese Tendenzen angemessen reagieren zu
545 können, ist eine Vernetzung der Akteur*innen immens wichtig. Eine Zentrale für politische
546 Bildung kann genau hier ansetzen und Europa politisch weiterbilden.

547 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 548 • Ausbau des europäischen Freiwilligendienstes,
- 549 • Erasmus-Programm für alle,
- 550 • Europäische Universitäten,
- 551 • sozial-ökologische Bildungsprogramme.

552 **5.4. Europas kulturelle Vielfalt fördern**

553 Die europäische Idee lebt durch die Inspiration kultureller Vielfalt, durch das seit nunmehr
554 70 Jahren weitestgehend friedliche Miteinander der Europäerinnen und Europäer und durch die
555 Verständigung auf Freiheit und Recht als fundamentale Grundwerte. Nur wenn es gelingt,

556 Europa auch als einen transnationalen Kulturkosmos in gegenseitiger Wertschätzung seiner
557 verschiedenen kulturellen Identitäten zu begreifen, kann es seine ökonomische und
558 ökologische Bedeutung in der Welt nachhaltig weiterentwickeln. Kultur und Kunst sind
559 besonders dazu geeignet, für die europäische Öffentlichkeit identitätsstiftende
560 Bindungskräfte zu entfalten und die Institutionen und Regeln eines nachnationalen Europa mit
561 Leben zu erfüllen. Grüne Kulturpolitik beruht auf dem Grundverständnis, dass Kultur
562 elementarer Bestandteil menschlichen (Zusammen-)Lebens ist.

563 Wir wollen europaweit die Investitionen in Kultur und Kunst ausweiten und den
564 Kulturaustausch zwischen Europa und der Welt fördern. Europa hat in seiner wechselhaften und
565 oft dramatischen Geschichte ein kulturelles Verständnis ausgeprägt, das weit über seine
566 Grenzen hinaus eine hohe Anziehungskraft entfaltet. Die Dichte der Theaterlandschaft, seine
567 vielfältige Musik, bildende Kunst und Literatur, seine Museen, Bibliotheken und Architektur
568 formen in ihrem historischen Bewusstsein und in immer wieder neuen Gestaltungen kulturelle
569 Bezugspunkte in unseren Städten und Gemeinden. Wir wollen eine europäische Kulturpolitik,
570 die die vielen regionalen kulturellen Ausprägungen seiner 500 Millionen Bewohner*innen
571 lebendig hält. Gleichzeitig wollen wir die Idee einer gemeinsamen Kultur durch die Reflexion
572 der europäischen Aufklärung, die Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte sowie die
573 wechselseitige Neugier auf kulturelle Werte der Nachbarn durch eine Förderung
574 grenzüberschreitender Kulturprojekte auch mit anderen Regionen dieser Welt fördern. Dazu
575 gehört auch das Gedenken und systematische Aufarbeiten der gemeinsamen Kolonialgeschichte
576 Europas. Eine lebendige Kulturpolitik, die Vielfalt und Innovation zulässt und fördert, ist
577 eine wichtige Grundlage zur Weiterentwicklung der Demokratie in Europa.

578 Der Kulturreichtum Europas macht unsere Gesellschaften nicht immun gegen Populisten und den
579 neuen Nationalismus von rechts und links. Allzu oft werden Kulturgüter und -bräuche von
580 demokratiefeindlichen Gruppen für ihre Zwecke missbraucht. Aber Kultur ist auch das Banner,
581 unter dem sich die Kräfte der Freiheit vereinen. Oftmals gehen gerade Kulturschaffende für
582 ein vereintes Europa, gegen rechte Gewalt und für die Rechte von Minderheiten und
583 Geflüchteten auf die Straße.

584 Wir wollen, dass Europa die Kraft der Kultur als zentrales Instrument der
585 Demokratieförderung viel stärker in den Blick nimmt. Wir unterstützen eine selbstbestimmte
586 und unabhängige Kulturszene. Dabei gilt es, möglichst viele Menschen in Europa an
587 kulturellen Diskursen zu beteiligen, das wechselseitige Kennenlernen und die
588 Auseinandersetzung mit den Werten der jeweils anderen zu befördern, die Diversität in
589 Kultureinrichtungen und bei Projektförderungen zu erhöhen und Gender-Gerechtigkeit zu
590 gewährleisten. Auch für bislang ausgeschlossene und sozial benachteiligte Menschen soll
591 kulturelle Teilhabe selbstverständlich möglich sein. Es ist zudem Aufgabe der Politik, für
592 die faire Bezahlung künstlerischer Leistungen zu sorgen. Die Vergabe von Fördermitteln muss
593 transparent und gerecht erfolgen, gleichwohl sollte das Verfahren auch kleineren und
594 diversen Projektträgern eine erfolgreiche Teilnahme ermöglichen. Aufgrund der innerhalb
595 Europas unterschiedlich gut ausgebauten Fördersysteme müssen die Anforderungen an die Ko-
596 Finanzierung nach Ländern verbessert werden.

597 Wir wollen Künstler*innen und Kreative in die Lage versetzen, dass ihre Werke angemessen
598 vergütet werden. Wir setzen uns daher dafür ein, die Vergütungslücke zwischen Urheber*innen,
599 ihren Labels und Verlagen sowie zu Online-Plattformen („Value Gap“) zu schließen. Dazu
600 gehört auch ein modernes Urhebervertragsrecht und eine adäquate Arbeitsmarkt- und
601 Sozialpolitik für Kreative und Künstler*innen auf europäischer und nationaler Ebene.

602 Wir wollen den europäischen Film – vor allem regionale Produktionen – stärken und eine
603 ökologisch und sozial nachhaltige Filmproduktion befördern, geschlechtergerechte Zugänge zu

604 Fördermitteln ermöglichen, künstlerische Qualität befördern und den Vertrieb europäischer
605 Filme und die Entwicklung qualitativ hochwertiger Computerspiele stärker unterstützen.

606 Der deutsch-französische Fernsehkanal arte ist ein Beispiel für mediale Zusammenarbeit, die
607 länderübergreifendes Verständnis und damit europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt.
608 Wir wollen einen europäischen Fernsehsender, der mit Produktionen in den verschiedenen
609 Sprachen und aus den Mitgliedsstaaten, mit europäischen Nachrichten aus Politik, Kultur und
610 Wirtschaft bis hin zu einem Vollprogramm mit Sport und Unterhaltung das gegenseitige
611 Verständnis stärkt und deutlich macht, dass Europa ein Kontinent der Einheit in Vielfalt
612 ist.

613 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 614 • europaweite Investitionen in Kultur und Kunst,
- 615 • die Förderung des europäischen Kulturaustauschs,
- 616 • die Förderung des europäischen Films,
- 617 • die Förderung der europäischen Computerspiel-Entwicklung.

EP-E-01 Kapitel 6: Ermöglichen, was vor Ort am besten gelingt: Europa der Regionen und Kommunen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-E Europawahlprogramm (Kapitel 6)

- 1 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt in ihrer Vielfalt. Diese Vielfalt wird durch die
2 europäische Gründungsidee geschützt. Die EU will keine übergeordnete Zentralmacht sein,
3 sondern Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen zu einem friedlichen und fruchtbaren
4 Miteinander befähigen. Sie sollen ihre jeweils eigenen demokratischen
5 Entscheidungsspielräume behalten. Wir wollen, dass auch in Zukunft die politischen
6 Entscheidungen dort verwirklicht werden, wo sie am besten gelingen: in den Dörfern und
7 Städten.
- 8 Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union. Hier organisieren die Bürger*innen
9 ihr Zusammenleben im Alltag, hier wirkt europäische Politik unmittelbar, hier kann der
10 Grundstein für mehr Europa gelegt werden. Hier findet Europa jeden Tag statt.
- 11 Es ist deshalb richtig, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene
12 getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah zu
13 treffen – ist die Grundlage für ein erfolgreiches Europa. Das bedeutet aber auch, dass
14 Europa da unterstützend wirken soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen.
- 15 Nicht alles in Europa muss gleich gemacht werden. Und nicht jeder Lebensbereich soll
16 reguliert werden. Der europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Errungenschaft, aber die
17 Umsetzung seiner Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass Kommunen zum Beispiel zur
18 Privatisierung der öffentlichen Güter gezwungen werden. Wir wollen die Selbstbestimmung der
19 Regionen und Kommunen über ihre Kultur und die Daseinsvorsorge erhalten.
- 20 Wenn EU und Kommune Hand in Hand arbeiten, kann wirklich etwas für die Bürger*innen
21 verbessert werden. Beispielsweise kümmert die EU sich darum, dass grenzüberschreitender
22 Verkehr funktioniert, und die Kommune gestaltet den örtlichen Busfahrplan. Diese Prozesse
23 müssen ineinandergreifen und funktionieren, denn Europa lebt von der Verständigung und dem
24 Austausch über Grenzen hinweg. So entsteht ein europäisches Gemeinschaftsgefühl. Bereits
25 jetzt gibt es eine europäische Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Metropolregionen, die
26 Brücken nicht nur zwischen Ländern und Kommunen entstehen lässt, sondern vor allem auch
27 zwischen den Menschen.
- 28 Der europäische Gedanke verankert sich in den Köpfen der Bürger*innen, wenn sie die Arbeit
29 der EU in den Kommunen erleben, etwa wenn Straßen oder Gebäude mit Förderprogrammen der EU
30 errichtet werden. Wir wollen den Kommunen einen einfachen, direkten Zugang zu den
31 Fördermitteln geben.
- 32 **6.1 Daseinsvorsorge vor Privatisierung schützen**
- 33 Eine funktionierende Grundversorgung, also die Bereitstellung von Gütern wie Trinkwasser,
34 aber auch der Zugang zu kulturellen Einrichtungen und die Verfügbarkeit von öffentlichen
35 Dienstleistungen wie der Feuerwehr bilden die Basis unseres gesellschaftlichen
36 Zusammenlebens. Wir wollen nicht, dass beispielsweise das gut funktionierende lokale
37 Wassernetz ein Spekulationsobjekt wird und darunter die Wasserqualität leidet. Eine

38 funktionierende Daseinsvorsorge sichert die Lebensqualität der Bürger*innen und trägt zum
39 sozialen Zusammenhalt bei. Es macht einen Unterschied, ob sich Bürger*innen bei konkreten
40 Problemen an ihre Gemeinde und an ihre gewählten Vertreter*innen wenden können oder in der
41 Warteschleife einer anonymen Firmenzentrale hängen.

42 Die Europäische Union hat eine doppelte Bedeutung für Kommunalpolitik. Sie darf die
43 kommunale Daseinsvorsorge nicht behindern. Es wird aber oft übersehen, dass Europa die
44 Kommunen auch vor Liberalisierungsdruck schützen kann. Das wollen wir stärken und ausbauen.
45 Wo Kommunen und Regionen in eigener Verantwortung über Dienstleistungen der Daseinsvorsorge
46 entscheiden, dürfen ihre Handlungsspielräume nicht eingeschränkt werden. Wir schützen die
47 öffentliche Daseinsvorsorge vor Deregulierung und Privatisierung. Dies gilt auch bei
48 Verhandlungen über EU-Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen, wie CETA mit Kanada
49 oder JEFTA mit Japan. Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken,
50 die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können.
51 Das größte Risiko geht von möglichen Investoren aus, die aufgrund von Gewinnerwartungen
52 gegen soziale, gesundheits- oder umweltschützende Standards klagen. Es ist unser Ziel, dass
53 Europa klare und umfassende Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge und für öffentliche
54 und soziale Dienstleistungen schafft.

55 *Sozialen Wohnungsbau unterstützen*

56 Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten Europas zu einem so knappen Gut geworden, dass
57 Menschen aus innerstädtischen Quartieren verdrängt werden. Das gefährdet den
58 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Europa muss deshalb dazu beitragen, dass Mieten nicht zum
59 Armutsrisiko wird. Diesem Ziel läuft eine Einschränkung der EU-Kommission von 2011 zuwider,
60 wonach die Förderung von Sozialwohnungen nur unter ganz bestimmten restriktiven Kriterien
61 wettbewerbskonform und damit erlaubt ist. Es gibt in den Kommunen aber sehr unterschiedliche
62 Probleme und Lösungsansätze, die nicht nach einem EU-weiten Schema zu bestimmen sind. Diese
63 Einschränkung der EU-Kommission wollen wir aufheben. Europa soll sozialen Wohnungsbau
64 ermöglichen. Er kann zudem aus den Struktur- und Investitionsfonds gefördert werden; die
65 Europäische Investitionsbank unterstützt bereits mit zinsgünstigen Krediten. Diese Programme
66 wollen wir ausbauen und den Zugang für die Kommunen einfacher gestalten.

67 *Wasserversorgung schützen*

68 Wir werden uns weiterhin jedem Versuch entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum
69 Investitionsobjekt für internationale Unternehmen zu machen, wie es zum Beispiel im
70 Handelsabkommen mit Japan (JEFTA) vereinbart wurde. 2013 konnten wir an der Seite der
71 Europäischen Bürgerinitiative Right2Water die Liberalisierungspläne der Europäischen
72 Kommission zurückweisen und eine Ausnahmeregelung für Wasserdienstleistungen im europäischen
73 Vergaberecht durchsetzen. Damit bleiben die Kommunen und Gemeinden zunächst für die
74 öffentliche Daseinsvorsorge bei der Wasserversorgung verantwortlich. Im April 2019 wird die
75 Ausnahmeregelung erneut von der Kommission überprüft. Wir werden uns dafür starkmachen, dass
76 sie in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt.

77 *Energie in Bürgerhand*

78 Bürger*innen, Kommunen und Regionen, aber auch regionale Unternehmen und das Handwerk sind
79 entscheidende Akteure der Energiewende. Für eine erfolgreiche und bürgernahe europäische
80 Energie- und Klimapolitik ist ihr Engagement unerlässlich. Wir wollen verhindern, dass die
81 Chancen allein von Großunternehmen und wenigen finanzstarken Investoren genutzt werden – und
82 den Menschen in den Dörfern und Städten dann ohne Beteiligung Großprojekte vor die Nase
83 gesetzt werden. Eine Bürger*innen-Energiewende kann monopolistische und oligopolistische
84 wirtschaftliche Machtstrukturen aufbrechen und Kooperativen, Genossenschaften sowie Kommunen
85 und Regionen die Chance eröffnen, selbst über ihre Energieerzeugung zu bestimmen und davon

86 zu profitieren. So könnten bis 2050 rund 264 Millionen Energiebürger*innen 45 % des
87 Strombedarfs der EU decken.

88 *Verantwortung für den ÖPNV bei den Kommunen*

89 Die Verantwortung für die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) soll bei Städten
90 und Kommunen bleiben. Vorgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von Nahverkehrsplänen
91 helfen den Bürger*innen nicht, und genauso wenig ist es in ihrem Sinne, wenn die
92 Auftragsvergabe an kommunale Betriebe erschwert wird. Europa sollte sich an dieser Stelle
93 raushalten. Ein Verordnungs-Vorschlag der EU-Kommission zur Liberalisierung und Öffnung des
94 Marktes für Verkehrsunternehmen aber zielt in eine andere Richtung. Er nimmt Kommunen und
95 Regionen dieses wichtige Steuerungselement. Kommunen und Regionen müssen, zum Beispiel als
96 Betreiber öffentlicher Busbahnhöfe, entscheiden können, inwieweit privaten Busunternehmen
97 der gleiche Zugang wie öffentlichen Verkehrsunternehmen gewährt wird. Die Rolle der EU muss
98 sich darauf beschränken, Regeln für Transparenz und fairen Wettbewerb bei Großprojekten
99 vorzugeben. Im Sinne einer nachhaltigen, umfassenden örtlichen und regionalen
100 Mobilitätsstrategie, die die Mobilität von Bürger*innen und den Klimaschutz beachtet, ist
101 eine starke Rolle von Kommunen und Regionen förderlich.

102 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 103 • den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- 104 • europäische Unterstützung im sozialen Wohnungsbau,
- 105 • den Schutz unseres Trinkwassers vor Privatisierung,
- 106 • öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Hand.

107 **6.2 Grenzüberschreitend zusammenleben**

108 Das Herz der EU sind ihre Bürgerinnen und Bürger. Städtepartnerschaften zwischen zwei und
109 mehr Ländern sorgen seit vielen Jahren dafür, dass sich Menschen näherkommen, über
110 Landesgrenzen hinweg Freundschaften und gemeinsame Projekte entstehen und der europäische
111 Gedanke mit Leben gefüllt wird. Wir wollen sie stärken, ihre Erneuerung wo nötig
112 unterstützen und die europäischen Mittel entsprechend ausbauen. Programme und Fonds für
113 Kleinprojekte, die die unmittelbare Begegnung europäischer Bürger*innen fördern, wie
114 Erasmus+, Europa für Bürgerinnen und Bürger, Kreatives Europa und der Europäische
115 Sozialfonds (ESF) eröffnen Menschen aus unterschiedlichen EU-Staaten die Chance zu
116 gemeinsamen Aktivitäten und Projekten und helfen somit bei der Herausbildung eines
117 europäischen Gemeinschaftsgefühls.

118 Europa kann und soll die Förderung von Klein- und Begegnungsprojekten mit niedrigschwelligem
119 Ansatz verstärken. Wir unterstützen den Vorschlag zivilgesellschaftlicher Organisationen und
120 des Europaparlaments, das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, aus dem sich lokale
121 Austauschprojekte finanzieren lassen, auf ein Budget von 1 Euro pro Bürger*in aufzustocken
122 und es damit mehr als zu verdoppeln.

123 Grenzüberschreitende Metropolregionen (Euregio) und Kommunalverbände (Eurodistrikte) leben
124 diese europäische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene vor. In der Euregio Maas-Rhein, die
125 sich über die belgische, niederländische und deutsche Grenze hinweg erstreckt, lässt sich
126 beispielsweise schon heute beobachten, dass Kooperation funktioniert. In vielen konkreten
127 Alltagsfragen sind Euregios und Eurodistrikte Vorreiter für transnationale Lösungen. Dafür
128 brauchen sie Flexibilität. Sie sollen beispielsweise in die Lage versetzt werden, die
129 Trägerschaft von grenzüberschreitenden Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder
130 Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen und grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr zu

131 betreiben. Dieses Engagement darf nicht durch unnötige bürokratische Hürden blockiert
 132 werden. Bisher ist es so, dass Behörden für solche transnationalen Projekte eine parallele
 133 Zertifizierung durch die EU sowie die Mitgliedstaaten brauchen. Das wollen wir ändern.

134 Zudem soll das Prinzip der „einigen Prüfung“ (Single Audit Principle) angewandt und die
 135 Prüfung von Verwendungsnachweisen in die Hände professioneller Auditstellen vor Ort gelegt
 136 werden. Mit solchen zentralen Anlaufstellen und einer gebündelten Zertifizierung kann Europa
 137 den Verwaltungsaufwand für transnationale Projekte deutlich senken.

138 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 139 • mehr Möglichkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler
 140 und kommunaler Ebene,
- 141 • weniger Bürokratie bei grenzüberschreitenden Kitas und Gesundheitseinrichtungen.

142 **6.3 Förderpolitik neu ausrichten**

143 Vielen Bürgerinnen und Bürgern offenbart sich die EU durch Förderprogramme, etwa wenn sie in
 144 ihrem Dorf Schilder entdecken, auf denen der Hinweis steht, dass Gebäude und Projekte durch
 145 Mittel der EU finanziert wurden. Ein Drittel des EU-Haushalts, rund 53 Milliarden Euro
 146 allein für 2018, werden für Förderprogramme verwendet, die überwiegend in regionale oder
 147 lokale Projekte fließen. Diese Struktur- und Kohäsionsfonds sind ein Mittel der EU, um
 148 wirtschaftlich schwächere Regionen, beispielsweise durch den Aufbau einer modernen
 149 Infrastruktur, zu unterstützen. Ziel dieser Umverteilung ist der Ausgleich regionaler
 150 Unterschiede und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, sowohl
 151 innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen. Die Förderpolitik muss die Vielfalt
 152 ländlicher Regionen in Europa abbilden und den Regionen bei der Mittelverwendung möglichst
 153 viel Entscheidungsfreiheit lassen. Die gezielte Stärkung ländlicher Räume ist auch ein
 154 wichtiger Beitrag, den Siedlungsdruck auf die Ballungsräume abzumildern. Regionalfonds
 155 bieten den Regionen die Chance, ihre jeweiligen Herausforderungen zielgerichtet anzugehen.
 156 Eine zentrale Rolle kommt dabei der regionalen Daseinsvorsorge zu, die wir auch in diesem
 157 Aspekt besonders fördern wollen. Wir setzen uns für eine bessere Kombinierbarkeit und
 158 Vereinfachung der bestehenden Fördertöpfe auf europäischer, Bundes-, Länder- und regionaler
 159 Ebene ein.

160 Wir treten für ein Europa ein, in dem schwächere Regionen besonders gefördert werden, in dem
 161 es lebendige ländliche Räume gibt, die von und mit der Landwirtschaft leben, und
 162 Naherholungs-, Industrie- oder Dienstleistungsregionen. Europa kann durch seine
 163 Förderpolitik dazu beitragen, dass Jugendliche ihren Heimatort nicht verlassen, ältere und
 164 andere hilfebedürftige Menschen in ihrem Umfeld die Hilfe bekommen, die sie benötigen, und
 165 Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit der Natur Landwirtschaft betreiben können. Dafür
 166 brauchen wir eine zielgerichtete Förderung, die sich am sozialen Zusammenhalt, an der
 167 öffentlichen Infrastruktur und ökologischen Zielsetzungen orientiert. Wir haben uns in der
 168 laufenden Förderperiode erfolgreich dafür eingesetzt, dass mehr Mittel für diese
 169 Schwerpunkte verwendet werden können.

170 *Zugang zu Fördermitteln vereinfachen und entbürokratisieren*

171 Europäische Fördermittel bieten für Kommunen wie auch für Nichtregierungsorganisationen eine
 172 Chance, um zusätzliche, innovative Projekte zu entwickeln. Die Beantragung der Mittel ist
 173 jedoch oft zu kompliziert. Dadurch werden manche Antragsteller abgeschreckt und gute
 174 Projekte nicht verwirklicht. Für die kommende Haushaltsperiode ab 2020 braucht es daher ein
 175 Umsteuern. Der Verwaltungsaufwand der EU-Förderprogramme muss erheblich reduziert werden.
 176 Bei der Bewilligung und Prüfung von Förderprogrammen sollte überprüft werden, ob die
 177 wesentlichen Ziele des Programms erreicht werden.

178 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 179 • einen vereinfachten Zugang zu EU-Fördermitteln,
- 180 • EU-Förderprogramme, die Armut bekämpfen, Natur und Umwelt schützen und den sozialen
- 181 Zusammenhalt stärken.

182 **6.4 Städten und Regionen eine Stimme geben**

183 Es ist längst offensichtlich, dass die Umsetzung europäischer Ziele – Umwelt- und
184 Klimaschutz, nachhaltige Stadtentwicklung, Bildung, Armutsbekämpfung und Integration – nur
185 mit aktiver Beteiligung der Kommunen und Regionen sowie zivilgesellschaftlichem Engagement
186 gelingen kann. In vielen Förderprogrammen der EU werden Kommunen unmittelbar einbezogen;
187 eine transnationale Kooperation auf kommunaler Ebene wird häufig ausdrücklich gefördert.
188 Dies ist auch sinnvoll, da der Binnenmarkt und andere EU-Politiken den Handlungsrahmen von
189 Kommunen und Regionen setzen und bestimmen. Trotzdem wird die Frage, ob und wie Kommunen und
190 Regionen oder auch gemeinnützige Organisationen in formelle europäische
191 Entscheidungsprozesse einbezogen werden, oft als innerstaatliche Angelegenheit betrachtet.
192 Dies entspricht aber schon lange nicht mehr ihrer gewachsenen Bedeutung als kulturelle
193 Bezugsebene. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre direkte politische Beteiligung gestärkt
194 wird. Kommunen und Regionen müssen regelmäßig in Konsultationen, Anhörungen und Feedbacks in
195 Gesetzgebungsverfahren sowie beim Design von Förderprogrammen, die sie betreffen, einbezogen
196 werden. So können sie ihre Expertise eigenständig einbringen. Es ist wichtig, dass auch
197 weiterhin bei der Gestaltung und Vergabe von Förderprogrammen das Partnerschaftsprinzip zur
198 Anwendung kommt. Durch die gesetzlich sichergestellte Einbindung von lokalen und regionalen
199 Behörden und Nichtregierungsorganisationen in der europäischen Förderpolitik kann garantiert
200 werden, dass deren Know-how berücksichtigt wird.

201 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 202 • ein gesichertes Mitspracherecht von Kommunen, Regionen und Nichtregierungs-
- 203 organisationen bei europäischen Gesetzgebungsverfahren und Förderprogrammen.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 6: Ermöglichen, was vor Ort am besten gelingt: Europa der Regionen und Kommunen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 10.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-E Europawahlprogramm (Kapitel 6)

- 1 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt in ihrer Vielfalt. Diese Vielfalt wird durch die
2 europäische Gründungsidee geschützt. Die EU will keine übergeordnete Zentralmacht sein,
3 sondern Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen zu einem friedlichen und fruchtbaren
4 Miteinander befähigen. Sie sollen ihre jeweils eigenen demokratischen
5 Entscheidungsspielräume behalten. Wir wollen, dass auch in Zukunft die politischen
6 Entscheidungen dort verwirklicht werden, wo sie am besten gelingen: in den Dörfern und
7 Städten.
- 8 Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union. Hier organisieren die Bürger*innen
9 ihr Zusammenleben im Alltag, hier wirkt europäische Politik unmittelbar, hier kann der
10 Grundstein für mehr Europa gelegt werden. Hier findet Europa jeden Tag statt.
- 11 Es ist deshalb richtig, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene
12 getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah zu
13 treffen – ist die Grundlage für ein erfolgreiches Europa. Das bedeutet aber auch, dass
14 Europa da unterstützend wirken soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen.
- 15 Nicht alles in Europa muss gleich gemacht werden. Und nicht jeder Lebensbereich soll
16 reguliert werden. Der europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Errungenschaft, aber die
17 Umsetzung seiner Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass Kommunen zum Beispiel zur
18 Privatisierung der öffentlichen Güter gezwungen werden. Ein Ausverkauf öffentlicher Aufgaben
19 in der Daseinsvorsorge ist mit Grünen Überzeugungen nicht vereinbar. Die Selbstbestimmung
20 der Regionen und Kommunen muss auch in Zukunft fester Bestandteil eines geeinten Europas
21 sein.
- 22 Wenn EU und Kommune Hand in Hand arbeiten, kann wirklich etwas für die Bürger*innen
23 verbessert werden. Beispielsweise kümmert die EU sich darum, dass grenzüberschreitender
24 Verkehr funktioniert, und die Kommune gestaltet den örtlichen Busfahrplan. Diese Prozesse
25 müssen ineinandergreifen und funktionieren, denn Europa lebt von der Verständigung und dem
26 Austausch über Grenzen hinweg. So entsteht ein europäisches Gemeinschaftsgefühl. Bereits
27 jetzt gibt es eine europäische Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Metropolregionen, die
28 Brücken nicht nur zwischen Ländern und Kommunen entstehen lässt, sondern vor allem auch
29 zwischen den Menschen.
- 30 Der europäische Gedanke verankert sich in den Köpfen der Bürger*innen, wenn sie die Arbeit
31 der EU in den Kommunen erleben, etwa wenn Straßen oder Gebäude mit Förderprogrammen der EU
32 errichtet werden. Wir wollen den Kommunen einen einfachen, direkten Zugang zu den
33 Fördermitteln geben.
- 34 **6.1 Daseinsvorsorge vor Privatisierung schützen**
- 35 Eine funktionierende Grundversorgung, also die Bereitstellung von Gütern wie Trinkwasser,
36 aber auch der Zugang zu kulturellen Einrichtungen und schnellem Internet wie auch die

37 Verfügbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen wie der Feuerwehr bilden die Basis unseres
38 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir wollen nicht, dass beispielsweise das gut
39 funktionierende lokale Wassernetz ein Spekulationsobjekt wird und darunter die
40 Wasserqualität leidet. Eine funktionierende Daseinsvorsorge sichert die Lebensqualität der
41 Bürger*innen und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei. Es macht einen Unterschied, ob sich
42 Bürger*innen bei konkreten Problemen an ihre Gemeinde und an ihre gewählten Vertreter*innen
43 wenden können oder in der Warteschleife einer anonymen Firmenzentrale hängen.

44 Die Europäische Union hat eine doppelte Bedeutung für Kommunalpolitik. Sie darf die
45 kommunale Daseinsvorsorge nicht behindern. Es wird aber oft übersehen, dass die EU die
46 Kommunen auch vor Liberalisierungsdruck schützen kann. Das wollen wir stärken und ausbauen.
47 Wo Kommunen und Regionen in eigener Verantwortung über Dienstleistungen der Daseinsvorsorge
48 entscheiden, dürfen ihre Handlungsspielräume nicht eingeschränkt werden. Wir schützen die
49 öffentliche Daseinsvorsorge vor Deregulierung und Privatisierung. Dies gilt auch bei
50 Verhandlungen über EU-Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen, wie CETA mit Kanada
51 oder JEFTA mit Japan. Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken,
52 die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können.
53 Das größte Risiko geht von möglichen Investoren aus, die aufgrund von Gewinnerwartungen
54 gegen soziale, gesundheits- oder umweltschützende Standards klagen. Es ist unser Ziel, dass
55 die Europäische Union klare und umfassende Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge und
56 für öffentliche und soziale Dienstleistungen schafft.

57 *Sozialen Wohnungsbau unterstützen*

58 Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten Europas zu einem so knappen Gut geworden, dass
59 Menschen aus innerstädtischen Quartieren verdrängt werden. Das gefährdet den
60 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die EU muss deshalb dazu beitragen, dass Mieten nicht zum
61 Armutsrisiko wird. Diesem Ziel läuft eine Einschränkung der EU-Kommission von 2011 zuwider,
62 wonach die Förderung von Sozialwohnungen nur unter ganz bestimmten restriktiven Kriterien
63 wettbewerbskonform und damit erlaubt ist. Es gibt in den Kommunen aber sehr unterschiedliche
64 Probleme und Lösungsansätze, die nicht nach einem EU-weiten Schema zu bestimmen sind. Diese
65 Einschränkung der EU-Kommission wollen wir aufheben. Europa soll sozialen Wohnungsbau
66 ermöglichen. Er kann zudem aus den Struktur- und Investitionsfonds gefördert werden; die
67 Europäische Investitionsbank unterstützt bereits mit zinsgünstigen Krediten. Diese Programme
68 wollen wir ausbauen und den Zugang für die Kommunen einfacher gestalten.

69 *Wasserversorgung schützen*

70 Wir werden uns weiterhin jedem Versuch entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum
71 Investitionsobjekt für internationale Unternehmen zu machen, wie es zum Beispiel im
72 Handelsabkommen mit Japan (JEFTA) vereinbart wurde. 2013 konnten wir an der Seite der
73 Europäischen Bürgerinitiative Right2Water die Liberalisierungspläne der Europäischen
74 Kommission zurückweisen und eine Ausnahmeregelung für Wasserdienstleistungen im europäischen
75 Vergaberecht durchsetzen. Damit bleiben die Kommunen und Gemeinden zunächst für die
76 öffentliche Daseinsvorsorge bei der Wasserversorgung verantwortlich. Im April 2019 wird die
77 Ausnahmeregelung erneut von der Kommission überprüft. Wir werden uns dafür starkmachen, dass
78 sie in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt.

79 *Energie in Bürgerhand*

80 Bürger*innen, Kommunen und Regionen, aber auch regionale Unternehmen und das Handwerk sind
81 entscheidende Akteure der Energiewende. Für eine erfolgreiche und bürgernahe europäische
82 Energie- und Klimapolitik ist ihr Engagement unerlässlich. Wir wollen verhindern, dass die
83 Chancen allein von Großunternehmen und wenigen finanzstarken Investoren genutzt werden – und
84 den Menschen in den Dörfern und Städten dann ohne Beteiligung Großprojekte vor die Nase

85 gesetzt werden. Eine Bürger*innen-Energiewende kann monopolistische und oligopolistische
86 wirtschaftliche Machtstrukturen aufbrechen und Kooperativen, Genossenschaften sowie Kommunen
87 und Regionen die Chance eröffnen, selbst über ihre Energieerzeugung zu bestimmen und davon
88 zu profitieren. So könnten bis 2050 rund 264 Millionen Energiebürger*innen 45 % des
89 Strombedarfs der EU decken.

90 Menschen in allen Ländern Europas sollen ihren privat erzeugten Strom ins Netz einspeisen
91 und dafür eine auskömmliche Vergütung erhalten. Sobald die Netze in Europa
92 grenzüberschreitend ausgebaut sind, soll es so auch möglich werden, dass zum Beispiel
93 griechische Haushalte mit ihrer Solaranlage Strom nach Deutschland exportieren können.

94 *Verantwortung für den ÖPNV bei den Kommunen*

95 Die Verantwortung für die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) soll bei Städten
96 und Kommunen bleiben. Vorgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von Nahverkehrsplänen
97 helfen den Bürger*innen nicht, und genauso wenig ist es in ihrem Sinne, wenn die
98 Auftragsvergabe an kommunale Betriebe erschwert wird. Europa sollte sich an dieser Stelle
99 heraushalten. Verordnungsvorschläge der EU-Kommission zur Liberalisierung und Öffnung des
100 Marktes für Verkehrsunternehmen aber zielen in eine andere Richtung. Sie nehmen Kommunen und
101 Regionen dieses wichtige Steuerungselement.

102 Kommunen und Regionen müssen, zum Beispiel als Betreiber öffentlicher Busbahnhöfe,
103 entscheiden können, inwieweit privaten Busunternehmen der gleiche Zugang wie öffentlichen
104 Verkehrsunternehmen gewährt wird. Die Rolle der EU muss sich darauf beschränken, Regeln für
105 Transparenz und fairen Wettbewerb bei Großprojekten vorzugeben. Im Sinne einer nachhaltigen,
106 umfassenden örtlichen und regionalen Mobilitätsstrategie, die die Mobilität von Bürger*innen
107 und den Klimaschutz beachtet, ist eine starke Rolle von Kommunen und Regionen förderlich.

108 *Sparkassen und andere kleine Banken stärken*

109 Unsere mittelständische Wirtschaft braucht regional verwurzelte Banken, welche die
110 Versorgung ihrer Regionen mit Krediten und Finanzdienstleistungen im Auge haben. Wir Grünen
111 haben uns im Europaparlament erfolgreich für einfachere Regeln für kleinere, solide Banken
112 eingesetzt. Wir wollen die europäische Finanzmarktgesetzgebung weiter vereinfachen. Wer über
113 solides Eigenkapital und ein konservatives Geschäftsmodell verfügt, soll bei Meldepflichten
114 und laufender Aufsicht entlastet werden. So stärken wir regionale Banken für die Zukunft.

115 Das europäische Ausschreibungs- und Vergaberecht fördert Transparenz, es stärkt nicht nur
116 den Binnenmarkt. Das Verfahren hat sich seit der letzten Reform erheblich verbessert und
117 ermöglicht inzwischen auch die Festlegung von sozialen, ökologischen und ethischen
118 Kriterien. Das ist ein GRÜNER Erfolg! Es stellt allerdings Kommunen und kleine lokale
119 Anbieter von Dienstleistungen häufig immer noch vor hohe administrative Herausforderungen
120 und dient zu oft als Sündenbock. Wir wollen deshalb die Schwellenwerte im Vergaberecht
121 erhöhen. Außerdem wollen wir die aktive Kommunikation der Regeln und ihrer Chancen durch die
122 EU verbessern und auch kleinen lokalen Anbietern bei Ausschreibungen mit Hinweisen zu den
123 rechtlichen Rahmenbedingungen unter die Arme greifen. Auch Schulungen in den
124 Kommunalverwaltungen können die Steuerungsfähigkeit von Kommunen im Vergabeverfahren
125 stärken.

126 *Wer GRÜN wählt, stimmt für*

- 127 • den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- 128 • europäische Unterstützung im sozialen Wohnungsbau,
- 129 • den Schutz unseres Trinkwassers vor Privatisierung,

- 130
- öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Hand.

131 **6.2 Grenzüberschreitend zusammenleben**

132 Das Herz der EU sind ihre Bürgerinnen und Bürger. Städtepartnerschaften zwischen zwei und
133 mehr Ländern sorgen seit vielen Jahren dafür, dass sich Menschen näherkommen, über
134 Landesgrenzen hinweg Freundschaften und gemeinsame Projekte entstehen und der europäische
135 Gedanke mit Leben gefüllt wird. Wir wollen sie stärken, ihre Erneuerung wo nötig
136 unterstützen und die europäischen Mittel entsprechend ausbauen. Programme und Fonds für
137 Kleinprojekte, die die unmittelbare Begegnung europäischer Bürger*innen fördern, wie
138 Erasmus+, Europa für Bürgerinnen und Bürger, Kreatives Europa und der Europäische
139 Sozialfonds (ESF) eröffnen Menschen aus unterschiedlichen EU-Staaten die Chance zu
140 gemeinsamen Aktivitäten und Projekten und helfen somit bei der Herausbildung eines
141 europäischen Gemeinschaftsgefühls.

142 Für grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind die INTERREG Programme der Europäischen Union
143 wichtige Instrumente, da sie gemeinsame Herausforderungen von EU-Mitgliedsstaaten und
144 benachbarten Staaten angehen. Statt einer Kürzung der Mittel, wollen wir die INTERREG-
145 Programme erweitern und setzen uns dafür ein, dass weiterhin auch Regionen, die keine
146 direkte Landgrenze zu Nachbarstaaten haben, förderfähig bleiben.

147 Europa kann und soll die Förderung von Klein- und Begegnungsprojekten mit niedrigschwelligem
148 Ansatz verstärken. Wir unterstützen den Vorschlag zivilgesellschaftlicher Organisationen und
149 des Europaparlaments, das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, aus dem sich lokale
150 Austauschprojekte finanzieren lassen, auf ein Budget von 1 Euro pro Bürger*in aufzustocken
151 und es damit mehr als zu verdoppeln.

152 Grenzüberschreitende Metropolregionen (Euregio) und Kommunalverbände (Eurodistrikte) leben
153 diese europäische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene vor. In der Euregio Maas-Rhein, die
154 sich über die belgische, niederländische und deutsche Grenze hinweg erstreckt, lässt sich
155 beispielsweise schon heute beobachten, dass Kooperation funktioniert. In vielen konkreten
156 Alltagsfragen sind Euregios und Eurodistrikte Vorreiter für transnationale Lösungen. Dafür
157 brauchen sie Flexibilität. Sie sollen beispielsweise in die Lage versetzt werden, die
158 Trägerschaft von grenzüberschreitenden Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder
159 Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen und grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr zu
160 betreiben. Dieses Engagement darf nicht durch unnötige bürokratische Hürden blockiert
161 werden. Bisher ist es so, dass Behörden für solche transnationalen Projekte eine parallele
162 Zertifizierung durch die EU sowie die Mitgliedstaaten brauchen. Das wollen wir ändern.

163 Zudem soll das Prinzip der „einzigsten Prüfung“ (Single Audit Principle) angewandt und die
164 Prüfung von Verwendungsnachweisen in die Hände professioneller Auditstellen vor Ort gelegt
165 werden. Mit solchen zentralen Anlaufstellen und einer gebündelten Zertifizierung kann Europa
166 den Verwaltungsaufwand für transnationale Projekte deutlich senken.

167 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 168
- mehr Möglichkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler
169 und kommunaler Ebene,
 - weniger Bürokratie bei grenzüberschreitenden Kitas und Gesundheitseinrichtungen.
- 170

171 **6.3 Förderpolitik neu ausrichten**

172 Vielen Bürgerinnen und Bürgern offenbart sich die EU durch Förderprogramme, etwa wenn sie in
173 ihrem Dorf Schilder entdecken, auf denen der Hinweis steht, dass Gebäude und Projekte durch
174 Mittel der EU finanziert wurden. Ein Drittel des EU-Haushalts, rund 53 Milliarden Euro

175 allein für 2018, wird für Förderprogramme verwendet, die überwiegend in regionale oder
176 lokale Projekte fließen. Diese Struktur- und Kohäsionsfonds sind ein Mittel der EU, um
177 wirtschaftlich schwächere Regionen, beispielsweise durch den Aufbau einer modernen
178 Infrastruktur, zu unterstützen. Ziel dieser Umverteilung ist der Ausgleich regionaler
179 Unterschiede und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, sowohl
180 innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen. Die Förderpolitik muss die Vielfalt
181 ländlicher Regionen in Europa abbilden und den Regionen bei der Mittelverwendung möglichst
182 viel Entscheidungsfreiheit lassen. Die gezielte Stärkung ländlicher Räume ist auch ein
183 wichtiger Beitrag, den Siedlungsdruck auf die Ballungsräume abzumildern. Regionalfonds
184 bieten den Regionen die Chance, ihre jeweiligen Herausforderungen zielgerichtet anzugehen.
185 Eine zentrale Rolle kommt dabei der regionalen Daseinsvorsorge zu, die wir auch in diesem
186 Aspekt besonders fördern wollen. Wir setzen uns für eine bessere Kombinierbarkeit und
187 Vereinfachung der bestehenden Fördertöpfe auf europäischer, Bundes-, Länder- und regionaler
188 Ebene ein.

189 Wir treten für ein Europa ein, in dem schwächere Regionen besonders gefördert werden, in dem
190 es lebendige ländliche Räume gibt, die von und mit der Landwirtschaft leben, und
191 Naherholungs-, Industrie- oder Dienstleistungsregionen. Europa kann durch seine
192 Förderpolitik dazu beitragen, dass Jugendliche ihren Heimatort nicht verlassen, ältere und
193 andere hilfebedürftige Menschen in ihrem Umfeld die Hilfe bekommen, die sie benötigen, und
194 Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit der Natur Landwirtschaft betreiben können. Dafür
195 brauchen wir eine zielgerichtete Förderung, die sich am sozialen Zusammenhalt, der
196 Geschlechtergerechtigkeit, an der öffentlichen Infrastruktur und ökologischen Zielsetzungen
197 orientiert. Wir haben uns in der laufenden Förderperiode erfolgreich dafür eingesetzt, dass
198 mehr Mittel für diese Schwerpunkte verwendet werden können.

199 *Zugang zu Fördermitteln vereinfachen und entbürokratisieren*

200 Europäische Fördermittel bieten für Kommunen wie auch für Nichtregierungsorganisationen eine
201 Chance, um zusätzliche, innovative Projekte zu entwickeln. Die Beantragung der Mittel ist
202 jedoch oft zu kompliziert. Dadurch werden manche Antragsteller abgeschreckt und gute
203 Projekte nicht verwirklicht. Für die kommende Haushaltsperiode ab 2020 braucht es daher ein
204 Umsteuern. Der Verwaltungsaufwand der EU-Förderprogramme, insbesondere für Kleinprojekte,
205 muss erheblich reduziert werden. Bei der Bewilligung und Prüfung von Förderprogrammen sollte
206 überprüft werden, ob die wesentlichen Ziele des Programms erreicht werden.

207 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 208 • einen vereinfachten Zugang zu EU-Fördermitteln,
- 209 • EU-Förderprogramme, die Armut bekämpfen, Natur und Umwelt schützen und den sozialen
210 Zusammenhalt stärken.

211 **6.4 Städten und Regionen eine Stimme geben**

212 Es ist längst offensichtlich, dass die Umsetzung europäischer Ziele – Umwelt- und
213 Klimaschutz, nachhaltige Stadtentwicklung, Bildung, Armutsbekämpfung und Integration – nur
214 mit aktiver Beteiligung der Kommunen und Regionen sowie zivilgesellschaftlichem Engagement
215 gelingen kann. In vielen Förderprogrammen der EU werden Kommunen unmittelbar einbezogen;
216 eine transnationale Kooperation auf kommunaler Ebene wird häufig ausdrücklich gefördert.
217 Dies ist auch sinnvoll, da der Binnenmarkt und andere EU-Politiken den Handlungsrahmen von
218 Kommunen und Regionen setzen und bestimmen. Trotzdem wird die Frage, ob und wie Kommunen und
219 Regionen oder auch gemeinnützige Organisationen in formelle europäische
220 Entscheidungsprozesse einbezogen werden, oft als innerstaatliche Angelegenheit betrachtet.
221 Dies entspricht aber schon lange nicht mehr ihrer gewachsenen Bedeutung als kulturelle

222 Bezugsebene. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre direkte politische Beteiligung gestärkt
223 wird. Kommunen und Regionen müssen regelmäßig in Konsultationen, Anhörungen und Feedbacks in
224 Gesetzgebungsverfahren sowie beim Design von Förderprogrammen, die sie betreffen, einbezogen
225 werden. So können sie ihre Expertise eigenständig einbringen. Ein wichtiger Hebel besteht
226 hier auch in der Stärkung der Rechte des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), der
227 Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU. Es ist wichtig, dass auch weiterhin
228 bei der Gestaltung und Vergabe von Förderprogrammen das Partnerschaftsprinzip zur Anwendung
229 kommt. Durch die gesetzlich sichergestellte Einbindung von lokalen und regionalen Behörden
230 und Nichtregierungsorganisationen in der europäischen Förderpolitik kann garantiert werden,
231 dass deren Know-how berücksichtigt wird.

232 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 233 • ein gesichertes Mitspracherecht von Kommunen, Regionen und Nichtregierungs-
234 organisationen bei europäischen Gesetzgebungsverfahren und Förderprogrammen.